

Friedmann Eißler

**Islamische Verbände
in Deutschland**

Akteure, Hintergründe, Zusammenhänge



Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

Vorrede: Dialog und Kritik	3
1 Zur Einführung: Themenkompass	11
1.1 Zur Geschichte des christlich-islamischen Dialogs	11
1.2 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen	13
1.3 Schlagwörter und Themen von A bis Z	16
1.4 Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM)	27
2 Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB)	31
2.1 Zur Geschichte des Verbandes	33
2.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld	34
2.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele	34
2.2.2 Organe	35
2.2.3 Mitglieder	36
2.2.4 Landesverbände	37
2.2.5 Aktivitäten in Auswahl	38
2.2.6 Islamischer Religionsunterricht	39
2.2.7 Einzelnes	41
2.2.8 Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld	43
2.3 Streitpunkte, Konflikte	46
2.4 Einschätzungen	53
3 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IRD)	57
3.1 Zur Geschichte des Verbandes	57
3.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten	59
3.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele	59
3.2.2 Organe	59
3.2.3 Mitglieder	60
3.2.4 Aktivitäten in Auswahl	62
3.2.5 Islamischer Religionsunterricht	63
3.3 Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG)	64
3.3.1 Zur Geschichte der IGMG	67
3.3.2 Zum Begriff „Milli Görüş“	73
3.3.3 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld	76
3.4 Einschätzungen	84
3.5 Dokumentation: Ein Interview mit Necmettin Erbakan (Welt am Sonntag)	87

4	Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ)	91
4.1	Zur Geschichte des Verbandes	92
4.1.1	Erneuerung durch Bewahrung: Naqschbandi-Sufismus	92
4.1.2	Süleyman Efendi (1888 – 1959) in seiner Zeit, die Süleyman-Gemeinschaft	96
4.1.3	Die Süleyman-Gemeinschaft in Deutschland	98
4.2	Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten	102
4.2.1	Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele	102
4.2.2	Organe, Mitglieder, Landesverbände	102
4.2.3	Aktivitäten in Auswahl	103
4.2.4	Einzelnes	104
4.3	Einschätzungen	105
5	Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD)	109
5.1	Zur Geschichte des Verbandes	110
5.2	Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld	111
5.2.1	Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele	111
5.2.2	Organe	112
5.2.3	Mitglieder	113
5.2.4	Landesverbände	116
5.2.5	Aktivitäten in Auswahl	117
5.2.6	Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld	118
5.2.7	Exkurs zur Islamischen Charta	119
5.2.8	Einzelnes	122
5.3	Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATİB)	123
5.4	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) / Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG)	125
5.4.1	Zur Geschichte der IGD/DMG	128
5.4.2	Zur Organisation: Strukturen, Umfeld	130
5.5	Deutsch-Islamischer Vereinsverband Rhein-Main e. V. (DIV)	137
5.6	Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)	138
5.7	Exkurs zur Muslimbruderschaft	141
5.8	Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)	146
5.9	Einschätzungen	149
	Verzeichnis der häufiger verwendeten Literatur	155
	Abkürzungsverzeichnis	158
	Register	160
	Der Autor	165

Vorrede: Dialog und Kritik

Im christlich-islamischen Dialog ist vieles in Bewegung gekommen. Die etablierten islamischen Verbände waren über lange Zeit gesetzte und offiziell aufgebaute Partner im Dialog. Dies gilt auch für den staatlichen Dialog mit den Muslimen. 2006 wurde die Deutsche Islamkonferenz (DIK) ins Leben gerufen, nach den Wissenschaftsratsempfehlungen 2010 wurden an mehreren Standorten in Deutschland Lehrstühle für islamische Theologie an öffentlichen Universitäten eingerichtet.¹

Solange sich die Türkei in Richtung Europäische Union bewegte und diesem Streben mit einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung Nachdruck verlieh, sah man hierzulande kaum Anlass, die Partnerschaft im Blick auf die Muslime in Deutschland (z. B. DITB) zu hinterfragen. Die Weichen waren bis weit in die 2000er Jahre auf eine gemeinsame Zukunft gestellt. Mit den politischen Entwicklungen in der Türkei veränderte sich die Situation jedoch auch in Deutschland. Im Zuge des „neo-osmanischen Paradigmenwechsels“ in der Türkei, der auf dem Erfolg der strategischen Entscheidungen der AKP-Führung aufbaut und mit geopolitischen Ambitionen einhergeht, die nicht zuletzt an der offen positiven Haltung gegenüber islamistischen Bewegungen wie der palästinensischen Hamas oder der syrischen und der ägyptischen Muslimbruderschaft abzulesen sind, hat sich die Lage inzwischen dramatisch gewandelt. Wir erleben in der Türkei derzeit den Aufbau einer neuen Republik, die darauf ausgerichtet ist, sich vom Westen unabhängig zu machen. Dass sich die führende islamisch-konservative AK-Partei inzwischen die Macht mit Rechtsextremen teilen muss, macht die Sache nicht einfacher. So waren die letzten Jahre gekennzeichnet von tiefen Zäsuren, die auch den christlich-islamischen Dialog unmittelbar betrafen. Ein markantes Warnsignal war die Kölner Rede des damaligen Premiers Recep Tayyip Erdoğan im Februar 2008 vor 16 000 Türken, in der er vor Assimilation warnte und diese als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete (vgl. unten 2.2.8). Die anhaltenden Proteste gegen die Regierung Erdoğan im Sommer 2013 (Gezi-Park-Demonstrationen) wurden rabiat unterdrückt. Ende 2013 wurde der Bruch zwischen den früheren Partnern Erdoğan und Fethullah Gülen offenbar. Die Armenienresolution des Deutschen Bundestages Anfang Juni 2016 und der Putschversuch in der Türkei wenige Wochen später im Juli 2016 erschütterten das Verhältnis zwischen Deutsch-Türken und Mehrheitsgesellschaft nachhaltig. Die Türkei Erdoğan verfolgt seither mit allen Mitteln die Anhänger Fethullah Gülen, dem er die Hauptschuld am versuchten Putsch gibt. Gülen's Hizmet-Bewegung wurde als Terrororganisation eingestuft („FETÖ“), mit dramatischen Folgen für Hunderttausende, mit Folgen auch für die

¹ Tübingen (2011), Münster/Osnabrück (2012), Nürnberg-Erlangen (2012), Frankfurt a. M./Gießen (2013), planmäßig ab 2019 auch in Berlin.

hiesigen türkischen Gemeinden. Denn bewegten sich bis dahin DİTİB-Gemeinden und Hizmet-Anhänger im selben Milieu, trieb nun der scharfe Keil des Misstrauens und der Feindschaft die Spaltung bis tief in die Gemeinschaften und bis in die Familien hinein. Entsetzt nahm man zur Kenntnis, dass türkische Religionsbeauftragte im Auftrag des türkischen Staates Mitbürgerinnen und Mitbürger ausspionierten, nur weil sie angeblich der Gülen-Bewegung angehörten. Die Spionagevorwürfe gegen DİTİB-Funktionäre schienen für manche der Tropfen zu sein, der das Fass zum Überlaufen brachte. Jedenfalls sind Zerwürfnisse, Abbrüche auch in persönlichen Beziehungen zu beklagen – von beiden Seiten der christlich-islamischen Dialogpartner. Die Glaubwürdigkeit, die Tragfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit der Dialogbeziehungen wurden ernsthaft infrage gestellt. Irritiert sucht man seither nach den Bausteinen, die zu einem tragfähigen Fundament für eine gemeinsame Zukunft zusammengesetzt werden könnten. Es stellt sich verstärkt die Frage, wer geeigneter Partner im Dialog ist, auch jenseits der etablierten Verbände. Zwar betreten neue Akteure der jüngeren Generation das Feld. Dazu gehören neben Initiativen säkularer Muslime die Alhambra-Gesellschaft, die Deutsche Islam Akademie (DIA) oder neuestens die Muslimische Gemeinschaft NRW. Hier ist aber ein Überblick erst noch zu gewinnen, wohin die Reise geht.

So viel Türkei? Ja, um die gegenwärtige Lage zu verstehen, sind Kenntnisse über die Hintergründe, einige Rahmenbedingungen sowie eine Orientierung über die geschichtlichen Entwicklungen, die zur heutigen Situation geführt haben, unabdingbar. Hier setzt dieser EZW-Text an. Er informiert über die islamischen Verbände, die sich im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammengeschlossen haben. Dabei spielt die Türkei dem türkischen Anteil unter Muslimen in Deutschland gemäß eine große Rolle.² Aber nicht nur, es geht ebenso um arabischsprachige Milieus und Organisationen, die dem Umfeld der Muslimbruderschaft zugerechnet werden. Ziel dieses EZW-Textes ist *nicht* eine Darstellung der Geschichte des Islam in Deutschland, auch nicht der Geschichte der einzelnen Vereine und Verbände. Hierzu werden keine eigenen Forschungen vorgelegt, sondern vorhandene Darstellungen herangezogen und referiert.³ Dabei geht es nicht um Vollständigkeit, sondern um die Aufstellung und Zusammenführung derjenigen Aspekte, die nötig erscheinen, um die größeren Linien und Zusammenhänge sichtbar zu machen. Theologische Fragen stehen nicht im Vordergrund. Der Blick richtet sich vor allem auf die politischen Verflechtungen und – soweit erkennbar – die damit verbundenen Strategien der islamischen Akteure. Damit

² Wobei sich die Gewichte spürbar verschoben haben. Vgl. unten 5.1 bei Fußnote 308.

³ Einige Standardwerke werden regelmäßig herangezogen, s. Literaturverzeichnis. Sie decken in ihrer Unterschiedlichkeit ein gewisses Spektrum ab. Lemmen 2001 beispielsweise ist zwar alt, aber unübertroffen gründlich und zuverlässig, nach wie vor eine herausragende Quelle. Das aktuellste Überblickswerk, Rohe 2016, ist zum Thema Verbände hingegen wenig ergiebig. – Die Bezugnahmen erfolgen teilweise auch pauschal, d. h. en bloc auf Abschnitte oder Themen bezogen.

wird die Absicht verfolgt, die – präzisere, nicht einfach momentan populäre oder gar populistische! – Identifikation der Konfliktlinien zu erleichtern, die uns heute in den öffentlichen Debatten beschäftigen bzw. diesen zugrunde liegen. Das geschieht vor dem Hintergrund der Fragen des Verhältnisses von Religion und Politik, von Religion(en) und Staat, die in unserem Land nicht nur unter integrationspolitischen Gesichtspunkten zunehmend kontrovers diskutiert werden.⁴ Historische Zusammenhänge, Indizien für bestimmte Haltungen und Vorgehensweisen etwa aufgrund politischer Äußerungen oder Stellungnahmen, aber auch aufgrund von Aktionen und personellen Vernetzungen sowie Querverbindungen sollen wahrgenommen und identifiziert, dann auch bewertet werden. In dieser Hinsicht geht dieser Text über das hinaus, was in den Standardwerken zu lesen ist, vor allem was die Aktualität angeht.

Weniger im Blick sind an dieser Stelle die vielfältigen sozialen und kulturellen Aktivitäten der islamischen Akteure inklusive karitativer Aspekte, Flüchtlingsarbeit u. v. a., deren Wahrnehmung und positive Würdigung hier nicht leistbar sind, nichtsdestotrotz aber als solche große Aufmerksamkeit verdienen und in einem anderem Zusammenhang darzustellen sind.

Das Erkenntnisinteresse kann in den Fragen zusammengefasst werden: Was macht es so kompliziert, mit den islamischen Verbänden zu arbeiten, und worin liegen die spezifischen Herausforderungen im Umgang mit den (bzw. diesen bestimmten) islamischen Organisationen?

Für diese Zielsetzung schien es angemessen und ausreichend, neben eigenen Materialsammlungen und Forschungen im Wesentlichen öffentlich leicht zugängliches Material zu benutzen (Publikationen, Presse, Internet).⁵ In geringerem Maße werden Bestände aus persönlichen Archiven ausgewertet.

Dabei wird *nicht infrage gestellt*, sondern *vorausgesetzt*, dass ein konstruktiver Dialog nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Dies wird an vielen Stellen in unserem Land vor Ort lebendig vor Augen geführt. Kooperationen finden in vielen Bereichen statt, man denke nur an Dialogforen, interreligiöse Projekte, Seelsorge für Gefangene oder in Krankenhäusern, Beiräte für islamischen Religionsunterricht, Präventionsprojekte und vieles mehr. Kontakte, Gespräche, Kooperationen sind auf allen Ebenen zu suchen, Beziehungen sollen nicht abgebrochen, sondern aufgebaut werden. Immer wieder ist zu betonen, dass sich innerhalb von Gruppierungen und Organisationen auch ein Spektrum an Positionen und Haltungen findet. Ebenso gibt es an vielen Stellen einen

⁴ Vgl. dazu neu Hanna Fülling, Religionspolitik vor den Herausforderungen der Pluralisierung, EZW-Texte 259, Berlin 2019.

⁵ Die breite Verwendung und Auswertung von Presse/Medien ist in systematischer Hinsicht selbstverständlich problembehaftet. Fragen der Seriosität und der Verwertbarkeit von Presseinhalten sind in jedem Fall ernst zu nehmen, auf journalistische und wissenschaftliche Standards ist zu prüfen, die eigene Erfahrung in Dialogbeziehungen ist zu gewichten.

intergenerationalen Wandel, der für weitere Diversifizierung und Pluralisierung auch in einzelnen Organisationen sorgt, auch wenn hier zu sehen ist, dass die dritte oder bald vierte Generation der Zugewanderten teilweise zu Haltungen tendiert, die man in der zweiten Generation überwunden glaubte. Wir brauchen Brücken gerade auch in konservative islamische Milieus.⁶

Also: keine undifferenzierte Abgrenzung, vor allem keine Diffamierung und Stigmatisierung, sondern Differenzierung und Transparenz. In diesem Sinne aber eben auch keine Ignoranz und kein Wegschauen, wenn es um problematische Entwicklungen geht. Gerade weil die Aufgabe der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft in dieser Gesellschaft so dringlich ist und alle vernünftigen Kräfte benötigt, ist beides gleichermaßen unerlässlich und mit Leben zu füllen: Wertschätzung und Kritik.⁷

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich klar und unmissverständlich für Dialog und Begegnung sowie ein gemeinsames Eintreten für die freiheitsfördernden Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft ausgesprochen, denn „die Freiheit zur Religion wie auch die Freiheit von Religion kann in einer pluralen Gesellschaft nur gemeinsam vertreten und gestaltet werden“⁸. Im aktuellen Positionspapier zum christlich-islamischen Dialog vom September 2018 heißt es: „Die Evangelische Kirche in Deutschland sucht und fördert den Dialog mit Menschen muslimischen Glaubens. Sie ist davon überzeugt, dass nur durch Begegnung und Kontakt das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen Gestalt gewinnen kann.“⁹

Wenn dieser EZW-Text Grundlagen und Eckpunkte für die *kritische Auseinandersetzung* mit islamischen Akteuren zum Thema macht (und deshalb fokussiert), ist damit *nicht* Position bezogen für eine einseitig kritische oder gar ablehnende Haltung gegenüber Muslimen. Wo Muslime bedrängt oder gar angefeindet werden, ist unser Platz als Staatsbürger und als Christen an ihrer Seite, um solidarisch und gemeinsam für die freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft einzustehen. Ebenso wenig angebracht ist – um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen – eine Kritik, die religiöse Ausdrucksformen als solche skeptisch betrachtet und jedes Festhalten an (z. B. traditioneller) Religion tendenziell als reaktionär oder gar als potenziell gefährlich einstuft. Wir leben nicht nur in einem freiheitlichen Staat, der die Religions- und Meinungsfreiheit schätzt und schützt, sondern profitieren von den Vorzügen einer Ordnung, in der die Haltung

⁶ Allerdings wird häufig außer Acht gelassen, dass das Forum der Öffentlichkeit in vielen Fällen nicht zur „Demonstration“ der Beziehungspflege geeignet ist bzw. dafür missbraucht wird.

⁷ Zum Dialogverständnis, das hier vorausgesetzt wird, vgl. grundlegend mit eben diesem Titel: Eißler 2018 („Wertschätzung und Kritik. Zur Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs“).

⁸ Positionspapier der EKD zum christlich-islamischen Dialog vom 24.9.2018, www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Positionspapier_der_EKD_zum_christlich_islamischen_Dialog.pdf.

⁹ Ebenso: „Die Evangelische Kirche in Deutschland bekräftigt ihr Ja zur religiösen Vielfalt in Deutschland ausdrücklich auch im Blick auf Musliminnen und Muslime und ihre Religion, den Islam. Ungeachtet der verschiedenen Offenbarungs- und Wahrheitsansprüche zwischen Christentum und Islam begegnet sie Musliminnen und Muslimen mit Respekt und Wertschätzung“ (ebd.).

des Staates mit „positiver“ oder „fördernder Neutralität“ charakterisiert wird. Wir haben in Deutschland nicht ein laizistisches System, das die Religion aus der Öffentlichkeit nach Möglichkeit verbannen möchte, vielmehr sind die Bürgerinnen und Bürger frei, ja dazu aufgefordert, ihre Anschauungen als Ressourcen für die Gesellschaftsgestaltung im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Ordnung einzubringen. Von daher sind öffentliche religiöse Artikulation, auch Mission und Propaganda nicht schon als solche kritikwürdig oder gar verboten, sondern durchaus erlaubt. Sie dürfen nicht pauschal negativ gewertet oder gar in die Nähe krimineller Aktivität gestellt werden. Dieser an sich selbstverständliche Hinweis ist für das Thema bedeutsam, da einerseits türkeistämmige Mitbürger häufig Vorstellungen von der Trennung von Staat und Religion hegen (und auf Deutschland übertragen), die von den brachialen Maßnahmen in der Geschichte des türkischen Laizismus geprägt sind, und daher in kritischen Äußerungen Feindseligkeit und Ausgrenzung wittern und andererseits in Deutschland säkularistisch-laizistische Interessen mit zunehmender Lautstärke geäußert und verfolgt werden, für die Religion überhaupt als rückständig und schädlich gilt. Auch als Folge religiöser Sprachlosigkeit äußert sich Kritik an Religion bald als Aggression, bald als pauschale Restriktion, beides in grundsätzlichem – und nicht hinzunehmendem! – Widerspruch zu einer dialogischen, aber ebenso auch zu einer an Grund- und Menschenrechten orientierten Haltung. Zugleich und mit gleichem Gewicht gehört es jedoch zur interessierten und differenzierten Wahrnehmung des Dialogpartners „auf Augenhöhe“, kritische Aspekte nicht auszublenden, sondern diese zu erkennen, anzuerkennen und – mit allem Respekt – im Dialog zu thematisieren als das, was sie sind: Stachel und Aufgabe, um für das gesellschaftliche Miteinander und dessen Grundlagen einzutreten – und deren Aushöhlung oder gar Infragestellung zu entlarven. Dabei geht es nicht um Anklage oder Denunziation, sondern um Analyse und ein Wahr- und Ernstnehmen des Gegenübers. Dies gehört zum respektvollen Umgang im Dialog, der durchaus eine kritische Dimension hat, die sich im freiheitlich und menschenrechtlich orientierten Rechtsstaatskontext in erster Linie auf die Erhaltung der Bedingungen seiner selbst für alle Beteiligten beziehen wird.¹⁰ Hier gibt es Defizite, das ist ein Ausgangspunkt dieses EZW-Textes. Zudem gehen viele der vorliegenden Veröffentlichungen zum Thema oder gingen zumindest bis vor kurzem von Entspannung und Rückgang der Konfliktlagen aus.¹¹ Dies scheint sich – leider – nicht zu bewahrheiten und wird inzwischen vielfach gründlich bezweifelt. Genügend Anlass also, sich um des Dialogs willen mit der komplexen, nicht immer erfreulichen, aber durchaus spannenden Materie zu befassen.

¹⁰ Vgl. Eißler 2018.

¹¹ Wunn 2007, selbst Gorzewski 2015 noch – was vor Augen führt, wie einschneidend die Wende seit 2016 ist: „Die religiös-politischen Spannungen haben sich weitgehend aufgelöst. Die DITB ist in mehreren Bundesländern ein anerkannter Kooperationspartner des Staates“ (Gorzewski 2015, 317). Vgl. auch Mathias Rohes im Tenor eher beschwichtigende Einschätzung der islamischen Organisationen: Rohe 2016, 151 – 159.

Gliederung und Formalia

Die Gliederung der Kapitel folgt mit leichten Variationen dem Muster: Einleitung – Geschichte – Skizze der Verbandsstrukturen – Aktivitäten in Auswahl – Einzelthemen – Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld – Einschätzungen. Hierbei werden die Themenaspekte nicht vollständig dargestellt, sondern der Überblick gegeben, der für den Zusammenhang sinnvoll erscheint. Mit der Auswahl der Einzelthemen wie auch der Vernetzungen und Querverbindungen wird zweifellos besonders heikles Terrain betreten. Hier leiten die Gesichtspunkte Aktualität und Relevanz für die gegenwärtigen gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatten sowie die Einschätzung, dass einige Kontexte und Umfeld der öffentlich weniger wahrgenommen werden, als es für eine sachgemäße Debatte notwendig ist. Daher liegt auf diesen Aspekten ein besonderes Augenmerk – im Bewusstsein, dass sich gerade hier viel tut und die Halbwertszeit der Informationen deshalb besonders kurz ist.

Nicht alle Angaben konnten in jedem Fall im Detail nachrecherchiert werden. Einfachheit halber werden u. U. widersprüchliche Angaben (Jahreszahlen, Mitglie­derzahlen etc.) mit den Quellen notiert und nebeneinander stehen gelassen. Im religionsstatistischen Bereich haben wir im Allgemeinen vielfach kaum abgesicherte Schätzzahlen. Alle angegebenen Internetseiten wurden zuletzt im Februar 2019 abgerufen.

Nicht alles, was wichtig und wünschenswert gewesen wäre, konnte berücksichtigt werden: Die grundsätzliche Einschränkung auf die KRM-Verbände aus Zeit- und Platzgründen lässt wichtige Verbände wie die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) – die immerhin kurz erwähnt wird –, die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), aber auch die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF), den Liberal-Islamischen Bund (LIB) oder die Gülen-Bewegung (Hizmet) vermissen. Den jetzt hervortretenden, eingangs schon erwähnten neuen Akteuren der jüngeren Generation kommt zunehmende Bedeutung zu; eine Bestands- oder eher Momentaufnahme wäre von großem Interesse. Aber auch im engeren Umfeld der dargestellten Verbände konnten verschiedene Themen und Vereine nicht (mehr) berücksichtigt werden. So konnten etwa einige Milli-Görüş-Ableger wie die İsmail Ağa Cemaati (IAC) oder wichtige Mitglieder des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) wie das „Haus des Islam“, die Muslim-Ligen oder die im Sufismus beheimatete „Osmanische Herberge“ kaum oder gar nicht angesprochen werden.¹² Ein eigenes Thema wäre auch die Rolle der Frau in den besprochenen Kontexten, das im Rahmen dieser Untersuchung leider nicht angemessen berücksichtigt werden konnte.

¹² Der Haqqani Trust e. V./Osmanische Herberge in Kall-Sötenich in der Eifel (Hassan Dyck) ist ein bedeutendes Zentrum des Naqschbandi-Sufismus in Deutschland. Zum Thema Sufismus in Deutschland sei auf ein schon älteres, aber äußerst informatives Buch hingewiesen: Ludwig Schleißmann, Sufismus in Deutschland. Deutsche auf dem Weg des mystischen Islam, Köln u. a. 2003.

Ein herzlicher Dank gilt den Gesprächspartnern aus den islamischen Verbänden, die sich Zeit nahmen, um Fragen zu beantworten: Rafet Öztürk, Burhan Kesici, Seyfi Öğütlü, Erol Pürlü und Aiman Mazyek. Dank auch an Hildegard Becker, Stefan Meinung, Thomas Lemmen, Ursula Spuler-Stegemann, Ragini Wahl, Hanna Fülling, Judith Kubitscheck und – last but not least – an Ulrike Liebau für tatkräftige Unterstützung, die auf ganz unterschiedliche Art und Weise dazu beigetragen hat, dass der EZW-Text jetzt so erscheinen kann.

*Friedmann Eißler
Berlin, im April 2019*

1 Zur Einführung: Themenkompass

Im Folgenden werden einige Informationen und Einschätzungen vorangestellt, um die nachfolgende Darstellung zu entlasten. Ein Abschnitt über die Geschichte des christlich-islamischen Dialogs erinnert an Hintergrund und Kontext der verhandelten Themen. Grundlegend für die Auffassung und Gestaltung des Dialogs sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die in einem zweiten Abschnitt skizziert werden. Im dritten Abschnitt werden einige Einzelaspekte und Themen aus dem Kontext der immer mitlaufenden Debatten aufgegriffen. In knapper Form – teils summarisch, teils thesenartig, in jedem Fall ohne ausführliche Begründung – werden einzelne im christlich-islamischen wie im gesellschaftlichen Dialog wiederkehrende Schlagwörter und häufig auftretende Themen(komplexe) mit Hinweisen zur Begriffsklärung, zu eigenen Positionen oder auch nur ersten Orientierungen versehen.¹³ Dem Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM), in dem sich die in diesem EZW-Text behandelten Organisationen zusammengeschlossen haben, ist der vierte Abschnitt gewidmet.

1.1 Zur Geschichte des christlich-islamischen Dialogs

In Deutschland hat der Anwerbestopp für Gastarbeiter im Jahr 1973 und die darauf folgende Regelung für die Familienzusammenführung langfristig zu einem grundlegenden Wandel geführt, sowohl im Selbstverständnis der Muslime als auch der Mehrheitsgesellschaft. Lange Zeit förderten die Erwartungen der Bundesregierung den Herkunftslandbezug der „Gastarbeiter“ (siehe Kap. DITIB), da man von einem zeitlich begrenzten Aufenthalt der Arbeitskräfte ausging und eine Rückkehrpolitik verfolgte. Ein Interesse an Integration bestand nicht („Deutschland ist kein Einwanderungsland“). Heute wird im Gegensatz dazu eine Loslösung von ausländischen Institutionen gewünscht. Die Belastung durch Fehleinschätzungen und politische Tatenlosigkeit wirkt bis heute nach. Da die Mehrheit der Muslime aus den bildungsfernen Armenregionen der Osttürkei zuwanderte, ging es anfangs um sozialdiakonische Unterstützung in vielen praktischen Belangen des Alltags, wofür sich in der Phase nach 1973 weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit kirchliche Initiativen einsetzten. Das Anliegen der Unterstützung der Minderheit hat seither einen festen Platz in den christlichen Dialogaktivitäten. Die Dialogbemühungen wurden erstmals öffentlich verstärkt durch den Golfkrieg 1991 und seine Folgewirkungen, der dem Dialog ein größeres gesellschaftliches Interesse

¹³ Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs in inhaltlicher und theologischer Hinsicht Thema eines gesonderten Aufsatzes ist: Eißler 2018.

bescherte. Auch die massiven ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock (1991/92) sowie die Mordanschläge in Mölln und Solingen (1992/93) trugen in Teilen der Bevölkerung zu einem Klima der Solidarität und der Annäherung im Dialog bei. Die christlich-islamischen Beziehungen wurden angesichts der neuen sozialen und politischen Spannungen auf beiden Seiten intensiviert. Die Fülle an Orientierungshilfen und Arbeitspapieren der Zeit zeugt davon, dass die theologische Reflexion intensiv aufgenommen wurde.

Die verheerenden islamistischen Terrorakte am 11. September 2001 in den USA veränderten die Welt mit Wucht. Es folgten weitere schwere Anschläge 2004 in Madrid und 2005 in London. Die Folge war, dass „der Islam“ einerseits schlagartig im Zentrum des öffentlichen Interesses stand und auf der anderen Seite Vertrauen schwieriger wurde. Ernüchterung machte sich breit. Eine Reaktion war eine neue Besinnung auf die eigene Identität, die mit einer kritischen Profilierung im Blick auf das jeweils Eigene wie auf das Unterscheidende der Dialogpartner einherging.¹⁴ Islamistische Bestrebungen, davor schon Gegenstand lebhafter gesellschaftlicher Debatten, und der militante Dschihadismus traten als öffentliches Diskussionsthema mit Macht in den Vordergrund. Es wurde deutlicher bewusst, dass der international agierende politische Islam auch hierzulande gut vernetzt ist. Was heute als „Salafismus“ in aller Munde ist, wurde in der zweiten Hälfte der Nullerjahre durch Prediger wie Pierre Vogel zuerst Spezialisten bekannt, dann durch Warnungen von Innenministerkonferenz und Verfassungsschutz (erst) Anfang 2011 ein Thema in der Öffentlichkeit.

Am 29. Juni 2014 erklärte die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Mossul die Wiederherstellung des islamischen Kalifats – eine Organisation, die auf einen irakischen Ableger von al-Qaida zurückgeht (2004) und sich 2013 „Islamischer Staat im Irak und in (Groß-)Syrien“ (ISIS, arabisch abgekürzt Daesh) nannte. Die Geschichte(n) exzessiver Grausamkeiten hatten ebenso ihre Auswirkungen auf den hiesigen Dialog wie die politischen Entwicklungen in der Türkei, die im Vorwort kurz Erwähnung fanden. So zeichnet sich auf einer Linie etwa von den Attentaten des 11. September über gesellschaftliche Streitthemen wie den islamischen Religionsunterricht nach GG Art. 7,3, die Kopftuchdebatte, den Karikaturenstreit, diverse Moscheebaukonflikte, den Ausbau der islamischen Studiengänge an Universitäten bis hin zu den zunehmend harschen Integrationsdebatten – ganz zu schweigen von der Flucht- und Migrationsthematik – eine Entwicklung ab, die eine immer größer werdende gesellschaftliche Kluft zwischen Bemühungen um Dialog und Verständigung auf der einen und islamkritischen bis offen muslimfeindlichen, ablehnenden Haltungen auf der anderen Seite aufreißt. Die zunehmende Entfremdung zwischen vormaligen Dialogpartnern ist nicht zu übersehen.

¹⁴ Man erinnere sich nur an die heftige und emotional geführte Auseinandersetzung um die EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ vom November 2006.

Zur Überwindung der Kluft wird es notwendig sein, einerseits die durch verschiedene Studien hinlänglich belegte Tatsache ernst zu nehmen und zur Sprache zu bringen, dass ein nicht geringer Teil der Muslime subjektiv und im Blick auf die gesellschaftliche (wirtschaftliche, politische etc.) Partizipation gut integriert ist, andererseits aber auch den Realitätsbezug und den Sachgehalt islamkritischer Positionen zu prüfen und die Ergebnisse entschieden zum Thema auch des Dialogs zu machen, zumindest nicht von vornherein als unangebracht abzuweisen. Dazu braucht es mittel- und langfristige Dialogformate, selbstverständlich – nicht nur, aber – auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der großen Verbände. Die Kirchen können im Blick auf die Dialogpartner durchaus auch andere, großzügigere Maßstäbe als staatliche Institutionen anlegen. Andererseits sind alle gleichermaßen gefragt, sich vor politischer Instrumentalisierung zu schützen und die Dialogprozesse auf die Inhalte zu fokussieren und auf Nachhaltigkeit einzustellen.

1.2 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen

Wir leben nicht in einem christlichen Staat. Gelegentlich entsteht der Eindruck, diese Bemerkung sei nicht trivial. Der christliche Staat ist vor genau hundert Jahren abgelöst worden – nicht durch einen wert-neutralen, aber doch durch einen religiös-weltanschaulich neutralen Staat (GG Art. 4 Abs. 1), der die Religionsgemeinschaften gleichwohl im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nicht nur duldet und schützt, sondern bei ihrer Entfaltung aktiv unterstützt. Denn dieser Staat ist auf die Ressourcen der in der Gesellschaft vorhandenen Weltanschauungen und Religionen angewiesen, insofern er auf geistigen Grundlagen fußt, die sich selber vorzugeben er nicht in der Lage ist.¹⁵ Der sich so verstehende Staat ist auf „entgegenkommende Lebensformen“ angewiesen. „Solche entgegenkommenden Lebensformen gründen im partikularen Ethos, etwa des Christentums, des Judentums oder des Humanismus.“ Dies stellt die Neutralität nicht infrage, allerdings ist die „religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen einer liberal-

¹⁵ Ohne auf das „Böckenförde-Diktum“ näher eingehen zu können, wird mit ihm m. E. sehr prägnant auf das spannende Verhältnis von Neutralität und religiös-(weltanschaulich)em Eigensinn verwiesen. Der freiheitlich-demokratische Staat ist eine säkulare Ordnung, die gleichwohl auf die – nicht nur „jüdisch-christlichen“ – geistigen Ressourcen in der Gesellschaft angewiesen ist. Böckenfördes Wortlaut (von 1964): „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt a. M. 1976, 60).

demokratischen Verfassungsordnung“ durch die Religionsgemeinschaften notwendig.¹⁶ Religionsfreiheit ist ein sehr hohes Gut.¹⁷ Von einer Religion ist gleichwohl zu verlangen – durchaus eine „Zumutung“! –, „dass sie den Anhängern ermöglicht, trotz partikularer religiöser Identität (als Protestant, Muslima, Jude, Atheistin), anderen Bürgerinnen und Bürgern im politischen Raum als gleichberechtigt zu begegnen und die sich daraus ergebenden Begrenzungen, die partielle Suspendierung der religiösen Wahrheitsfrage, zu verinnerlichen“¹⁸.

Die vom Grundgesetz gebotene weltanschauliche Neutralität des Staates bedeutet *keine* Absage an eine Werteorientierung, im Gegenteil, sie wird als „wohlwollende“ oder „fördernde“ Neutralität in einem vielfältigen Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Kirchen bzw. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verwirklicht.¹⁹

Dabei spielt der Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdÖR) eine wichtige Rolle. Die Gewährung dieses Status wird häufig als „Anerkennung“ durch den Staat apostrophiert. Islamische Verbandsvertreter fordern immer wieder, dass der Islam in Deutschland endlich rechtlich anerkannt werden müsse, und meinen damit in der Regel die Verleihung der Körperschaftsrechte.²⁰ Im Hintergrund steht das Bestreben, etwa beim islamischen Religionsunterricht analog zu den Kirchen maßgeblich gestaltend mitwirken zu können. Anders als in anderen Ländern wie etwa Österreich gibt es in Deutschland jedoch *keine* formale Anerkennung von Religionsgemeinschaften durch staatliche Behörden. Religionsgemeinschaften organisieren sich selbst und bedürfen für die private oder öffentliche religiöse Betätigung keiner staatlichen Anerkennung. Will allerdings eine Gemeinschaft in ein Kooperationsverhältnis mit dem Staat treten und/oder die grundgesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten und Rechte einer Religionsgemeinschaft wahrnehmen, so muss *geprüft* werden, ob sie die Voraussetzungen hierfür erfüllt, ob also eine Vereinigung als Religionsgemeinschaft zu qualifizieren ist. In

¹⁶ So Hans Michael Heinig, Habermas zitierend, in: ders., *Wie viel Religion verträgt der Staat?*, in: Materialdienst der EZW 7/2013, 261 – 264, hier: 262f (https://ezw-berlin.de/downloads_informationsportale/i_mdez_w_2013_07_261-264.pdf).

¹⁷ Sie entfaltet sich in den drei Komponenten Glaubensfreiheit, Bekenntnisfreiheit und Kultusfreiheit.

¹⁸ Heinig, *Wie viel Religion verträgt der Staat?* (s. Fußnote 16), 263 – eine präzise Umschreibung der Bedingung der Möglichkeit für Religionsfreiheit.

¹⁹ Das Grundgesetz ist fraglos *christlich* geprägt, insoweit christliche Werte (wie überhaupt politische und auch religiöse Überzeugungen) der „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ auf dem Weg der Transformation in die Rechtsnorm Eingang gefunden haben. Durch die Transformation sind diese Werte und Überzeugungen gleichsam „neutralisiert“ (und gelten als Recht für alle gleich). „Recht als in Normen gegossene politische Entscheidungen kann im demokratischen Verfassungsstaat schon im Ausgangspunkt nicht ‚neutral‘ oder wertfrei sein“ (Christian Waldhoff, *Das deutsche Religionsverfassungsrecht im europäischen Kontext*, in: Eißler/Borchard [Hg.] 2013, 25 – 37, hier: 36). – Das partnerschaftliche Verständnis der rechtlichen und organisatorischen Trennung von Staat und Religion in Deutschland unterscheidet sich vom laizistischen Modell Frankreichs (gegenseitige Unabhängigkeit mit Betonung der Trennung, s. auch USA) ebenso wie vom Modell der Privilegierung einer Kirche (so etwa in Britannien, Schweden oder Griechenland).

²⁰ S. dazu auch unter 1.3.

dieser Hinsicht kommt es häufig zu Formulierungen, die von einer „Anerkennung“ als Religionsgemeinschaft sprechen.

Vier Merkmale sind aus der Verfassung hergeleitet worden, die erfüllt sein müssen, um eine Vereinigung als Religionsgemeinschaft zu qualifizieren:²¹ 1. Personales Substrat, d. h. eine Mehrzahl von Menschen: Im Falle eines Dachverbands müssen die für die Identität einer Religionsgemeinschaft wesentlichen Aufgaben auch auf Dachverbandsebene wahrgenommen werden (also von Menschen, nicht nur von juristischen Personen). 2. Dauerhaftigkeit und eine organisatorische Struktur, die eine eigenständige Willensbildung der Gemeinschaft gewährleistet und die Gemeinschaft gegenüber anderen (z. B. Staat) zu vertreten berechtigt und in der Lage ist. 3. Die Pflege einer *bestimmten* Religion (etwa Berufung auf Koran und Sunna) muss gegenüber den (durchaus möglichen) anderen Zwecken etwa der Kultur- und Brauchtumpflege den eigentlichen Schwerpunkt der Tätigkeit bilden. 4. Allseitige Erfüllung der durch das Bekenntnis gestellten Aufgaben: Anders als ein religiöser Verein widmet sich eine Religionsgemeinschaft nicht nur Teilaspekten des religiösen Lebens, sondern diesem umfassend.

Nicht (mehr) infrage gestellt wird, *dass* auch Dachverbände Religionsgemeinschaften sein *können*. Sie organisieren sich allerdings ausschließlich selbst, was dann im Zweifel auf juristischem Wege beurteilt werden muss, wie zuletzt im Falle des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) und des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland (IRD).²²

Auf der Grundlage des Religionsverfassungsrechts (Religionsfreiheit) kommt es völlig zu Recht beispielsweise zum Moscheebau, zum islamischen Religionsunterricht (erst seit 2012/13 in NRW, dort 2019 erneut auf dem Prüfstand, neben Modellversuchen und Pilotprojekten in vielen Bundesländern), auch zur staatlich geförderten Institutionalisierung von islamischer Theologie an Universitäten sowie zu Grundlagenverträgen von Städten mit muslimischen Verbänden.²³

Der bislang ungeklärte Fragenkomplex rund um die Gewährung der Körperschaftsrechte und deren Relevanz für die Umsetzung religionspolitischer Ziele im Sinne der muslimischen Akteure macht Schwierigkeiten. Im November 2015 erregten die Grünen-Politiker Cem Özdemir und Volker Beck mit einem Papier Aufsehen, in dem sie die islamischen Verbände als religiöse Vereine bezeichneten, die national, politisch oder sprachlich, nicht aber bekenntnisförmig geprägt seien, und sich energisch gegen deren politische

²¹ Vgl. Heinrich de Wall, Das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland, in: Rohe u. a. (Hg.) 2014, 189 – 223, hier: 201f.

²² Vgl. Friedmann Eißler, OVG-Urteil [vom 9.11.2017]: Islamische Verbände sind keine Religionsgemeinschaften, in: Materialdienst der EZW 1/2018, 21 – 23 (https://ezw-berlin.de/html/15_9676.php). Das Urteil wurde inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das OVG Münster zurückverwiesen, s. auch unten 3.1 bei Fußnote 143.

²³ Verträge mit islamischen Verbänden (Schura) und Aleviten in Hamburg 2012 und in Bremen 2013. In Niedersachsen wurde der Prozess kurz vor dem Abschluss auf Eis gelegt.

Anerkennung als Religionsgemeinschaften aussprachen.²⁴ Es werden indessen politische Lösungen gesucht. Um etwa islamischen Religionsunterricht (IRU)²⁵ oder islamische Theologie an Universitäten zu ermöglichen, verständigte man sich auf Verfahren, die von den einen als Brücke begrüßt, von anderen als Krücke kritisiert wurden. Anstelle der grundgesetzlich erforderlichen Religionsgemeinschaft(en) übernimmt – zumindest übergangsweise – ein staatlich eingesetzter Beirat die Funktion des Gegenübers zum Staat. Kritisch zu sehen ist, dass damit die Trennung von Staat und Religion aufgeweicht wird.²⁶ Es kommt hinzu, dass in diesen Prozessen häufig die „liberalen“ Muslime unberücksichtigt bleiben.²⁷

1.3 Schlagwörter und Themen von A bis Z

Abhängigkeit, Bindung an die Herkunftsländer

Durch die politischen Entwicklungen in der Türkei ist die unmittelbare Abhängigkeit des größten islamischen Verbandes DİTİB vom türkischen Staat zum Problem mit nachhaltigen Folgen für das Verhältnis zu den anderen muslimischen Communities wie auch für das Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft geworden. Die Krise des Dialogs kristallisiert sich insbesondere an der inakzeptablen direkten religionspolitischen Einflussnahme auf die Mehrheit der hier lebenden religiösen Türken. Manche verweisen auf Österreich, wo ein Islamgesetz die Finanzierung von Imamen aus dem Ausland unterbindet. Eine Übertragung auf Deutschland ist allerdings aufgrund der anders gelagerten religionsverfassungsrechtlichen Situation nicht möglich. Die alleinige Fokussierung auf DİTİB erscheint indessen unangemessen. So bezieht die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATİB), der größte Mitgliedsverband des Zentralrats der Muslime in

²⁴ Vgl. Volker Beck/Cem Özdemir, Den Islam und andere Religionen der Einwanderer ins deutsche Religionsverfassungsrecht integrieren – Gleiche Rechte für Muslime, Aleviten und Jeziden!, November 2015. Die politische Diskussion um die rechtliche Anerkennung islamischer Verbände in Deutschland wurde damit neu akzentuiert durch einen – von dieser Seite überraschenden – religionspolitischen Paukenschlag, der auch Teile des Parteitagbeschlusses der Grünen vom November 2016 bestimmte.

²⁵ Ein verfassungskonformer, voller IRU wurde beispielsweise von der SPD schon Anfang der 1980er Jahre gefordert, es kam jedoch erstmals 2012/13 zur Einführung (NRW, auf Probe). Es wurden passende Ansprechpartner auf muslimischer Seite gesucht, aber nicht gefunden (vgl. Meinung 2011, 180).

²⁶ Pointiert kritisierte der damalige hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP), ein staatlich organisierter Beirat könne keinesfalls die Stelle der vom Grundgesetz geforderten Religionsgemeinschaft einnehmen. „Der Staat beruft die Personen, die dann den Ersatz für etwas darstellen müssen, das nach dem Grundgesetz vom Staat unabhängig zu sein hat. Der Staat simuliert eine Religionsgemeinschaft und entlässt die muslimischen Verbände aus ihrer Verantwortung, Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes zu werden. Die Arbeitsteilung [zwischen Staat und Religion] wird aufgehoben. Dies gilt auch für die Neutralitätspflicht des Staates ... Der Staat wird zum Lenker, der Islam zur gelenkten Religion“ (Tagesspiegel vom 12.4.2012).

²⁷ Zum Stand in Sachen islamischer Religionsunterricht s. u. 2.2.6.

Deutschland (ZMD), Imame wie die DİTİB von der türkischen Religionsbehörde, wenn- gleich in vergleichsweise geringer Zahl. Ähnliches gilt für die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG). Und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) steht unter direkter Einflussnahme der iranischen Regierung.

Der politische Wille des Staates, ausländische Einflüsse auf den Islam in Deutschland zu unterbinden, zeigt sich gegenwärtig vor allem in den Lehrinrichtungen für islami- sche Theologie an Universitäten. Von dem dort ausgebildeten religiösen Personal wird erwartet, dass es mittelfristig einen Beitrag zur Ausbildung eines spezifisch „deutschen Islam“ leistet.

Anerkennung (siehe auch oben: rechtliche Rahmenbedingungen)

Staatliche Anerkennung ist bei den Islamverbänden ein Dauerthema. Dabei wird der Forderung Ausdruck verliehen, der Staat müsse sich „an die religiöse Vielfalt anpassen“, indem er die seit Jahren existierende Realität der Verbände als Religionsgemeinschaften endlich anerkenne.²⁸ Doch „staatlich anerkannte“ Religionsgemeinschaften sieht unsere Verfassung nicht vor. Ein Anerkennungsverfahren ist nicht nötig und gar nicht möglich. Möglich und staatlich zu sichern ist die ungestörte Religionsausübung, die positive wie die negative Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (positive Neutralität). Reli- gionsangehörige können und müssen sich selbstbestimmt organisieren, es gilt gleiche Teilhabe für alle, die Vereinsform genügt. Der Staat kann allerdings – darauf zielen die Forderungen in der Regel – mit Religionsgemeinschaften ein beidseitiges förderliches Vertragsverhältnis eingehen, indem er den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verleiht. Der Körperschaftsstatus ist mit einer Reihe von Rechten verbunden (z. B. Steuerbefreiungen, Schutzvorschriften im Strafrecht, Sonderregelungen im Arbeits- und Sozialrecht). Zu den wichtigen Voraussetzungen für die Erlangung des begehrten Status gehören die Gewähr der Dauer, klare Repräsentanz und Rechtstreue (wobei nicht Gesinnung und Lehre zählen, sondern die Praxis). Über die Erfüllung der Voraussetzungen durch entsprechende Verfassung und rechtlich überprüfbare Mitgliedschaft befinden nicht Politiker, sondern die Länderbehörden.

Anerkennung ist in diesem Zusammenhang also keine rechtliche Kategorie, sondern eher ein psychologischer Begriff, der auf soziale Akzeptanz und Wertschätzung aus ist. Diese lassen sich jedoch nicht rechtlich einfordern, sondern nur durch Transparenz, Repräsentanz und solidarischen Gemeinsinn auf dem Boden der freiheitlich-demokra- tischen Grundordnung erwerben, spricht: durch Taten, nicht durch Worte und gleich- bleibende Forderungen. Hier stehen alle Gestaltungsmöglichkeiten offen.

Nichtsdestotrotz treten Verbandsvertreter immer wieder so auf, als ob „ein sehr negati- ves Bild“ vom Islam, Ablehnung, Diskriminierung, ja Verfolgung von Muslimen Folgen

²⁸ So z. B. Bekir Alboğa im Domradio-Interview vom 4.1.2012, [www.domradio.de/aktuell/78970/ der-staat-muss-sich-an-die-religioese-vielfalt-anpassen.html](http://www.domradio.de/aktuell/78970/der-staat-muss-sich-an-die-religioese-vielfalt-anpassen.html).

von mangelnder Anerkennung seien. Es wird der Eindruck erweckt, die mutwillige Verweigerung eines Status, der Muslimen längst zustünde, sei schuld an offenkundigen Missständen. Der für die Deutsche Islamkonferenz (DIK) zuständige Staatssekretär Markus Kerber hielt nach dem Start der DIK IV im November 2018 im Interview fest: „Jede weitere neue Religionsgemeinschaft, die durch Zuwanderung zu uns kommt, muss sich in dieses deutsche Religionsverfassungsrecht einfügen und dies auch wollen. Jedes Individuum hat das Recht auf Religionsfreiheit und kann unabhängig von staatlicher Einflussnahme glauben, was es möchte. Um aber einen höheren Organisationsgrad zu erreichen, um als Religionsgemeinschaft bestimmte Möglichkeiten zur Kooperation mit dem Staat und seinen Institutionen zu haben, muss ich den Anforderungen des deutschen Religionsverfassungsrechts entsprechen.“²⁹

Antisemitismus

Antisemitismus ist ein fester Bestandteil von islamistischen Diskursen, sei es im Kontext der Milli-Görüş-Bewegung, der Muslimbruderschaftsnetzwerke, des Salafismus oder des schiitischen Islamismus. In der hiesigen Gesellschaft ist Antisemitismus weit verbreitet. Es ist von einem „antisemitischen Potenzial“ zwischen 20 und 30 Prozent auszugehen. Antisemitismus ist nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Vor allem ist die Tabuisierungsschwelle deutlich gesunken. Im Internet sind antisemitische Ausfälle alltäglich und keineswegs auf extremistische Kontexte beschränkt. Mit dem verstärkten Zustrom von Flüchtlingen wurde der Antisemitismus bei Muslimen zum Thema („neuer Antisemitismus“). Die Wahrnehmung von Juden (antijüdische Gewalttaten gehen allermeist von Muslimen aus – „jung, männlich, muslimisch“) und Positionen auch im wissenschaftlichen Bereich (Wolfgang Benz: „Der ‚neue‘ Antisemitismus ist der alte“) gehen diesbezüglich weit auseinander. Neben der Frage, welchen Anteil die *Religion* am Antisemitismus bei Muslimen hat, ist eine besondere Schwierigkeit die Unklarheit, wie es mit den Zahlen aussieht. In Debatten über den wachsenden „neuen“ Antisemitismus wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass etwa 95 Prozent der registrierten antisemitischen Taten in Deutschland auf das Konto von Rechtsextremisten gingen und nicht von Muslimen. Die Statistik ist allerdings weit entfernt von den Angaben, die Juden über ihre Erfahrungen machen, und kommt durch die mangelhafte und methodisch fragwürdige Erfassungspraxis der „Politisch Motivierten Kriminalität“ (PMK) zustande.³⁰ Hier sind viele Fragen offen, deren Beantwortung *sine ira et studio* gesucht werden muss.

²⁹ Herder Korrespondenz 12/2018, 18.

³⁰ Vgl. Kai Funkschmidt, Antisemitische Straftaten. 95 Prozent rechtsextreme Täter?, in: Materialdienst der EZW 11/2018, 419 – 426 (https://ezw-berlin.de/html/15_9950.php).

„Es besteht kein Widerspruch zwischen Islam und Demokratie“

Diese „Formel“ findet sich so oder ähnlich häufig in offiziellen Äußerungen von muslimischer Seite. Die Schwierigkeit besteht nicht im Wortlaut, der die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie aussagt. Der Koran schreibt keine bestimmte Herrschaftsform vor, sodass die demokratische Verfassung einer Gesellschaftsordnung auch von islamischen Gelehrten befürwortet werden kann. Gleichwohl bedeutet eine solche Formulierung nicht zwangsläufig eine innere Akzeptanz der demokratischen Verfassung, geschweige denn eine Identifizierung mit dieser. Vielmehr steht im Hintergrund nicht selten die Annahme, „der Islam“ beruhe auf unveränderlichen Werten und göttlichen Normen, die zwar vorläufig im Rahmen demokratischer Ordnungen ihren Ort finden können, mit diesen sogar „harmonieren“, letztlich aber auf Verwirklichung in einer eigenen, islamgemäßen Ordnung drängen bzw. darauf hinauslaufen. Unter dieser Voraussetzung können die letztlich menschengemachten Gesetze im Rahmen demokratischer Verfahren allenfalls vorläufig akzeptiert werden. Insofern signalisiert ein solcher Satz häufig eine distanzierte Haltung gegenüber der Demokratie.

„Recht auf Differenz“

Diese „Formel“ geht in eine ähnliche Richtung wie der im vorigen Abschnitt besprochene Satz. Das Recht auf Differenz wird man grundsätzlich niemandem absprechen, eine freiheitlich-demokratische Ordnung baut auf Freiheitsrechten auf, die die Äußerung von Differenz nicht nur dulden, sondern rechtlich absichern. Die Forderung nach „Recht auf Differenz“ erhält allerdings einen anderen Klang, wenn es um die Bewahrung der „islamischen Religion und Kultur“ bei (Klein-)Kindern geht, um die Frage, ob und wann ein Mädchen Kopftuch tragen darf oder muss oder ob heranwachsende Kinder am koedukativen Sportunterricht teilnehmen müssen, bis hin zur Frage, ob ein muslimischer Mann einer Frau die Hand geben muss u. v. m. Dann kann dahinter durchaus die Vorstellung stehen, dass „der Islam“ bestimmte ethisch-moralische Normen vorgibt, die nicht verhandelbar sind, auch nicht in der hiesigen Gesellschaft. Anstatt Integration wird unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit oder anderer demokratischer Freiheitsrechte die Distanz zur Mehrheitsgesellschaft gepflegt. Scharianormen werden nicht transformativ und adaptiv im Kontext der deutschen Gesellschaft interpretiert, sondern komplementär verstanden („unveränderlich“) und „identitär“ bewahrt.

Finanzierung: Moscheesteuer

Die Finanzierung von Moscheegemeinden, in erster Linie ihrer religiösen Experten, ist heute neben Wohlfahrt und Seelsorge ein vordringliches Thema der Religionspolitik. Die Moscheen sollen von Finanzhilfen aus dem Ausland unabhängig werden. Drei Modelle werden derzeit diskutiert: die inzwischen vielfach problematisierte finanzielle Förderung aus dem Ausland, die Eigenfinanzierung sowie die Finanzierung durch öffentliche Gelder. Gleich zu Beginn der neuen Phase der Deutschen Islamkonferenz gab es

Ende 2018 eine öffentliche Diskussion über das Für und Wider einer Moscheesteuer. Eine Anpassung an die Verhältnisse bei den großen Kirchen ist mit der Einführung einer Moscheesteuer allerdings nicht zu machen. Dazu müssten die Verbände zunächst die Anforderungen des Religionsverfassungsrechts an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts erfüllen. Dies ist aus verschiedenen Gründen derzeit unrealistisch. Zwar sind sich alle Beteiligten einig, dass die Gemeinden mehr finanzielle Unterstützung benötigen, doch die Konzepte hierfür müssen von den Moscheen kommen. Eine Einmischung des Staates ist kontraproduktiv, auf diesem Wege kann auch keine Loslösung von fundamentalistischen Einflüssen aus dem Ausland erzwungen werden. Interessant könnte allerdings die Idee sein, staatliche Fördergelder über eine Vermittlungsinstanz, beispielsweise in Form einer Stiftung, an die muslimischen Gemeinden fließen zu lassen. Dies würde die Neutralitätspflicht des Staates wahren und den Gemeinden eigene Gestaltungsspielräume verschaffen.³¹

Gewalt: „Das hat mit dem Islam nichts zu tun“

Muslime und islamische Organisationen verurteilen islamistischen Terror regelmäßig aufs Schärfste. Der durchgehende Tenor fast aller distanzierenden Äußerungen, der Terror habe mit „dem Islam“ nichts zu tun, ist gleichwohl haltlos. Nicht nur, dass sich der sonst rasch erhobene Vorwurf des Essenzialismus hier gegen die Sprecher selbst kehrt, vielmehr kann die Scheidung „hier die friedliche Religion des Islam, dort die ‚Extremisten‘“ kein erfolgversprechender Ansatz zur Verhinderung von Gewalt sein, weil damit die dringend notwendige innerislamische Auseinandersetzung über den Geltungsbereich und die Geltungsweise des traditionellen Schariarahmens geradezu unterbunden wird. Und dieser sieht Gewalt gegen Ungläubige fallweise zweifellos vor.³² Hermeneutische Debatten über den Koran und den Umgang mit Koranstellen, die zum bewaffneten Kampf aufrufen, sind notwendig.

Zugleich darf man nicht nachlassen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass weniger als ein Prozent der Muslime in Deutschland von den Behörden als extremistisch eingestuft wird. Mehr als 99 Prozent der muslimischen Bevölkerung leben nach Recht und Gesetz wie der Rest der Bevölkerung auch.

³¹ Vgl. Hanna Fülling, Perspektiven auf die Finanzierung muslimischer Organisationen in Deutschland, in: Materialdienst der EZW 6/2018, 221 – 223. Das Thema Moscheesteuer taucht seit Jahren immer wieder auf. Bisher scheint man sich vor allem politische Impulse von der Debatte zu versprechen.

³² Vgl. Friedmann Eißler, Nein zu jeder Gewalt! Welche Koranauslegung gilt?, in: Materialdienst der EZW 3/2015, 93 – 95 (https://ezw-berlin.de/html/15_5415.php); ders., Muslime distanzieren sich von Gewalt und Terror – Open Letter to Al-Baghdadi, in: Materialdienst der EZW 12/2014, 443 – 444 (https://ezw-berlin.de/html/15_5329.php); ders., „... tötet nicht, außer aus einem rechtmäßigen Grund!“ (Koran) – Gehört die Gewalt zum Islam?, in: Jochen Flebbe/Görge K. Hasselhoff (Hg.), Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Aspekte des Verhältnisses von Religion und Gewalt, Göttingen 2017, 49 – 68.

Imame

Fast 90 Prozent der rund 2000 Moscheegemeinden in Deutschland haben Imame aus dem Ausland. Sie stammen insbesondere aus der Türkei, Nordafrika, Albanien, dem ehemaligen Jugoslawien, aus Ägypten und dem Iran. Fast die Hälfte der ausländischen Imame predigt in DITIB-Moscheen. Zwar wird seit 2011/2012 religiöses Personal an deutschen Universitäten ausgebildet. Allerdings fehlt es sowohl an der praktischen Ausbildungsphase (entsprechend Pfarrseminar, Vikariat) als auch an der Übernahme-perspektive in Moscheegemeinden. Für die Gemeinden ist es günstig, wenn die Imame vom Ausland bezahlt werden. Absolventen hiesiger Universitäten wären vergleichsweise teuer. Hinzu kommt vielfach die Sorge, dass die institutionelle Verwissenschaftlichung dem Glauben abträglich sein könnte. Der universitär vermittelte Islam wird von vielen als vom deutschen Staat beeinflusst skeptisch gesehen.³³

Islamismus, legalistischer Islamismus

Islamismus ist „Fundamentalismus in politischer Aktion“ mit dem Ziel der Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse bis hin zur Errichtung eines islamischen Staates. Eine Trennung von Religion und religiös-weltanschaulich neutralem Staat (Prinzip der Säkularität) wird abgelehnt, die rechtsstaatliche Demokratie allenfalls pragmatisch akzeptiert, im Grundsatz jedoch als „Menschenwerk“ zurückgewiesen. Islamismus ist eine Spielart des politischen Extremismus und heute die größte ideologische Kraft in der islamischen Welt.

Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung sind nicht die definierenden Kriterien von Islamismus. Es gibt breite islamistische Strömungen, die die gesellschaftliche Transformation durchaus mit legalen und friedlichen Mitteln anstreben. Im Behördendeutsch wird von „legalistischem Islamismus“ gesprochen. Im Bereich der Milli-Görüş-Bewegung und des schiitischen Islamismus iranischer Prägung sowie in den Netzwerken der Muslimbruderschaft sind „legalistische“ Strategien die Regel.

Die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus ist sinnvoll und notwendig. Der Islam ist und wird nicht zwingend islamistisch, es besteht aber die Möglichkeit. Es wäre daher verfehlt, in der Betonung des politischen Aspekts grundsätzlich eine Verfälschung oder einen Missbrauch der Religion zu sehen. Andernfalls wäre etwa auch eine Differenzierung zwischen islamischen Positionen, die das geschichtlich vorhandene Reformpotenzial des Islam angesichts pluraler rechtsstaatlicher Gesellschaftsformen ausloten (moderne Hermeneutik, kulturwissenschaftliche Zugänge), und einer von Islamisten geforderten „Reform“ im Sinne der Etablierung schiariarechtlicher Strukturen gar nicht möglich. Man würde das Feld dem Machtdiskurs des Mainstream überlassen, der vor-

³³ Vgl. Andreas Jacobs/Janosch Lipowsky, Imame – made in Europe? Ausbildung und Beschäftigung von islamischen Geistlichen in Deutschland und Frankreich, KAS Analysen & Argumente 346, Berlin, März 2019, www.welt.de/newsticker/news1/article190854503/Islam-Fast-90-Prozent-der-Imame-kommen-laut-Studie-weiter-aus-dem-Ausland.html.

wiegend islamistisch geprägt ist. Es ist weder rassistisch noch „islamophob“, auf den Zusammenhang von Islam und Islamismus hinzuweisen.³⁴

Islamkritik

Immer wieder ist zu hören, Kritik am Islam zu üben sei „Wasser auf die Mühlen der Rechten“. Dem ist entschieden zu widersprechen. Wasser auf die Mühlen „der Rechten“ ist es, wenn die notwendigen Debatten nicht dort geführt werden, wo es sachlich geboten ist. Einer mehr oder weniger pauschalen Ablehnung „des Islam“ und „der Muslime“, die immer häufiger öffentlich geäußert und immer salonfähiger wird, ist entschieden entgegenzutreten. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sachliche Kritik an islamischen Positionen, die Demokratiedistanz pflegen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung mittelfristig infrage stellen, im selben Atemzug diskreditiert und die dringend notwendige Diskussion darüber verhindert wird. Muslimfeindlichkeit („Islamophobie“) und eine grundsätzlich solidarische konkrete Kritik in Sachfragen dürfen nicht in eins gesetzt werden.

Islamophobie, Muslimfeindlichkeit

Negative Einstellungen, Ressentiments und offene Ablehnung gegenüber dem Islam und Muslimen haben zugenommen, ebenso zeichnet sich eine immer breitere Billigung solcher Haltungen in der Öffentlichkeit ab. Der verabscheuungswürdige Anschlag eines australischen Terroristen auf zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) mit 50 Toten im März 2019 war der letzte traurige Höhepunkt rassistisch motivierter Gewalttaten, die Moscheen in zunehmender Zahl auch in Deutschland – zum Glück bisher nicht in dieser tödlichen Form – zu verzeichnen haben. Die pauschale Stigmatisierung und Diffamierung von Menschen mit muslimischem (oder vermeintlich muslimischem) Hintergrund hat mit legitimer Kritik nichts zu tun. Auch einer essenzialisierenden Betrachtungsweise, die „den“ Islam zu kennen beansprucht (und oft besser zu kennen beansprucht als die Muslime selbst) – in der Regel, um ihm ein totalitäres und militantes Wesen zu bescheinigen –, muss widersprochen werden. Die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an islamisch begründeten Positionen und inakzeptabler Hetze gegen Personen(gruppen) ist fortwährend geboten.

Die Bezeichnung Islamophobie ist als ein Kampfbegriff aufzufassen, der Ängste und daraus resultierende Ablehnung oder Hass geradezu pathologisiert und pauschal als unbegründet hinstellt. Der Begriff Islamfeindlichkeit ist neutral und kommt ohne die psychologisierende Komponente aus. Muslim- oder auch Muslimenfeindlichkeit (vgl. Menschen-, Fremdenfeindlichkeit) stellt von vornherein klar, dass es um eine feindselige Haltung gegenüber (einer bestimmten Gruppe von) konkreten Menschen geht.³⁵

³⁴ Vgl. Friedmann Eißler, Islamismus, https://ezw-berlin.de/html/3_149.php (2014).

³⁵ Vgl. Friedmann Eißler, Islamkritik und Islamfeindlichkeit, https://ezw-berlin.de/html/3_3054.php (2013).

„Kontaktschuld“

Mit „Kontaktschuld“ wird das Pseudoargument bezeichnet, unliebsame oder verdächtig(e) Personen durch Verknüpfung mit Personen, die in schlechtem Ruf (z. B. Verfassungsschutzbeobachtung) stehen, zu diskreditieren und auszugrenzen. Wer Kontakt (direkt, indirekt, auf Veranstaltungen, in Gesprächen) zu vermeintlichen Verfassungsfeinden hat, ist demnach selbst Verfassungsfeind oder zumindest ein Sympathisant. Kritischen Analysen von islamistischen Netzwerken und deren personellen Verbindungen wird in letzter Zeit häufiger vorgeworfen, auf solch zweifelhafte Weise unbescholtene Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Unrecht zu Islamisten zu stempeln. Der vorschnellen Identifizierung von einzelnen Muslimen oder Gruppen als „islamistisch“ soll damit ein Riegel vorgeschoben werden.

Der in Mode gekommene Begriff „Kontaktschuld“ hat einen ähnlichen Kampfcharakter gewonnen wie vor Jahren der Begriff der Islamophobie. Richtig ist, dass es keine (Vor-) Verurteilungen und keine Sippenhaftkonstruktionen geben darf. Es gibt unterschiedliche Arten und Intensitätsgrade von Kontakten, es gibt kulturelle Gepflogenheiten (Höflichkeitsbesuche, kulturelle Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft etc.), die missdeutet werden können. All das ist aufmerksam zu berücksichtigen. Dennoch ist kaum zu leugnen, dass beispielsweise die in eine Moschee eingeladenen Prediger ein Hinweis darauf sein können, wie sich die Moscheegemeinde selbst positioniert. Den oder die Gesprächspartner interessiert wahrzunehmen, sich für das Umfeld (selbstverständlich auch die Kontakte), die Inhalte, persönliche und strukturelle Verbindungen, Kommunikationszusammenhänge etc. zu interessieren, all das sollte nicht als Misstrauen verdächtigt werden, sondern gehört zur Normalität und Seriosität jedes mehr oder weniger offiziellen Dialogs, ja zum Respekt für das Gegenüber.

„Medina-Modell“

Immer wieder wird in Verbindung mit der Vorbildfunktion des Propheten³⁶ der Modellcharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in Medina zur Zeit Muhammads betont. Sie gelten als Beleg, dass im Islam seit Muhammads Zeiten Religionsfreiheit geherrscht habe, als Ideal einer gerechten, pluralen Gesellschaftsordnung, in der die Rechte von Minderheiten gewahrt und Toleranz gegenüber Andersgläubigen praktiziert worden seien, weshalb davon auch heute noch ein gesellschaftsgestaltender Anspruch abgeleitet wird. In der „Charta von Medina“ wurden die Rechte und Pflichten aller Beteiligten unter den Bedingungen einer islamischen Rechtsordnung festgelegt. Dies heute als vorbildlichen Umgang mit gesellschaftlichem Pluralismus, ja geradezu als historisches Kernkonzept eines demokratischen Rechtsstaats zu präsentieren, ist islamistisches

³⁶ Vor dem Hintergrund der traditionellen Lehre von der unmittelbaren Verpflichtung des „schönen Vorbilds“ (*uswa hasana*) des Propheten Muhammad und der Weisungen des Korans für alle Muslime (Sure 33,21; 62,2; 72,23).

Gemeingut und unter gläubigen Muslimen weithin akzeptiert. Die „Charta“ wird in diesem Sinne als schriftliche Verfassung oder gar als „erster demokratischer Staatsvertrag“ gepriesen. Dass damit die Begriffe völlig umgedeutet, wenn nicht auf den Kopf gestellt werden, liegt auf der Hand.³⁷ Das „Medina-Modell“ ist ohne den *Dhimmi*-Status der Minderheiten (zudem nur der „himmlischen Religionen“ Christentum und Judentum) nicht schlüssig zu denken.

Opferdiskurs

Der Publizist Jürgen Todenhöfer hat das Opfernarrativ auf den Punkt gebracht: „Wie soll die muslimische Welt an unsere Werte Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat glauben, wenn sie von uns nur [sic!] Unterdrückung, Erniedrigung und Ausbeutung erlebt?“³⁸ Gesellschaftliche Debatten, kritische Positionen, Aufforderungen zur Integration, alles kann als Angriff auf die eigene Identität oder den Islam gewertet werden. Kopftuchverbote, abgelehnte Bewerbungen, mangelnde Anerkennung – schnell fällt das Wort Diskriminierung, verschwörungstheoretische Versatzstücke erklären den Rest. So teilt sich die Welt in Schwarz und Weiß. Auf der einen Seite die Muslime, die die Opfer sind, ob in Palästina, in Deutschland oder in den USA. Auf der anderen Seite die Täter, häufig die Amerikaner oder die Juden. Mit dem Opfernarrativ geht oft eine reine Abwehrhaltung einher, Selbstkritik und die Offenheit für eine echte Verständigung bleiben aus. Das kann dann auch in Dialogprozessen zu negativen Dynamiken führen. Wenn die größte Prüfung für Muslime darin gesehen wird, die islamische Identität zu schützen und nicht der Assimilation zum Opfer zu fallen, entsteht ein lähmender Opferdiskurs, der die Verantwortung von sich schiebt und viele mögliche Potenziale verschließt.

Reformislam, Reformation / Erneuerung des Islam

Die Begriffe sind in höchstem Maße interpretationsbedürftig. Eine Reform des Islam wird von radikal islamkritischer Seite skeptisch gesehen, da die Reformfähigkeit des Islam grundsätzlich bezweifelt wird. Die Begrifflichkeit wird jedoch auch von muslimischer Seite abgelehnt, da der Islam in sich vollkommen und keiner Reform (*islah*) bedürftig sei. Beide Positionen bedienen eine essenzialistische Sicht des Islam, die die Spannung zwischen „Islam“ und „Islamismus“ nach der einen oder anderen Richtung einseitig aufzulösen versucht.

³⁷ Eine Aktualisierung der Bedeutung der „Charta von Medina“ im internationalen islamischen Kontext ist die „Erklärung von Marrakesch“ vom 27. Januar 2016 (www.marrakeshdeclaration.org). S. dazu Friedmann Eißler, Erklärung von Marrakesch: Muslime bekräftigen die Charta von Medina, in: Materialdienst der EZW 3/2016, 103 – 106 (https://ezw-berlin.de/html/15_7020.php); Tilman Nagel, Die „Verfassung“ von Medina, in: Materialdienst der EZW 4/2016, 141 – 145 (https://berlin.de/html/15_7043.php).

³⁸ Zit. nach Klemens Ludwig, Der Islam ist kein Opfer, in: taz vom 2.3.2010, www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/der-islam-ist-kein-opfer.

Was sich wiederum selbst in der einen oder anderen Weise auf eine Reform des Islam beruft, kann geradezu gegensätzlichen Zielen verpflichtet sein. Der Reformismus (Modernismus) des späten 19. Jahrhunderts hat sowohl liberale und säkulare als auch religiöse und radikalislamische „Reformansätze“ aus sich herausgesetzt. Der Begriff „Salafismus“ im Sinne der Rückkehr zu den urislamischen Anfängen hat ebenfalls diese Ambivalenz in sich. Von daher ist genau hinzuhören und zu schauen, was jeweils mit „Reform“ gemeint ist. Der Begriff „liberal“ wird häufig als Ausdruck westlich-säkularer Diskurse aufgefasst, weshalb er von vielen Muslimen als unpassend abgelehnt wird, selbst wenn ihr Islamverständnis durchaus liberale Züge trägt.

Ein Spezialfall ist die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), die sich als „Reform-Gemeinde“ inszeniert. „Reform“ bezieht sich hier auf die Institution des Ahmadiyya-Kalifats im Unterschied zu anderen sunnitischen Richtungen, also auf den Gründungsimpuls der Ahmadiyya, nicht auf „reformerische“ oder gar liberale Ansätze im Blick auf das Islamverständnis. In religiöser Hinsicht ist die AMJ äußerst konservativ geprägt.³⁹

Gibt es einen „deutschen Islam“ (Euro-Islam)?

Die Zusammengehörigkeit von Europa und Islam wird von Muslimen infrage gestellt, die darauf beharren, dass es keinen „Euro-Islam“ oder „europäischen Islam“ gibt und geben kann, sondern allenfalls „den“ (einen) Islam, der sich auch in Europa heimisch macht, sich hier aber auch behaupten muss, also „Islam in Europa“ – ein kleiner, aber entscheidender Unterschied.

In islamistischen Konzepten wird die traditionelle islamische Zweiteilung in *Dar al-Islam* (islamisches Gebiet) und *Dar al-Harb* (nichtislamisches Gebiet) erweitert um das *Dar as-Sulh*, „Haus des Friedens“, auch als „Haus der Bezeugung“ (des islamischen Glaubens) und vor allem als „Haus des (Gesellschafts-)Vertrages“ bezeichnet. In dem Zusammenhang wird die Minderheitensituation von Muslimen im nichtislamischen Gebiet so konzipiert, dass „die Muslime“ die westliche Rechtsordnung quasi-vertraglich anerkennen, um im Gegenzug gemäß dem unverfügbaren „Bund“ zwischen Gott und Mensch, der in der Scharia seinen Ausdruck findet, ihr Leben gestalten zu können.⁴⁰ Nichtsdestotrotz kann die Hoffnung bestehen, dass islamische Theologen in der wissenschaftlichen Freiheit Deutschlands und Europas ohne die Repression eines autoritären Regimes eine „europäische“ Lesart des Islam etablieren.

³⁹ Vgl. Mouhanad Khorchide/Hamed Abdel-Samad, *Ist der Islam noch zu retten? Eine Streitschrift in 95 Thesen*, München 2017; Friedmann Eißler, *Reformislam*, https://ezw-berlin.de/html/3_8114.php (2016).

⁴⁰ Vgl. hierzu Mustafa Cerićs „Erklärung europäischer Muslime“ (A Declaration of European Muslims) von 2005, vor allem die Einleitung (in: Eißler/Borchard [Hg.] 2013, hier insbesondere 79 – 96); dazu auch unten 5.6 bei Fußnote 413. – Vgl. auch unten 2.2.8 (und dort Querverweise) zum „II. Treffen der europäischen Muslime“ – Kölner Konferenz Anfang 2019 – sowie 5.2.7 zur Islamischen Charta.

Säkularität / Säkularismus (verdacht)

Die wissenschaftlichen Diskurse unterscheiden sehr differenziert verschiedene Säkularitätsbegriffe.⁴¹ Schwierigkeiten macht die Begrifflichkeit im Dialog vor allem in der Hinsicht, dass viele Muslime Säkularität quasi intuitiv im Sinne einer „Verbannung Gottes aus der Gesellschaft“ verstehen. Säkularität wird als Religionsfeindlichkeit aufgefasst, also mit Säkularismus oder Laizismus (in eben diesem Sinne) verwechselt. Hier ist Aufklärung und Werbung für einen positiven Säkularitätsbegriff unbedingt notwendig. Der verfassungsrechtliche Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird als säkular bezeichnet. Säkularität bedeutet nicht Religionsablehnung oder gar -feindschaft, sondern ist ein normativ stabilisierender Rechtsanspruch, der allen zukommt. Säkularität in diesem Sinne ist schlicht die Ermöglichung von Religionsfreiheit in der pluralen Gesellschaft.

Ein „säkularer Islam“ kann und muss nicht gefordert werden (wie sollte das gehen?), aber die Anerkennung und positive Identifikation mit der säkularen Ordnung Deutschlands ist Grundvoraussetzung für ein gelingendes Miteinander in der gemeinsamen Gesellschaft.

Taqiyya, Verborgene Agenda

Was immer zur Begründung einer religiösen „Verhüllung“ im Islam (arab. *taqiyya*, „Vorsicht, Furcht, Verhüllung, Verstellung“ bis hin zu „Täuschung, Lüge“) angeführt werden kann – und es gibt in der Tat Überlieferungen, die dem Wortlaut nach Lüge in bestimmten Situationen erlauben: Der unkritische Gebrauch des *Taqiyya*-Vorwurfs gegenüber Muslimen ist Teil desselben essenzialistischen Vereinnahmungsdiskurses, der damit bekämpft werden soll. Er bedeutet das definitive Ende jeglichen Dialogs, bevor er überhaupt angefangen hat. Die Verheimlichung der eigenen religiösen Überzeugung in einem als feindlich wahrgenommenen Umfeld ist ein Thema der islamischen, vor allem der schiitischen Überlieferung. Doch Pauschalisierungen helfen nicht weiter. Wo Doppelstrategien, bewusst intendierte oder in Kauf genommene begriffliche Mehrdeutigkeiten oder irreführende Begründungsmuster erkannt werden, sind sie konkret und an der Sache orientiert zu thematisieren. Dies gilt nach beiden Seiten.

Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz ist ein Nachrichtendienst, kein Geheimdienst. Er ist kein politisches Instrument zur Störung und Beeinflussung von Gegnern, sondern gibt der Öffentlichkeit Auskunft und wird parlamentarisch kontrolliert. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist u. a. die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Für die Nennung in den Berichten muss es offene und klare Anhaltspunkte geben, nicht nur Verdachtsgründe.

⁴¹ Vgl. etwa Monika Wohlrab-Sahr/Marian Bucharadt, Multiple Secularities. Toward a Cultural Sociology of Secular Modernities, in: Comparative Sociology 11/2012, 875 – 909.

Die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht ist in erster Linie als Information und Problemanzeige zur Sensibilisierung aufzufassen. Eine Aussage über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, Kontakt zu den „erwähnten“ Personen, Vereinen oder Gruppen aufzunehmen oder zu pflegen, ist damit ausdrücklich *nicht* verbunden. Dies muss und kann unter Berücksichtigung von verschiedenen Faktoren von Fall zu Fall vor Ort entschieden werden.

Auch wenn der Verfassungsschutz „nur“ informiert, bedeutet die Beobachtung dennoch auch eine politische Bewertung mit gravierenden Folgen für den Dialog. Wer beobachtet wird, hat „offizielle“ Probleme (etwa Verweigerung der Einbürgerung, Verhinderung „struktureller Integration“ islamischer Einrichtungen) und praktische Schwierigkeiten, da etwa öffentliche Förderungen oder Einladungen zu Veranstaltungen ausbleiben und Dialogprozesse sich verändern. Die grundsätzlich notwendige und differenzierte Information – die an sich auf die Sicherung und Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zielt! – hat eine stigmatisierende *Wirkung*, was als enormes Dilemma empfunden wird, aus dem schwer herauszukommen ist. Wer diesem auf dem Wege einseitiger Parteinahme zu entkommen versucht, verkennt die Funktion der verfassungsschutzbehördlichen „Vorfeldaufklärung“. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist kein Schicksal, das ohne jedes Zutun über einen kommt, und kein Unheil, vor dem die Betroffenen geschützt werden müssten.

1.4 Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM)⁴²

Im März 2007 schlossen sich DİTİB, IRD, VIKZ und ZMD zum Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammen. Nach der Bildung des Islamrats 1986 und des Zentralrats 1994 ist der KRM der jüngste Versuch, den Erfordernissen des Religionsverfassungsrechts zu entsprechen und mit der Bildung eines zentralen islamischen Ansprechpartners für den Staat eine zentrale Voraussetzung für die offizielle Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu erfüllen.⁴³

Die Deutsche Islamkonferenz hatte offiziell am 27. September 2006 in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Im November 2006 war die Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ der EKD erschienen. Die 2006 in Köln gegründete Christlich-Muslimische Friedensinitiative (CMFI, cm-fi), eine Initiative des Deutschen Städtetags zusammen mit den Verbänden – insbesondere DİTİB – und dem Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs (KCID), hatte ihre erste zentrale Veranstaltung Anfang 2008 in Berlin mit einer großen Zahl an Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft. Von

⁴² Vgl. Rosenow/Kortmann 2001, 68 – 72 und passim; Yaşar 2012, 95 – 97; Ghadban 2011, 194 – 196. – „KRM“ wurde vor allem anfangs und wird heute gelegentlich auch mit „Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland“ wiedergegeben (auch Yaşar 2012 verwendet diese Bezeichnung).

⁴³ Vgl. Rosenow/Kortmann 2001, 57.

dieser Initiative war nach 2009 kaum mehr etwas zu hören, doch die Signale sind deutbar. Die Hinwendung der Verbände zur Politik (Städtetag, Islamkonferenz, Gründung des KRM) in diesen Jahren war kaum zufällig und ging mit einer spürbaren Abkühlung des Interesses für den Dialog mit den Kirchen einher. In dieser Hinsicht markierte die Rezeption von „Klarheit und gute Nachbarschaft“ eine deutliche Zäsur. Auch verlangten die Herausforderungen bei der Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts eine Bündelung der Kräfte.

Geschäftsordnung

Der KRM ist kein eingetragener Verein, sondern beruht lediglich auf einer Geschäftsordnung, die sich die vier teilnehmenden Verbände am 28. März 2007 gaben. Laut dieser Geschäftsordnung will der KRM „langfristig eine einheitliche Vertretungsstruktur der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland“ fördern und ist „für alle Richtungen innerhalb des Islams offen“ (§ 1,1). Der KRM „bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ (§ 1,4) und legt im nächsten Absatz „Koran und Sunna des Propheten Mohammed“ als „Grundlagen des Koordinationsrats“ fest. „Dieser Grundsatz darf auch durch Änderungen dieser Geschäftsordnung nicht aufgegeben oder verändert werden“ (§ 1,5).

Mitglieder können Dachorganisationen oder Spitzenverbände werden. In die Mitgliederversammlung entsendet die DITIB mit drei Vertretern einen mehr als jeweils die anderen Verbände. Die Beschlussfassung erfolgt mit einfacher Mehrheit. DITIB hat als einziges Mitglied „ein Vetorecht für alle Entscheidungen“ (§ 5,2). Auch dies zeigt die Sonderstellung des Kölner Dachverbands, ohne die der KRM wohl nicht zustande gekommen wäre. Der Sprecher des KRM wird halbjährlich rotierend nacheinander von den Mitgliedsverbänden bestimmt (§ 8).

Ursprünglich war geplant, die Geschäftsordnung in eine ordentliche Satzung zu überführen. Dies wurde aber nicht umgesetzt. Lange Zeit hatte der Koordinationsrat kein Büro, kein Budget, geschweige denn eine Internetseite oder eine ausgearbeitete Programmik. Heute ist eine Homepage eingerichtet (www.koordinationsrat.de), die allerdings eine äußerst überschaubare Informationsdichte aufweist.⁴⁴

⁴⁴ „Wer sich auf der Internetseite des Koordinationsrats der Muslime (KRM) etwa über die muslimische Sicht auf die Flüchtlingskrise, die Attentate von Paris oder die Gewalttaten von Köln informieren will, findet nichts. Ganze fünf Pressemitteilungen und ein gemeinsames Statement hat die Dachorganisation der vier großen islamischen Verbände ... 2015 veröffentlicht“ (Dringender Reformbedarf, www.domradio.de/themen/islam-und-kirche/2016-02-02/koordinationsrat-der-muslime-erfuellt-bislang-kaum-seine-funktion, vom 2.2.2016).

Wie viele Muslime vertreten die im KRM zusammengeschlossenen Verbände?

Die KRM-Verbände vertreten nach eigenen Angaben etwa 2000 Moscheegemeinden. Im Blick auf die Gesamtzahl der Muslime in Deutschland liegt die Repräsentanz des KRM bei etwa 10 bis höchstens 15 Prozent.⁴⁵ Von den religiös praktizierenden Muslimen sind freilich die allermeisten durch den KRM vertreten, rund 75 Prozent ordnen sich einem der vier KRM-Verbände zu. Einige Schätzungen gehen von 80 oder gar 90 Prozent aus. Dennoch wird immer wieder Kritik laut, der KRM vertrete nicht die Mehrheit der Muslime in Deutschland und komme daher nicht als alleiniger Ansprechpartner des deutschen Staates infrage. Zudem seien die politischen Ausrichtungen der KRM-Mitglieder als problematisch einzustufen.

Heutige Situation

Immer wieder drangen Störungen und Konkurrenzkämpfe nach außen. Je länger desto mehr konnte der Eindruck entstehen, die teilnehmenden Verbände seien nur auf äußeren Druck hin zusammengespant. Spätestens seit Anfang 2015 werden handfeste Rivalitäten und Machtkämpfe innerhalb des KRM offenbar. Ein Anlass war die Anti-Terror-Kundgebung vor dem Brandenburger Tor nach den islamistischen Anschlägen Anfang Januar 2015 in Paris, bei der dem ZMD-Vorsitzenden Aiman Mazyek ein Alleingang vorgeworfen wurde.⁴⁶

In ungewohnter Einigkeit und Eindeutigkeit reagierte der KRM im Machtkampf um die Deutungshoheit in Sachen Islam im Herbst 2012 auf das Erscheinen von Mouhanad Khorchides Publikation „Islam ist Barmherzigkeit“. Das Buch enthält ein leidenschaftliches Plädoyer für ein an der Botschaft der Barmherzigkeit Gottes orientiertes Islamverständnis. In einem 70-seitigen Gutachten mit Beiträgen höchst unterschiedlicher Qualität wurden massive Vorwürfe gegen Khorchide vorgebracht. Eine weitere Zusammenarbeit mit dem Münsteraner Professor wurde als unmöglich angesehen.⁴⁷

Die im KRM organisierten Moscheen bieten jedes Jahr am 3. Oktober den „Tag der offenen Moschee“ (TOM) an.

⁴⁵ Ca. 20 Prozent der Muslime sind in Vereinen und Verbänden organisiert, einschließlich Aleviten, Ahmadis, Bosniaken, Marokkanern u. a. Zählt man die Besucher der Freitagsgebete, kommt man selbstverständlich auf viel höhere Zahlen, da es in den Herkunftsländern traditionell keine formelle Mitgliedschaft in einer Moscheegemeinde gibt.

⁴⁶ S. dazu unten 5.2.8.

⁴⁷ S. dazu unten unter 2.3.

2 Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB)⁴⁸

Gründung: 1984 in Köln

Sitz / Zentrale: Köln⁴⁹

DİTİB (Diyanet İşleri Türk-İslam Birliği) ist die mit Abstand größte islamische Organisation in Deutschland. Laut Homepage vertritt DİTİB über 70 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime. Auch wenn das weit übertrieben ist – nach der mangels zuverlässiger neuer Zahlen immer noch orientierenden DIK-Studie von 2009 fühlen sich 16 Prozent der Muslime in Deutschland und 23 Prozent der türkischen Muslime von DİTİB vertreten, lediglich 44 Prozent kannten den Verband damals überhaupt –, ist DİTİB ohne Zweifel der Verband mit dem höchsten Bekanntheits- und Vertretungsgrad.⁵⁰

DİTİB ist der deutsche Arm der staatlichen Religionsbehörde in Ankara, vertritt also den staatsoffiziellen Islam der Türkei. Das Amt für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik (Diyanet İşleri Başkanlığı, kurz: Diyanet, gelegentlich auch DIB abgekürzt)⁵¹ nimmt gegenüber der DİTİB Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollbefugnisse wahr.

Das Amt für religiöse Angelegenheiten Diyanet wurde 1924 gegründet und hat sich zu einer der größten staatlichen Behörden in der Türkei entwickelt. Ihr Präsident wird auf Vorschlag des Ministerpräsidenten durch den Ministerrat berufen, daher ist die Behörde direkt der Regierungspolitik unterworfen.⁵² Dem entsprechenden Gesetz von 1965 zufolge ist Diyanet ausschließlich für islamische (d. i. türkisch-sunnitische) Religionsangelegenheiten zuständig. Ihre Aufgabe ist es, die Praxis des offiziellen (ursprünglich laizistischen) Islamverständnisses zu gewährleisten. Sie kontrolliert die Religionsausübung in der Türkei unter der Maßgabe der türkischen Regierung und deren Gestaltung der „türkisch-islamischen Synthese“ (TIS), die „praktisch einen Bruch mit der kemalistischen Staatsideologie bedeutete“, da sie den Islam zwar wieder ins öffentliche Forum holte – allerdings

⁴⁸ Vgl. Gorzewski 2015; Yaşar 2012 (insbesondere 59 – 133 und 203 – 228); Wunn 2007, 26 – 37; Lemmen 2001, 88 – 92; Lemmen 2002, 34 – 40; Spuler-Stegemann 2002, 103 – 105.

⁴⁹ Neubau der Zentrale auf über 3500 Quadratmetern, in Betrieb seit Anfang 2014.

⁵⁰ Vgl. Yaşar 2012, 95. Angesichts der aktuellen Debatten dürfte sich der Bekanntheitsgrad erhöht haben. Die Verbände, etwa DİTİB, argumentieren freilich auf der Basis der „praktizierenden Muslime“. Bekir Alboğa Anfang 2012: „Die Verbände im KRM repräsentieren über 2300 der 2500 Moscheegemeinden in Deutschland, also die große Mehrheit der praktizierenden Muslime“ (www.domradio.de/aktuell/78970/der-staat-muss-sich-an-die-religioese-vielfalt-anpassen.html).

⁵¹ Dazu Lemmen 2001, 91.

⁵² 2016 hieß es, das Amt solle direkt dem Staatspräsidenten unterstellt werden (Canan Topçu, Von Erdoğan abhängig, in: ZEIT vom 3.8.2016, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/tuerken-deutschland-ditib-moscheeverband-tuerkei) bzw. sei diesem schon unterstellt (www.tagesspiegel.de/politik/moscheeverband-ditib-der-lange-arm-erdogans-in-deutschland/13961072.html).

nicht in Form eigenständiger islamischer Institutionen, sondern als Instrument des Staates.⁵³ Mit dem Militärputsch 1980 wurde die TIS offizielle Staatsdoktrin; der Islam sollte nun zur Ausbildung einer türkisch-islamischen Identität eingesetzt werden (ausschließlich sunnitischer Islam hanafitischer Prägung). Zu diesem Zweck wurde 1982 der Islamunterricht zum regulären Schulfach. Konnte man vor etwa 15 Jahren vorübergehend gewisse Öffnungstendenzen bei der Diyanet beobachten, so zeigt sich doch, dass sie die religiöse Vielfalt in der Türkei nicht nur marginalisiert, sondern eher als Gefahr für die nationale Einheit betrachtet. „Der türkische Staat setzt das Diyanet seit seiner Gründung bis heute für die Kontrolle der islamischen Religion ein.“⁵⁴

Da der türkische Staat durch die Diyanet die religiösen Angelegenheiten in der Türkei regelt, „liegt der Schluss nahe, dass damit der Islam indirekt wieder zur Staatsreligion der Türkischen Republik geworden ist“⁵⁵. Schon 2001 zieht der katholische Theologe Thomas Lemmen daher den Schluss, es sei „unrealistisch, im DİB und der in der BRD tätigen DİTİB einen Garanten des türkischen Laizismus zu sehen“⁵⁶.

Zu den Aufgaben der Diyanet gehört auch explizit die religiöse Betreuung der Türken im Ausland.

Ein eigener Bereich ist der sogenannte „Konsulatsunterricht“ (nicht unmittelbar DİTİB): Bundesweit werden in acht Ländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Saarland) staatliche Konsulatslehrkräfte eingesetzt, um türkischen muttersprachlichen Zusatzunterricht zu erteilen. 503 Lehrkräfte unterrichten weit über 30 000 türkischstämmige Schülerinnen und Schüler. In Berlin sind 50 vom türkischen Bildungsministerium für fünf Jahre entsandte Lehrer an 150 Schulen tätig, die eine Mischung aus Türkisch und Heimatkunde lehren (Zahlen von 2016). In Hessen ist dieser Unterricht seit 1999 komplett in der Verantwortung der Türkei.

DİTİB gehört keinem der muslimischen Spitzenverbände in Deutschland an und spielt seit jeher im Konzert der islamischen Organisationen in Deutschland eine betont eigenständige Rolle. Die Rückbindung von DİTİB an das Präsidium für Religionsangelegenheiten in der Türkei „schließt von ihrem Selbstverständnis her eine Mitwirkung in einem Zusammenschluss muslimischer Organisationen in Deutschland aus“. Am Islamischen Arbeitskreis (IAK) in den 1990er Jahren war DİTİB allerdings beteiligt, wie auch jetzt im KRM.⁵⁷

Die allermeisten Imame der DİTİB-Moscheen werden – meist für vier oder fünf Jahre, häufig auch für eine kürzere Zeit – von der türkischen Religionsbehörde in Ankara entsandt, die auch ihre Bezahlung und Beaufsichtigung übernimmt (Konsulate).⁵⁸ Darüber

⁵³ Die TIS wurde seit 1949 (unter Ministerpräsident Şemsettin Günaltay) eingeleitet, ausführlicher s. Wunn 2007, 26 – 28.

⁵⁴ Yaşar 2012, 204, als Schlussfolgerung im Original kursiv.

⁵⁵ Lemmen 2001, 92.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Bis zur Umbenennung des IAK in ZMD 1994; Lemmen 2001, 123.

⁵⁸ Die Bewerber müssen ein Studium und Berufserfahrung vorweisen sowie Tests mit Fragen zu Deutschland bestehen. Deutschkurse für angehende Imame in Deutschland gibt es seit 2002 am Ankaraner Goethe-Institut. Ein fünfmonatiger Kurs ist Pflicht, der allerdings nicht zu ausreichenden Sprachkenntnissen führt.

gab und gibt es keinen schriftlichen Vertrag zwischen der Türkei und der Bundesrepublik. Die DİTİB-Imame sind Religionsbeauftragte der Diyanet, mithin Beamte oder Angestellte des türkischen Staates, der damit unmittelbar auf die religionspolitische Situation in Deutschland Einfluss nimmt.

DİTİB war bis vor wenigen Jahren der wichtigste Ansprechpartner der deutschen offiziellen Stellen. Bis weit in die 2000er Jahre wurde die Nähe zum türkischen Staat nicht so sehr als Problem denn als Ausweis einer moderaten, quasi staatlich domestizierten Islamausrichtung aufgefasst. So wurde DİTİB als einzige islamische Organisation zum ersten Deutschen Integrationsgipfel 2006 eingeladen, da „der Integrationsgipfel ein säkular ausgerichtetes Treffen sei“⁵⁹ – heute unvorstellbar.

Die Bevorzugung von DİTİB aufgrund der Größe des Verbandes und der – zunächst tatsächlich vorhandenen, wenn auch aus Sicht vieler Türken schon immer bloß erzwungenen – Nähe zum „türkischen Laizismus“ konnte lange durchgehalten werden, obgleich eben die enge Verbindung mit dem Staat spätestens ab Mitte der 2000er Jahre sehr deutlich machte, wohin die Reise mit Erdoğan gehen würde. Das Verhältnis wurde paradox: Einerseits Förderung als bevorzugter Partner, andererseits wachsende Kritik an der Türkeibindung über die Diyanet, die freilich von vornherein gegeben und eben auch lange mehr als geduldet war.

2.1 Zur Geschichte des Verbandes

Die vergleichsweise gut ausgebildeten Hodschas des Verbands der Islamischen Kulturzentren (VIKZ, Süleyman-Bewegung) betreuten Ende der 1970er Jahre etwa 60 Prozent der türkeistämmigen Muslime, auch Milli Görüş war schon mit eigenen Gemeinden präsent. In der europäischen Diaspora konnten sich von der Türkei unabhängige und regimiekritische islamische Gemeinden frei formieren, die in der Türkei dazu gar keine Gelegenheit hatten – während es ein religiöses Angebot für die Arbeitsmigranten von offizieller türkischer Seite noch nicht gab. Erst Anfang der 1980er Jahre, also über 20 Jahre nach Ankunft der ersten „Gastarbeiter“, zeigte die Türkei Interesse daran, sich um die religiösen Bedürfnisse der türkischen Arbeitsmigranten im Ausland zu kümmern. Die Gründung der DİTİB erfolgte 1984, fast zeitgleich mit der wenige Wochen später gegründeten Auslandsorganisation der Ankaraner Diyanet. 1982 war namensgleich ein Verein in Berlin gegründet worden, es war jedoch der Kölner Verein, der – offiziell erst 1987 – der Dachverband für Europa wurde.⁶⁰ Der neue Verband sollte „vor allem

⁵⁹ So gibt Yaşar 2012, 95, die damalige Integrationsbeauftragte Maria Böhmer wieder.

⁶⁰ Vgl. Gorzewski 2015, 11f. – Die Schwesterorganisation der deutschen DİTİB in Österreich heißt ATİB (Avusturya Türk İslam Kültür ve Sosyal Yardımlaşma Birliği), nicht zu verwechseln mit der deutschen Organisation ATİB, einer Abspaltung der Türkischen Föderation (Graue Wölfe) und Gründungsmitglied des ZMD (s. u. 5.3).

die Bindung der Deutschlandtürken an ihre ehemalige Heimat stärken und deren Abwandern in konkurrierende und möglicherweise kritische oder oppositionelle religiöse Gruppen verhindern“⁶¹. So deutet der Türkeiexperte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Günter Seufert, das Engagement der staatlichen Religionsbehörde „primär als Reaktion auf den organisatorischen Erfolg nichtstaatlicher muslimischer Gruppen in der Diaspora“⁶². Gemeint sind in erster Linie der VIKZ sowie Milli Görüş, die als Konkurrenten das Feld beherrschten und im Grunde eine islamische Erneuerung der Türkei bzw. gar die Abschaffung der republikanischen Staatsform anstrebten. Mit DİTİB trat nun – spät, aber mit Macht – ein großer Spieler auf den Plan, der nicht nur den Koranlehrenotstand beheben, sondern einer Instrumentalisierung der Religion zur politischen Mobilisierung gegen den türkischen Staat in der Diaspora wehren sollte. Die Diyanet verfügte als staatliche Behörde über die Mittel, um Strukturen in Europa aufzubauen, etwa indem sie die Religionsbeauftragten zur Verfügung stellte.

Durch die Organisation über die Konsulate war auch eine quasi „natürliche“ Nähe zu den deutschen Behörden gegeben. Deutschland hatte zudem aus ganz eigenen Gründen ein Interesse daran, dass die Türken die Identifizierung mit ihrer Religion und Sprache nicht ganz verlören, wollte man doch die Rückführungsoption im Blick behalten. Man sah sich nicht als Einwanderungsland und überließ die Organisation religiöser und kultureller Belange gerne den Türken selbst. Solange die Türkei Richtung Europa strebte – unterstützt durch einen enormen Wirtschaftsaufschwung Anfang der 2000er Jahre –, war die enge Türkeibindung der DİTİB ohnehin nicht nur bequem, sondern wurde geradezu als Gewinn für alle Seiten, zumindest als durchaus akzeptabel angesehen.

2.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld

2.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele

Die Mehrheit der Mitglieder richtet sich – wie in der Türkei vorherrschend – in der Glaubenslehre nach der maturidischen und in der Religionspraxis nach der hanafitischen Schule des Islam. DİTİB bekennt sich zur demokratischen Ordnung „als Garantie für ein Zusammenleben der Menschen verschiedenen Glaubens und Kulturen“ und betont ihre „Distanz zu parteipolitischen Aktivitäten“.⁶³ Der Verein bietet soziale, kulturelle und religiöse Dienste an. DİTİB hat u. a. den Zweck, die in Deutschland lebenden Türken und – gemäß Satzungsänderung 2009 – darüber hinaus alle in Deutschland lebenden Muslime in allen Fragen der islamischen Religionsausübung mit Beratung,

⁶¹ Wunn 2007, 73 (mit Verweis auf eine Publikation aus dem Jahr 1980), und 30, dort knapp und informativ zur Geschichte.

⁶² Zit. nach Yaşar 2012, 62.

⁶³ Ebd., 64.

Service, Gründungshilfe für Vereine und Beaufsichtigung der angeschlossenen Vereine zu unterstützen und zu betreuen.⁶⁴ Von Anfang an wurde die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als Zweck der Vereinsgründung genannt.

Die Satzung macht das Verhältnis zur Diyanet klar. Deren Präsident ist von Amts wegen Ehrenvorsitzender und Beiratsvorsitzender der DİTİB. In seiner Funktion als Ehrenvorsitzender hat er das Recht, an Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen (ohne Stimmrecht) teilzunehmen, wovon er durchaus auch Gebrauch macht. Außerdem ist DİTİB-Vorsitzender in der Praxis immer ein Botschaftsvertreter (Botschaftsrat des türkischen Staates für religiöse Angelegenheiten), und Angehörige der diplomatischen Vertretungen werden zu Beiratsmitgliedern berufen.

2.2.2 Organe

Vorstand: Sieben Mitglieder werden für zwei Jahre gewählt, das Vorschlagsrecht liegt allein beim Beirat, dessen Vorsitzender der Diyanet-Präsident ist. Vorstandsvorsitzender der DİTİB ist in der Regel zugleich Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten der Türkei, der wiederum den Chef der Diyanet in Deutschland vertritt. Die Steuerung aus Ankara bleibt satzungsgemäß und offen erkennbar, ohne Korrekturen auch bei den jüngsten Vorstandswahlen Ende 2018. Bevor der Vorstand über eine „religiöse Angelegenheit“ entscheidet, muss er die „schriftliche Stellungnahme des Religionsrates“ einholen.⁶⁵

Mitgliederversammlung: Die Mitgliederversammlung⁶⁶ kann als „markante Schnittstelle“ zwischen DİTİB und Diyanet betrachtet werden. Hinsichtlich der Stimmgewichtung kann nicht von einer Gleichbehandlung der Mitglieder gesprochen werden. Die Stimme eines Religionsattachés hat denselben Wert wie die eines Vorsitzenden eines DİTİB-Landesverbandes. Die knapp 900 DİTİB-Gemeinden haben 15 Stimmen und können damit allein praktisch keine Mehrheit zustande bringen. Die Diyanet-Vertreter haben ein größeres Stimmengewicht als die Ortsgemeinden.

Beirat: Der Beirat ist das mächtigste DİTİB-Organ. Er hatte bereits in der ersten Satzung von 1984 entscheidende Kompetenzen und hat diese seitdem ausgebaut. Er ist ausschließlich den Funktionären der Diyanet und der Diyanet-Stiftung vorbehalten.⁶⁷ Seit der Generalkonsul der Türkei nicht mehr Beiratsmitglied werden kann (2009), besteht der Beirat aus fünf Personen. Den Vorsitz hat der Diyanet-Präsident. Der Beirat muss an allen Entscheidungen zu grundlegenden Fragen wie auch z. B. Immobilienangelegenheiten beteiligt werden, in den meisten Fällen hat er die endgültige Entscheidungsbefugnis. So entscheidet der Beirat über Mitgliedsanträge; Satzungsänderungen brauchen

⁶⁴ Vgl. ebd., 68 und 227.

⁶⁵ Ebd., 82.

⁶⁶ Vgl. ebd., 73f.

⁶⁷ Vgl. ebd., 74 – 80.

(zusätzlich zu einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit) die Zustimmung des Beirats. Der Beirat hat mehrfach wichtige Satzungsänderungsvorhaben, die zu einer stärkeren Öffnung beigetragen hätten, blockiert.⁶⁸ Er hat das ausschließliche Recht, Kandidaten für die Vorstandswahlen aufzustellen.

Religionsrat: 2009 wurde ein Religionsrat (sieben Mitglieder für zwei Jahre) als viertes Organ der DİTİB neu eingerichtet.⁶⁹ Stellungnahmen, Beratung des Vorstands, Gutachten gehören zu seinen Aufgaben. Als Vorbild ist der „Hohe Rat für religiöse Angelegenheiten“ der Diyanet in Ankara deutlich erkennbar. Gewählt wird er von den Diyanet-Religionsbeauftragten (Imamen).

Beauftragter für den interreligiösen Dialog: Als erste islamische Organisation hatte DİTİB einen Beauftragten für den interreligiösen Dialog (Empfehlung aus Ankara 1998).

2.2.3 Mitglieder

DİTİB hat etwa 150 000 Mitglieder in rund 900 Mitgliedsvereinen, die meisten davon Moscheegemeinden, in denen 970 Imame aus der Türkei (Stand 2016, Tagesschau-information) sowie fast 24 000 ehrenamtliche Vorstands- oder Ausschussmitglieder (so DİTİB-Funktionär Bekir Alboğa 2016) tätig sind. DİTİB weist auf die Beteiligung von Frauen-, Jugendlichen- und Elternvertretungen in den Moscheevorständen hin. Seit vielen Jahren werden auch weibliche Islamgelehrte entsandt, nach Diyanet-Angaben von 2017 waren es 116 Frauen.⁷⁰ Diese arbeiten etwa als Religionslehrerinnen oder Seelsorgerinnen. Sie leiten aber anders als die Imame die (gemischtgeschlechtlichen) Gemeinden nicht im Gebet.⁷¹

Wenn in den Medien aufgrund geschätzter Zahlen etwa von 800 000 „Mitgliedern“ die Rede ist, wird von der Beobachtung ausgegangen, dass in den Familien meist nur eine Person tatsächlich Vereinsmitglied wird, und von daher grob hochgerechnet. Das wäre dann die Zahl an Muslimen, für die DİTİB sprechen kann.⁷²

Die DİTİB-Moscheegemeinden haben eine Berichtspflicht gegenüber der Kölner Zentrale. Eine Mustersatzung findet inzwischen für die meisten Vereine Anwendung.⁷³ Diese sind freilich eigenständige Vereine und agieren als solche in einem gewissen Rahmen selbstverantwortlich. Sie unterliegen ausschließlich dem deutschen Recht, die Vereins-

⁶⁸ Vgl. ebd., 79 – 82.

⁶⁹ Vgl. ebd., 85f.

⁷⁰ Theologinnen werden schon seit 1990, verstärkt aber seit 2006 nach Deutschland entsandt.

⁷¹ Vgl. Südkurier vom 15.2.2017, www.suedkurier.de/nachrichten/politik/Diyanet-Ditib-und-die-tuerkischen-Imame-in-Deutschland-Zahlen-und-Fakten;art410924,9133387.

⁷² Die REMID-Schätzung 2017 geht von einem Umfeld von ca. 600 000 bis 1 Million Personen aus, www.remid.de/info_zahlen/islam; vgl. auch www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/ditib-islam-dachverband-neustart-tuerkei-einfluss.

⁷³ Vgl. Gorzewski 2015, 72f.

führung obliegt den beitragszahlenden Mitgliedern vor Ort. Einige Vereine treten in letzter Zeit selbstbewusster mit Forderungen nach mehr Unabhängigkeit auf.

2.2.4 Landesverbände

2009 wurden innerhalb kurzer Zeit 13 Landes- und Regionalverbände gegründet, seit 2011 sind es 15 (in den alten Bundesländern und Berlin). Diese definieren sich per Satzung als islamische Religionsgemeinschaft nach GG Art. 7,3.⁷⁴ Da der Religionsunterricht in der Zuständigkeit der Länder liegt, wurde die regionale Untergliederung als Notwendigkeit erkannt, um das Ziel der Einführung des islamischen Religionsunterrichts erreichen zu können. In Hessen wurde der DİTİB-Landesverband als Religionsgemeinschaft anerkannt und erteilt ebenso wie die als Körperschaft des öffentlichen Rechts in Hessen anerkannte Ahmadiyya Muslim Jamaat seit 2013/14 islamischen Religionsunterricht.⁷⁵

An der Spitze der Landesverbände stehen nicht türkische Theologen, sondern in Deutschland geborene Vertreter anderer Berufe. Satzungsgemäß (§ 7) ist die Einrichtung eines Registers für die Muslime vorgesehen. Diese Praxis sei zwar der islamischen Lehre unbekannt, aber für die öffentliche Verwaltungspraxis in Deutschland erforderlich.⁷⁶ Kritisch betrachtet wurde in den ersten wissenschaftlichen Bestandsaufnahmen, dass sich das Gefälle DİTİB – Landesverbände ähnlich darstellte wie das Gefälle Diyanet – DİTİB.⁷⁷ Der Aufsichtsrat für alle Landesverbände ist demnach – mit weitreichenden Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten – der Vorstand des DİTİB-Dachverbands in Köln. Zur Zeit der Abfassung der Dissertation von Aysun Yaşar hatten vier Vorstandsmitglieder des DİTİB-Dachverbands, und als solche Mitglieder des Aufsichtsrats für die Landesverbände, zugleich die Funktion des Vorstandsvorsitzenden ihres jeweiligen Landesverbands inne. In den Religiösen Beiräten der Landesverbände saßen mit Kontroll- und Aufsichtsfunktionen für die Landesverbände DİTİB-Imame, die wiederum Diyanet-Angestellte sind.⁷⁸

⁷⁴ Dies bedeutet nicht zugleich, dass sie Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sind, da dieser Status an Voraussetzungen gebunden ist, deren Erfüllung durch die DİTİB-Landesverbände keineswegs allgemein als gesichert gelten kann.

⁷⁵ Dazu unten 2.2.6. Hessen hat ein Zehn-Punkte-Papier verabschiedet, anhand dessen geprüft wird, ob eine islamische Organisation die Kriterien einer Religionsgemeinschaft erfüllt. Bisher wurden DİTİB und die Ahmadiyya (AM) in Hessen als Religionsgemeinschaften anerkannt.

⁷⁶ Vgl. Yaşar 2012, 106. Wie weit die Registrierung in der Zwischenzeit vorangeschritten ist, kann hier nicht verfolgt werden.

⁷⁷ Vgl. ebd., 112 – 117; Gorzewski 2015, 63 – 71.

⁷⁸ Es gab inzwischen Satzungsänderungen, außerdem streben einige Landesverbände spätestens seit der Zuspitzung der Krise seit 2016 verstärkt nach einer Lockerung der engen Bindung an DİTİB/Diyanet.

Der Aufsichtsrat bestellt und kontrolliert „Landeskoordinatoren“, die für bestimmte Aufgabenbereiche der Gemeinschaft vorgesehen sind und letztlich die Steuerungsmöglichkeiten der Zentrale verstärken.

2.2.5 Aktivitäten in Auswahl

Der Verband bietet etliche Aktivitäten an, die zum Basisangebot eines islamischen Verbandes gezählt werden können, wie beispielsweise die Unterstützung bei (Diyabet-) Pilgerreisen nach Mekka oder bei Bestattungen – so gibt es einen Bestattungsfonds mit einem eigenen Verein 1997 und Anfang 2019 320 000 Versicherten. Auch soziale Aktivitäten finden statt, z. B. im Bereich Familien-, Frauen- und Jugendarbeit,⁷⁹ es gibt eine hauseigene Publizistik⁸⁰ und eine AG Islamische Wohlfahrtspflege mit acht Verbänden, seit 2015 inklusive Flüchtlingshilfe. Zudem ist DİTİB im interreligiösen Dialog engagiert,⁸¹ macht Bildungs- und Kulturangebote und unterhält beispielsweise seit 2014 die DİTİB-Akademie⁸². Diese ist im Bundesverband für die Bereiche Bildung, Forschung und Publikationen zuständig. Im Rahmen der „Studienförderung für Islamisches Denken“ werden für Studierende unterschiedlicher Fächer Stipendien vergeben, die finanzielle und inhaltliche Unterstützung vorsehen.⁸³ Schon 2006 wurde das Stipendienprogramm „Internationaler Studiengang Islamische Theologie“ (ISIT, türkisch UIP) – zuerst in Ankara, dann in Istanbul und weiteren Städten – etabliert, mit dem türkischstämmige Abiturienten bzw. Studierende aus Deutschland und der EU in der Türkei studieren

⁷⁹ Jugendarbeit: Im Januar 2014 wurde der „BDMJ – Bund der Muslimischen Jugend“ gegründet, der Bundesjugendverband der 15 DİTİB-Landesjugendverbände. Der BDMJ ist das Sprachrohr der Jugendlichen aus über 820 Moscheegemeinden und 100 weiteren Vereinen aus dem gesamten Bundesgebiet und damit nach eigenen Angaben der größte muslimische Jugendverband in Deutschland (www.ditib.de/detail1.php?id=376&lang=de).

⁸⁰ Die DİTİB-„Hauszeitschrift“ „Bülten“ erscheint seit Anfang 2016 in neuer Aufmachung. Das bisherige Hauptthema, das Gemeindeleben, wird marginalisiert, enorm verstärkt wird hingegen das religiöse bis missionarische Feld sowie alles „Osmanische“ (Geschichte). Mit einem „islamistischen neoosmanischen Diskurs“ – so werde beispielsweise betont, dass in der Hagia Sophia islamische Gebete verrichtet wurden oder werden, womit der Sieg über die Christen zumindest indirekt aufgenommen wird – werde der Hegemonieanspruch der Türkei über die Länder der Region untermauert, „wofür auch die türkischen Migrantengemeinden in Europa instrumentalisiert“ werden (Joseph Croitoru, www.general-anzeiger-bonn.de/news/kultur-und-medien/bonn/Dem-Neo-Osmanismus-verpflichtet-article3338012.html, 22.8.2016).

⁸¹ S. z. B. das Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften. Eine muslimisch-jüdische Kooperation im Bereich der Jugendarbeit wurde im Oktober 2017 in Mannheim bekräftigt. An der „Drei-Religionen-Schule“ in Osnabrück (Johannisgrundschule) als einem ersten Projekt dieser Art ist der DİTİB-Verein Osnabrück zusammen mit der Schura Niedersachsen beteiligt (https://schulstiftung-os.de/fix/files/609/doc/Broschuere_Drei-Religionen-Schule_2017_02_02.pdf).

⁸² Vgl. www.facebook.com/ditibakademie.

⁸³ www.mystipendium.de/stipendien/ditib-akademie-studienfoerderung-fuer-islamisches-denken.

können, um dann als – von der Diyanet bezahlte – Religionsbeauftragte (Imame) in Deutschland tätig zu werden. Das Auswahlverfahren findet in Kooperation mit der DİTİB und der Diyanet statt. Man sieht also auch bei DİTİB die Notwendigkeit, eine bessere Ausbildung für Deutschland zu bieten. Allerdings lässt man sich dabei kaum auf die islamisch-theologischen Zentren ein, die ab 2011 an mehreren Universitätsstandorten eingerichtet wurden.⁸⁴

Die Predigten, die freitags in DİTİB-Moscheen zu hören sind, werden nicht mehr generell zentral aus der Türkei bezogen, sondern seit Gründung der Landesverbände (2009) in den Bundesländern in Verantwortung dieser Verbände erstellt oder in der Zentrale in Köln (Predigtkommission). Sie „sind daher besser auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinden zugeschnitten“⁸⁵. Seit 2007 können die Predigten auf der Homepage nachgelesen werden.

2.2.6 Islamischer Religionsunterricht

Nordrhein-Westfalen: Islamischer Religionsunterricht (IRU) wurde 2012/13 mit einem Beiratsmodell als Übergangslösung eingeführt. Das Land sieht sich als Vorreiter, allerdings läuft das Modell 2019 aus. Zunächst nur an Grundschulen, wurde der bekenntnisorientierte Unterricht 2013/14 auf weiterführende Schulen ausgedehnt. Im August 2016 beendete der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Kooperation mit DİTİB im staatlichen Präventionsprogramm „Wegweiser“, 2017 musste DİTİB im Zuge der Spitzelaffäre ihren Sitz im Beirat für den IRU ruhen lassen. Im November 2017 entschied das OVG in Münster, der Islamrat (IRD) und der Zentralrat der Muslime (ZMD) seien weiterhin nicht als Religionsgemeinschaften anzusehen.⁸⁶ Der islamische Religionsunterricht in NRW könne demzufolge nach dem bisherigen Modell weitergeführt werden. Allerdings wurde das Urteil vom BVerwG Ende 2018 aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das OVG zurückverwiesen. Noch ist unklar, wie es weitergeht (Anfang 2019).

Hessen: Der DİTİB-Landesverband Hessen e. V. stellte 2011 einen Antrag auf Einführung von IRU. Im Juli 2012 erfolgte eine positive Beurteilung der Eignung des Landesverbandes durch die damalige hessische Kultusministerin Nicola Beer aufgrund von

⁸⁴ Vgl. www.islamiq.de/2016/10/23/imame-2-0-made-in-germany sowie Yaşar 2012, 131; Rohe 2016, 133. Nach Pressemeldungen haben bis 2014 über hundert Studierende aus Deutschland diesen Studiengang bereits absolviert. Bis 2016 sollen etwa 50 Absolventen über dieses Programm in DİTİB-Moscheen tätig geworden sein. Anfang 2019 unterstützte die DİTİB-Akademie laut Medienberichten 34 Master- und acht Promotionsstudenten sowohl materiell als auch ideell.

⁸⁵ Yaşar 2012, 129.

⁸⁶ S. unten 3.1 sowie Eißler, OVG-Urteil (s. Fußnote 22).

islam- und religionswissenschaftlichen Gutachten („Religionsgemeinschaft“), nachdem der Verband Satzungsänderungen vorgenommen hatte. 2013/14 wurde der IRU zunächst an 27 Grundschulen eingeführt. DİTİB und die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) arbeiten nicht auf der Grundlage eines gemeinsamen Lehrplans, sondern mit zwei Curricula. Im September 2016 hieß es, man wolle den „Muslimverband DitiB“ im Blick auf die Eignung als Kooperationspartner für den Islamunterricht überprüfen. Das Kultusministerium gab im Februar 2017 drei Gutachten in Auftrag, um eine Einflussnahme des türkischen Staates auf den Religionsunterricht und die Lehrkräfte zu prüfen. Etwa 3100 Schüler an 56 Grundschulen und zwölf weiterführenden Schulen nahmen Anfang 2019 an dem Unterricht von DİTİB und AMJ teil. Anfang 2019 ist trotz kleinerer Änderungen in der Satzung des DİTİB-Landesverbandes nicht klar, ob der IRU in der vor sechs Jahren eingeführten Form fortgesetzt wird.⁸⁷

Niedersachsen: In Niedersachsen bilden die Schura und der DİTİB-Landesverband einen Beirat, der den Unterricht inhaltlich verantwortet.⁸⁸ Das Fach „Islamische Religion“ wurde 2013/14 eingeführt und erreicht heute an rund 60 Schulen etwa 4000 Schülerinnen und Schüler. Weitere Schulen haben Interesse, es fehlt aber an Lehrkräften. Im Blick auf Lehrplaninhalte gibt es einen jahrelangen Streit zwischen dem Kultusministerium und dem Beirat für den IRU. Seit den Vorwürfen nach dem Putsch 2016 liegen die Verhandlungen für einen Staatsvertrag, der kurz vor dem Abschluss stand, auf Eis. Der Rücktritt des gesamten DİTİB-Landesvorstandes für Niedersachsen und Bremen Ende 2018 sorgte für weitere Erschütterungen. Die Zusammenarbeit mit DİTİB wurde auf den Prüfstand gestellt. Während das Justizministerium die Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Gefängnisseelsorge kündigte, wollen die übrigen Ressorts an der Zusammenarbeit festhalten, wo sie sich bewährt habe.

In *Hamburg* und *Bremen* wurden 2012 und 2013 Staatsverträge abgeschlossen, die auch den Religionsunterricht (ein „Religionsunterricht für alle“) unter Beteiligung der DİTİB-Landesverbände sowie von Schura und VIKZ regeln. Diese sind als Religionsgemeinschaften anerkannt.

⁸⁷ Wie sich die Abschaffung der Stelle des sogenannten Landeskoordinators auswirkt, über die Ankara Einfluss auf das Geschehen im Landesverband nehmen konnte, bleibt abzuwarten. Stattdessen soll ein Geschäftsführer eingesetzt werden.

⁸⁸ Die Kooperation von DİTİB mit der Schura Niedersachsen ist eine bedeutsame Ausnahme von dem sonst festzustellenden Bestreben der DİTİB, die Vertretung der Muslime allein zu beanspruchen. – „Schura“ ist ein arabischer Begriff, der im Koran vorkommt und im islamischen Recht die Bedeutung „Rat, Beratung, beratende Versammlung“ hat. Bei der „Schura Niedersachsen“ und anderen „Schuren“ (oder „Schuras“) handelt es sich jeweils um einen Zusammenschluss bzw. einen Rat islamischer Gemeinschaften.

In *Rheinland-Pfalz* gibt es aufbauend seit 2004 islamischen Religionsunterricht in der Primarstufe und der Sekundarstufe I. Sowohl mit DİTİB als auch mit einzelnen Mitgliedern der Schura Rheinland-Pfalz gibt es Schwierigkeiten; es wird verlangt, dass die Verbände jede ausländische Einflussnahme ausschließen und Zweifel an ihrer Verfassungstreue ausräumen. Das Land will prüfen lassen, ob die Verhandlungen über den islamischen Religionsunterricht fortgesetzt werden. Grundlage dieser Entscheidung sind zwei neue Gutachten.

In *Baden-Württemberg* wird Anfang 2019 über ein Stiftungsmodell diskutiert. Der sunnitisch-islamische Religionsunterricht soll auf ein neues Fundament gestellt werden. Das Land plant, gemeinsam mit dem Landesverband des VIKZ (Landesverband der Islamischen Kulturzentren, LVIKZ) und der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD) eine Stiftung öffentlichen Rechts zu gründen, die den Unterricht rechtlich und inhaltlich tragen soll. DİTİB wie auch die ursprünglich ebenfalls für eine Einbindung vorgesehene Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg (IGBW) lehnten eine Beteiligung nach monatelangen Verhandlungen ab. Sie wollen das Modell verfassungsrechtlich prüfen lassen.

Bayern: Mitte 2019 läuft in Bayern der Modellversuch „Islamischer Unterricht“ (kein Bekenntnisunterricht) nach zweimal fünf Jahren aus. Nach einer Auswertung soll über eine mögliche Fortführung entschieden werden. DİTİB Bayern stellte 2014 den Antrag, die Verantwortung für islamischen Religionsunterricht in Bayern zu übernehmen. Derzeit werden etwa 16 000 von 115 000 muslimischen Schülerinnen und Schülern in Bayern von 95 in Bayern ausgebildeten und vom Freistaat bezahlten Lehrern unterrichtet. Die im Hintergrund einer IRU-Beteiligung der DİTİB stehende Problematik fasst der Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa, Mathias Rohe, so zusammen: „Ein Religionsunterricht, dessen Grundsätze nicht Ausdruck religiöser Selbstbestimmung, sondern wesentlich durch einen anderen Staat beeinflusst sind, entspräche nicht dem Grundgesetz. Daher kann auch eine Gemeinschaft, die durch einen anderen Staat so beeinflusst wird, dass ihre Grundsätze nicht Ausdruck ihrer religiösen Selbstbestimmung sind, kein Kooperationspartner für den IRU sein.“⁸⁹

2.2.7 Einzelnes

- Das türkische Religionspräsidium Diyanet finanzierte von 2003 bis 2009 eine Stiftungsprofessur und eine Stiftungsgastprofessur für Islamische Religion in Frankfurt am Main (am Fachbereich Evangelische Theologie). Diese wurden dann 2009 am Fachbe-

⁸⁹ Rohe 2016, 134.

reich Sprach- und Kulturwissenschaften angesiedelt und dem neu gegründeten Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam zugeordnet.

- Im Spätsommer 2016 rief die Diyanet nach dem gescheiterten Putschversuch – wohl im Zuge einer „Säuberungswelle“ in der Türkei – über ein Viertel ihrer in Deutschland tätigen Religionsbeauftragten zurück in die Türkei. Es wurde über die Gründe spekuliert, viele der Betroffenen kamen der Aufforderung nicht nach, da sie eine Inhaftierung in der Türkei befürchteten.

- 11. Dezember 2016: Auf Weisung des Türkischen Generalkonsulats wurde der komplette Vorstand der Berliner Şehitlik-Moschee ausgewechselt. Die größte Berliner Moschee war bis dahin für ihren auf Öffnung zielenden Kurs bekannt. Vorbildlich war u. a. das „Präventionsprogramm gegen Islamismus“, das zuerst vom Jugendamt Neukölln, dann vom Bundesfamilienministerium finanziert wurde. Auch hier ist man auf Spekulationen angewiesen. Die Bemühungen der jüngeren Vorstandsmitglieder stießen vor allem bei den älteren, stark an der Türkei orientierten Gemeindegliedern auf Unverständnis und Widerstand, hieß es. Möglich ist aber auch, dass der Vorstand nicht oder nicht ausreichend mit der Religionsbehörde kooperierte, was etwa die gewünschte Informationsbeschaffung über Anhänger der Gülen-Bewegung anbetraf. Einige der betroffenen Akteure machten sich daraufhin auf den Weg, sich neu zu organisieren und eine „Deutsche Islam Akademie“ (DIA) zu gründen.

- Im Mai 2017 trat der achtköpfige Vorstand des DİTİB-Jugendverbandes (Bund der Muslimischen Jugend, BDMJ) geschlossen zurück. Im Rücktrittsschreiben beklagte der Vorstand eine „von Misstrauen geprägte Stimmung“ und die Behinderung der Jugendarbeit. Zwei Jugendvorstandsmitglieder seien ohne Angabe von Gründen entlassen bzw. zwangsversetzt worden.

- Anfang 2017 ließ das Bundesfamilienministerium ein Kooperationsprogramm ruhen und strich die Förderung von drei DİTİB-Projekten.⁹⁰ Im Spätsommer 2018 strich die Bundesregierung alle Fördergelder, die zur Extremismusprävention für DİTİB vorgesehen waren.

- Die Grundsteinlegung der repräsentativen DİTİB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld – außen modern, innen traditionell – erfolgte 2009. Man rechnete mit der Eröffnung der Großmoschee zunächst im Jahr 2011; Mitte 2012 gab es heftigen Streit mit dem Architekten Paul Böhm um erhebliche Baumängel und mögliche Veränderungen der äußeren Gestalt der Moschee. Die Bauarbeiten kamen teilweise zum Erliegen. 2016 wurden Zweifel laut, ob die Moschee überhaupt noch realisiert würde. Die Einweihung fand schließlich am 29. September 2018 in Anwesenheit des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und des Diyanet-Präsidenten Ali Erbaş statt. Die Planung und Durchführung der Eröffnung offenbarten die tiefe Entfremdung und das Misstrauen, die inzwischen allenthalben das Verhältnis zwischen DİTİB und den gesellschaftli-

⁹⁰ Vgl. WELT vom 6.4.2017.

chen Akteuren prägen. Erdoğan schien den Anlass quasi im Alleingang zu bestimmen, die Hauptakteure aus Land, Stadt und den Kirchen, auch langjährige Unterstützer der Moschee als vorbildliches Dialogprojekt wurden nicht eingeladen oder blieben fern.

- In Niedersachsen traten im November 2018 der gesamte Vorstand des DİTİB-Landesverbands sowie des DİTİB-Landesjugend- und des Frauenverbandes zurück. Der zurückgetretene DİTİB-Vorsitzende gab zur Begründung an, man habe Reformen nicht gegen den Bundesverband in Köln durchsetzen können. Alle Versuche, mehr Offenheit zu schaffen und Strukturen innerhalb des Bundesverbandes zu verändern, seien gescheitert. Daraufhin gründeten elf Moscheen und zwei Jugend- und Frauengruppen in Hannover einen neuen islamischen Landesverband, die „Muslime in Niedersachsen“.

2.2.8 Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld

Die Nähe der DİTİB zur türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) ist evident. Eine große Lobbyorganisation für die AKP in Deutschland (und Europa) ist die Union Internationaler Demokraten (UID), die bis Mai 2018 unter dem Namen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) firmierte und, flankiert von regierungstreuen türkischen Medien, vor allem im Vorfeld von Wahlen in der Türkei durch Werbe- und Unterstützungsaktivitäten auffällt. Die DİTİB scheint sich zu beteiligen. Für tatkräftige Unterstützung bei der Parlamentswahl in der Türkei im November 2015 dankte die UETD der DİTİB und ehrte einige ihrer Moscheegemeinden für die Kooperation mit einer Auszeichnung.⁹¹

Die eigentlich überparteiliche UID/UETD, Hauptsitz in Köln, wirbt für Staatschef Erdoğan. Die UETD wurde 2004 gegründet und hat nach eigenen Angaben 148 Vertretungen in 36 Ländern (u. a. in Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Ungarn, den Niederlanden, Österreich, Schweden und der Schweiz). Sie organisierte u. a. Erdoğans Auftritt in der Köln-Arena am 10. Februar 2008, wo der türkische Politiker vor 16 000 Türken Assimilation als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete.⁹² Die UETD expandierte ab 2013 stark, innerhalb kurzer Zeit gelang es dem Verein, seinen Einfluss und seine Stellung auszubauen und so zu einer der wichtigsten Stimmen der Türken in Deutschland zu werden. Das Selbstverständnis beinhaltet ein Bekenntnis zur

⁹¹ So der nicht dementierte Bericht www.dti-online.de/wahlhilfe-aus-deutschland-akp-lobbyorganisation-uebergibt-imamen-dankesurkunden-66332; www.welt.de/politik/deutschland/article154689954/So-naehren-Erdogans-Prediger-Islamismus-in-Deutschland.html. Fast 60 Prozent der Stimmen, die bei diesen Wahlen in Deutschland abgegeben wurden, gingen an die AKP (in der Türkei: knapp 50 Prozent).

⁹² Weitere Großveranstaltungen mit Erdoğan: 27.2.2011 mit 10 000 Zuhörern in Düsseldorf; 10.5.2015 mit 14 000 Anhängern in Karlsruhe, wo die türkischen Gemeinden aufgefordert wurden, „Eintracht“ zu wahren, um die „neue Türkei“ mit „globaler Macht“ aufzubauen. Sie sollten erst die türkische Sprache lernen, dann Deutsch. Und: „Unsere Religion, unser Glaube ist unser alles.“ – Am 18.2.2017 warb Ministerpräsident Binali Yıldırım vor rund 10 000 Menschen in Oberhausen für die Einführung des Präsidialsystems in der Türkei (1,4 Millionen wahlberechtigte Türken in Deutschland).

freiheitlich-demokratischen Ordnung und den „Werten der Europäischen Union“. Die UETD sei eine demokratische Organisation, „die aus der Mitte der deutsch-türkischen Gesellschaft entstanden ist“. Sie setze sich „auch für die Bewahrung der kulturellen Identität ein“.⁹³

Der Vorsitzende des Muslimischen Sozialen Bundes, Hasan Özdoğan, in den 1990er Jahren Vorsitzender des Islamrats (IRD) und „einer der schillerndsten muslimischen Strippenzieher in Deutschland“ (Spiegel), war von 2009 an eine Zeitlang der erste Vorsitzende der UETD.⁹⁴ Die Kontakte zur Milli-Görüş-Bewegung bzw. zur IGMG sind freilich nicht nur indirekter Art, sondern werden über die Jahre kontinuierlich gepflegt.⁹⁵ Kooperationen vor Ort in Netzwerken und regionalen Verbänden scheinen selbstverständlich, eine verstärkte gemeinsame Präsenz war bei den R4bia/Rabia-Demonstrationen für die islamistische Muslimbruderschaft im Spätsommer 2013 zu beobachten, die der gewaltsamen Zerschlagung von Protesten der Muslimbruderschaft in Ägypten folgten. DİTİB hat über Milli Görüş hinaus keine Scheu, sich mit muslimbruderschaftsnahen Gruppen und Personen zu zeigen. Am 12.3.2016 fand die Auftaktveranstaltung des Fatwa-Ausschusses Deutschland in Berlin statt, mit dabei auch DİTİB und Milli Görüş.⁹⁶ An Sitzungen des European Council for Fatwa and Research (ECFR) nehmen hochrangige Vertreter der Diyanet teil.⁹⁷ Anfang 2019 wurde in der Kölner DİTİB-Zentrale in Zusammenarbeit mit der Diyanet eine große Konferenz europäischer Muslime veranstaltet, an der auch Vertreter der Muslimbruderschaft bzw. den Netzwerken der Muslimbruderschaft zuzurechnender Institutionen teilnahmen.⁹⁸ Dieses „II. Treffen der europäischen Muslime“ vernetzte wichtige Akteure des politischen Islam aus DİTİB, Milli-Görüş-Bewegung und Muslimbruderschaftskreisen und setzte drei inhaltliche Akzente: 1. Forderung der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe der Muslime in

⁹³ <http://u-i-d.org/presseerklaerung-der-uid-zum-verfassungsschutzbericht-2017> (nachdem die UID/UETD im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2017 als „Vorfeldorganisation“ erwähnt wurde). – Zu zwei Kleinparteien hat die UETD enge Verbindungen: zur Allianz Deutscher Demokraten (ADD) und zum Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG-Partei). ADD-Gründer Remzi Aru war Mitglied der UETD und eines ihrer prägenden Gesichter in den deutschen Medien. Auch bei der BIG-Partei – einer der ersten Migranteparteien in Deutschland – gibt es enge personelle Verflechtungen.

⁹⁴ Mehr zu Özdoğan unten 3.3.3.5 (IGMG).

⁹⁵ Schon im März 2003 rief die türkische AKP ihre Botschaften in Europa auf, künftig Milli Görüş zu unterstützen. Diyanet-Präsidenten besuchten während ihrer Deutschlandaufenthalte die IGMG-Zentrale bzw. IGMG-Events. Eine Pressemitteilung zum Jahrestag des Putschversuches in der Türkei 2016 vom 13. Juli 2017 unterzeichneten DİTİB, IGMG und ATİB gemeinsam (www.igmg.org/zum-jahrestag-des-putschversuchs-kehrtwende-in-deutsch-tuerkischen-beziehungen-moeglich). Vgl. auch unten das gemeinsame Vorgehen von DİTİB und Milli Görüş im Fall Khorchide unter 2.3.

⁹⁶ S. zum Fatwa-Ausschuss auch 5.4.2.4.

⁹⁷ Inzwischen hat der ECFR auch türkische Mitglieder, s. 5.4.2.4.

⁹⁸ Bei Bekanntwerden in der Öffentlichkeit löste dies heftige Reaktionen aus und führte u. a. zu Forderungen von Politikern, DİTİB nun doch vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Vgl. zur Konferenz Friedmann Eißler, Erklärung europäischer Muslime in Köln (DİTİB und Diyanet), in: Materialdienst der EZW 2/2019, 65f (https://ezw-berlin.de/html/15_10035.php). DİTİB erklärte zur Teilnahme von Muslimbrüdern, man habe die „gesellschaftliche Relevanz seiner Ansprechpartner“ (sic) zu berücksichtigen und zu respektieren.

Europa, 2. Abwehr von Intoleranz, Diskriminierung und Islamfeindlichkeit bis hin zur Gewalt gegenüber Muslimen, 3. Betonung des friedlichen und gemeinschaftsdienlichen Charakters des Islam in seiner Universalität. Die Abschlusserklärung der Konferenz erteilt einem deutschen (oder europäischen) Islam eine klare Absage und bezeichnet „den Islam“ in seiner Universalität als eine Religion des Friedens, die „überall auf der ganzen Welt dieselben universalen Werte verteidigt“. Die Prinzipien dieses uneingeschränkten Islam böten eine Möglichkeit für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme.⁹⁹ Ein weiteres Treffen ähnlicher Art fand kurz darauf in Istanbul statt, das die Verflechtung von Diyanet und ECFR erneut sichtbar machte.

Auch ins türkisch-nationalistische bis rechtsextremistische Spektrum sind vielfache Beziehungen zu beobachten. AKP/UETD und den Grauen Wölfen nahestehende Organisationen sind in Deutschland seit dem Putschversuch in der Türkei 2016 noch näher zusammengedrückt. Der größte Dachverband der Grauen Wölfe, die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF, kurz Türk Federasyon oder Türkische Föderation), die in Deutschland die Interessen der extrem nationalistischen türkischen MHP vertritt, warb 2017 vor dem türkischen Verfassungsreferendum für Erdoğan.¹⁰⁰ Konvergenzen solcher Art sind in Erdogans Interesse und funktionieren auch hierzulande offenbar gut.

Die Avrupa Türk-Islam Birliđi (ATİB) ist eine Abspaltung der Türk Federasyon und damit eine Organisation aus dem „Ülkücü“- („Idealisten“-)Spektrum der Grauen Wölfe. Sie ist Gründungs- und zahlenmäßig größtes Mitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD). In einigen Bundesländern steht sie unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. In ATİB-Moscheen sind wie bei DİTİB türkische Religionsbeauftragte der Diyanet als Imame tätig, die vom türkischen Staat entsandt und bezahlt werden.¹⁰¹

Eine nicht unwichtige Rolle spielen in den Erdoğan-nahen Netzwerken in Deutschland inzwischen türkisch-nationalistische, rockerähnliche Gruppen wie der „Osmanen Germania Box-Club“ (auch kurz Osmanen Germania, OGBC). Die Gruppierung wurde – nach drei bis vier Jahren ihres Bestehens – im Juli 2018 verboten, war aber nach Einschätzung von Experten nur die Spitze des Eisbergs, was die Versuche angeht, auch durch Einbeziehung dieses Milieus Einfluss auf die türkische Bevölkerung hierzulande zu gewinnen. Denn die Osmanen Germania wurden zwar der organisierten Kriminalität zugerechnet, verteilten aber auch Flyer der Grauen Wölfe und setzten – wohl gezielt – vor allem unliebsame Kritiker der türkischen Regierung in Deutschland unter Druck bis hin zu massiven Bedrohungen (z. B. Jan Böhmermann). Es gab Verbindungen zwischen der UETD und „Erdoğan's Schlägertruppe“, wie sie auch bezeichnet wurden.

⁹⁹ Vgl. die Abschlusserklärung auf der DİTİB-Internetseite: www.ditib.de/detail1.php?id=660&lang=de. – Ein Slogan der Muslimbruderschaft lautet: „Der Islam ist die Lösung“ (*al-islam huwa l-hall*).

¹⁰⁰ Vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/extremismus-graue-woelfe-angela-merkel-tuerkei-treffen.

¹⁰¹ S. unten 5.3.

Relativ neu sind gemeindeübergreifende Zusammenschlüsse im Jugendbereich, die etwa ATİB-, DİTİB- und IGMG-Jugend zusammenbringen. So gibt es an mehreren Orten das Projekt „Young Ummah“, das den Islam anderen Jugendlichen näherbringen und sich in der Gewaltprävention engagieren will.¹⁰²

2.3 Streitpunkte, Konflikte

- Der zentrale Kritikpunkt ist die enge institutionelle Verflechtung von DİTİB und Diyanet und damit die direkte Abhängigkeit vom türkischen Staat. Aus ihr ergibt sich ein Selbstverständnis, das dem Zusammenwirken mit anderen, als „nichtstaatlich“, zumindest als weniger legitimiert aufgefassten muslimischen Vertretern erst einmal entgegensteht und das Problem eines Alleinvertretungsanspruchs aufwirft.¹⁰³ Dieses – vor allem auch innerislamische – Problem erschwert von vornherein die Zusammenarbeit im Koordinationsrat der Muslime (KRM), was sich schon an der besonderen Stellung von DİTİB in diesem Gefüge ablesen lässt, aber auch in der praktischen Arbeit des KRM und darüber hinaus immer wieder sichtbar wurde und wird.
- DİTİB wird vorgeworfen, eine „politische Vorfeldorganisation“ der AKP zu sein.¹⁰⁴ Das „Einschwören der Mitglieder auf türkisch-nationalstaatliche Ziele auch im Ausland“ ist nicht erst ein Thema der letzten Jahre.¹⁰⁵ Anfang der 2000er Jahre gab es zwar Anzeichen eines Kurswechsels, wohl verbunden mit größeren Hoffnungen auch im Zusammenhang des EU-Beitrittswunsches der Türkei.¹⁰⁶ Davon ist im Allgemeinen nichts mehr zu spüren.¹⁰⁷ Bis in die jüngste Zeit betonte DİTİB, sich grundsätzlich von der Politik fernzuhalten und sich stattdessen mit der Religionspflege zu befassen.
- Eine tiefe Zäsur im Verhältnis zwischen Türken und Mehrheitsgesellschaft stellte die fast einstimmig verabschiedete Armenienresolution des Bundestages am 2. Juni 2016 dar. Die Massaker an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs wurden als Völkermord eingestuft, was die Türkei als Affront wertete. Binnen kürzester Zeit wurden in Deutschland Tausende türkische Mitbürger mobilisiert, um gegen die Entscheidung aufzustehen. UETD, DİTİB, Graue Wölfe und andere riefen zu Demonstrationen auf, bei denen die türkische Lesart der Vorgänge verbreitet wurde. Staatspräsident Erdoğan

¹⁰² S. unten 3.3.3.5.

¹⁰³ Vgl. dazu schon Lemmen 2002, 39f, aber auch etwa Rohe 2016, 134.

¹⁰⁴ So Cem Özdemir 2016, s. www.tagesschau.de/ausland/ditib-101.html. Dazu unter 2.2.8.

¹⁰⁵ Formulierung von Wunn 2007, 35.

¹⁰⁶ In dieser Phase war Ali Dere Chef der Auslandsabteilung der Diyanet, der dann (nur) von 2011 bis 2012 DİTİB-Vorsitzender in Köln war.

¹⁰⁷ Anders sieht das Rohe 2016, 132, der einen gewissen Richtungswechsel erkennt, da die türkischstämmige Bevölkerung mehr und mehr ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft werde.

stieß Drohungen gegen türkeistämmige Bundestagsabgeordnete aus;¹⁰⁸ deutsche Politiker aller Parteien reagierten mit Unverständnis und der Forderung, DİTİB solle sich glaubwürdig von Erdoğan's Äußerungen distanzieren. Zekeriya Altuğ, damals Vorsitzender des DİTİB-Landesverbandes Hamburg, heute DİTİB-Abteilungsleiter für Außenbeziehungen in Köln, übte scharfe Kritik an den elf türkeistämmigen Bundestagsabgeordneten (ARD-Tagesschau): Man fühle sich von den Abgeordneten „nicht mehr vertreten“, das sei „ein riesiger Vertrauensverlust“, der zu weiterer Spaltung in Deutschland führe. Bekir Alboğa (DİTİB-Dachverband) dagegen äußerte sich kritisch und verurteilte die Drohungen gegen Abgeordnete. In Hamburg und Berlin wurden Spitzenpolitiker von Iftar-Empfängen eingeladen bzw. der Empfang abgesagt.¹⁰⁹

- Der gescheiterte Putschversuch in der Türkei (15. Juli 2016) sorgte kurz danach für eine weitere bzw. für eine Vertiefung der bestehenden Zäsur. Die Mobilisierung der türkischen Bevölkerung für „ihren“ Präsidenten Erdoğan und sein immer autoritäreres Vorgehen war angesichts der schwerwiegenden Ereignisse in der Türkei einerseits nachvollziehbar. Andererseits wurden mit Überraschung, ja teilweise geradezu schockiert die Reichweite und das Ausmaß der Parteinahme für die türkische Politik und tendenziell gegen Deutschland auch vieler türkischstämmiger Menschen aufgenommen, die hier aufgewachsen und beheimatet sind – mit Auswirkungen bis in die praktischen Dialogbeziehungen vor Ort. Der Schock mag beiderseits empfunden worden sein, die Folgen waren vielerorts Rückzug aus Dialogbeziehungen vonseiten der DİTİB-Partner, massive Kommunikationsprobleme, Unsicherheit, Vertrauensverlust, Misstrauen. Die Konfliktlagen der Türkei schienen quasi eins zu eins auf die deutsche Situation durchzuschlagen. Dabei ging der Riss zuerst und vor allem durch die türkischen Communities selbst. Die Türkei machte in den Monaten nach dem Putschversuch geradezu Jagd auf Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung (Hizmet), die mit ihrem Führer Fethullah Gülen für den Putsch verantwortlich gemacht und gleich im Juli 2016 zur Terrororganisation („FETÖ“) erklärt wurde. War der Bruch zwischen Recep Tayyip Erdoğan und Fethullah Gülen schon 2013 offiziell erfolgt, so fraßen sich die Konfrontation und die massive Abgrenzung erst jetzt so richtig in die früher einträchtig scheinende AKP-DİTİB-Gülen-Gemeinschaft ein. Die Diyanet publizierte am 10. Oktober 2016 auf ihrer Internetseite ein Gutachten des türkischen Hohen Rates für Religion in vier Sprachen (mit 20 Einzelbeschlüssen), das der Gülen-Bewegung unterstellt, von Christen benutzt zu werden, um den Islam zu zerstören und junge Muslime für den christlichen Kulturkreis zu gewinnen. Das Papier rät unter Verweis auf den Koran gläubigen Muslimen von

¹⁰⁸ Er bezeichnete türkischstämmige Bundestagsabgeordnete als verlängerten Arm der PKK und forderte Bluttests, um ihre Herkunft zu beweisen.

¹⁰⁹ Auf dem Friedhof der Berliner Sehittik-Moschee (DİTİB) haben Bahaddin Sakir und Cemal Azmi ein Ehrengrab. Beide sind Hauptverantwortliche für den Völkermord an den Armeniern 1915 (s. z. B. taz vom 24.4.2012, www.taz.de/!5095381).

einem freundschaftlichen Umgang mit Christen und Juden ab. Dies bedeutet eine Abkehr von früheren Positionen der türkischen Religionsbehörde zum interreligiösen Dialog.¹¹⁰

• „Spitzelaffäre“, Vorwurf der Auslandsspionage: Die regierungskritische Zeitung „Cumhuriyet“ und die „Welt“ berichteten, DİTİB-Imame hätten angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung in Deutschland bespitzelt. Die Anweisung der Zentrale in Ankara ging offenbar an 50 Auslandsvertretungen in 38 Ländern, wie Diyanet Ende 2016 durchaus zugab.¹¹¹ Anfang Dezember 2016 wurde öffentlich – der später durch seine Haft bekannt gewordene Deniz Yücel war einer der ersten, der darüber berichtete –, dass die türkische Religionsbehörde ihre Mitarbeiter im Ausland seit September 2016 anwies, Informationen über Personen wie Imame, Lehrer¹¹² und Kulturvereinsvorstände zu liefern, wenn sie dem Netzwerk des Predigers Fethullah Gülen zuzuordnen seien. Zunächst dementierte DİTİB mündlich und schriftlich¹¹³, dann hieß es, man habe von der Kommunikation nichts gewusst. Endgültig ins Rollen brachte den Stein Volker Beck (Grüne) mit einer Strafanzeige, die er bei der Generalbundesanwaltschaft kurz vor Weihnachten 2016 stellte. Im Januar 2017 gab DİTİB zu, Informationen über Anhänger des Predigers Fethullah Gülen nach Ankara geschickt zu haben, sprach jedoch von einer „Panne“ und entschuldigte sich.¹¹⁴ Die Bundesanwaltschaft ermittelte wegen des Verdachts der Spionage.¹¹⁵ DİTİB und die Diyanet schoben die Schuld schließlich den Imamen in die Schuhe, indem sie jedwede Bespitzelung als Überschreitung der Grenzen bzw. der Verantwortung der Imame darstellten. Die Betroffenen seien zurückbeordert worden. Schließlich gab es – keine Erklärung der DİTİB in Köln, sondern eine Einladung von Journalisten Anfang 2017 nach Ankara, wo sich Diyanet-Präsident Mehmet Görmez mit Erklärungen für die Verteidigung von DİTİB einsetzte.

Im Februar 2017 wurde gemeldet, sechs Imame seien von der Diyanet abgezogen worden, sie hätten „ihre Kompetenzen überschritten“, sich aber nicht strafbar gemacht. Derweil berichtete Qantara wenig später am 20. Februar 2017 unter Berufung auf den

¹¹⁰ Vgl. <http://cibedo.de/2016/12/13/cibedo-beitraege-042016>. Im Sommer 2017 folgte ein weiteres Gutachten, das die Bewertung der Gülen-Bewegung als häretische Gruppe theologisch untermauern soll. Die Deutsche Bischofskonferenz zeigte sich „irritiert“ über die Gutachten zur Gülen-Bewegung, die auch problematische Aussagen über das Verhältnis zum Christentum enthielten und den Dialog infrage stellten.

¹¹¹ In Deutschland waren die türkischen Generalkonsulate (Köln, Düsseldorf und München) involviert.

¹¹² 50 türkische Beamte allein in Berlin, aber auch deutsche Lehrer/Staatsbeamte, so fünf Lehrer staatlicher Schulen in NRW.

¹¹³ Pressemeldung vom 9.12.2016, www.ditib.de/detail1.php?id=547&lang=de.

¹¹⁴ Die entsprechende schriftliche Anweisung sei nicht an DİTİB gerichtet gewesen, einige wenige Imame seien ihr fälschlicherweise gefolgt, so Generalsekretär Bekir Alboğa. Noch am selben Tag wurde das (zögerliche) Eingeständnis allerdings relativiert. Laut Kölner Stadt-Anzeiger vom 13.1.2017 wollte Alboğa die Vorwürfe nicht mehr eingeräumt haben, mit Panne habe er gemeint, „dass die Aufforderung der Religionsbehörde Diyanet missverständlich ausgelegt wurde“. Man nehme die Vorwürfe ernst und untersuche sie.

¹¹⁵ Ende 2017 wurden die Ermittlungen eingestellt, zum größeren Teil mangels hinreichenden Tatverdachts oder wegen Geringfügigkeit. Volker Beck sprach von Behördenversagen.

Spiegel von einer Ausweitung der Affäre: „Dem Magazin liegen zusätzlich zu Berichten von Ditib-Imamen aus Deutschland auch Dokumente aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien vor. Danach wurden nicht nur Namen von Personen übermittelt, sondern auch Hinweise auf Schulen, Kitas, Kultur- und Studentenvereine, die angeblich von der Gülen-Bewegung betrieben werden.“¹¹⁶

Ebenfalls im Februar 2017 gab DİTİB eine Erklärung ab und unterstrich, „dass die Kriterien für die Zusammenarbeit mit der Partnerorganisation und religiösen Referenz Diyanet im Bereich der religiösen Dienste näher konkretisiert und deren akribische Umsetzung gewährleistet wird [sic]“ und „dass Hassreden oder Agitationen gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften oder Weltanschauungen (wie zum Beispiel Antisemitismus oder antichristliche Haltungen) gegen die Grundprinzipien der DİTİB verstoßen und solche etwaigen Äußerungen und Handlungen nicht geduldet werden“.¹¹⁷ Ahmet Dilek, der von 2014 bis 2017 in Köln als Religionsattaché und damit direkter Verbindungsmann zwischen DİTİB und türkischem Staat fungierte, in dessen Zuständigkeit also auch die Übermittlung von Dossiers über Erdoğan-Kritiker fiel, wurde übrigens Ende 2018 zum stellvertretenden Vorsitzenden des DİTİB-Dachverbandes gewählt.

- Nationalismus: Im Februar 2017 wurde das Theaterstück *Son Kale Türkiye* („Letzte Festung Türkei“) in türkischer Sprache in einigen Städten in Deutschland aufgeführt, teilweise in den Räumlichkeiten von DİTİB-Gemeinden. In einigen Städten war die Aufführung untersagt worden. Das Machwerk entstand nach dem Putschversuch in der Türkei und verherrlichte im laufenden türkischen Wahlkampf für eine Verfassungsänderung die Politik Erdogans mit nationalistischen Tönen und beißender Kritik an westlichen Werten.

Die Verflechtung von DİTİB, Diyanet und türkischem Staat, von konservativ sunnisch-hanafitischer Ausrichtung und türkisch-nationalistischen Tönen ist immer wieder auch im Blick auf die Literatur beobachtet und kritisiert worden, die – häufig von der Diyanet herausgegeben – in DİTİB-Moscheen aufgelegt und verbreitet wird.

- Kritik an Reformdenkern („Reform-Islam“): Im Herbst 2012 erschien Mouhanad Khorchides Buch „Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion“. Es enthält ein leidenschaftliches Plädoyer für ein Islamverständnis, das die Botschaft der Barmherzigkeit Gottes in den Mittelpunkt stellt. Khorchide zufolge gibt es einen „Islam“ bzw. ein „Muslimsein“, das unabhängig von den religiösen Formen und Pflichten der konkreten Religion Islam Wirklichkeit ist, nämlich als „Annahme von Gottes Liebe und Barmherzigkeit und deren Verwirklichung im Handeln, sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber Gottes Schöpfung“. Daher ist der Islam als verfasste Religion nur *ein* „Weg zur Gottesgemeinschaft“, neben dem es „noch viele andere gibt“ (in dem

¹¹⁶ <http://de.qantara.de/content/weitere-vorwuerfe-gegen-ditib-und-tuerkische-religionsbehoerde>.

¹¹⁷ Abschlusserklärung einer DİTİB-Klausurtagung, 5.2.2017, <http://ditib.de/detail1.php?id=566&lang=de>; die übrigen Punkte sind sehr allgemein gehalten oder beziehen sich auf Angriffe, denen sich DİTİB ausgesetzt sieht.

Buch Seite 87f). Im Februar 2013 ging Zekeriya Altuğ (damals Vorsitzender DİTİB Nord) zusammen mit Ramazan Uçar und Mustafa Yoldaş – also der „Hamburger Milli Görüş-Spitze“ (taz) – gegen Khorchide vor und forderte ihn zur „Reue“/Tauba auf.¹¹⁸ Noch im Lauf des Jahres 2013 veröffentlichte der KRM ein 70-seitiges Gutachten, das begründen sollte, weshalb eine weitere Zusammenarbeit mit Khorchide (im Beirat seines Lehrstuhls in Münster) nicht mehr möglich sei. Khorchide wurden die Verbreitung von Irrlehren und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen, er huldige letztlich dem Zeitgeist und biedere sich den Erwartungen der europäischen, christlich geprägten Öffentlichkeit an. Am Ende blieb Khorchide Professor, eine Art Burgfrieden konnte geschlossen werden. Doch das Vertrauen war schwer beschädigt, Münster galt vielen konservativen Muslimen als „verbrannte Erde“. Inzwischen hat Khorchide zusammen mit Gesinnungsgenossen selbst eine Gemeinschaft gegründet, um „den nicht organisierten Muslimen in Deutschland eine Stimme zu geben“: die Muslimische Gemeinschaft NRW.¹¹⁹

Die Juristin und Menschenrechtsanwältin Seyran Ateş gründete im Juni 2017 zusammen mit Gleichgesinnten eine liberale Moscheegemeinde in Berlin. Die „Ibn Ruschd-Goethe Moschee“ ist für alle Muslime inklusive Aleviten offen, auch Schwule und Lesben seien willkommen. Das Freitagsgebet wird von einer Imamin und einem Imam vorgetragen, Männer und Frauen beten gleichberechtigt in einem Raum. Die Hauptinitiatorin sagt, es brauche eine Gegenbewegung zu konservativen und fundamentalistischen Strömungen. Umgehend meldeten sich die Diyanet und die oberste Fatwabebehörde in Ägypten zu Wort. Das türkische Religionspräsidium kritisierte, bei diesem „Versuch zur Verfälschung der Religion“ würden „die Grundsätze unserer erhabenen Religion missachtet“. Das renommierte ägyptische Dar al-Ifta' sagte grundsätzlich „Nein zu liberalen Moscheen“ und machte klar: „Frauen dürfen nicht in einer Reihe neben Männern beten. Frauen dürfen nicht ohne Schleier (*hidschab*) beten. Frauen ist es nicht gestattet, als Imamin beim Gebet mit Männern aufzutreten.“¹²⁰ Neben dieser schlagartigen internationalen Beachtung wurde kaum mehr vernommen, dass sich auch der Schiitenführer Ayatollah Ramezani (Hamburg) vernichtend äußerte und von einer Beleidigung, einem Schandfleck, einer unentschuldbaren Aktion sprach, die aktiv zu beseitigen alle Muslime in Deutschland aufgerufen seien. Seyran Ateş erhielt und erhält massive Drohungen und braucht Personenschutz.

¹¹⁸ Zur Bedeutung dieses Terminus im Kontext vgl. Friedmann Eißler, Streitfall islamische Theologie in Deutschland, in: Materialdienst der EZW 4/2013, 131 – 137 (http://ezw-berlin.de/downloads_informationsportale/i_mdez_w_2013_04_131-137.pdf).

¹¹⁹ März 2019, www.mg-nrw.de. Beteiligt sind u. a. die Politikerin Serap Güler, die Theologin Dina El Omari sowie die Islamwissenschaftler Marwan Abou Taam und Aladdin Sarhan.

¹²⁰ www.facebook.com/EgyptDarAlIfta; www.augsburger-allgemeine.de/politik/Wie-eine-liberale-Moschee-die-islamische-Welt-polarisiert-id41818571.html; <http://cicero.de/kultur/reaktionen-auf-berliner-moschee-das-ist-nicht-der-islam>.

- Antisemitismus: Immer wieder werden Vorfälle bekannt, in denen von einzelnen Personen oder in einzelnen Moscheegemeinden Antisemitismus geschürt wird. 2007 gab die Diyanet-Stiftung Türkiye Diyanet Vakfı Yayınları in Ankara in 6. Auflage das Buch „Juden und Christen im erhabenen Koran“ heraus (M. Fatih Kesler, Kurʿan-ı Kerimʿde Yahudiler ve Hıristıyanlar), das deutlich antisemitische Passagen enthält.¹²¹ Es wurde von DİTİB-Vereinen verbreitet.

Im hessischen Melsungen fanden sich judenfeindliche Inhalte auf der Internetseite der örtlichen DİTİB-Gemeinde (Sommer 2015). Unter der Überschrift „Yahudiler“ (Juden) wurde eine am Koran orientierte Sammlung von Zitaten als „Lehrtext über Juden“ präsentiert, der sich als ausführliches Sündenregister der Juden liest. Fälle dieser Art wurden als Einzelfälle bezeichnet.¹²² Der DİTİB-Bundesvorsitzende Aşıkoğlu sagte, antisemitische und christenfeindliche Postings seien „absolut inakzeptabel“. Der Islam gebiete, „die anderen Offenbarungsreligionen anzuerkennen und zu respektieren, insbesondere, da sie aus den gleichen religiösen Quellen schöpfen“.¹²³

- Antiwestliche bzw. antichristliche Stimmungsmache: Ende 2016 verbreiteten DİTİB-Jugendorganisationen und einzelne Mitglieder Zeichnungen und Texte, die den Widerstand gegen das christliche Weihnachtsfest und Silvesterfeiern als Kampf gegen die *Kuffar* (Ungläubigen) inszenierten – eine neue Qualität in der immer wieder auftauchenden Stimmungsmache gegen den Westen und das Christentum. Auf Bildern schlägt ein muslimischer Mann einen Weihnachtsmann nieder, Schriftzüge enthalten „Wir sind Moslems. Nein zu Weihnachten und Silvester“ oder „Don’t let the *Kafirs* get you down“. Dabei spielte die staatliche Diyanet eine Schlüsselrolle. In der offiziellen Predigt zum Jahresende wurden die Silvesterfeiern geschmäht. DİTİB in Deutschland distanzierte sich und beteuerte, die Predigt vom 30.12.2016 sei in Deutschland nicht verlesen worden. Im Februar 2017 trat der Vorsitzende des Trägervereins der Muradiye-Moschee (DİTİB) in Hamburg-Wilhelmsburg zurück. Ishak Kocaman hatte zuvor auf Facebook das Foto eines Imams mit dem Zitat gepostet: „Demokratie ist für uns nicht bindend. Uns bindet Allahs Buch, der Koran.“ In einem weiteren Post soll er Türken und Kurden, die nicht Muslime sind, beleidigt haben („Ich spucke auf das Gesicht der Türken und Kurden, die nicht den Islam leben“). DİTİB-Nord distanzierte sich von den Äußerungen.
- Verherrlichung des Märtyrertums: 2016 veröffentlichte die türkische Religionsbehörde Diyanet einen Comic, der den Märtyrertod verherrlicht (ein Vater erklärt seinen Kindern, „wie schön es ist, ein Märtyrer zu werden“). Der Comic tauchte in DİTİB-

¹²¹ Vgl. www.islaminstitut.de/2010/buch-ueber-muslimische-beurteilung-von-juden-und-christen; eine längere deutsche Rezension von Matthias Knödler ist inzwischen nur noch hier zu finden: <http://morefromtheaditrix.blogspot.com/2010/02/ausfuhrliche-besprechung-des-buches.html>.

¹²² Die wiederholte Rede von „Einzelfällen“ wurde von verschiedenen Beobachtern scharf kritisiert, vgl. die Jüdische Rundschau vom 8.10.2016, <http://juedischerundschau.de/ditib-antirassismus-heucheln-antisemitismus-leben>, aber auch das Hamburger Abendblatt vom 6.1.2017 oder den Tagesspiegel vom 13.1.2017.

¹²³ www.islamiq.de/2017/01/31/ditib-verurteilt-antisemitische-hetzpostings.

Zusammenhängen in Deutschland auf.¹²⁴ Das Innenministerium Nordrhein-Westfalen beendete daraufhin die Kooperation mit DİTİB im Präventionsprogramm „Wegweiser“. DİTİB NRW reagierte mit Bedauern und Verwunderung und rekurrierte auf eine schriftliche Stellungnahme zum Comic.¹²⁵ Dieser sei zum „Tag der Gefallenen“ erschienen, an dem vor allem der Opfer des Ersten Weltkriegs gedacht werde („Gallipoli-Invasion“). Er wolle Kindern das Schicksal der getöteten Opfer erläutern und Trost spenden. Er werde nicht „zu Bildungszwecken“ eingesetzt. In einer Moschee in Norddeutschland spielten Kinder in Soldatenuniformen unter der türkischen Flagge auch Szenen der Schlacht von Gallipoli nach, was breiten öffentlichen Protest und den Rücktritt einiger verantwortlicher Personen nach sich zog.

- Salafismus in DİTİB-Moscheen: Die sogenannte „Wolfsburger Gruppe“, 20 Jugendliche, die dem IS anhängen, sammelte sich 2013/14 in den Räumen der DİTİB-Moschee in Wolfsburg. Dem Vorstand war bekannt, dass der Kopf der Gruppe, der IS-Rekrutierer „Sheikh“ Yassin Oussaifi, an anderen Orten Hausverbot hatte. Der Imam wohnte in der Moschee, sein Sohn soll zumindest zeitweise zu der Gruppe gehört haben.

Einladungen des salafitischen Predigers Pierre Vogel in DİTİB-Moscheen gab es über die Jahre immer wieder, auch in Dinslaken-Lohberg. Dort formierte sich später in der Hochzeit des IS die „Lohberger Brigade“, mit dabei der Sohn des Vorstehers der DİTİB-Moschee. 2015 entstand das Foto eines DİTİB-Vorstandsmitglieds mit einem jungen Mann in Dschihadistenpose, daraufhin musste der Vorstand zurücktreten.

Im Mai 2013 traf der damalige türkische Jugend- und Sportminister Suat Kilic, auch UETD-Mitglied, in Köln den Initiator der – 2016 dann verbotenen – Koranverteilung „Lies!“, Ibrahim Abou-Nagie, sowie den als „Abu Dujana“ bekannten Salafitenprediger Said el-Emrani. Beteiligt waren auch der damalige UETD-Präsident Süleyman Çelik sowie der türkische Generalkonsul Mustafa Kemal Basa.

¹²⁴ Der Text des Comics, wie er in der Rheinischen Post veröffentlicht wurde, 6.9.2016: Möge Allah seine Märtyrer belohnen, mögen sie in Frieden ruhen / Der Prophet und seine kleine Gemeinschaft / Der Prophet, Allahs Friede und Segen auf ihm, sagt: Als der Märtyrer die ewige Schönheit und Vielfalt des Himmels sah, wünschte er sich auf die Erde zurück, um wieder als Märtyrer zu sterben. / Mädchen: Ich wünschte, ich könnte auch ein Märtyrer werden. / Junge: Aber du kannst kein Soldat werden. / Mutter: Wenn du es dir nur stark genug wünschst, dann wird dir Allah die Möglichkeit geben, mein Schatz. / Vater: Wie schön es ist, ein Märtyrer zu werden! / Sohn: Papa, ist es denn überhaupt erstrebenswert, Märtyrer zu werden? / Vater: Natürlich, mein Schatz. Wer möchte denn nicht ins Paradies kommen! / Der Prophet, Allahs Friede und Segen auf ihm, sagt: Wer auch immer Allahs Pfad folgt, mit der festen Absicht, ein Märtyrer zu werden, wird von Allah als Märtyrer belohnt werden. Auch wenn er nicht im Kampf stirbt. / (Vater du Sohn stehen an den Gräbern von Märtyrern) / Sohn: Sie müssen so sehr gelitten haben, bevor sie als Märtyrer gefallen sind, nicht wahr, Papa? / Vater: Sohn, Märtyrer leiden nicht in der Weise, die du dir vorstellst. / Der Prophet, Allahs Friede und Segen auf ihm, sagt: Der Märtyrer verspürt den Todes-Schmerz bloß so stark wie ein Zwicken. (Der Original-Comic ist nur in türkischer Sprache erschienen. Er wurde von der türkischen Religionsbehörde DIYANET herausgegeben. Übersetzung: Cenk Cigdem.)

¹²⁵ Pressemeldung DİTİB-Landesverband NRW: Stellungnahme zum Präventionsprogramm „Wegweiser“ vom 5.9.2016, <http://ditib.de/detail1.php?id=534&lang=de>.

2.4 Einschätzungen

DİTİB ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein nach deutschem Recht und eine Migrantenselbstorganisation. DİTİB repräsentiert von allen islamischen Organisationen in Deutschland die größte Zahl an Moscheegemeinden. Der Verband gestaltet in einigen Bundesländern islamischen Religionsunterricht, wirkt (noch) im Auftrag staatlicher Behörden bei der Salafismusprävention mit – diese Funktionen stehen auf dem Prüfstand –, setzt sich ein für den interreligiösen Dialog mit Christen und Juden und lädt zu Friedensgebeten oder zum gemeinsamen Fastenbrechen ein. In Pressemeldungen werden islamistische Attentate und Gewalt im Namen des Islam verurteilt.

Beamte der nominell laizistischen Republik Türkei kontrollieren über die DİTİB nach Maßgabe der türkischen Religionsbehörde die Religionspflege von Türken (und nicht wenigen deutschen Staatsbürgern) in Deutschland. Dass dies ein unhaltbarer Missstand ist, wird weithin gesehen und immer wieder kritisch ins Gespräch gebracht, geändert hat sich daran bislang allerdings nichts. Dass der größte Verband die Personen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Amtes die wichtigsten Dialogpartner sein sollten, permanent auswechselt und diese so meist weder Deutsch können noch in der Lage sind, mit den spezifischen Herausforderungen durch die Gegebenheiten in Deutschland umzugehen, geschweige ihre Gemeindeglieder diesbezüglich zu stärken, ist in puncto Integration und Kommunikation systematisch kontraproduktiv.

Dem deutschen Staat war es freilich über viele Jahre gar nicht so unrecht, da bequem und kostengünstig, dass die Türken ihre Angelegenheiten selbst regelten. Lange wurde betont, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die aufstrebende Wirtschaft und die Ausrichtung auf die EU ließen die Türkei als Partner der Zukunft erscheinen. Mit dem „türkischen Staatsislam“ verband man über viele Jahre eine gewisse moderate Haltung, den laizistischen Staat im Hintergrund, sodass DİTİB als Partner im Dialog immer gesetzt war und aufgebaut wurde. Die Selbsteinschätzung, die gut ausgebildeten Diyanet-Imame stellten ein Bollwerk gegen jeglichen Extremismus dar, ist im DİTİB-Umfeld häufig zu hören. Trotz einschlägiger Indizien, die schon früh hätten aufmerken lassen müssen, war man in der Vergangenheit mit einer gewissen Selbstverständlichkeit geneigt, in der DİTİB „einen Garanten für eine auf dem Prinzip des Laizismus basierende nichtpolitische Ausrichtung des türkischen Islams zu sehen und sie von offizieller Seite gegenüber den nichtstaatlichen Organisationen zu favorisieren“¹²⁶.

Diese Zeiten sind vorbei. Der Wind begann sich ab etwa Mitte des vergangenen Jahrzehnts zu drehen. Die Türkei hat sich unter Erdoğan radikalisiert, der Umbau zu einem islamischen Staat schreitet voran.¹²⁷ Mit dem Putschversuch am 15. Juli 2016 trat in-

¹²⁶ Lemmen 2002, 38; so auch noch Rosenow-Williams 2013. DİTİB galt als „politisch neutral“!

¹²⁷ Schon 2002 zitiert Lemmen Ursula Spuler-Stegemann, die Diyanet habe sich „aus einer Behörde zur Kontrolle islamischer Aktivitäten zu einer mächtigen Institution zur Förderung des Islams in der Türkei durch den laizistischen, religiös also eigentlich neutralen Staat gewandelt“ (Lemmen 2002, 34, Anm. 65).

des eine neue Stufe der Eskalation ein. In Dialogkontexten machten sich Bestürzung und Unsicherheit breit aufgrund der harten Reaktion Erdoğan und der unmittelbaren Politisierung von Teilen der türkischen Community in Deutschland auch über DİTİB, mit den schon erwähnten Folgen. Es folgte Ratlosigkeit auf allen Ebenen. Die paradoxe deutsche Haltung – einerseits Bevorzugung aufgrund der Nähe zum „türkischen Laizismus“, andererseits Kritik an der Türkei-Bindung über die Diyanet – wurde zum offenkundigen Problem und rächte sich bitter. Die Grenzen zwischen „DİTİB-Islam“ (konservativer Islam plus Nationalismus) und radikaleren Formen des Islam, die in der einen oder anderen Moschee gepredigt werden, sind nicht immer eindeutig, teilweise fließend, was dazu führt, dass Jugendliche weiter in den Extremismus abgleiten können. Die Nähe der DİTİB zur Muslimbruderschaft bzw. zu muslimbruderschaftsnahen Akteuren ist weder überraschend noch neu. Erdoğan selbst ist in der Milli-Görüş-Bewegung groß geworden, die man als türkische Variante der Muslimbruderschaft bezeichnen kann. Die Verbindungen wurden in den vergangenen Jahren gestärkt. Auch in die arabische Welt sind die Kontakte da, Annäherungen gab es immer wieder, zumal in den letzten Jahren.

Die Verbände (nicht nur DİTİB) weisen die Kritik von sich und sprechen von verfassungswidrigen Forderungen und Doppelmoral, wenn die Loslösung von den Herkunftsländern und die Stärkung eines deutschen oder europäischen Islam gefordert werden. Es muss in der Tat zwischen dem Vereinsrecht und der Integrationspolitik unterschieden werden.¹²⁸ Vereinsrechtlich ist es unproblematisch, dass ausländische Funktionäre im Beirat oder im Aufsichtsrat eines Vereins sitzen. Problematisch sind derartige personelle Verflechtungen jedoch (unter anderem) integrationspolitisch, da die religiöse Selbstbestimmung einer Religionsgemeinschaft nicht gegeben ist, wenn diese wesentlich durch einen anderen Staat beeinflusst wird. „Solange das Diyanet ein Präsidium der Republik Türkei ist und seinen Vertretern als Beamte[n] des türkischen Staates weitgehende Mitwirkungsmöglichkeit in der DİTİB eingeräumt werden, ist es nicht möglich, von der DİTİB als einer inländischen Organisation zu sprechen.“¹²⁹ Religionsgemeinschaft und Körperschaft des öffentlichen Rechts kann DİTİB nur als inländische Organisation werden. Eine Anerkennung als KdöR dürfte mit der aktuellen Satzung nicht möglich sein, da mit diesem Status die Ausübung hoheitlicher Aufgaben verbunden ist, auf deren Erfüllung aber ein ausländischer Staat auf deutschem Boden nicht maßgeblichen Einfluss haben kann. DİTİB versucht kontinuierlich, in der Öffentlichkeit der Behauptung Nachdruck zu verleihen, dass der Dachverband als deutscher Verein selbständig sei, unabhängig von der türkischen Politik, nicht fremdgesteuert. „Wir machen Religion, nicht Politik“, lautet der Tenor bis heute.¹³⁰ Nichtsdestotrotz taucht der Begriff „Diyanet“ im Vereinsnamen

¹²⁸ Vgl. Yaşar 2012, 225f.

¹²⁹ Ebd., 225, mit Verweis auf: Deutsche Islamkonferenz. Zwischen-Resümee, Berlin 2008, 54.

¹³⁰ So in ähnlicher Diktion tatsächlich auch die Satzung, der zufolge zumindest die Distanz zu „partei-politischen Aktivitäten“ gewahrt werden soll, s. Yaşar 2012, 64; Spuler-Stegemann 2002, 104.

kaum zufällig auf, und die Vereinsaktivitäten sprechen bis hin zu den sehr direkten Auswirkungen türkischer Politik in und durch DİTİB-Moscheen eine andere und eindeutige Sprache. Auch die Satzung macht die Verhältnisse sehr klar.¹³¹ Daher spricht schon Lemmen zu Recht von DİTİB als der für Europa zuständigen „Auslandsorganisation“ der Diyanet. DİTİB ist strukturell, finanziell und ideologisch von der Diyanet abhängig. DİTİB verteidigt sich, eine gewisse Einheitlichkeit der Gemeinden dürfe nicht gleich mit Fremden erklärt werden, das verstärke das Gefühl, diskriminiert zu werden. Der Verweis von DİTİB-Vertretern auf den Vatikan als Parallele – der wie die Türkei über die Diyanet auf andere Länder Einfluss nehme – verfängt freilich nicht. Der Vatikan ist kein Staat wie andere (sondern ein Völkerrechtssubjekt *sui generis*) und kann auf andere Staaten keinen Einfluss nehmen.¹³²

Ebenso gilt jedoch: Die Struktur der DİTİB macht eine eindeutige inhaltliche Zuordnung der einzelnen DİTİB-Ortsgemeinden nicht möglich. Die einzelne Gemeinde vor Ort leistet häufig gute und wichtige Arbeit in der religiösen Betreuung wie auch im Sozialbereich. So wird es darauf ankommen, wer vor Ort sowohl im Vorstand als auch als Imam das Sagen hat und ob damit eine eher staatstreue, eine mehr politische oder nationalistische oder schlicht eine traditionelle Auslegung vorherrschend ist. Auch der Umgang mit Anhängerinnen und Anhängern der Gülen-Bewegung vor Ort und die Haltung der DİTİB-Ortsgemeinde zum christlich-islamischen Dialog sind wichtige Indizien. Die Zahl der Einzelpersonen und der Gemeinden bzw. Gremien, die sich vom DİTİB-Dachverband gelöst haben, steigt, die Zahl derjenigen, die sich perspektivisch lösen wollen, ist möglicherweise höher, als man zunächst vermutet. Einige ehemalige DİTİB-Repräsentanten beklagen die Hierarchie und die Unbeweglichkeit des Verbandes sowie die Kultur des Schweigens an der Basis, die wichtige Veränderungen praktisch unmöglich machen. Ob allerdings in innerlich distanzierterem Schweigen oder in tatsächlicher Übereinstimmung: Die institutionelle Verflechtung von DİTİB und Diyanet wird von der Basis weitestgehend mitgetragen, auch wenn in den Gemeinden vor Ort hier und da der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit lauter wird. Es gibt einige Bemühungen um Satzungsänderungen, in Hessen wurde der Landeskoordinator abgeschafft und ein Geschäftsführer eingesetzt. So ergibt sich kein völlig einheitliches Bild der Gesamtorganisation. Allerdings ist mit einem tatsächlichen tiefgreifenden Wandel des bestehenden Organisationsgefüges nicht zu rechnen.

Von daher ist die Forderung wohlfeil, die DİTİB müsse sich (endlich) strukturell von der Religionsbehörde Diyanet trennen und damit den direkten Einfluss des türkischen Staates unterbinden. Das wird nicht geschehen. Der Dialog mit DİTİB muss realistisch

¹³¹ S. o. 2.2.2.2. Vgl. etwa auch die frühere Bemerkung in der Satzungsergänzung von 1987, dass Zuwendungen aus dem Vereinsvermögen der DİTİB „nur an den Dachverband der DİTİB in der Türkei“ (!) erfolgen dürften. Diese Formulierung wurde durch eine Satzungsänderung 2001 entfernt.

¹³² Auf die Katholiken in diesen Staaten kann er exakt den Einfluss nehmen, den ihm diese Staaten in vertraglichen Übereinkünften (Konkordaten) freiwillig einräumen.

auf die Situation eingehen und daher auf eine Ebene gebracht werden, die einer nachhaltigen, unaufgeregten, aber auch in keiner Weise Sonderkonditionen gewährenden Diskussion Raum gibt. Und er sollte aufmerksam sein für die, die sich von DITIB lösen (wollen). Die vordringlichste Aufgabe scheint zu sein, eine entsprechende Debatte überhaupt in Gang zu bringen und sich nicht mit den bekannten Topoi zu arrangieren (Opferdiskurs, Anerkennungsforderungen). Auch im Blick auf die DITIB-Kritik an „Reformdenkern“ ist nicht die kritische Haltung per se das Problem, die sich durchaus etwa aus theologischen Gründen speisen kann, sondern der fehlende Wille, damit in die Debatte zu gehen.

3 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IRD)¹³³

Gründung: 1986 in Berlin

Zentrale: Köln (Sitz des Vereins: früher Soest, seit 1997 Bonn)

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V. (IRD, auch nur IR abgekürzt) ist die zweitgrößte islamische Organisation in Deutschland.¹³⁴ Dies hat er seinem mit Abstand größten Mitglied zu verdanken, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG),¹³⁵ die in der Öffentlichkeit viel präsenter ist als der IRD selbst. Man kann beim IRD von einem „Netzwerk von Strukturen“ sprechen, in dem die Milli-Görüş-Initiativen gebündelt werden und in dessen Zentrum die IGMG steht.¹³⁶ Dazu gehören die Islamischen Föderationen, von denen der Islamischen Föderation in Berlin (IFB) die besondere Rolle zukam, die erste islamische Organisation in Deutschland zu sein, die als Träger für islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen anerkannt wurde und diesen seit 2001 unter den besonderen Bedingungen Berlins in der Hauptstadt durchführt.¹³⁷

3.1 Zur Geschichte des Verbandes

Der Verband wurde 1986 in Berlin als eine Dachorganisation gegründet mit dem Ziel, eine Vertretung aller in Deutschland lebenden Muslime zu etablieren. Gründungsmitglieder waren der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), die Islamische Gemeinschaft Jama'at-un Nur Köln e. V. sowie die kleinen Gemeinschaften Les amis de l'Islam e. V. (sufisch, Alawiyya-Orden) und Islamischer Weltkongress/Deutsche Sektion e. V. Anfangs noch gar kein eingetragener Verein, übernahm die Verwaltung des Zusammenschlusses das „Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung e. V.“ in Soest, das engstens mit dem Verein des Islamischen Weltkongresses verknüpft war. Der Gründer und Leiter des Zentralinstituts, Muhammad Salim Abdullah, war von 1986 bis 1994

¹³³ Vgl. Wunn 2007, 212 – 216; Lemmen 2001, 121 – 123; Lemmen 2002, 85 – 88; Spuler-Stegemann 2002, 105 – 107.

¹³⁴ DİTİB ist die größte Organisation. Wenn man die formale Unabhängigkeit vom türkischen Staat als Kriterium nimmt, ist der Islamrat die größte.

¹³⁵ Dazu unten ausführlich 3.3. Es ist auch nicht immer klar, ob und welche Strukturen der IRD und die IGMG gemeinsam haben bzw. ob teilweise IGMG-Strukturen dem IRD zugerechnet werden.

¹³⁶ Vgl. die Formulierung in „Christen und Muslime in Deutschland“, Arbeitshilfe Nr. 172, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 23.9.2003, 48, die bis heute zutrifft. Einiges dazu auch bei Lemmen 2002, 87.

¹³⁷ Dazu unten 3.2.5.

Vorsitzender des IRD.¹³⁸ 1988 trat der VIKZ bereits wieder aus, dafür schloss sich 1990 die AMGT (Milli Görüş) und damit der Vorgänger der IGMG an, was den Islamrat vor der Bedeutungslosigkeit bewahrte und die Weichen für die Zukunft stellte.¹³⁹ 1997 unterzeichnete der Islamrat eine gemeinsame Satzung mit der „sehr kleinen deutschen Vertretung des *Islamischen Weltkongresses*“.¹⁴⁰ Unterzeichner: M. S. Abdullah für den Weltkongress und der damalige IGMG-Vorsitzende Ali Yüksel. Nun wurde der Verband unter neuem Namen rechtsfähig. Nach kleineren Zwischenstationen firmierte er ab Ende 1997 unter der Bezeichnung „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland/Islamischer Weltkongress Deutschland (altpreußischer Tradition) e. V.“¹⁴¹ Damit sah sich der Islamrat in besonderer Weise als Repräsentant des Islam in Deutschland mit weit zurückreichender Geschichte und als Brücke zwischen Deutschland und der islamischen Welt. Die Mitgliedschaft des IRD in der Deutschen Islamkonferenz wurde in der zweiten Phase der DIK ab 2010 aufgrund mehrerer Verfahren, unter anderem wegen Verdachts auf Steuervergehen gegen seinen größten Mitgliedsverband IGMG, suspendiert. Da nach dem Rücktritt des damaligen Generalsekretärs Oğuz Üçüncü im Februar 2014 keine Strafverfahren mehr gegen den Vorstand der IGMG liefen, nimmt der IRD seit 2014 wieder an der DIK teil.

Die Entscheidung, ob der Islamrat (wie auch der Zentralrat der Muslime) als Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes zu gelten hat, ist nach langen Gerichtsprozessen auch Anfang 2019 noch nicht endgültig gefallen. Dabei geht es in erster Linie um die Möglichkeit, islamischen Religionsunterricht zu verantworten. Am 9. November 2017 urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster, die beiden Dachverbände hätten „keinen Anspruch gegen das Land Nordrhein-Westfalen auf allgemeine Einführung

¹³⁸ Muhammad Salim Abdullah (1931 – 2016), eine durchaus schillernde Figur und auch innerislamisch keineswegs unumstritten, wurde nach nicht völlig gesicherten Quellen als Herbert Krawinkel geboren, konvertierte 1952 unter Imam Mohammed Aman (Herbert) Hobohm im damaligen Ahmadiyya- (Lahore-)Umfeld zum Islam und hat nichts mit dem Gelehrten S. (= Sheikh, oder auch: Salim) Muhammad Abdullah der Lahore-Ahmadiyya zu tun, der ab 1928 in Berlin wirkte.

¹³⁹ Der VIKZ trat „aufgrund von Differenzen mit M. S. Abdullah“ aus (Lemmen 2001, 121). Der Beitritt der AMGT erfolgte 1990 nach Beilegung früherer Scharmützel mit Abdullah, der im gleichen Jahr noch offiziellen Besuch von Necmettin Erbakan persönlich erhielt.

¹⁴⁰ Spuler-Stegemann 2002, 105. Die „Deutsche Sektion“ des Islamischen Weltkongresses hatte sich nach einem Konflikt mit seiner Hauptorganisation im Jahr 1992 in Soest unter (M. S. Abdullah und) dem Namen „Islamischer Weltkongress apT [= altpreußischer Tradition]“ verselbständigt, vgl. Lemmen 2001, 116f.

¹⁴¹ Bis auf den Zusatz „altpreußische Tradition“, der 1999 wegfiel, ist dies bis heute der eingetragene Vereinsname. Auf die „altpreußische Tradition“ kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Sie sollte wie überhaupt die Bezugnahme auf den Islamischen Weltkongress im Blick auf den Islam in der deutschen Geschichte – historisch freilich unhaltbar – Kontinuität vom Islamrat über eine deutsche Zweigstelle des Weltkongresses in den 1930er Jahren bis zurück zur ersten muslimischen Gemeindegründung 1731 (die so nie stattgefunden hat) signalisieren. Vgl. dazu etwa Lemmen 2001, 114 – 116. So war im heute nicht mehr gebräuchlichen Wappen des Islamrats nicht nur Sure 3,19 „Es gibt bei Gott keine andere Religion als den Islam“, sondern eben auch der (halbe) preußische Adler neben dem (ebenfalls halben) Halbmond mit Stern zu sehen.

islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen“, da sie nicht alle Kriterien einer Religionsgemeinschaft erfüllten. Schon 1998 hatten IRD und ZMD gegen das Land Nordrhein-Westfalen geklagt, das Verfahren ging hin und her.¹⁴² Inzwischen wurde das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht (wie 2005 schon einmal) aufgehoben und der Fall an das OVG Münster zurückverwiesen. In der Begründung hieß es, das OVG habe Vorgaben, die das BVerwG im Urteil von 2005 gemacht hatte, nicht hinreichend beachtet. Die Klärung, ob es sich bei den beiden Verbänden um Religionsgemeinschaften handele, steht demnach noch aus.¹⁴³

3.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten

3.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele

Der IRD wurde als bundesweite Koordinierungsinstanz und gemeinsames Beschlussorgan islamischer Religionsgemeinschaften gegründet. Er versteht sich als Religionsgemeinschaft, die ihren Beitrag zu „unserer Gesellschaft der Vielfalt“ leistet und diese mitgestalten will. Hauptziel ist die Ermöglichung und die Gestaltung muslimischen Lebens in Deutschland. Von Anfang an wurde die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts sowie die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts angestrebt.

3.2.2 Organe

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und vier stellvertretenden Vorsitzenden, die bestimmte Zuständigkeiten haben (Öffentlichkeitsarbeit, Bildung, Recht und Religionsangelegenheiten), sowie einem Generalsekretär.¹⁴⁴

Neben Vorstand und Mitgliederversammlung – zur Organisation sind aktuelle Informationen auf der Internetseite praktisch nicht vorhanden und auch sonst nur spärlich zu finden – gibt es eine „Geistliche Verwaltung“, an deren Spitze der Scheich ul-Islam

¹⁴² Vgl. Eißler, OVG-Urteil (s. Fußnote 22).

¹⁴³ Damit ist keine (Vor-)Entscheidung gefällt, ob das Endergebnis letztlich vom Urteil vom November 2017 wesentlich abweichen wird oder nicht. Es wurde ein Verfahrensmangel beanstandet und die Bedeutung des Urteils von 2005 hervorgehoben. Ob ein Verband als Religionsgemeinschaft zu gelten habe, sei „nach dem geistigen Gehalt und dem Erscheinungsbild des Verbandes zu beurteilen; dessen Behauptung, nach seinem Selbstverständnis eine Religionsgemeinschaft zu sein, reicht nicht aus“, vgl. BVerwG 6 B 94.18 (www.bverwg.de/201218B6B94.18.0), Beschluss vom 20.12.2018. S. auch Eißler, OVG-Urteil (s. Fußnote 22).

¹⁴⁴ So Wunn 2007, 214, mit dem Hinweis, der Vertreter für Religionsangelegenheiten sei der Şeyhülislâm. Im Vereinsregister (2001) werden drei stellvertretende Vorsitzende und der Generalsekretär aufgeführt.

(Şeyhülislâm) steht, gewissermaßen ein osmanisches Erbe. Ali Yüksel wurde im Februar 1993 in Soest feierlich in dieses Amt eingeführt. Die Resonanz darauf blieb aber sehr begrenzt.¹⁴⁵

3.2.3 Mitglieder

Die Internetseite gibt über die Mitglieder wenig Aufschluss. Zu ihnen gehörten „Moscheegemeinden, unterschiedliche Vertretungsinstanzen, Bildungsvereine und verschiedene andere Organisationsformen, die die unterschiedlichen Bereiche des muslimischen Lebens abdecken“, verschiedene Quellen machen unterschiedliche Angaben. Viele Mitgliedsvereine gehören direkt oder indirekt schon der IGMG an, ohne dies unmittelbar deutlich zu machen.

Die Selbstdarstellung auf der Website nennt folgende Zahlen: „Heute sind im Islamrat 25 Mitgliedsgemeinschaften mit über 400 Moscheegemeinden vertreten, von denen sich 150 in Nordrhein-Westfalen befinden. Dazu kommen über 1000 Einrichtungen, die sich der Frauen-, Jugend- und Sozialarbeit widmen, sowie Bildungseinrichtungen, Eltern- und Nachhilfevereine. Die größte Mitgliedsgemeinschaft des Islamrats ist die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş, hinzukommen Gemeinden der Nurculuk Bewegung, alevitische und andere Gemeinden.“¹⁴⁶

Die Internetpräsenz der Deutschen Islamkonferenz hat relativ aktuelle Zahlen: 448 Moscheegemeinden mit ca. 40-60 000 Mitgliedern. Der IRD umfasse 17 Mitgliedsorganisationen und setze sich „im Wesentlichen aus der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG) und ihr nahestehenden Organisationen zusammen“.¹⁴⁷

Nach einer auf Nachfrage vom Islamrat mitgeteilten Liste hat dieser nur zwölf Mitglieder, zwei bundesweit aufgestellte und zehn Landesverbände:¹⁴⁸

¹⁴⁵ Der Şeyhülislâm war im Osmanischen Reich der ranghöchste Mufti und damit die höchste religionsrechtliche Autorität. Mit dem Amt sollte wohl ursprünglich eine kirchenähnliche Struktur geschaffen werden, das Ziel der Körperschaftsrechte vor Augen. Die Einrichtung des Amtes wurde aber von Muslimen unterschiedlichster Richtungen mit Kritik aufgenommen. Vgl. Wunn 2007, 214f.

¹⁴⁶ Der Islamrat stellt damit fest, dass unter seinen Mitgliedern ein Verhältnis von 400 Moscheegemeinden zu 1000 andersgearteten Vereinen besteht, deren religiöser Charakter nicht eindeutig ist.

¹⁴⁷ Die Zahlen beziehen sich auf „Die Verbände in der DIK 2014 – 2017“, hier gelistet mit dem Datum 30.1.2018, s. www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/DIK/01_UeberDieDIK/07_DIK_2014-2017/03%20Verbaende/dik2014teilnehmer-node.html; Wunn 2007, 214 (für 2011 bzw. 2005): 37 Verbände mit 600 bis 900 Moscheen.

¹⁴⁸ Mitteilung von Burhan Kesici, 18.4.2018. (Teil „A.“ lässt auch einen Teil „B.“ vermuten, der aber nicht enthalten war.) Die Landesverbände werden als „Landesreligionsgemeinschaften“ bezeichnet. Sie sind zugleich Organisationen der IGMG oder stehen dieser zumindest nahe (vgl. Wunn 2007, 216).

A. Ordentliche Mitglieder:

1. Islamische Religionsgemeinschaften von Allgemeiner Bedeutung:
 - a. Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)
 - b. Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur [sic, zutreffendere Umschrift des Arabischen]
2. Landesreligionsgemeinschaften:
 - a. Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland e. V.
 - b. Bündnis Islamischer Gemeinden in Ostdeutschland
 - c. Islamische Föderation Berlin e. V.
 - d. Islamische Föderation Bremen e. V.
 - e. Islamische Religionsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen e. V.
 - f. Islamische Glaubensgemeinschaft für Baden-Württemberg e. V.
 - g. Islamrat für das Land Bayern
 - h. Islamrat für das Land Hessen
 - i. Islamrat für das Land Niedersachsen
 - j. Islamrat für Rheinland-Pfalz und Saarland e. V.

Die Internetseite vermerkt: „Auf regionaler Ebene ist der Islamrat in sogenannten Regionalverbänden organisiert. In einem Regionalverband befinden sich durchschnittlich 30 Moscheegemeinden. Die Hauptaufgaben der Regionalverbände liegen in der Koordination und Fachaufsicht der religiösen Wegweisung und der religiösen Bildungsarbeit. Dazu kommt die allgemeine Koordinierung der Moscheearbeit.“

Klarheit zu bekommen über die genauen Zahlen und darüber, welche Gruppen und Vereine nun tatsächlich Mitglieder des Islamrats sind, ist also schwierig. Neben der gleich ausführlich zu besprechenden dominierenden IGMG gehört dem Islamrat beispielsweise die türkisch-islamische Jama'at-un Nur an („Gemeinschaft des [göttlichen] Lichts“), die sich als Aufklärungs- und Reformbewegung versteht mit dem Ziel, „die Moderne mit dem Islam zu versöhnen“¹⁴⁹. Dieses Ziel verfolgt sie, indem sie die Schriften und das Gedankengut des Gründers, Bediüzzaman Said Nursi (1879 – 1960), hauptsächlich durch die Arbeit in „Medresen“ (Lesekreise, eigentlich „Schulen“) und durch ihre Publizistik verbreitet.¹⁵⁰

Mitglied des IRD ist auch das „Weimar Institut für geistes- und zeitgeschichtliche Fragen e. V.“, das maßgeblich auf die Initiative einer Gruppe um den Rechtsanwalt Andreas Abu Bakr Rieger im Jahr 1996 zurückgeht und der Murabitun-Bewegung des aus Schottland

¹⁴⁹ Internetseite, www.soezler.de.

¹⁵⁰ Das Hauptwerk Said Nursis sind die umfangreichen Erklärungen zum Koran mit dem Titel „Risale-i Nur“. Die auf Said Nursi zurückgehende, inzwischen vielfältige Bewegung wird als „Nurculuk“ bezeichnet (*Nurcu* bedeutet ungefähr „Anhänger des Lichts“). Ein bedeutender Schüler der Lehren Said Nursis, der einen eigenen Zweig bzw. eine Fortentwicklung der Bewegung prägte, ist Fethullah Gülen mit seiner Hizmet-Bewegung. Vgl. auch Kapitel 4 zum VIKZ.

stammenden Scheichs Abdulqadir as-Sufi al-Murabit (Ian Dallas) zuzurechnen ist.¹⁵¹ Es setzt sich die „Aufarbeitung und Darstellung des Verhältnisses der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte zum Islam“ als ein wichtiges Ziel – etwa Goethes Bekenntnis zum Islam – und legt besondere Schwerpunkte in der Bildungsarbeit sowie im Dialog mit verschiedenen Akteuren der Gesellschaft. Religiöse Zwecke verfolgt das Weimar Institut offenbar nur ganz am Rande. Es betreibt eine „Außenstelle“ in Stralsund. Vom Weimar Institut bzw. seit 2000 von der IZ Medien GmbH (Berlin) wird die deutschsprachige „Islamische Zeitung“ herausgegeben, deren Chefredakteur Stefan Sulaiman Wilms ist.¹⁵² Das IRD-Mitglied Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands (BMPPD) wurde im November 2018 feierlich in die Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände aufgenommen. Ein historisches Ereignis, nicht nur weil erstmals ein muslimischer Verband Aufnahme fand, sondern auch weil überhaupt erstmals seit Gründung der Ringeverbände 1949 eine Erweiterung vorgenommen wurde. Der BMPPD ist eng mit den Vertretern der Alawiyya in Deutschland verbunden. „Bundesimam“ der Pfadfinder ist der Deutschmarokkaner Kaddour El Karrouch, der Mitglied bei „Les amis de l’Islam“ ist, der deutschen Gruppe dieses Sufiordens und zugleich einer der Gründervereine des IRD.¹⁵³

3.2.4 Aktivitäten in Auswahl

Neben einem religiösen, sozialen und kulturellen Angebot bietet der IRD seine Unterstützung insbesondere in allen Fragen der islamkonformen Lebensweise an.¹⁵⁴ Religiöse

¹⁵¹ Vgl. dazu etwa Johannes Kandel, „Riegers Welt“. Die islamische Sekte Murabitun und die Islamische Zeitung, in: Reinhard Hempelmann (Hg.), Religionsdifferenzen und Religionsdialoge. Festschrift – 50 Jahre EZW, EZW-Texte 210, Berlin 2010, 150 – 174. – Die Gemeinde um das mit den Hauptgeschäften nach Potsdam umgezogene „Weimar Institut“ war einige Jahre lang die „Islamische Gemeinschaft am Park Sanssouci“ (IGAPS), die sich 2012 auflöste, nachdem ihr Vorsitzender Ahmad Gross mit weiteren Personen und Familien aus dem Verein nach Granada gegangen war. Granada in Südspanien (dem im Mittelalter islamischen „al-Andalus“) ist eines der Zentren der Murabitun-Bewegung. Im Sommer 2003 wurde die Große Moschee (Mezquita Mayor) gegenüber der Alhambra eingeweiht, die „größte Moschee Europas“ und zugleich die erste nach der Vertreibung 1492. In der Region sind mehrere millionenschwere Moscheen mit Sponsorengeldern aus arabischen Ländern gebaut worden.

¹⁵² Abu Bakr Rieger war Anfang der 2000er Jahre eine (kurze) Zeit lang Rechtsberater des Islamrats, ebenso stellvertretender Vorsitzender (dieses bis 2007).

¹⁵³ Entscheidung des Ringausschusses am 5.10.2018, vgl. www.islamiq.de/2018/11/26/verband-nimmt-muslimische-pfadfinder-auf. Zu Karrouch vgl. <https://derkoranzwischenzweifelweltenblog.wordpress.com/2015/11>.

¹⁵⁴ Über eine Struktur der „Geistlichen Verwaltung“ mit einer Hauptabteilung Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen und entsprechenden Referaten für Seelsorge in der Bundeswehr, der Polizei, Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten wurde in den 1990er Jahren berichtet. Der Strukturaufbau des Islamrats sollte sich insgesamt am „Modell der Reformierten Kirche“ orientieren, so in kritischer Absicht Ayyub A. Köhler, Die strukturelle Assimilation des Islam in Deutschland, ohne Datum (1999), <http://islam.de/2579.php> (vgl. Thomas Lemmen, <http://library.fes.de/fulltext/asfo/01003005.htm>).

Bildung spielt eine große Rolle, auch Weiterbildungsseminare für Imame und Ähnliches werden geboten. Unter dem Dach des Islamrats sind übrigens laut Innenministerium derzeit 43 Diyanet-Imame angestellt, die nicht in DiTİB-, sondern in Milli-Görüş-Gemeinden tätig sind. Laut IGMG können erst nach und nach verbandseigene Imame eingesetzt werden.¹⁵⁵

Ein „Europäisches Halal Zertifizierungsinstitut“ (EHZ, www.eurohalal.de) prüft Produkte und Produktionssysteme auf Übereinstimmung mit den islamischen Halal-Richtlinien, die das Einhalten der religiösen Speisegebote gewährleisten sollen, und zertifiziert sie entsprechend. Der „Gelehrtenrat“ des EHZ ist mit Theologen besetzt, die laut Internetseite an islamischen Fakultäten in Syrien, der Türkei, Ägypten und Saudi-Arabien studiert haben. Das Institut in der Trägerschaft der IGMG steht in Kooperation mit dem IRD sowie „in Allianz“ mit weiteren Zertifizierern, darunter das Islamische Zentrum München und das Islamische Zentrum Aachen.

3.2.5 Islamischer Religionsunterricht

Wichtig ist die Rolle der Islamischen Föderation in Berlin e. V. (IFB).¹⁵⁶ Wie in Bremen, so ist in Berlin bekenntnisorientierter Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach (Ausnahmeregelungen zu GG Art. 7,3). Die IFB ist ein Landesverband des Islamrats (bzw. der IGMG; s. o. unter Mitglieder „Landesreligionsgemeinschaft“). Auf dem Gerichtsweg erstritt sich die IFB um die Jahrtausendwende das Recht, auf der Basis des Berliner Schulgesetzes (§ 23) IRU zu erteilen. So kommt es zu der Besonderheit, dass 2001/02 der erste „offizielle“ IRU in Deutschland in alleiniger Verantwortung eines Verbandes eingeführt wurde und bis heute durchgeführt wird, der eng mit der Milli-Görüş-Bewegung verbunden ist, die wiederum in Berlin seit vielen Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird.¹⁵⁷ An 33 Berliner Grundschulen nehmen derzeit ca. 5500 Schülerinnen und Schüler an dem freiwilligen Zusatzunterricht teil.

¹⁵⁵ Die Zusammenarbeit scheint bestens zu funktionieren. Vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article175791728/Im-Jahr-2017-Bundesregierung-liess-350-Ditib-Imame-aus-der-Tuerkei-einreisen.html, 25.4.2018. Vgl. auch <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/096/1809635.pdf> (2016). Die Diyanet-Imame in Diensten der IGMG werden von der IGMG bezahlt. Bis etwa 2021 soll es keine Diyanet-Imame mehr in IGMG-Moscheen geben.

¹⁵⁶ Laut Internetseite www.if-berlin.de/mitgliedsvereine.html 17 Mitgliedsvereine, die meisten davon Moscheevereine.

¹⁵⁷ Dies ist sehr stark zurückgegangen, dazu im nächsten Abschnitt, 3.3 – Die damalige Einschätzung des Verwaltungsgerichts Berlin, die IFB sei keine Religionsgemeinschaft im Sinne des Berliner Schulgesetzes, kassierte das Oberverwaltungsgericht Berlin 1998. Der Streit ging bis zum Bundesverwaltungsgericht, das im Jahr 2000 dem OVG im Wesentlichen folgte. Vgl. Lemmen 2001, 172 – 174.

3.3 Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG)¹⁵⁸

Gründung: Vorläufervereine 1972/76, als IGMG 1995 (komplexe Entstehungsgeschichte, s. u.)

Sitz / Zentrale: Köln-Holweide (Colonia-Allee 3; seit 2015/16 nach und nach Umzug von Kerpen). Der Sitz der IGMG ist zugleich auch die Milli-Görüş-Europazentrale.

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. (IGMG, İslam Toplumu Millî Görüş), ein hierarchisch aufgebauter türkisch-islamischer Verband mit Zentrum in Köln, ist die stärkste Kraft im IRD und darüber hinaus in ganz Westeuropa aktiv.¹⁵⁹ Die IGMG gehört zur Milli-Görüş-Bewegung, die in den 1970er Jahren von dem türkischen Politiker, Islamistenführer und kurzzeitigen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan (1926 – 2011) gegründet wurde und heute ein Sammelbecken von Anhängern des Politikers ist. In der Türkei sind die organisatorischen Träger der Bewegung immer (islamistische) politische Parteien gewesen, die nacheinander verboten und aufgelöst wurden. Bestand hat bis heute die Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit), die wie auch die AKP aus der Spaltung der Bewegung 2001 hervorging und von Anfang an eine eher unbedeutende Kleinpartei geblieben ist, in den letzten Jahren allerdings eine ganze Reihe von Ablegern auch in Deutschland etabliert hat.

In Europa stützt sich Milli Görüş auf Moscheegemeinden und ein Netzwerk von peripheren Unterstützungsstrukturen und Dienstleistungsunternehmen. Zahlenmäßig klein, aber einer streng konservativen Auslegung der Milli-Görüş-Ideologie verschrieben sind die Erbakan-Stiftung (Erbakan Vakfı), die 2013 gegründet wurde und seit 2015 eine Zentrale in Deutschland hat,¹⁶⁰ sowie die İsmail-Aga-Gemeinschaft (İsmail Ağa Cemaati, IAC), ein radikaler Zweig des Naqschbandi-Ordens, dem auch Necmettin Erbakan angehörte.¹⁶¹ Die verschiedenen Vereinigungen sind formal unabhängig voneinander, beziehen sich aber – in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität – auf dieselbe ideologisch-religiöse Basis und deren Inspirator Erbakan.

¹⁵⁸ Vgl. Schiffauer 2010; Rohe 2016, 137f; Peter/Ortega (Hg.) 2014, 125-129 (Autor: W. Schiffauer); Kandel 2011, 96 – 143; Wunn 2007, 38 – 54; Seidel u. a. 2001, 28 – 60; Lemmen 2001, 67 – 82; Lemmen 2002, 40 – 47; Spuler-Stegemann 2002, 111 – 115.

¹⁵⁹ Außerdem gibt es je einen Regionalverband in Kanada sowie Australien.

¹⁶⁰ IGMG-Anhänger, die den Kurs der IGMG-Führung als zu zurückhaltend kritisieren, gründeten eine eigene Organisation, „Ahde Vefa“ („Treue zum Schwur“). Inzwischen nennt sich die Gruppierung „Erbakan Vakfı“.

¹⁶¹ Spirituelles Oberhaupt der IAC ist der in der Türkei lebende Scheich Mahmut Ustaosmanoğlu, der eine Zeitlang ideologischer Weggefährte Necmettin Erbakans war. In Deutschland wurde die IAC durch den radikalen Prediger Nusret Çayır geprägt, der 2015 ausgewiesen wurde, aber offenbar den Kontakt zu Anhängern mit Live-Übertragungen im Internet hält.

Die IGMG stand über viele Jahre in den Verfassungsschutzberichten der alten Bundesländer (im Osten hat sie keine Basis). Seit 2014 haben sieben Länder die Beobachtung eingestellt.¹⁶² Schon 2012 sprach sich der Hamburger Verfassungsschutz für die Beendigung der Beobachtung der IGMG aus, unterstützt vom Deutschen Islamforum. Die Ämter attestieren der IGMG-Führung „anhaltende Bemühungen“, den Verband aus seinen islamistischen Bezügen in der Türkei zu lösen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt zwar zu der Überzeugung, dass Milli Görüş ein antidemokratisches Staatsverständnis zeige und die westliche Demokratie ablehne. Antisemitische Züge stehen im Widerspruch zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Prozesse, die Milli Görüş gegen diese Feststellungen geführt hat, haben ihre Anhänger verloren. Der Bericht stellt jedoch auch fest, dass die IGMG unter dem jetzigen Vorsitzenden bestrebt sei, sich aus der Milli-Görüş-Politik zu lösen und ihre Position neu zu definieren, erkennt also einen Reformprozess, der eine stärkere Betonung des religiösen Elements und einen „schwächer werdenden Extremismusbezug“ nach sich zieht. Nichtsdestotrotz werden weiterhin Anhaltspunkte für Verbindungen der IGMG zu „Teilbereichen“ der Milli-Görüş-Bewegung gesehen.¹⁶³ Die IGMG hat einen direkten Zusammenhang mit den Milli-Görüş-Strukturen in der Türkei stets bestritten.

Es ist eines der Hauptthemen im Blick auf die IGMG, ob und in welchem Maße sie als „islamistisch“ gelten muss. Die Verbandsentwicklung der letzten Jahre wird, grob gesagt, entweder als Konsequenz eines intergenerationalen Wandels innerhalb der Gemeinschaft vom Islamismus hin zur gesellschaftlichen Partizipation beurteilt oder als (nur) formale Trennung der *Religion*s-gemeinschaft (mit der Aufgabe der Religionspflege und dem Ziel der Anerkennung als Ansprechpartner für die Politik) von den politischen Aktivitäten (mit der Aufgabe, das ideologische Erbe der Bewegung zu bewahren) aus strategisch-taktischen Gründen. Je nach Einschätzung kann die Darstellung der Verhältnisse sehr unterschiedlich ausfallen, vor allem was die zeitliche Reichweite und damit auch den gegenwärtigen Stellenwert bestimmter islamistischer Vorstellungen im Kontext der Verbandsarbeit anbetrifft.

¹⁶² Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz.

¹⁶³ Verfassungsschutzbericht 2017, hg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin Juli 2018, 216. – Die IGMG befindet sich in einer „personellen und strukturellen Umbruchphase“, war schon vor einigen Jahren die Erkenntnis. Man kann grundsätzlich fragen, wie lange und mit welchem Ziel beobachtet werden soll, wenn keine juristischen Konsequenzen folgen oder absehbar sind. Wenn eine Organisation nicht konkret verfassungsfeindlich handelt, müsste – nach einer gewissen Zeit – der Sachgrund für eine Beobachtung entfallen, so eine Argumentation gegen die Beobachtung. Die an vielen Stellen und anhaltend zu beobachtenden Kontakte der IGMG zum politischen Milli-Görüş-Kontext, die durchaus aktive Anteile erkennen lassen, müssen allerdings ebenso gewichtet werden.

Denn klar ist, dass Erbakan wesentliche demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus ablehnte und die Milli-Görüş-Bewegung die Einführung einer umfassenden „gerechten“, nämlich auf Koran und Scharia basierenden islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung zum Ziel hat. Erbakan propagierte eine „neue, große Türkei“ ohne Laizismus und vertrat offen antisemitische Stereotype. Die IGMG, die insbesondere seit den 1980er Jahren enge Verbindungen zu den türkischen Partnern pflegte, teilte nicht nur die Anschauungen der Bewegung, sondern unterstützte sie auch, etwa durch inhaltliche Arbeit, Vortragsveranstaltungen, mediale Verbreitung, Finanztransfer sowie die Verbreitung der Tageszeitung „Milli Gazete“, die der Bewegung nahesteht.¹⁶⁴ Auch nach Erbakans Tod 2011 werden seine Ideen von der Milli-Görüş-Bewegung weiter verfolgt. Umstritten ist, in welcher Weise dies die Arbeit der IGMG (noch) beeinflusst, die auch in sich keineswegs eine homogene Einheit ist. Klar ist aber auch, dass sich die IGMG – so oder so – grundsätzlich im legalen Rahmen bewegt und jede Form von Gewalt ablehnt.

Die IGMG ist nicht auf Deutschland fixiert, sondern zeichnet sich durch eine globale Perspektive aus. Sie will den Bezug zur *Umma* (weltweite Gemeinschaft der Muslime) stärken. Der globale *Umma*-Gedanke kommt z. B. in der jährlichen IGMG-Opfertieraktion (Kurban-Kampagne) zum Ausdruck, bei der in über 100 Ländern weltweit mehr als 100 000 Tiere gespendet und an Bedürftige verteilt werden. Im Unterschied zur stärker türkeibezogenen DİTİB steht die IGMG nicht in direkter Verbindung mit dem türkischen Staat, sondern von ihrem Ursprung her in Opposition. Dies hat sich indessen tiefgreifend verändert seit dem Paradigmenwechsel in der Türkei durch die AKP-Regierung und die Politik Erdoğan's, sodass sich seit Jahren eine Annäherung zwischen Milli Görüş und der staatsnahen DİTİB beobachten lässt.¹⁶⁵ Ina Wunn urteilt – und das kann man sicher bis heute so sehen –, eine vereinfachte politische Zuordnung der Milli Görüş sei nicht möglich, doch gelte wohl nach wie vor, dass diese „eine orthodox-konservative, sunnitische Bewegung“ sei und es sich bei der IGMG um „eine orthodoxe, nationalistisch orientierte religiös-politische Organisation“ handele. Nicht zu übersehen sei aber auch ein geistiger Wandel.¹⁶⁶

¹⁶⁴ Vgl. Lemmen 2001, 78f; Lemmen 2002, 45f. Spuler-Stegemann 2002, 111, weist darauf hin, dass das Logo der AMGT (vor 1990) die ehemals sowjetischen Turkstaaten noch nicht umfasste, das der IGMG (nach 1990) hingegen schon – ein Hinweis auf das durchaus politische Denken in der IGMG.

¹⁶⁵ S. dazu unten 3.3.3.5.

¹⁶⁶ Wunn 2007, 42f, mit Bezugnahme auf Hasan Alacacioglu und Werner Schiffauer.

3.3.1 Zur Geschichte der IGMG¹⁶⁷

Die erste politische Partei in der modernen Türkei, die sich islamisch definierte, war die 1970 von Necmettin Erbakan gegründete Partei der Nationalen Ordnung (Milli Nizam Partisi, MNP, 1971 aufgelöst). Erbakan gehörte zu einem Kreis um den einflussreichen Naqschbandi-Scheich Mehmed Zahid Kotku (gest. 1980).¹⁶⁸ Thesen der Vordenker des Islamismus Abu-l A'la al-Maududi, Hassan al-Banna und Sayyid Qutb, die etwa besagten, die Orientierung am Westen sei gescheitert, sowohl der panarabische Nationalismus als auch der türkische Kemalismus hätten den Niedergang der Gesellschaften im Nahen Osten gebracht, wurden aufgegriffen und beeinflussten Erbakan. Kotku mobilisierte Teile seiner Anhängerschaft für die neue Partei. Auf die MNP folgte 1972 die Nationale Heilspartei (Milli Selamet Partisi, MSP), die trotz relativ geringen Erfolgs bei den Wahlen Teil von drei Koalitionsregierungen war und mit dem Verbot 1980 endete.¹⁶⁹

Mit der Türkischen Union Deutschland e. V., dem mutmaßlich ersten türkisch-islamischen Verein in Deutschland, der sich Necmettin Erbakan und seiner islamistischen Politik in der Türkei zuordnete, beginnt 1972 die Vorgeschichte der IGMG in Braunschweig.¹⁷⁰ Im November 1976 wurde im Auftrag Erbakans bzw. der türkischen MSP die Türkische Union Europa e. V. gegründet,¹⁷¹ und zwar maßgeblich durch einen Funktionär der Muslimbruderschaft, Yusuf Zeynelabidin (Zeyn el-Abidin, Zeynel Abidin), der auch erster Präsident wurde. Der irakischstämmige Mediziner Zeynelabidin (1939 – 1986), Facharzt für Allgemein- und Gefäßchirurgie,¹⁷² war in diesen Jahren eine Schlüsselfigur der Muslimbruderschaft in Europa und wohl schon an der Gründung des VIKZ beteiligt gewesen. Anfang 1976 war er Mitglied des Islamischen Zentrums München geworden,¹⁷³ von wo aus die Aktivitäten der Muslimbruderschaft in Deutschland aufgebaut wurden. Karl Binswanger schrieb 1990: „Am 22.11.1976 gründet ABIDIN ... in Köln die ‚Türkische Union Europa‘, de facto die Europa-Filiale der türkischen Nationalen Heilspartei (MSP) des Necmettin Erbakan.“ Zeynelabidin habe nach türkischem Rekrutierungspotenzial

¹⁶⁷ Ich folge weitgehend Lemmen 2001, 67f, und Schiffauer in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 125ff, sowie Wunn 2007, 44 – 50.

¹⁶⁸ Zur Bedeutung des Naqschbandi-Sufiordens und speziell zur Bedeutung der İskenderpaşa-Moschee in Istanbul mit Scheich Kotku s. unter VIKZ, unten 4.1.2, bei Fußnote 261.

¹⁶⁹ Seit der Regierungsbeteiligung der MSP 1974 (Regierung Bülent Ecevit) hat der politische Islam einen festen Platz auf der Bühne der türkischen Politik.

¹⁷⁰ Gründer der ersten Gemeinde war Hasan Damar, der dann Generalsekretär der Türkischen Union Europa wurde (vgl. Schiffauer 2010, 351) und bis heute hohe Funktionen in der Milli-Görüş-Bewegung in Europa innehat.

¹⁷¹ Schiffauer in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 125, gibt das Jahr 1974 an.

¹⁷² Seine Töchter Emel und Muna verheiratete er mit den Brüdern Algan, die in der Islamischen Föderation in Berlin eine tragende Rolle spielten. Über Emel Zeynelabidin wurde breit berichtet, als sie 2004 von großer öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet ihr Kopftuch ablegte.

¹⁷³ Ebenso wie zur gleichen Zeit Muhammad Siddiq (Wolfgang Borgfeldt), der langjährige Leiter des Hauses des Islam in Lützelbach und Mitglied des Europäischen Rates für Fatwa und Forschung (ECFR).

für eine bundesweite Gruppierung gesucht. „Die ‚Idealisten‘ (‚Graue Wölfe‘) schieden für den Moslebruder ABIDIN aus ideologischen Gründen aus, andere Gruppen – etwa die Nurus – waren zahlenmäßig zu unbedeutend. ‚Türkische Union Europa‘ wurde im Vereinsregister angegeben, intern und im Verbandsschrifttum nannte sich die Union aber schon damals ‚Organisation der Nationalen Sicht‘ (AMGT) ... Der erste Grundstein zur arabisch-türkischen Fusion war gelegt, in diesem Sinne geht es weiter.“¹⁷⁴ Die Beziehungen zur türkischen Milli-Görüş-Bewegung („Nationale Heilspartei“ MSP) bestanden auf inhaltlicher und personeller Ebene, es gab keine formal-strukturellen Verbindungen. Im Dezember 1982 wurde die Türkische Union Europa in Islamische Union Europa e. V. umbenannt.

Anfang der 1980er Jahre kam es zu schweren Turbulenzen und infolgedessen zu einer vollständigen Neuorganisation. Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 war der frühere Mufti von Adana Cemaleddin Kaplan (1926 – 1995) als politischer Flüchtling nach Deutschland gekommen und hatte bald führende Positionen in der Türkischen bzw. dann Islamischen Union inne. Er propagierte einen radikalislamistischen Kurs nach dem Vorbild Irans, der kurz zuvor die Revolution erlebt hatte. Von einem Weg über demokratische Institutionen, wie ihn Erbakan 1983 mit der türkischen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) ins Leben rief, hielt er nichts.¹⁷⁵ Ein Politik- und Staatswechsel sei nicht über ein Parlament zu machen, das habe der Militärputsch 1980 gezeigt. Kaplan begeisterte eine große Zahl der Milli-Görüş-Anhänger in Deutschland für seine extremistischen Ideen, unter ihnen nicht wenige MSP-Mitglieder, die während des Ausnahmezustands in der Türkei ins deutsche Exil gegangen waren. Die Enttäuschung im Blick auf die Türkei wurde durch eine Euphorie für die panislamische Idee kompensiert, die iranische Revolution und den islamischen Widerstand in Afghanistan nach der sowjetischen Invasion vor Augen. Eine beträchtliche Radikalisierung in den europäischen Gemeinden war die Folge. Als Cemaleddin Kaplan 1984 mit seinem neuen Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (İslami Cemiyetler ve Cemaatler Birliği, İCCB), dem späteren „Kalifatsstaat“, aus der Islamischen Union auszog, folgte ihm mehr als die Hälfte der Vereine und Moscheen (Werner Schiffauer spricht sogar von zwei Dritteln) – ein Desaster!¹⁷⁶ Die traumatische Spaltung hätte das Ende von Milli Görüş in Deutschland sein

¹⁷⁴ Gemeint ist die enge Verflechtung der islamistischen Bewegungen der arabischen Muslimbruderschaft und der türkischen Milli Görüş (vgl. Binswanger 1990, 142f). So gründeten Issam El-Attar und Muhammad Siddiq 1978 das Islamische Zentrum Aachen. Ebenfalls 1978 wurde in Köln das Islamische Zentrum gegründet, 1979 wurde Zeynelabidin dort Vorsitzender – „der Vorsitz von AMGT und IZ Köln liegt in einer Hand“ (ebd., 143). Für Binswanger steht 1990 fest: „Bundesweit also sind AMGT und MB (in Form der IZ) zwei Schienen desselben Gleises, strukturell und personell“ (ebd., 144).

¹⁷⁵ Zur Kaplan-Bewegung auch: Seidel u. a. 2001, 61 – 68. Die Wohlfahrtspartei, die zunächst 1987 an der Zehn-Prozent-Hürde scheiterte, 1994 dann aber ihre Wählerzahl praktisch verdoppelte, existierte bis 1997 (vgl. Schiffauer 2010, 85 – 90). Istanbul und Ankara wählten islamistische Bürgermeister. In dieser Zeit drängte das religiös-politische Element den Nationalismus nach und nach in den Hintergrund.

¹⁷⁶ Vgl. zur Kaplan-Gruppe auch Kandel 2011, 89 – 95.

können. Aus der Türkei und der neugegründeten Refahpartei kam jedoch beträchtliche Hilfe zum Neuaufbau.¹⁷⁷ An die Stelle der Union trat im Mai 1985 die Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (Avrupa Milli Görüş Teşkilatı, AMGT), die unmittelbare Vorläuferorganisation der IGMG.

Damit war die Gründungsphase abgeschlossen und nach der tiefen Krise eine Phase des Wiederaufbaus und der Konsolidierung eingeleitet.¹⁷⁸ Aus den bis dahin eher lose verbundenen Milli-Görüş-Gemeinden wurde nach diesen Erfahrungen eine hierarchische Organisation mit fester Bindung an das Zentrum in Ankara, an deren Spitze Necmettin Erbakan stand, der die Leitung in Köln und indirekt die Regionalleiter durch Eid an sich band. Leitungspersonen wurden von der Türkei aus eingesetzt, die institutionelle Kohäsion wurde durch interne Wettbewerbsstrukturen (Mitgliederzahlen, Spendenaufkommen, Zeitschriftenverkauf etc.) und ein entsprechendes Anerkennungssystem gestärkt, die Geschlossenheit nach innen wurde betont. Mit einer effektiven Jugendarbeit sollte die „zweite Generation“ erreicht werden, die Einübung der islamischen Ethik/Moral wurde in den Vordergrund gestellt. Die begeisterten Anhänger verehrten Erbakan geradezu als die Rettergestalt, die das erzwungene Exil in absehbarer Zeit beenden werde. Die Türken würden – wie damals Muhammad und die Seinen nach Mekka („Hidschra“-Motiv!) – in die islamisch erneuerte Heimat zurückkehren.¹⁷⁹ Der Erfolg der Wohlfahrtspartei in der Türkei führte zu einem Zulauf zu den Gemeinden in Europa. Diese unterstützten wiederum materiell und teilweise personell den Wahlkampf in der Türkei. Der Höhepunkt dieser Türkeiorientierung war Anfang der 1990er Jahre. In dieser Zeit entfaltete sich die hybride Doppelnatur der Milli-Görüş-Bewegung: In Deutschland war sie primär religiöse Gemeinde, in der Türkei politische Partei.¹⁸⁰

¹⁷⁷ Şevki Yılmaz und Osman Yumakoğulları – der zeitweise Abgeordneter der Refah-Partei im türkischen Parlament war – wurden zu diesem Zweck nach Deutschland entsandt. Zur gleichen Zeit erwuchs der Milli Görüş durch die Gründung der DİTİB in Deutschland eine ernsthafte Konkurrenz.

¹⁷⁸ Dazu Schiffauer 2010, 90 – 94. Schiffauer teilt die Geschichte der Milli Görüş in Deutschland in vier klar voneinander unterscheidbare Phasen ein: 1. Gründungsphase 1973 – 1983, 2. Krise und Wiederaufbau 1983 – 1997, 3. Neuorientierung 1997 – 2002 und 4. postislamistische Phase (s. in Peter/Ortega [Hg.] 2014, 125 – 129).

¹⁷⁹ „Der Ausnahmezustand in der Türkei ließ die Idee plausibel erscheinen, dass ein wahrhaft islamisches Leben in einem nichtislamischen Staat auf die Dauer unvorstellbar ist. Dabei war der Radikalismus in mehrfacher Hinsicht ein Produkt der Migration. Zum einen blieb, was geredet wurde, letztlich folgenlos. In der Türkei zollte man den Predigten in Deutschland kaum Aufmerksamkeit; von deutscher Seite interessierte man sich ebenfalls nicht für die islamischen Gemeinden. Es entfaltete sich ein *long distance nationalism* (Anderson 1998), der nicht selten radikaler war als der zu Hause. Zum anderen bekam die Idee eines islamischen Staats in der Diaspora eine ganz eigene assoziative Ausgestaltung als in der Türkei [sic]: Sie wurde mit der Hoffnung aufgeheizt, endlich das zerrissene Leben in der Fremde überwinden zu können, und verband sich mit dem Traum von einer wahren Heimat“ (Schiffauer 2010, 83f).

¹⁸⁰ Vgl. auch Werner Schiffauer, Gutachten im Verwaltungsstreitverfahren Yılmaz Sakin ./ Bürgermeister der Stadt Gladbeck, ca. 2004, 44.

Die AMGT wurde Mitglied im Islamrat – für diesen eine Rettungsmaßnahme, s. o. – und im Islamischen Konzil in Deutschland, das es damals gab, außerdem gehörte sie zu den Mitbegründern des Islamischen Arbeitskreises (IAK)¹⁸¹, den sie jedoch im September 1993 wieder verließ.

1994/95 kam es zu einer erneuten Umstrukturierung. Aus der AMGT wurde im Dezember 1994 die Europäische Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft e. V. (EMUG¹⁸², Avrupa Cami Yapma ve Yaşatma Birliği e. V.). Ein 1992 in Bonn gegründeter AMGT-Ortsverein (Islamische Gemeinschaft Bonn – Milli Görüş e. V.) wurde kurz darauf, im Januar 1995, in IGMG – Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e. V. umbenannt. Seither gibt es zwei Vereine in der Nachfolge der früheren AMGT: Die EMUG ist die unmittelbare Rechtsnachfolgerin der AMGT und für die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten zuständig, während die IGMG die religiösen Aufgaben der AMGT übernahm.

Ein weiterer tiefer Einschnitt war das Scheitern der Regierung Erbakan im Sommer 1997. Der Milli-Görüş-Führer war 1996 mit 21,4 Prozent der Wählerstimmen für die RP türkischer Ministerpräsident in einer Koalition geworden. Die erste Begeisterung wich großer Ernüchterung, als deutlich wurde, wie weit die Realpolitik der Islamisten von ihren Idealen tatsächlich entfernt war – das Militär ließ kaum Spielraum für eine islamische Politik. Nach dem „kalten Staatsstreich“ musste Erbakan zurücktreten. Nicht nur der politische Traum der Islamisten, verbunden mit dem Rückkehrideal innerhalb der deutschen Gemeinden, war geplatzt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht bahnte sich eine Katastrophe an. 1999/2000 brachen die islamischen Holdings zusammen, in die unzählige Unternehmen und Arbeiter ihre Ersparnisse eingebracht und große Hoffnung mit Blick auf eine von islamischen Unternehmern getragene Industrialisierung in der Türkei gesetzt hatten. Die IGMG hatte jahrelang dafür geworben und ihre Gemeindestrukturen für die Wirtschaftsgeschäfte genutzt bzw. zur Verfügung gestellt. Unzählige Migranten verloren ihr Vermögen und damit die Hoffnung auf ein sorgenfreies Alter in der alten Heimat.¹⁸³

In der nun eintretenden Phase der Neuorientierung ergriffen Vertreter der „zweiten Generation“ die Chance, Verantwortung zu übernehmen. Im Gegensatz zur ersten Generation fühlten sich die jungen Funktionäre zwar immer noch stark mit der Türkei verbunden, sie definierten das Ankunftsland Deutschland jedoch nicht mehr als „Fremde“ (Exil), sondern als Heimatland (Diaspora). Diese folgenreiche Änderung der

¹⁸¹ Aus dem dann der ZMD hervorging.

¹⁸² Andere Auflösung: „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“. Im Handelsregister: „Europäische Moscheebau und -unterstützungsgemeinschaft e. V.“ (Köln VR 9098).

¹⁸³ In Deutschland sollen 200 000 bis 300 000 Deutschtürken betroffen gewesen sein, denen Gewinn bis zu vierzig Prozent versprochen worden waren. Der Schaden ging in die Milliarden. Es wurde vom größten Anlagenskandal gesprochen, den Deutschland je erlebt hat (Yimpaş-Affäre). Vgl. auch Lemmen 2002, 44.

Blickrichtung macht sich bei Vertretern wie dem Neffen Necmettin Erbakans, Mehmet Sabri Erbakan, bemerkbar, der ab 1995 stellvertretender Vorsitzender der EMUG und dann Generalsekretär der IGMG und von 2001 bis Oktober 2002 Vorsitzender beider Organisationen war.¹⁸⁴ Die Muslime in den Gemeinden sollten sich nicht (mehr) in Opposition zum Westen verstehen, wie es der Milli-Görüş-Ideologie von Anfang an eingeschrieben ist, sondern Europa als Heimat betrachten und im säkularen Rahmen die eigenen Rechte wahrnehmen. Es wurde empfohlen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Das grundlegende Ziel einer „gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*, s. 3.3.2) konnte sich unter diesen Umständen nicht mehr nur auf die Türkei beziehen, war aber zu retten, indem man es über die weltweite *Umma* auf die globalen Verhältnisse bezog und so an dem identitätsstiftenden Moment festhielt. Mehmet Sabri Erbakan entfernte sich damit auch nicht völlig von der Linie seines Onkels Necmettin Erbakan. Auch die auf die gescheiterte Refah-Partei folgende „Tugendpartei“ (Fazilet Partisi) musste auf die politischen Entwicklungen reagieren, indem sie sich stärker mit den Themen Europa, Demokratie und Menschenrechte auseinandersetzte. Diese Neuorientierung wurde in der IGMG auch organisatorisch umgesetzt, sowohl durch personellen Wechsel an vielen Schaltstellen als auch durch die Konzentration auf den Ausbau und die Unterstützung der Moscheegemeinden in Europa.

Nach der Spaltung der Tugendpartei-Anhänger in Saadet Partisi (Erbakan) und Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP, Erdoğan) sowie dem überwältigenden Wahlsieg der AKP in der Türkei 2002 identifizierten sich vor allem Jüngere in der IGMG mit der neuen Politik Erdogans, die sich von Erbakan absetzte und in den frühen Jahren Richtung Reformen und vor allem Richtung Europa wies.¹⁸⁵ Viele aus den Reihen der alten Erbakan-Anhänger, die die Spaltung der Partei scharf verurteilt und Erdoğan als Verräter

¹⁸⁴ Zu seiner Person und der mit ihr verbundenen Entwicklung: Schiffauer 2010, 111 – 122.

¹⁸⁵ Auf die vom türkischen Verfassungsgericht im Januar 1998 wegen „Aktivitäten gegen die säkulare Regierungsform des Landes“ verbotene Refah-Partei war die Tugendpartei (Fazilet Partisi, FP) gefolgt, die zunehmend von Erbakans politischem Ziehsohn Recep Tayyip Erdoğan dominiert wurde (vgl. Jenny White in Peter/Ortega [Hg.] 2014, 20). – Erdoğan wurde als RP-Mitglied 1994 mit vierzig Jahren Bürgermeister in Istanbul, wo er rasch erfolgreich war. 1997 hielt er eine Rede im Südosten der Türkei, in der er ein Gedicht des Dichters Ziya Gökalp zitierte, in dem Moscheeminarette mit Bajonetten im Kampf verglichen werden. 1998 wurde er zu zehn Monaten Haft verurteilt, von denen er vier Monate absaß. – Das Verbot der FP kam im Juni 2001. Danach spaltete sich die Milli Görüş in zwei Parteien: Die Traditionalisten um den „Führer“ Erbakan gründeten die Partei der Glückseligkeit (auch Wohlergehenspartei, Saadet Partisi, SP), die mit dem Bezug zum „Asr-ı Saadet“ im Namen, dem „Glückseligen“ Zeitalter des Propheten Muhammad und der ersten vier Kalifen, die Milli-Görüş-Positionen vertrat, in den späteren Wahlen jedoch praktisch bedeutungslos wurde. Erdoğan gründete hingegen kurz darauf die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (oder Aufschwung, Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) und behauptete, sich komplett von Milli Görüş getrennt zu haben und jetzt eine konservative demokratische Partei zu führen (zusammen mit Abdullah Gül). Mit dieser Erfolgsformel setzte sich die AKP alsbald an die Spitze der Parteienlandschaft. Die AKP wurzelte nicht mehr so sehr in der Naqschbandi-Tradition, sondern stand mehr unter dem Einfluss der stärker global denkenden Nurcus, insbesondere der Gülen-Bewegung. Vgl. zur politischen Entwicklung islamistischer Akteure in der Türkei auch Kandil 2015, 166 – 171.

gebrandmarkt hatten, waren aber nicht nur im Blick auf die Finanzströme Säulen der Gemeinschaft und hatten daher ein gewichtiges Wort mitzureden. In den Kreisen um Erbakan spielte die Ideologie der „Gerechten Ordnung“ wieder eine größere Rolle. Die Reaktion darauf war ein Kurs, der sowohl die Loyalität mit Erbakan und seinem Erbe zum Ausdruck brachte als auch Beziehungen zur AKP pflegte. Dabei erwies sich die organisatorische Aufteilung der IGMG seit den 1990er Jahren als strategisch günstig, da sie eine Schwerpunktsetzung im religiösen Bereich und eine Absetzbewegung von der massiv politischen Ausrichtung erleichterte.

Auf Mehmet S. Erbakan, der 2002 nach Bekanntwerden einer Affäre zurücktrat, folgte das, was der Kultur- und Sozialanthropologe Werner Schiffauer die „postislamistische Phase“ nennt.¹⁸⁶ Die Bindung Richtung Türkei, Erbakan und Saadet-Partei erhielt der neue Vorsitzende Yavuz Çelik Karahan (Osman Döring, geboren als Osman Yobaş)¹⁸⁷ aufrecht; für die Vermittlung eines moderaten Außenbildes in Deutschland waren im Wesentlichen der Generalsekretär Oğuz Üçüncü¹⁸⁸ und dessen Stellvertreter Mustafa Yeneroğlu¹⁸⁹ als reformorientierte Vertreter zuständig. Schiffauer fasst die Kennzeichen dieser andauernden Phase in drei Punkten zusammen:¹⁹⁰ 1. Man setzte jetzt nicht mehr auf direkte Aktionen wie Demonstrationen oder Massenkundgebungen, sondern auf prozedurale Strategien gesellschaftlicher Beteiligung. 2. Die klare Entscheidung, im Rahmen des islamischen Rechts zu bleiben, wurde mit dem Ziel einer islamischen Rechtsfindung und Rechtsprechung für Europa verbunden. Im Gegensatz zur Milli Görüş der 1980er Jahre betonte man nun die Notwendigkeit einer aktualisierenden Rechtsauslegung (*idschtiḥad*) und damit verbunden die Etablierung einer europäischen islamischen Jurisprudenz (*fiqh*). Da dies auch das Ziel des Europäischen Rates für Fatwa und Forschung (ECFR) ist, überrascht die Nähe der IGMG zum ECFR nicht. 3. Eine Interpretation des säkularen Rechtsstaats, die „Säkularität“ nicht mehr wie in der ersten Generation vorwiegend als Religionsfeindlichkeit („Anti-Islam“) versteht, sondern im Sinne der Gewährung eines Freiraums für die religiösen Minderheiten.

¹⁸⁶ Dazu unten 3.4. Der Begriff wirkt irreführend, da er durch die Vorsilbe „Post-“ so verstanden werden kann, als gehöre der „Islamismus“ der Vergangenheit an und sei überwunden. Dem ist aber nicht so, es handelt sich vielmehr um einen Transformationsvorgang, der durchaus auch unter den Aspekten betrachtet werden kann, die die Kerngehalte des Islamismus gerade zu bewahren suchen.

¹⁸⁷ Zur Identität von Osman Yobaş wurde in der türkischen Zeitung Hürriyet am 17.4.2003 ein Artikel veröffentlicht.

¹⁸⁸ Üçüncü trat im Februar 2014 von seinem Posten zurück, um „meine Gemeinschaft hinsichtlich des Steuerstrafverfahrens zu entlasten“. Der Prozess begann allerdings erst 2017. Ein finanzgerichtliches Verfahren gegen die IGMG war mit einem Vergleich zu Ende gegangen. Schon von 2009 bis 2010 hatte die Staatsanwaltschaft München gegen Üçüncü und sechs weitere Beschuldigte, unter ihnen Ibrahim El-Zayat, u. a. wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt, das Verfahren dann aber ohne Ergebnis eingestellt.

¹⁸⁹ Yeneroğlu war von Mai 2014 bis Februar 2015 Generalsekretär der IGMG. Er ging in die Politik und wurde AKP-Abgeordneter im türkischen Parlament. Im Amt des Generalsekretärs folgte ihm Bekir Altaş (Juni 2015).

¹⁹⁰ In kurzer Form etwa in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 128f.

Diese Entwicklungen führten zu Spannungen mit der Saadet-Partei, die auf die Wahlniederlagen in der Türkei mit Radikalisierung reagierte.¹⁹¹ Die Distanz zwischen Köln und Ankara wurde größer, 2004 distanzieren sich Yeneroğlu und Üçüncü öffentlich vom Antisemitismus der Zeitung *Milli Gazete* und den antizionistischen Ausfällen Erbakans. 2005 kam es zum Konflikt zwischen der europäischen Führungsriege und Erbakan, der den „Protestantismus“ der Kölner Zentrale brandmarkte und vergeblich versuchte, diese abzuschaffen.

Ab Herbst 2006 saß die IGMG als Mitglied des Islamrats am Tisch der Deutschen Islamkonferenz. Im Frühjahr 2010 wurde der Islamrat von der DIK ausgeschlossen, da gegen hohe Milli-Görüş-Funktionäre ermittelt wurde.¹⁹² Ab der dritten Phase der DIK waren IRD und ZMD wieder an den Verhandlungen beteiligt.

Im Zuge der zunehmenden „Erdoganisierung“ der türkischen Politik sind weitere Annäherungen zwischen IGMG und DİTİB zu beobachten, etwas mehr im Hintergrund, aber auch eingebunden, ist dabei der VIKZ.¹⁹³

3.3.2 Zum Begriff „*Milli Görüş*“

Seit 1985 ist der Begriff *Milli Görüş* offiziell Teil der Selbstbezeichnung der IGMG.¹⁹⁴ Der Gleichklang mit einem Zentralbegriff aus Necmettin Erbakans politischem Programm ist mit Sicherheit nicht zufällig, sondern inhaltlich intendiert. Der Titel seines 1973 veröffentlichten Buches „*Milli Görüş*“ gab der Bewegung Namen und Inspiration. 1975 tauchte der Begriff im (offiziell säkularen) Parteiprogramm der MSP auf. Erbakan verstand es, auf attraktive Weise die Vision einer ökonomischen Modernisierung (Industrialisierung) der Türkei – unabhängig vom („christlichen“) Westen! – mit dem langfristigen Ziel eines islamischen Staates und eines auf islamischer Ethik basierenden Gesellschaftssystems zu verbinden.¹⁹⁵ Der Schwerpunkt des *Milli-Görüş*-Programms verschob sich im Lauf der Zeit von der Betonung des National(istisch)en in Richtung religiöse Begründung.

¹⁹¹ Neben dem Revival des Konzepts der „gerechten Ordnung“ positionierte man sich wieder schärfer gegen den „Westen“, verschwörungstheoretische Parolen machten die Runde, so z. B. Erdoğan sei ein Agent der Zionisten geworden (vgl. Schiffauer in Peter/Ortega [Hg.] 2014, 129). Ab 2008 war die SP nicht mehr im Parlament vertreten, der *Milli-Görüş*-Einfluss machte sich inzwischen in Europa stärker bemerkbar als in der Türkei. Seit 2013 gründet die SP Auslandsvertretungen, u. a. in Deutschland.

¹⁹² S. Fußnote 188. Der ZMD protestierte und verließ – auch wegen Querelen um das Programm der DIK – ebenfalls die Konferenz. S. auch Fußnote 307.

¹⁹³ S. auch Friedmann Eißler, Weitere Annäherung: DİTİB und IGMG, in: Materialdienst der EZW 6/2018, 219 – 221.

¹⁹⁴ Intern wird der Begriff schon früher verwendet, s. o. – Zur *Milli-Görüş*-Bewegung allgemein: Peter/Ortega (Hg.) 2014, 14 – 22; Schiffauer 2010.

¹⁹⁵ Vgl. Jenny White in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 14.

Die IGMG hat *Milli Görüş* stets mit „neue Weltsicht“ wiedergegeben, über Jahre sogar mit „monotheistische Ökumene“, obgleich es zunächst „nationale Sicht“ oder auch „religiöse nationale Weltsicht“ bedeutet,¹⁹⁶ da der Begriff „Milli“ auch religiöse Konnotationen aufweist. Auf der Internetseite wird der Begriff so erläutert:

„Einer [der] Propheten war Abraham, der als Begründer des Monotheismus gilt. Der Name der IGMG steht in direkter Beziehung zum Propheten Abraham. Denn an vielen Stellen im Koran ist im Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Monotheismus durch den Islam auch von Muslimen als der ‚Milla‘ (Gemeinschaft) Abrahams die Rede. So etwa unter anderem in den Suren Nahl [16], Vers 123, Âli Imrân [3], Vers 95 und Nisâ [4], Vers 125. Demnach beschreibt ‚Millî Görüş‘ (‚görüŝ‘ türkisch für ‚Sichtweise‘) eine Gemeinschaft, die ihre Sichtweise und ihren Glauben auf die Gemeinschaft Abrahams zurückführt und dem Weg des Propheten Muhammad folgt. Ihr Ziel ist es, dieser Perspektive und dem Selbstverständnis einer islamischen Gemeinschaft gerecht zu werden, und sich für das Wohlergehen der Menschen einzusetzen.“¹⁹⁷

Diese ausführliche Herleitung über den koranischen Begriff *milla* (im Gegensatz zu dem – über Umwege davon abgeleiteten – türkischen Wort *millet/milli* „Nation/national“) macht begreiflich, wie es zu der Deutung „monotheistische Ökumene“ kommen konnte: Der arabische Ausdruck ist im Koran vorwiegend mit Ibrahim/Abraham verbunden (*millat Ibrahim*, „Gemeinschaft Abrahams“), der dann als Stammvater einer monotheistischen (abrahamischen) „Ökumene“ herangezogen wird, um die „Sichtweise“ der Milli Görüş zu charakterisieren.¹⁹⁸ Dieses einigermaßen durchsichtige Verfahren blendet die gesamte politische Dimension vor dem Hintergrund der türkischen Situation aus und verschweigt damit auch den Zusammenhang mit der Politik Necmettin Erbakans. Das islamistische Programm Erbakans zeichnet sich durch einen ausgesprochenen Antagonismus von islamisch und nichtislamisch, gerecht und nichtig, „Islam und der Westen“ aus. Antiamerikanismus gepaart mit Antisemitismus und eine antilaizistische Stoßrichtung gehören zum Grundbestand des Denkens. Die dualistische Anschauung

¹⁹⁶ Schiffauer konstatiert lapidar, dass der Begriff sich zum Teil daraus erkläre, dass im türkischen Kontext „der präzisere Begriff ‚Muslimische Sicht‘ aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen wäre“ (Schiffauer 2010, 71). Und er fährt fort: „Dennoch ist der Name Milli Görüş mehr als eine Verlegenheitslösung. Der Begriff geht davon aus, dass die Nation, das Volk, islamisch ist und dass der Islam letztlich konstitutiv für die Identität des türkischen Volkes ist.“ Vgl. auch unten Fußnote 200.

¹⁹⁷ www.igmg.org/selbstdarstellung.

¹⁹⁸ Dass die Aufnahme des Konzepts einer „Ökumene“ an dieser Stelle trotz der koranisch verbürgten Offenbarungskontinuität von Judentum, Christentum und Islam als höchst missverständlich gelten muss, da Ibrahim im Koran keineswegs eine „ökumenische“ Figur ist, sei nur am Rande angemerkt (Sure 2, 136; 4, 163f; vgl. aber 3, 19.67-70.85). Seit die „Abrahamische Ökumene“ nicht mehr ganz so en vogue ist, tritt der Begriff auch bei der IGMG in den Hintergrund.

kristallisiert sich in dem programmatischen Konzept *Adil Düzen* („gerechte Ordnung“), in dem der Begriff *Milli Görüş* wiederum eine zentrale Rolle spielt. Es wurde 1991 in der Schrift „*Adil Ekonomik Düzen*“ („Gerechte Wirtschaftsordnung“) dargelegt und zielt auf einen „dritten Weg“ zwischen globalem Kapitalismus und Kommunismus. Dieser Weg orientiert sich an einem verklärten Bild des Osmanischen Reiches, das für eine islamische Lebensordnung und nationale Größe von Weltrang steht.¹⁹⁹ Die Feindbilder des laizistischen „Sklavensystems“ der zeitgenössischen türkischen Wirtschaftsordnung, der „nichtigen Ordnung“ des imperialistischen Westens und des ausbeuterischen Zionismus sind Teil des Gründungsnarrativs.²⁰⁰ Der Zionismus habe die Osmanen gestoppt, jetzt sei die Zeit (der „Wendepunkt“), die Geschichte wieder in Ordnung zu bringen und die Herrschaft des Rechts gegen die Herrschaft des Westens durchzusetzen.

Hier die Zusammenfassung von Eberhard Seidel, Claudia Dantschke und Ali Yıldırım:²⁰¹ „Mitte der Achtzigerjahre griff Necmettin Erbakan die von Süleyman Karagülle bereits 1976 entwickelte Ideologie ‚Adil Düzen‘ (‚Gerechte Ordnung‘) auf und machte sie zum Parteiprogramm der Refah-Partei (1983 – 1998). Die Gerechte Ordnung ist eine auf dem Islam basierende Ideologie, die alle Lebensbereiche umfasst, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und Bürokratie. ‚Adil Düzen‘ unterscheidet zwischen zwei sich unversöhnlich gegenüberstehenden Polen: Auf der einen Seite steht die Ordnung, in der Macht und Ungerechtigkeit dominieren. Sie ist *batil*, das heißt falsch, nutzlos, nichtislamisch. Auf der anderen Seite steht die Ordnung, in der die wahre islamische Gerechtigkeit praktiziert wird, *hak*. Natürlich wird in diesem ständigen Kampf zwischen *batil* und *hak* die Gerechte Ordnung in der Zukunft die Oberhand gewinnen. Die Staatsform, in der die Ideologie der Gerechten Ordnung herrschen soll, wird als irrelevant bezeichnet, da man keine bestimmte Staatsstruktur, sondern eine neue, eine islamische Gesellschaft etablieren will. Diese islamische Gesellschaft wird mit der wahren Gerechtigkeit (*hak*) regiert, die nach Erbakans Auffassung auch Elemente enthalten kann, die nichtislamischen Ursprungs sind, jedoch Elemente des *hak* beinhalten. Was nicht gegen die islamischen Vorschriften verstößt, ist nach Erbakan auch mit dem Islam vereinbar.“

Inwieweit die IGMG heute noch das politisch-religiöse Erbe Erbakans pflegt oder sich von ihm distanzieren hat, ist Gegenstand von Kontroversen.

¹⁹⁹ Islam und Nationalismus wurden gleichsam verschmolzen, mit starkem chauvinistischem und rassistischem Einschlag (Türkentum, türkisches Blut, türkische Geschichte – das Osmanische Reich als Ursprung und Quelle der Zivilisation des Islam).

²⁰⁰ Vgl. Necmettin Erbakan, *Adil Ekonomik Düzen*, Ankara 1991 (deutsch: *Gerechte Wirtschaftsordnung*, Ankara 1991); ders., *Adil Düzen*, Ankara 1993. Vgl. Schiffauer 2010, 69 – 71; Kandel 2011, 98 – 101. In beiden Begriffen (*Milli Görüş* sowie *Adil Düzen*) kommt das schillernde Verhältnis von Nation und Islam in der *Milli-Görüş*-Ideologie zum Ausdruck, für die ein Begriff wie „Islamische Ordnung“ (*nizam Islami*) durchaus naheliegender gewesen wäre, der der Nähe zur Muslimbruderschaft Rechnung getragen hätte, in der Türkei aber rechtlich nicht möglich war. Vgl. auch oben Fußnote 196.

²⁰¹ www.taz.de/1/archiv/?id=archiv&dig=2000/09/02/a0227.

3.3.3 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld

3.3.3.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele

„Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) ist eine Religionsgemeinschaft. Sie hat das Ziel der Vermittlung und Pflege des islamischen Glaubens, seiner Verwirklichung in allen sozialen Bezügen und der Erfüllung der koranischen Gebote. Darüber hinaus vertritt die IGMG ihre Mitglieder in gesellschaftlichen, sozialen und politischen Angelegenheiten und setzt sich für die Sicherung ihrer Grundrechte ein.“ – „Den Islam zu leben bedeutet für die IGMG, unabhängig von geographischen Grenzen und traditionellen Kulturräumen, das Leben in allen Belangen an den Maßstäben des Korans und der Sunna des Propheten auszurichten.“²⁰² Einen Schwerpunkt legt die IGMG auf die Bildung auf der Basis ethischer (islamischer) Werte insbesondere von Jugendlichen. Bei ihrer 8. Generalversammlung am 14. Juni 2015 wurde erstmals eine Hymne der IGMG vorgestellt, deren Text wesentliche Aussagen zu ihren Inhalten und Zielsetzungen beinhaltet: „Koran und Sunna zum Führer erkoren, ihren Glauben als die beste Möglichkeit erkannt, Überbringer der guten Nachricht, dass schon mit einer Blüte der Frühling beginnt: (Das ist die) Islamische Gemeinschaft Milli Görüş.“²⁰³

3.3.3.2 Organe

„Das vom Vorsitzenden geleitete Präsidium ist neben dem vertretungsberechtigten Vorstand das höchste Entscheidungs- und Führungsgremium der IGMG. Es besteht aus den Leitern der acht Abteilungen Generalsekretariat, Gemeindeentwicklung, Finanzen, Irschad [religiöse Wegweisung; F. E.]²⁰⁴, Bildung, Frauen, Jugend und Frauenjugend sowie den Beratern des Vorsitzenden. Verantwortlich für die Umsetzung der im Präsidium getroffenen Beschlüsse ist der Zentrale Ausführungsausschuss. Er setzt sich zusammen aus den im Präsidium vertretenen Abteilungsleitern, den stellvertretenden Abteilungsleitern des Generalsekretariats, der Irschadabteilung, der Bildungsabteilung und der Abteilung für Gemeindeentwicklung. Weiterhin sind im Zentralen Ausführungsausschuss die Leiter der Abteilungen für Soziale Dienste, für Hadsch- und Umra-Reisen, der Leiter der Aufsichtskommission, die Leiter der Buchhaltung, der Personal- und technischen Verwaltungsabteilung sowie der Studentenabteilung vertreten. Jede IGMG-Abteilung

²⁰² www.igmg.org/selbstdarstellung.

²⁰³ Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg von 2015, 83. Video unter www.youtube.com/watch?v=AcR6YADLhlo&t=9s.

²⁰⁴ Mai 2017: Celil Yalınkılıç, Vorsitzender der IGMG-Abteilung für religiöse Wegweisung (*Irschad*).

hat unterschiedliche Arbeitsfelder und Zielgruppen, nach denen sie ihre Dienste in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Unterabteilungen ausrichtet.“²⁰⁵

Ein gedrucktes Faltblatt (Selbstdarstellung, ca. 2014) führt zusätzlich eine „Abteilung für Verbandskommunikation“ auf.

Die Jugendarbeit erreicht seit 1985 Jungen und junge Männer und will diese „während ihrer Schul-, Berufs- und Studienzzeit in jeder Hinsicht fördern“. Sie erfolgt heute nach eigenen Angaben in 34 Regionalverbänden und 430 Moscheegemeinden zusammen mit 3625 Funktionsträgern für über 16 500 (männliche) Mitglieder. Aktiv angenommen werden die Angebote von 80 000 Jugendlichen.²⁰⁶

Die Angaben für die 2009 gegründete Frauen-Jugendorganisation lauten:²⁰⁷ In 32 Regionalverbänden und 402 Moscheegemeinden werden zusammen mit 2631 Funktionsträgerinnen „über 9259“ (sic!) Mitglieder erreicht. Aktiv angenommen werden die Angebote von 50 000 Mädchen und jungen Frauen. Die Frauen-Jugendarbeit findet ebenso auf der Basis von *Irschad* und Bildung statt, Mädchen und junge Frauen „sollen ihre Fähigkeiten entdecken und sich als selbstbewusste Jugendliche weiterentwickeln“.

3.3.3.3 Mitglieder

Die komplexe Struktur der IGMG erschwert die Angaben über die Mitgliederverhältnisse, da nicht klar definiert ist, welche Vereine in welcher Weise gezählt werden. Es kursieren daher sehr unterschiedliche Zahlenangaben (auch Eigenangaben). Die Internetseite führt die Mitglieder nicht auf. Der Selbstdarstellung im Internet sind folgende Zahlen zu entnehmen:²⁰⁸

IGMG insgesamt:

in 12 Staaten Europas sowie in Australien und Kanada;

35 Regionalverbände;

2330 Zweigstellen (inklusive Frauen-, Jugend-, Schüler-, Bildungs-, Kultur- und Sportvereinen);

518 Moscheen;

17 000 Mitwirkende und rund 127 000 Mitglieder; einschließlich der Teilnehmer an den wöchentlichen Freitagsgebeten erreicht die IGMG insgesamt etwa 350 000 Personen;

²⁰⁵ Ebenfalls aus der aktuellen Selbstdarstellung im Internet, www.igmg.org/selbstdarstellung/2, mit großem Organigramm.

²⁰⁶ Faltblatt „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş. Jugendorganisation – Selbstdarstellung“ (ca. 2014).

²⁰⁷ Vgl. Faltblatt „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş. Frauen-Jugendorganisation – Selbstdarstellung“ (ca. 2014).

²⁰⁸ Ergänzt durch Angaben des IGMG-nahen Online-Magazins *IslamiQ* vom 21.5.2014, www.islamiq.de/2014/05/21/verfassungsschutz-will-beobachtung-der-igmg-ueberdenken.

davon IGMG in Deutschland:

15 Regionalverbände;

1182 Zweigstellen (inklusive Frauen-, Jugend-, Schüler-, Bildungs-, Kultur- und Sportvereinen);

323 Moscheen;

ca. 68 246 Einzelmitglieder.²⁰⁹

Vernetzungen von Moscheegemeinden und Vereinen auf regionaler Ebene werden in der Selbstdarstellung im Internet allgemein als „Föderationen“ bezeichnet. Es ist nicht leicht ersichtlich, ob und inwiefern die Föderationen, deren es eine ganze Reihe gibt,²¹⁰ Landesverbände der IGMG bzw. des Islamrats (IRD) sind.

3.3.3.4 Aktivitäten in Auswahl

Die IGMG bietet neben den diversen religiösen Dienstleistungen der Moscheen eine Rechtsberatung sowie ein breites Spektrum an sozialen und kulturellen Aktivitäten an allen Organisationsebenen und für alle Altersstufen an.²¹¹

Im Bereich der religiösen Bildung engagiert sich die IGMG stark in der Imamausbildung, sowohl was die Unterstützung von Studenten angeht (Auslandsstudium in der Türkei oder in Kairo), die Vermittlung von Praktika, Weiterbildungsseminare als auch die eigene Berufsausbildung zum Imam.²¹²

Die IGMG fördert und fordert das Tragen des Kopftuches. „Das Tragen eines Kopftuches ist ein Teil dieses Gebotes des Islams, dem es zu folgen gilt.“²¹³ Bis 2008 war es in der Türkei Frauen mit Kopftuch verboten, an einer Universität zu studieren. Die IGMG finanzierte zu dieser Zeit Stipendien für, so wörtlich, „Kopftuch-Opfer“, damit sie in Deutschland studieren konnten.²¹⁴

Die IGMG feiert die Verhüllung der Frau auf Symposien. Mädchen und Frauen, die mit dem Tragen des Kopftuches beginnen, werden hierfür mit einer Zeremonie (wörtlich etwa „Krönungszeremonie“) gefeiert. So hielt die Frauenorganisation der IGMG in

²⁰⁹ Für Deutschland wurden auch andere Zahlen genannt, z. B. „30 000 Mitglieder und vielleicht 100 000 Sympathisanten“ (2004) oder „54 000 Mitglieder“ (2014).

²¹⁰ S. 3.2.3.

²¹¹ Ausführlicher dazu Wunn 2007, 51 – 54.

²¹² Vgl. www.islamiq.de/2017/12/29/junge-imame-in-deutschland; www.islamiq.de/2019/01/15/wie-bilden-islamische-religionsgemeinschaften-ihre-imame-aus.

²¹³ So auf der IGMG-Homepage als Stellungnahme, abgerufen am 21.4.2016. Das Zitat findet sich auch im Buch „Muslimische Gemeinschaften in Deutschland“ von Ibrahim Salama.

²¹⁴ Zu den Studienstipendien www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/islamische-organisation-milli-guerues-baut-netz-an-deutschen-unis-aus-a-457103.html.

Baden-Württemberg im Februar 2015 eine Veranstaltung in Stuttgart ab, bei der 135 junge Kopftuchträgerinnen aus 32 Ortsvereinen geehrt wurden.²¹⁵

Die „Milli Görüs-Jugend hat die wohl größte sunnitische Jugendszene“²¹⁶. Ziel bei allen Angeboten ist nach eigenen Angaben die „Förderung einer gefestigten islamischen Identität“. Dabei misst die IGMG der Kinder- und Jugendarbeit besondere Bedeutung bei. Das beginnt schon im Kleinkindalter („Kinderclub für die Kleinen“) und reicht über Wochenendkurse zur islamischen Religion und Kultur bereits für Kinder im Vorschulalter, über Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler, Computerkurse, Ferienreisen, Koranlesewettbewerbe und Koranschulungen bis hin zu Angeboten, die junge Männer auf Leitungsaufgaben vorbereiten sollen (Yıldız Gençlik, „Stern-Jugend“).

Die Europäische Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft e. V. (EMUG) ist mit den Immobiliengeschäften betraut, verwaltet die IGMG-Moscheen und verfolgt die wirtschaftlichen Interessen der Milli-Görüs-Bewegung in Europa. Generalbevollmächtigter ist Ibrahim El-Zayat, jedenfalls verhandelt der Funktionär nach wie vor maßgeblich Moscheebauprojekte im In- und Ausland.

Hasene International e. V. (www.hasene.org/de) ist ein Hilfs- und Sozialverein am Hauptsitz der IGMG für wohltätige Projekte, der Bedürftige unterstützt, Opferspenden organisiert und verteilt, Soforthilfe in Krisensituationen u. Ä. leistet, und zwar laut Internetseite für Menschen „unabhängig von ihrer Religion oder Konfession, Sprache, ethnischen Herkunft oder Hautfarbe“.

Die IGMG Hadsch-Umra Reisen GmbH (www.igmg-hacumre.com) organisiert von Köln aus die Pilgerfahrt und ähnliche Reisen nach Mekka und Medina (Hac/Umre).

Der Verlag PLURAL Publications (<http://plural-publications.eu>), ebenfalls mit derselben Adresse, ist ein Publikumsverlag, der an die reiche islamische Literatur anknüpfen und deren Vielfalt den muslimischen Lesern, aber auch der interessierten nichtmuslimischen Leserschaft vermitteln möchte. PLURAL Publications will zur „Verwurzelung des Islams“, insbesondere der begrifflichen und inhaltlichen Verankerung einer islamischen Theologie, im deutschen Sprachraum beitragen und die muslimische Identität fördern. Der Verlag will islamisch-religiöse Werke zugänglich machen, „um die darauf basierende Selbstdefinition der islamischen Gemeinschaft zu fördern“.²¹⁷

²¹⁵ Facebook-Posting von IGMG Württemberg Kadınlar am 23.2.2015. Vgl. auch die Berichte von Emel Zeynelabidin, der Tochter des IGMG-Gründers, und ihrem Schritt, das Kopftuch abzulegen. Sie berichtet aus der Innensicht, wie wichtig der IGMG die weibliche Kopfbedeckung ist (www.emel-zeynelabidin.de).

²¹⁶ Claudia Dantschke, „Ihr seid unsere Zukunft!“ Muslimische Jugendszenen in Deutschland, in: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hg.), Festschrift zum 60. Jubiläum des LfV Baden-Württemberg, Stuttgart 2012, 227 – 242, hier: 233.

²¹⁷ In der „Vorreiter“-Serie (Önden Gidenler Serisi) gibt es u. a. einen recht neuen Band über Necmettin Erbakan. Der Begriff *Önden Gidenler* („die uns Vorausgegangenen“, „Vorreiter“, die im Kampf vorangegangen sind, in etwa: Frontmänner) ist ein stehender Begriff beispielsweise im Zusammenhang des Erbakan-Gedenkens im Februar (Erbakans Todestag ist der 27. Februar).

Das Nachrichten- und Debattenmagazin IslamiQ (www.islamiq.de) ist Teil des IGMG-Komplexes und wird auf der Internetseite des Verlags als Verlagsangebot integriert.²¹⁸

Auch die türkischen Magazine und IGMG-Veröffentlichungen Perspektif, Sabah Ülkesi sowie Gökkuşuğu sind dort gelistet (hinzu kommt noch die vierzehntäglich erscheinende Verbandszeitschrift Camia).

Die Selam Food GmbH in Erfstadt (www.selamfood.eu), auch Selam Halal Food, pflegte in früheren Jahren enge Beziehungen zur IGMG, handelt aber inzwischen eigenständig (auch ohne IGMG-Logo).

3.3.3.5 Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld

Die türkische Tageszeitung Milli Gazete („Nationale Zeitung“, Europa-Ausgabe, seit 2011 nur im Abonnement erhältlich) ist eine Publikation für die gesamte Milli-Görüş-Bewegung. Verfassungsschutzbehörden bezeichnen sie als Sprachrohr und Bindeglied zwischen den verschiedenen Komponenten der Milli-Görüş-Bewegung. Die Berichterstattung der formal unabhängigen Zeitung unterstützt die Milli-Görüş-Ideologie der Saadet-Partei (*Adil Düzen*-Konzept) und fällt durch antiwestliche, antisemitische und demokratiefeindliche Äußerungen auf.²¹⁹ Die Ausgabe für Deutschland wird deshalb vom Verfassungsschutz beobachtet. Die IGMG betont, sie stehe mit der Milli Gazete in keiner institutionell-organisatorischen Verbindung. Für die Einschätzung ist entscheidend, wie stark die Bindegliedfunktion und damit auch ihr Einfluss auf die Anhänger-schaft der IGMG in Deutschland gewertet werden. Johannes Kandel nimmt dazu 2011 so Stellung: „In IGMG-Moscheen und bei zahlreichen IGMG-Veranstaltungen wird die ‚Milli Gazete‘ angeboten, verteilt und beworben, und über IGMG-Veranstaltungen wird in der Zeitung regelmäßig informiert und berichtet. Entscheidend ist der ideologische Einfluss.“²²⁰

Kontakte zwischen der IGMG-Führung bzw. IGMG-Vereinen und der Saadet-Partei, die Erbakans Erbe pflegt und in diesem Sinne verstärkt in Europa Politik macht, werden in den Sozialen Medien häufig dokumentiert. Gegenseitige (Höflichkeits- oder doch Freundschafts-) Besuche, z. B. des SP-Vorsitzenden Temel Karamollaoğlu²²¹ oder des

²¹⁸ Vgl. <http://plural-publications.eu/das-nachrichten-und-debattenmagazin-islamiq-2>.

²¹⁹ Die Europaausgabe trägt im Titel in Anlehnung an Sure 17,81 den Zusatz „Die Wahrheit [*hak*] ist gekommen, das Falsche [*batil*] verschwunden“.

²²⁰ Kandel 2011, 127. Dort auch der Hinweis, dass in früheren Jahren die direkte Verbindung durchaus gegeben war; bis 2001 waren leitende Personen der Europaausgabe der Milli Gazete identisch mit führenden Milli-Görüş-Funktionären in Deutschland (mit Quellenangaben).

²²¹ Er war von 1989 bis 1995 Bürgermeister von Sivas (Refah-Partei) und gehörte zu den Aufwiegler-n gegen die Aleviten, die 1993 in Sivas das schlimmste Massaker der vergangenen Jahrzehnte mit über dreißig Toten erlebten.

Stellvertreters İlyas Tonguç in Deutschland, gehören ebenso dazu wie die Werbung für Inhalte. Im Umfeld von IGMG-Organisationen ist das Konterfei Necmettin Erbakans regelmäßig präsent mit Zitaten, die Grundanliegen seiner Anschauungen kommunizieren. Der Vorsitzende des Muslimischen Sozialen Bundes²²² Hasan Özdoğan war von 1996 bis 2002 Vorsitzender des Islamrats (IRD) und von 2009 an eine Zeitlang der erste Vorsitzende der damals neuen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), mithin ein AKP-Lobbyist ersten Ranges. Verschiedene Fäden auch überregionaler Aktivitäten liefen bei ihm über viele Jahre zusammen.²²³

Der langjährige Generalsekretär der IGMG Mustafa Yeneroğlu ist Abgeordneter von Erdoğan's islamisch-konservativer AKP im türkischen Parlament.²²⁴ Auch darüber hinaus sind vielfache Querverbindungen mit AKP-Vertretern oder zu AKP-Aktivitäten zu verzeichnen.

Enge Verbindungen der IGMG bzw. ihrer Vorläuferorganisationen mit den Milieus, die der (arabischen) Muslimbruderschaft zugeordnet werden, bestanden von Anfang an. Eine wichtige Schnittstelle war zeit seines Bestehens das Islamische Zentrum Köln (IZK),²²⁵ wie sich etwa an Personen wie Yusuf Zeynelabidin, Osman Yumakoğulları,²²⁶ Akgün Erbakan und Ibrahim El-Zayat zeigt. Letzterer war ab 1997 Vorsitzender des IZK. Ibrahim El-Zayat, häufig als „Multifunktionär“ islamischer Organisationen apostrophiert, ist der

²²² Cenaze Vakfı, Mitglied im IRD, unter der Adresse von Hasan Özdoğan in Bonn, www.bkuv.de.

²²³ Mit ihm gab es zwischen 1994 und 1996 auch ein denkwürdiges Intermezzo durch die zeitweilige Zusammenarbeit mit Scientology. Die Kontakte zwischen Scientology (Scientology Kirche Deutschland) und Milli Görüş wurden von der damaligen Scientologin Rosi (Rosy) Mundl in die Wege geleitet. Scientologen hielten Berichten zufolge in der Kölner Milli-Görüş-Zentrale Managementkurse ab. 1994 gründete Hasan Özdoğan mit der Kölner Scientologin Beate Töpfer zusammen die Firma „Beratungen, Anlagen, Verwaltungs- und Grundstücksverwertungs GmbH“ (BAVG). Im Hotel „Forellenhirt“ im Bergischen Land, das für zwei Millionen D-Mark erworben wurde, sollte eine gemeinsam genutzte Tagungsstätte entstehen (was jedoch scheiterte). Vgl. Frank Nordhausen/Ahmet Senyurt, Immobiliengeschäfte mit der Sekte und gemeinsame Reisen von führenden Funktionären des islamistischen Vereins Milli Görüş – Türkische Fundamentalisten umarmen Scientology, in: Berliner Zeitung vom 7.12.1996; Scientology – Nachhilfe für Türken, in: Der Spiegel 45/1997 vom 3.11.1997, 64 – 67. – Özdoğan wirkte außerdem 1989 an der Gründung der deutschen Sektion der Islamic Call Society Tripolis mit und war deren Generalsekretär. Die World Islamic Call Society ist bzw. war eine libysche Da'wa-Organisation zur Verbreitung des Islam. Ab dem Jahr 2000 war Özdoğan auch Mitglied des World Council of Islamic Call, vgl. Thomas Lemmen, Aktuelle Entwicklungen innerhalb der islamischen Organisationen in Deutschland, in: Andreas Renz/Stephan Leimgruber (Hg.), Lernprozess Christen Muslime. Gesellschaftliche Kontexte – Theologische Grundlagen – Begegnungsfelder, Münster u. a. 2002, 73 – 89, hier: 79f.

²²⁴ S. o. 3.3.1.

²²⁵ Vgl. Lemmen 2001, 71; Nowar 2012, 78; vgl. unten 5.4.1 (ZMD). Das IZK wurde 2001 aufgelöst.

²²⁶ Yumakoğulları verlieh als damaliger AMGT-Vorsitzender Muhammad Salim Abdullah zu dessen 60. Geburtstag 1991 die Ehrenmitgliedschaft in der AMGT (IGMG), vgl. Moslemische Revue 2/1991 (April-Juni). Yumakoğulları war zu einem früheren Zeitpunkt als zweiter Vorsitzender des Islamischen Zentrums Köln (26.5.1984 – 13.12.1986) zusammen mit Akgün Erbakan, dem Bruder Necmettin Erbakans, wegen Veruntreuung von Spendengeldern (150 000 DM) aus dem IZK ausgeschlossen worden.

Schwager des langjährigen IGMG-Funktionärs Mehmet Sabri Erbakan, der wiederum der Neffe des Milli-Görüş-Gründers Necmettin Erbakan ist (s. o.). El-Zayat verwaltet im Dienst der Europäischen Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft e. V. (EMUG) die IGMG-Moscheen und ist zugleich bestens vernetzt in internationalen Kreisen der Muslimbruderschaft.²²⁷

Am 12. März 2016 fand die Auftaktveranstaltung des Fatwa-Ausschusses Deutschland in Berlin statt, an der neben DITB-Vertretern auch Repräsentanten von Milli Görüş teilnahmen.²²⁸ Der von Schiffauer als Reformler identifizierte damalige IGMG-Generalsekretär Oğuz Üçüncü bemerkte seinerzeit in Bezug auf die IGD (die heutige DMG): „Wir betrachten uns als Bruder-/Schwesterorganisationen. Wir arbeiten sehr eng zusammen ... Wir koordinieren unsere Arbeit, und die ausführenden Organe der IGD und der Milli Görüş treffen sich zweimal im Jahr.“²²⁹

In früheren Jahren arbeitete die IGMG intensiv mit dem Institut Européen des Sciences Humaines (IESH, „Europäisches Institut für Humanwissenschaften“) zusammen, einer der Muslimbruderschaft nahestehenden Kaderschmiede im burgundischen Château-Chinon. Es gab gemeinsame Bildungsprogramme, Stipendien, Entsendungen, in Berlin wurden Prüfungen abgenommen, es gab Ideen, ein Institut in Berlin aufzumachen. Dies geschah dann allerdings nicht in Berlin, sondern in Frankfurt am Main, wo im Oktober 2013 das gleichnamige „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ (EIHV) eröffnet wurde.

Die R4bia/Rabia-Bewegung, Solidaritätsbewegung für die nach dem Militärputsch in Ägypten im Juli 2013 massiv verfolgte Muslimbruderschaft mit dem charakteristischen Erkennungszeichen der schwarzen R4bia-Hand auf gelbem Grund (vier ausgestreckte Finger, Daumen über der Handfläche angewinkelt), wurde maßgeblich von IGMG-Ver-einen (und der UETD) bekannt gemacht und mit eigenen Solidaritätsbekundungen und -aktivitäten unterstützt. Als Einsatz für Demokratie und Gerechtigkeit deklariert, sahen Kritiker darin vor allem den Schulterchluss von Milli Görüş mit der Muslimbruderschaft bzw. muslimbruderschaftsnahen Gruppierungen, der in dieser Deutlichkeit bis dato kaum so demonstriert worden war, aber ganz auf der Linie des Staatspräsidenten Erdoğan liegt.²³⁰ Die Tageszeitung Milli Gazete bildete aus Solidarität mit der R4bia-Bewegung ab dem 19. August 2013 das R4bia-Symbol auf ihrer Titelseite ab und verwandelte ihre Titelseite ab dem 23. August 2013 für einige Tage in „MILLI GAZETE“. Die Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH) war ein Verein mit Sitz in Frankfurt a. M., der 2010 wegen Unterstützung der als terroristisch eingestuften palästinensischen Hamas – ein Ableger der Muslimbruderschaft – verboten wurde. Spenden wurden

²²⁷ Zu El-Zayat ausführlicher unten 5.4.2.3 (IGD/DMG).

²²⁸ S. zum Fatwa-Ausschuss auch unten 5.4.2.4.

²²⁹ Pargeter 2013, 167f (eigene Übersetzung).

²³⁰ Vgl. dazu Ramsauer 2014, 186f.

auch in IGMG-Moscheen gesammelt. Insgesamt sollen 6,6 Millionen Euro an Sozialvereine der Hamas im Gazastreifen geflossen sein, nach IHH-Aussagen ausschließlich für humanitäre Zwecke. Im Kuratorium des Vereins saßen führende Funktionäre der IGMG. Vorsitzender der IHH war seit 2009 Mustafa Yoldaş, einer der bekanntesten Milli-Görüş-Vertreter in Norddeutschland (Merkez/Centrum-Moschee Hamburg), der bis vor kurzem Vorsitzender der Schura Hamburg war.²³¹

Im Jugendbereich gibt es gemeindeübergreifende Zusammenschlüsse, die etwa ATİB-, DİTİB- und IGMG-Jugend zusammenbringen. So treffen sich junge Musliminnen und Muslime in dem Projekt „Young Ummah“, das an verschiedenen Orten (etwa Dortmund, Hannover) aktiv ist und sich zum Ziel setzt, „den Islam anderen Jugendlichen, egal welcher Ethnie oder Religionsgemeinschaft, auf Deutsch und in verständlicher Sprache näher zu bringen“²³².

Der von der IGMG-Studentenabteilung veranstaltete Bildungskongress „UniDay“ für muslimische Studierende und Akademiker, der seit 2007 bisher fünfmal stattgefunden hat, wird nicht nur von der IGMG-Jugend besucht. Es kommen Studierende und Akademiker aus verschiedenen Ländern zu Vorträgen, Workshops, kulturellen Einlagen u. a. zusammen, 2018 sollen es nach IGMG-Angaben 4000 gewesen sein. Es wird (wurde?) auf dem Kongress auch regelmäßig der „Dr. Zeynel-Abidin-Preis“ vergeben, „benannt nach eine[r] der bedeutenden Persönlichkeiten der IGMG-Geschichte“ (!)²³³.

²³¹ Die deutsche IHH ist nicht identisch mit der türkischen Organisation mit der gleichen Abkürzung, İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı (IHH), deutsch „Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe“, die im Mai 2010 die von der israelischen Armee gewaltsam gestoppte „Gaza-Solidaritäts-Flottille“ mitorganisiert hatte. Beide Vereine gehen aber auf einen gemeinsamen Ursprung zurück, einen 1992 in Freiburg gegründeten (IGMG-)Verein, der sich später in eine deutsche und eine türkische Organisation teilte (vgl. Lemmen 2001, 72f; beide Organisationen haben bzw. hatten nach Verfassungsschutzberichten enge Verbindungen zu Milli Görüş, so die damalige dpa-Berichterstattung, vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2010-07/hamas-spenden-verbot vom 12.7.2010). An dem Hilfskonvoi, der die Seeblockade des Gazastreifens durchbrechen und Hilfsgüter nach Gaza bringen sollte, beteiligten sich Hunderte Aktivisten aus aller Welt, darunter auch deutsche Bundestagsabgeordnete. Die israelische Armee stoppte die Flottille, bei der Enterung des Schiffes Mavi Marmara wurden neun Aktivisten getötet. Heftige internationale Reaktionen waren die Folge, eine diplomatische Krise zwischen der Türkei und Israel konnte erst 2016 beigelegt werden. Auch für die Beziehung zwischen Erdoğan und Fethullah Gülen sind die „Mavi Marmara-Ereignisse“ von nachhaltiger Bedeutung gewesen, da sie erste gravierende Meinungsunterschiede der damals noch Verbündeten offenbarten.

²³² Vgl. etwa www.haus-der-religionen.de/religionen/muslime/muslime-in-hannover-geschichte-und-gegenwart.

²³³ www.igmg.org/aezih-seid-die-zukunft-ihr-seid-es-die-kommen-werdeneaeoe (2.4.2007). Mindestens bis 2011 wurde der Preis vergeben, für 2018 war ein „Projektwettbewerb“ ausgeschrieben. Zu Zeynelabidin vgl. 3.3.1.

3.4 Einschätzungen

Der IRD versteht sich als der älteste Spitzendachverband der Muslime in Deutschland²³⁴ sowie – gleich den anderen Verbänden – als deutsche islamische Religionsgemeinschaft, die am Institutionalisierungsprozess des Islam in Deutschland beteiligt werden will und aktiv daran beteiligt ist. Milli Görüş ist in Deutschland eine Bewegung „von unten“, in der sich die Arbeitsmigranten sammelten und zunächst notdürftig organisierten, die religiösen Belange regelten, aber auch soziale und kulturelle Heimaträume schufen.²³⁵ In der Türkei war Milli Görüş dagegen von Anfang an politische Partei mit dezidierten Interessen, die im kemalistischen Kontext ein islam(ist)isches Programm gegen den „westlichen“ Laizismus (des türkischen Staates) propagierte.

Lagen die Hauptschauplätze der politischen Auseinandersetzung (und die damit verbundene Hoffnung auf die heilvolle Zukunft) anfangs ganz in der Türkei, änderte sich das Bild Anfang der 1980er Jahre dramatisch. Die mitteleuropäischen türkischen Gemeinden wurden unmittelbar ins Geschehen hineingezogen (s. o. zur Geschichte). Um die Jahrtausendwende vollzog sich einerseits in der IGMG ein Wandel im Zeichen der gesellschaftlichen Partizipation und der Konzentration auf die Religionspflege. Mit der politischen Agenda blieb die IGMG jedoch stets auf Tuchfühlung. Denn die politischen Transformationen in der Türkei seit der Machtübernahme der AKP führten andererseits dazu, dass sich die islamistischen Anliegen der Milli Görüş immer stärker in der Staatspolitik reflektierten und die staatliche Behörde Diyanet und die Milli-Görüş-Politik mehr und mehr Überschneidungen aufwiesen.²³⁶

Es bleibt darüber hinaus erkennbar, dass die türkische Milli-Görüş-Bewegung und die arabische Muslimbruderschaft geistesverwandte Strömungen des politischen Islam sind,²³⁷ die seit Jahren sehr offen kooperativ agieren und regelmäßig miteinander auftreten. Dies lässt sich auch an der Biografie und der Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan exemplifizieren, dessen Wurzeln in der Milli-Görüş-Bewegung liegen und der die gemeinsamen Ziele maßgeblich in die eigene Agenda integriert. Erdoğan selbst hat dabei in erster Linie eine starke, auch wirtschaftlich starke, Türkei als führende Nation der islamischen Welt im Blick.

²³⁴ Vgl. Burhan Kesicis Antrittsrede, www.islamiq.de/2015/04/27/burhan-kesici-ist-neuer-vorsitzender (mit Betonung auf – organisationsübergreifendem – „Spitzendachverband“). Vgl. aber unten Kapitel 4.

²³⁵ Relativ kompakte Erläuterungen dazu bei Wunn 2007, 44ff; ausführlich Schiffauer 2010.

²³⁶ Die Verbindungen der IGMG zu den politisch derzeit eher marginalisierten Milli-Görüş-Parteistrukturen in der Türkei sind vorhanden, wenngleich nicht so intensiv, während offizielle Beziehungen mit der türkischen Regierung und den für Auslandsangelegenheiten zuständigen Ministerien bestehen.

²³⁷ Die Milli Görüş kann als „türkische Muslimbruderschaft“ bezeichnet werden: „Zwar ist die Szene sprachlich und kulturell türkisch geprägt, die zugrundeliegende Ideologie ist jedoch auf einen Pan-islamismus ausgerichtet und eine türkische Spielart der arabischen Muslimbruder-Ideologie“, Claudia Dantschke, „Ihr seid unsere Zukunft!“ (s. Fußnote 216), 233. Vgl. auch unten in den Einschätzungen zur Muslimbruderschaft bei Fußnote 461.

Die IGMG bekennt sich stets dazu, nur verfassungskonforme Ziele zu verfolgen, und bemüht sich sichtbar um Einschränkung der früher weit verbreiteten antiwestlichen und antisemitischen Hetze. Die juristische Unangreifbarkeit bedeutet allerdings keine völlige Loslösung von der islamistischen Agenda, ist vielmehr Zweck und Ziel eines „legalistischen Islamismus“. Das Gesamtbild zeigt die IGMG als Teil eines größeren Zusammenhangs, in dem die Formulierung einer muslimischen Identität in starker Abgrenzung gegenüber nichtmuslimischer („westlicher“) Identität sowie in Ablehnung von Demokratie und säkularer Staatsform – etwa in der Ablehnung eines „deutschen“ oder „europäischen“ Islam – nicht nur möglich, sondern durchaus üblich ist. Der Gründer Necmettin Erbakan wird von Teilen der IGMG, die sich lebhaft etwa in den sozialen Medien bemerkbar machen, nach wie vor kritiklos verehrt, gerade auch in der jungen Generation. Immer wieder finden sich Zeugnisse, dass durch die Scharia eine alle Lebensbereiche umfassende islamische Gesellschaftsordnung vorgegeben sei, die es überall zu verwirklichen gelte. Die Aktivitäten scheinen funktional aufgeteilt, aber eben doch auch im Gesamtbild kohärent aufeinander bezogen zu werden. In dieses Bild passt die aktuelle Äußerung des IRD-Vorsitzenden Burhan Kesici, eine weitgehende Abkopplung der Muslime von ihren Ursprungsländern – so gewünscht vom deutschen Staat – erscheine „kontraproduktiv“.²³⁸

Werner Schiffauer spricht im Blick auf die jüngeren Entwicklungen in der IGMG von „Postislamismus“. Der ist allerdings auch nach seiner Diktion ein Islamismus, freilich als „Marsch durch die Institutionen“, bei dem man sich „auf Kompromisse mit dem System“ einlässt.²³⁹ Schiffauer analysierte die „zweifelloso vorhandenen“ Widersprüchlichkeiten als Ausdruck von internen Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen in der Gemeinde. Er beschrieb die IGMG als so etwas wie einen offenen Laborversuch, in dem konservativer Islam und Demokratie fusioniert werden sollen.²⁴⁰ Doch: Die These,

²³⁸ Im Zusammenhang der Frage nach der Imamausbildung, www.islamiq.de/2019/01/15/wie-bilden-islamische-religionsgemeinschaften-ihre-imame-aus (Januar 2019).

²³⁹ Schiffauer 2010, 18 (der Titel des ganzen Buches lautet „Nach dem Islamismus“). Der Frage, ob – und wenn ja, inwiefern – Schiffauers „Postislamismus“ schlicht ein modifizierender Ersatzbegriff für „legalistischer Islamismus“ ist, kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Heute erstaunt, in welch abgeklärtem Ton noch vor wenigen Jahren über islamistische Revolutionen quasi in der Vergangenheit gesprochen werden konnte, wie etwa Susanne Schröter in ihrer Besprechung des Schiffauer-Buches in der FAZ (gewiss, das war vor 2011, ist aber andererseits doch auch erst gut acht Jahre her): „Wissenschaftler wie Gilles Kepel, Olivier Roy oder Nilüfer Göle haben bereits vor Jahren das Scheitern des politischen Islamismus festgestellt. Wie Schiffauer sehen sie junge, gut ausgebildete Unternehmer, Intellektuelle und Kulturschaffende, die den Spagat zwischen islamischen Werten und einer säkularen Moderne erfolgreich bewältigen, als Erben der fehlgeschlagenen islamistischen Revolutionen.“ Und: „Postislamisten‘ nennt Schiffauer die jungen Kader von Milli Görüs, die er gleichsam als muslimische Version der Jungen Union porträtiert, und er suggeriert mit der Nacherzählung ihrer Geschichte, dass der Islamismus sich im Kontakt mit der Demokratie selbst überwindet“ (www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/werner-schiffauer-nach-dem-islamismus-pflichtlektuere-fuer-den-verfassungsschutz-1999048.html).

²⁴⁰ Vgl. Stefan Reinecke, in: taz vom 4.5.2010.

dass der Islamismus auf dem langen Marsch durch die Institutionen gleichsam zurechtgestutzt, umgebogen und/oder absorbiert, gar zum Reformimpuls transformiert werde, muss kritisch revidiert werden. Aus heutiger Sicht sind die islamisch-„identitären“ Kräfte dabei, sich als stärker zu erweisen als die bis dahin vorsichtigen Annäherungsversuche an die hiesige Gesellschaft.²⁴¹

Richtig ist, dass die IGMG etwas von einem Vexierbild hat. Je nach dem, wie man es (und wen man) anschaut, sieht man eher den intergenerationalen Wandel und die Fortschritte in der Formung einer jungen Religionsgemeinschaft in der Mitte der Gesellschaft, oder man sieht die straffe Organisation und strategische Arbeitsteilung, die programmatisch kontraintegrativ wirkt, indem sie islamistische Konzepte geschickt adaptiert und Kraft und Identität der Muslime letztlich aus der Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft zieht.

Richtig ist auch, dass die IGMG längst nicht so homogen ist, wie es oft dargestellt wird. Wobei die Klarheit über die tatsächliche Gestalt und Vielfalt höher wäre, wenn die Verhältnisse offenlägen, welche Organisationen zur IGMG und/oder zum Islamrat gehören und welche nicht, wer in welcher Funktion auftritt und welche Verantwortungsbereiche vertritt etc. Dies ist nur teilweise sichtbar der Fall.

Für den Dialog gilt im Blick auf die Vielfalt in IGMG-Moscheen vor Ort wie im Blick auf andere Verbände: Nicht jeder und jede ehrenamtlich Engagierte identifiziert sich voll und ganz mit der Organisation, geschweige denn mit der politisch-strategischen Linie von Teilen der Zentrale in Köln. Es gibt unterschiedliche Überzeugungen, unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade, unterschiedliche Persönlichkeiten und Mentalitäten. Die schöne Seite des Dialogs ist es, Offenheit und Sensibilität für ein Miteinander zu entwickeln, wo es möglich und sinnvoll ist. Persönliche, vertrauensvolle Beziehungen vor Ort sind die entscheidende Basis, auf der entschieden werden kann, welche Aktionen in welcher Weise sinnvoll und für das gesellschaftliche Miteinander weiterführend sein können. Auf dieser Ebene kann es durchaus sein, dass größere Spielräume entstehen und genutzt werden können, als es auf höheren Ebenen, in „offiziellen“ Zusammenhängen, möglich ist bzw. sinnvoll erscheint. Solche Beziehungen lohnt es zu entdecken und zu pflegen und gegen Angriffe von links wie von rechts zu schützen. Denn sind sie tragfähig, bestehen auch Chancen, die ambivalenten Hintergründe und was an Irritationen benannt werden muss, angemessen zur Sprache zu bringen. Unter der Voraussetzung guter lokaler Beziehungen können, ja sollten Einladungen etwa zum Fastenbrechen durchaus angenommen werden, wobei hier die Übergänge zu eher kritisch zu beurteilenden, da „propagandistisch“ gut nutzbaren Anlässen größeren Formats fließend sind. Große Foren, breite Öffentlichkeit, offizielle Partnerschaften u. Ä. sind eher ungeeignet,

²⁴¹ Damit ist keine Aussage getroffen, inwieweit an diesen Entwicklungen wiederum die Aktionen und Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft ihren Anteil haben. Hier gibt es zweifellos weitergehende Probleme zu berücksichtigen und zu bearbeiten.

den sensiblen Anforderungen an die Möglichkeit eines gut informierten, ebenso persönlichen wie kritischen Diskurses gerecht zu werden.

3.5 Dokumentation: Ein Interview mit Necmettin Erbakan (Welt am Sonntag)

„Wir werden eine neue Welt schaffen“ (Von Boris Kalnoky | Veröffentlicht am 7.11.2010²⁴²)

Necmettin Erbakan hat den türkischen Islamismus erfunden und war Mentor von Premier Recep Tayyip Erdogan. Nun rechnet er mit seinem Ziehsohn ab und will erneut bei Wahlen antreten. Ein seltener Einblick in das Weltbild eines Anti-Westlers und Judenhassers. [...] Mit Erbakan sprach Boris Kálnoky in Ankara.

Welt am Sonntag: Hodscha, 1997 waren Sie Ministerpräsident, aber Ihre Partei wurde wegen islamistischer Umtriebe verboten. Damals waren Ihre Wegbegleiter Erdogan und Gül. Hätten Sie sich damals vorstellen können, dass der eine später Ministerpräsident wird und der andere Staatschef?

Necmettin Erbakan: Ja. Ich wusste es, denn nicht ihre Leistungen haben sie dorthin gebracht. Andere Kräfte haben sie auf diese Positionen gesetzt.

Welt am Sonntag: Welche Kräfte?

Erbakan: Die Kräfte der gegenwärtigen Weltordnung, des rassistischen, zionistischen Imperialismus, der die Menschen zu Sklaven macht.

Welt am Sonntag: Erdogan ist ein Helfer Israels? Er schimpft doch immer gegen Tel Aviv.

Erbakan: Ein unbewusster Helfer der westlichen, zionistischen Weltordnung. Aber ein Helfer.

Welt am Sonntag: Ich dachte immer, Sie wären sein Wegbereiter gewesen, nicht der Westen. Ohne Erbakan kein Erdogan. Sie waren sein politischer Ziehvater.

Erbakan: Es stimmt, er war mein Schüler, und ich habe ihm gesagt, was er tun soll. Er hat es aber nicht getan, und nun ist es an der Zeit für ihn, zur Seite zu treten oder seine Politik zu ändern.

Welt am Sonntag: Eine Kampfansage an Erdogan also. Wo liegen denn seine Fehler?

Erbakan: Er hat einiges richtig gemacht. Kürzlich erschien, zum ersten Mal, die Frau des Staatspräsidenten mit Kopftuch zum Nationalfeiertag. Aber das meiste ist falsch – er will in die EU, die ist aber ein Glied der zionistischen Weltordnung. Gott sei Dank nimmt

²⁴² www.welt.de/print/wams/politik/article10778762/Wir-werden-eine-neue-Welt-schaffen.html.

uns die EU nicht auf. Er vertritt auch die kapitalistische, zionistische Wirtschaftsordnung, die Steuern setzt und Schulden macht, um das Geld, über die Zinsen, den Zionisten zu geben. Erdogan ist ein Kassierer des Zionismus geworden. Von ihrer Gründung 1923 bis vor acht Jahren hat die Türkei 82 Milliarden Dollar Schulden gemacht. Erdogan in nur acht Jahren 580 Milliarden.

Welt am Sonntag: Und das Volk wird Ihnen diese Argumentation abnehmen?

Erbakan: Wir sind das Volk, deswegen verändern wir die Türkei. Wir vertreten dessen wahre Werte und Gefühle.

Welt am Sonntag: Sie wollen also Ihren einstigen Zögling stürzen?

Erbakan: Ja. Das ist unser Ziel. Der legendäre Ministerpräsident kehrt zurück.

Welt am Sonntag: Also Sie selbst. Mit Ihren 84 Jahren haben Sie ja gerade gezeigt, dass Sie noch Herr sind im eigenen Hause, in Ihrer Saadet-Partei also. Sie haben Möchtegern-Reformer Kurtulus von der Parteispitze verdrängt und selbst wieder das Heft in die Hand genommen. Aber eine Mehrheit im Volk?

Erbakan: Wir werden nächstes Jahr die Wahlen gewinnen. In der Entwicklung unserer Zustimmungsquten gab es Phasen, in denen CIA, Militär und Zionisten unsere Werte nach unten drückten. Aber wir sind nun wieder bei 15 Prozent, und der Anteil wird weiter steigen. [...]

Welt am Sonntag: Ihr Leitmotiv ist die These einer im Geheimen funktionierenden, von Juden und Israel gelenkten Weltordnung. Ist das wirklich Ihr Weltbild?

Erbakan: Seit 5700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt. Sie haben einen starken Glauben, eine Religion, die ihnen sagt, dass sie die Welt beherrschen sollen. Sehen Sie sich diese Ein-Dollar-Note an. Darauf ist ein Symbol, eine Pyramide von 13 Stufen, mit einem Auge in der Spitze. Es ist das Symbol der zionistischen Weltherrschaft. Die Stufen stellen vier „offene“ und andere geheime Gesellschaften dar, dahinter gibt es ein „Parlament der 300“ und 33 Rabbinerparlamente, und dahinter noch andere, unsichtbare Lenker. Sie regieren die Welt über die kapitalistische Weltordnung.

Welt am Sonntag: Sie wollen eine neue Gesellschaft schaffen und scheinen Israel als Hebel zu sehen, um die bestehende Weltordnung aus den Angeln zu heben. Soll Israel als Staat verschwinden?

Erbakan: Wir werden eine neue Welt schaffen, auf der Basis von Wissenschaft und Vernunft, auf den Grundlagen der gerechten Ordnung, die uns die Osmanen hinterließen. Darin bekommt jeder sein Recht, auf den ihm angemessenen Platz. Auch den Juden und Christen würde so Recht zuteil, auch sie würden befreit.

Welt am Sonntag: Aber Israel als Staat?

Erbakan: Israel als Staat konnte nicht gegründet werden unter den Osmanen. Wir haben es verhindert, weil wir mächtig waren. Christen halfen den Juden immer bei dem Versuch, einen eigenen Staat zu haben – das war das wahre Ziel der Kreuzzüge. Denn die Juden täuschen den Christen vor, dass der Messias zurückkehren wird, wenn der Tempel Salomons wiedererrichtet wird. Israel aber sagt: „Ich werde alle Zionisten sammeln in einem Großisrael, und werde Herr sein, und ihr seid meine Sklaven.“ Um einer solchen Haltung zu begegnen, muss man Macht demonstrieren.

Welt am Sonntag: Also weg mit Israel, wenn es nach Ihnen geht?

Erbakan: Wenn die Israelis in Frieden leben wollen, wäre es vielleicht besser, wenn sie zum Beispiel in Amerika lebten.

Welt am Sonntag: Alles in allem also sollen die Türkei als führende muslimische Nation und der Islam dem Planeten eine neue, gerechtere Ordnung geben? Das ist doch ihr Motto: eine Groß-Türkei, eine neue Welt.

Erbakan: Politisch und geistig groß, nicht geografisch größer als heute.

Welt am Sonntag: Und der Islam wird die beherrschende Religion des Planeten?

Erbakan: Wir werden nur durch Kultur, Wissenschaft und Vernunft sprechen. [...]

Welt am Sonntag: Sie sagen, der Islam ist besser als meine Religion, und das verletzt mich.

Erbakan: Vielleicht ist es umgekehrt so, dass Sie Ihre Religion als überlegen empfinden. Wenn man schon die perfekte Wahrheit hat, warum sollte man sich mit weniger begnügen? Sehen Sie, Ihre Religion kennt drei Götter, ist es nicht so? Damit ist die Diskussion ja schon beendet.

Welt am Sonntag: Zurück zu Ihrem Lebenswerk. Sie haben die Türkei geprägt, aber wie sehr hat Deutschland Sie geprägt? Sie haben dort ja lange gelebt und gearbeitet.

Erbakan: Ich habe da viel gelernt und viel Schönes gesehen. [...] Also diese Ernsthaftigkeit und Organisiertheit, davon habe ich viel gelernt. Details sind wichtig. Aber es gab auch große Mängel in Deutschland.

Welt am Sonntag: Zum Beispiel?

Erbakan: Man kannte dort den Islam nicht. Ohne den Islam kann Deutschland nie die Perfektion erreichen. Ich sagte meinen Kollegen: Ihr verlangt Honorare für die Nutzung von Patenten. Wisst Ihr, wie viel Geld Ihr dem Islam schuldet? Ihr rechnet mit arabischen Ziffern, Algebra ist ein arabisches Wort.

4 Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ)²⁴³

Gründung: 1973 in Köln als Islamisches Kulturzentrum Köln e. V.
Sitz / Zentrale: Köln

Der VIKZ (İslam Kültür Merkezleri Birliği, İKMB) ist der drittgrößte islamische Dachverband in Deutschland und zugleich der älteste, er entstand unmittelbar nach dem Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ im Jahr 1973 unter dem Namen „Islamisches Kulturzentrum Köln“. Der sunnitisch-türkische Verband übernahm als erste islamische Organisation in Deutschland Verantwortung für die religiöse Betreuung der türkischen Gastarbeiter. Gelehrt und verbreitet wird der Islam im Geist der mystischen Erneuerungsbewegung des Naqschbandi-Scheichs Süleyman Hilmi Tunahan (1888 – 1959), dessen „Süleyman-Gemeinschaft“ der VIKZ zuzuordnen ist.²⁴⁴ Diese „Korankursbewegung“²⁴⁵ entstand in den 1920er und 1930er Jahren in der Türkei in Distanz zum laizistischen Staat und ist heute international aufgestellt.²⁴⁶ Sie sah und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den klassischen Islam hanafitischer Prägung zu bewahren und an die junge Generation weiterzugeben. Dazu hat sie ein eigenes religiöses Bildungs- und Ausbildungssystem aufgebaut.²⁴⁷ Der VIKZ bildet, was nicht so bekannt ist und den Verband unterscheidet, seit den 1980er Jahren in Deutschland eigene Imame nach einem traditionellen Curriculum aus. Außerdem betreibt er Schülerwohnheime, die neben schulischer Hilfe vor allem religiöse Unterweisung anbieten. An der Frage, inwieweit diese Einrichtungen

²⁴³ Vgl. Jonker 2002; Ghadban 2015; Boos-Nünning 2010; Rohe 2016, 135 – 137; Wunn 2007, 71 – 84; Peter/Ortega (Hg.) 2014, 220 – 222 („Süleymanlis in Germany“, Autorin: G. Jonker); Seidel u. a. 2001, 79 – 90; Lemmen 2001, 62 – 66; Lemmen 2002, 49 – 53; Spuler-Stegemann 2002, 131 – 134. – Während die Schwesterorganisation in der Schweiz wie in Deutschland als VIKZ auftritt, heißt die Schwesterorganisation in Österreich Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ).

²⁴⁴ Häufig auch „Süleymanlılar“ („Süleymanisten“) genannt, was aber eher pejorativ empfunden wird; gelegentlich auch „Süleymanlı-Bruderschaft“. Vgl. Jonker 2002, 18f, Anm. 2. Die Anhänger nennen sich gerne „Schüler von Süleyman Efendi“. – Eine formelle Verbindung zur türkischen Süleyman-Gemeinschaft besteht nicht, eine geistige Verbindung wurde nie abgelehnt. Das Urteil von Thomas Lemmen trifft auch auf die heutigen Verhältnisse zu: „Ein Einfluss der Süleymanlı-Bewegung auf den VIKZ kann daher als sicher angenommen werden, auch wenn er sich formal nicht nachweisen lässt“ (Lemmen 2001, 66).

²⁴⁵ So schon Lemmen 2001, 64. So wurde in der Anfangszeit in der Türkei die religiöse Unterweisung umschrieben, die sich freilich nicht nur auf den Koran bezieht, sondern auch die islamischen Glaubensgrundsätze und die islamische Ethik umfasst.

²⁴⁶ Präsenz von Schwesterorganisationen neben der Türkei in einer Reihe von westlichen Ländern: Österreich (dort auch als „Union Islamischer Kulturzentren“, UIKZ), Niederlande, Skandinavien, Frankreich, Belgien, Schweiz, Britannien, Italien, auch in den USA, Kanada und Australien (so der Stand bei Jonker 2002, 125 und 127).

²⁴⁷ Vgl. Rosenow/Kortmann 2001, 54.

vor allem die allgemeine Bildung fördern oder eher ein Hindernis auf dem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe junger Migrant*innen darstellen, scheiden sich die Geister. Vor Jahren gab es eine heftige öffentliche Debatte über die islamischen Wohnheime, die hier und da aufflammt.

Die Moscheegemeinden und Einrichtungen des VIKZ tun ihre Arbeit jedoch im Allgemeinen unbehelligt von öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Süleyman-Gemeinschaft gilt vielen als relativ abgeschlossen, jedenfalls unauffällig, vor allem aber als tief religiös und unpolitisch. Zumindest Letzteres erscheint in einem anderen Licht, wenn die unmittelbare Herkunft aus dem stark politisch geprägten Islam des Sufiordens der Naqschbandiyya in Betracht gezogen wird. Diese Herkunft verbindet die Süleyman-Anhänger mit den verschiedenen Strömungen der Nurcu-Richtung (Nurculuk, Jama'at-un Nur), die ebenfalls aus dem politisierten Sufismus hervorgegangen sind und auf den schillernden Gelehrten Said Nursi (1879 – 1960) zurückgehen, der in der Naqschbandi-Tradition ausgebildet wurde, seine Wirksamkeit dann aber außerhalb der formalen Grenzen der *Tariqa* entfaltete. Eine Gemeinschaft, die sich sozusagen parallel zur Süleyman-Gemeinschaft selbständig als Laienbewegung aus den Nurcus entwickelt hat, ist das weltweite Netzwerk um Fethullah Gülen, die Gülen-Bewegung bzw. Hizmet. Auch sie ist kein Sufiorden (*tariqa*), sondern eine *Cemaat* („Gemeinde“) wie der VIKZ, es gibt also viele Parallelen.²⁴⁸ Auch der offen politische Islamismus Necmettin Erbakans (Milli Görüş), der dann auch von der weltweiten islamistischen Bewegung der Muslimbruderschaft beeinflusst wurde, entstand im Kontext desselben Naqschbandiyya-Zweiges um den Istanbuler Scheich Mehmed Zahid Kotku.²⁴⁹

Der VIKZ ist in Hamburg und in Bremen im Rahmen der staatlichen Verträge mit islamischen Verbänden (2012 und 2013) als Religionsgemeinschaft anerkannt.

4.1 Zur Geschichte des Verbandes

4.1.1 Erneuerung durch Bewahrung: Naqschbandi-Sufismus

Für das Verständnis des VIKZ lohnt es sich, ein wenig auszuholen und zumindest in groben Zügen auf die Geschichte des Sufiordens der Naqschbandiyya einzugehen. Das umso mehr, als in dieser Geschichte der Ursprung aller wichtigen Strömungen des

²⁴⁸ Zum Verständnis des VIKZ-Bildungsangebots als „Hizmet“ s. u. Fußnote 263. Zur Nurculuk auch: Seidel u. a. 2001, 69 – 78; Cemil Şahinöz, Die Nurculuk Bewegung. Entstehung, Organisation und Vernetzung, Istanbul 2009 (Insiderperspektive). – Zur Gülen-Bewegung s. Friedmann Eißler (Hg.), Die Gülen-Bewegung (Hizmet). Herkunft, Strukturen, Ziele, Erfahrungen, EZW-Texte 238, Berlin 2015.

²⁴⁹ S. dazu oben 3.3.1 und unten 4.1.2.

politischen Islam in der Türkei liegt. Der Naqschbandi-Orden²⁵⁰ gehört zu den größten Sufiorden weltweit und spielte bei der Verbreitung des Islam in verschiedenen Weltregionen, etwa in Zentralasien und Indien wie dann auch in Kleinasien, eine entscheidende Rolle. Ein Grundzug seiner Vitalität ist der reformerische Impuls, der sich gegen die zeitgenössischen Strömungen des Islam und auf die Erneuerung des Glaubens durch Konzentration auf Herzensbildung und disziplinierte Lebensführung richtet (*tadschdid*, Erneuerung/Wiederbelebung). Der Sufischeich (Schah) Baha'uddin Naqschband (1318 – 1389) aus Buchara im heutigen Usbekistan ist der Namensgeber des Ordens, der besonders für seine Nüchternheit und sein erzieherisches Interesse im Blick auf die gebildeten städtischen Schichten – und damit seine politische Ausrichtung – bekannt wurde. Kunst, Musik, jedes überschwängliche, gar ekstatische mystische Erleben wurde kritisch betrachtet. An die Stelle des lauten Gottesgedenkens mit Musikbegleitung (siehe „tanzende Derwische“) trat in der Naqschbandiyya der „stille *Dhikr*“, das lautlose Gottesgedenken im Herzen, das eine disziplinierende Konzentration auf Gott auch im Alltag möglich macht. So konnte tiefe innere Frömmigkeit mit einer weltzugewandten Haltung einhergehen, was eine besondere Affinität des „schweigenden Ordens“, wie er auch genannt wird, zur gebildeten Mittelschicht der Kaufleute und zu den Höfen zur Folge hatte.²⁵¹

Weitere Kennzeichen der Naqschbandiyya sind die *Sohbets*, also intime Unterhaltungen zwischen Meister und Jünger auf höchster geistiger Ebene,²⁵² sowie die tiefe spirituelle Verbindung (*rabita*) der Schüler mit dem Meister (bzw. den Meistern und über die „Kette“ der Meister, *silsila*, bis hin zu Muhammad). Diese verleiht sich Ausdruck in der Übung der gegenseitigen Versenkung (*tawaddschuh*),²⁵³ in der der Schüler im Schweigen das Bild des Meisters und durch dieses wie mittels eines Spiegels das Licht Muhammads in sich aufnimmt.

Zwei weitere Etappen der Geschichte der Naqschbandiyya sind für das Verständnis der späteren Entwicklungen wichtig.

Die eine ist mit dem Wirken Scheich Ahmad al-Faruqi as-Sirhindis (1564 – 1624) verbunden, des großen Lehrers und Verfechters der sunnitischen Orthodoxie gegen die

²⁵⁰ Schreibweise auch: Naqshbandi/Naqshbandiyya, Nakšibendi/Nakšibendiye, Nakshibendi, Nakschibendi, Naqschibandi u. Ä. – Vgl. zum Folgenden allgemein Annemarie Schimmel, *Mystische Dimensionen des Islam. Die Geschichte des Sufismus*, Frankfurt a. M./Leipzig 1995 (deutsche Erstausgabe München 1985), 514 – 526; Jonker 2002, 17 – 47; Wunn 2007, 77 – 80; Ghadban 2015; Rogg 2017, insbesondere 63 – 80; Svante E. Cornell/M. K. Kaya, *The Naqshbandi-Khalidi Order and Political Islam in Turkey*, in: *Current Trends in Islamist Ideology*, 3.9.2015, www.hudson.org/research/11601-the-naqshbandi-khalidi-order-and-political-islam-in-turkey.

²⁵¹ Die Regel des stillen *Dhikr* geht auf den Gelehrten und Mystiker Abdul Khaliq Ghijduwani (Ghujdawani, Gijduvani, 12. Jahrhundert) zurück.

²⁵² Vgl. Schimmel, *Mystische Dimensionen des Islam* (s. Fußnote 250), 517.

²⁵³ In dem Begriff steckt das Wort für Gesicht, *wadschh*, und das Einander-gegenüber-Sein/Sitzen („face to face“).

als ketzerisch gebrandmarkte Religionspolitik der indischen Mogulherrscher, etwa des zeitgenössischen Dschalal ad-Din Muhammad Akbar. Die „Briefe“ (*Maktubat*) des hochverehrten *Imam-i rabbani*, des „großen Imams“, werden bis heute im VIKZ intensiv studiert und in Predigten zitiert. Angesichts der als häretisch betrachteten (religionstoleranten!) Tendenzen seiner Zeit, zu denen er auch die ekstatischen Erfahrungen der anderen Sufiorden rechnete, band Sirhindi die Lebensführung wieder streng in das schariatische Regelsystem ein. Eine strikte *Imitatio Muhammadi*, also eine detaillierte Nachahmung des Prophetenlebens Muhammads, musste die günstige Voraussetzung für eine direkt zum Ziel führende Gottessuche sein. Ekstase und Verzückung konnten davon nur ablenken. Sirhindi lehrte daher eine Methode der Selbstdisziplinierung und Selbstreflexion, die den Adepten durch die nüchterne Formalisierung des Lebenswandels in eine tiefe innere Verbundenheit mit dem Propheten führte. Zur „Reinheit in der Befolgung des göttlichen Gesetzes“ (*Ichlas-i Scharia*) kam die unbedingte Treue zum Meister. Dahinter stand die Überzeugung, dass letztlich alle Methode nicht ausreicht, um das letzte große Ziel aller Mystik, das Sich-in-Gott-Verlieren („Entwerdung“, *fana*), erfahren zu können. Dies bedarf vielmehr der Gnade Gottes, die – allerdings wiederum methodisch – durch den vollkommenen Meister vermittelt wird. Auf diesem Wege wird der Meister zur übermächtigen, fast gottähnlichen Autorität erhoben, indem der Schüler mit der Technik des schon erwähnten *Tawaddschuh* die Einswerdung mit dem Meister sucht, die „Entwerdung in den Scheich“ (*fana' fi sh-shaikh*) als Weg zu Gott. Trug ihm die derartige Einführung einer religiösen Mittlergestalt (!) zwischen dem Gläubigen und Gott auch den Vorwurf der Ketzerei ein, der den Orden immer wieder dem Argwohn der Zeitgenossen aussetzte, so galt der streitbare Ahmad Sirhindi doch als der Wiederhersteller der klassischen Theologie, auch gegen die negativ beurteilten schiitischen Einflüsse der Zeit.²⁵⁴ Noch zu Lebzeiten erhielt er den hohen Ehrentitel *Mudschaddid alf thani*, „Erneuerer des zweiten Jahrtausends“ (der islamischen Zeitrechnung),²⁵⁵ wonach die bald dominante Strömung *Naqschbandiyya mudschaddida* heißt. Erneuerung im Sinne Sirhindis bedeutet freilich nicht Veränderung, sondern Rückkehr zum religiösen Ursprung der Offenbarung, also gerade nicht Neuinterpretation der Tradition, auch keine gesellschaftliche Erneuerung, all dies wäre unerlaubte „Neuerung“ (*bid'a*) und damit Häresie. *Tadschdid* hingegen soll – in fundamentalistischer Manier, würden wir heute sagen – „die religiösen Grundsätze von traditionellen Gewohnheiten

²⁵⁴ Das anti-schiitische Element ist in der Naqschbandiyya ausgeprägt, was u. a. auch darin charakteristisch zum Ausdruck kommt, dass die *Silsila* (Kette der Meister) in den allermeisten Naqschbandi-zweigen über den ersten Kalifen Abu Bakr auf Muhammad zurückführt, der als sunnitisch-orthodox betrachtet wird, im Gegensatz zu anderen Orden, in denen die *Silsila* in aller Regel über Ali und damit den Beginn der Reihe der schiitischen Imame auf Muhammad zurückgeht.

²⁵⁵ Der Prophet Muhammad soll für jedes islamische Jahrhundert einen „Erneuerer“ der Religion (des Islam) angekündigt haben. So wird z. B. der Begründer der Ahmadiyya, Mirza Ghulam Ahmad (1835 – 1908), als „Erneuerer des 14. islamischen Jahrhunderts“ verehrt.

reinigen, ... aber auch zeitgemäße Formgebungen des Glaubens verhindern“.²⁵⁶ Diese Auffassung wurde später nicht von allen Naqschbandi-Zweigen übernommen, einige fassten *Tadschdid* in der Tat als *Reform* im Sinne einer geistigen und gesellschaftlichen Erneuerung auf. Zudem musste das Bestreben, die politischen und gesellschaftlichen *Voraussetzungen* für eine gelingende *Imitatio Muhammadi* sicherzustellen, paradoxerweise gerade zur notwendigerweise politischen Einmischung in die Gestaltung des gesellschaftlichen Umfelds führen.²⁵⁷

Die zweite Etappe, die von besonderer Bedeutung ist, ist die Prägung durch Maulana Khalid al-Baghdadi (1776 – 1827),²⁵⁸ eine Schlüsselfigur nicht nur des Sufismus seiner Zeit, sondern für den sunnitischen Islam im gesamten arabisch-türkischen Raum. Der nach ihm „Khalidiyya“ benannte Zweig der Naqschbandiyya mudschaddida wurde in der Türkei besonders einflussreich. Khalid stellte die Bruderschaft Anfang des 19. Jahrhunderts organisatorisch neu auf und nahm eine Neubestimmung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses vor. Er lehrte, dass die enge Bindung zwischen Meister und Schüler (*rabita*) auch in Abwesenheit des Lehrers intensiv aufrechterhalten werden könne, sie also nicht an dessen physische Gegenwart gebunden sei. Durch diese Abstraktion von der unmittelbaren Beziehung wurde das hierarchische Moment gleichwohl verstärkt – der Lehrer war nun immer gegenwärtig, auch wenn die Stellvertreter in entfernteste Gebiete entsandt wurden. Außerdem war es nur noch ein kleiner Schritt, die Verbindung zu neuen Schülern aufzunehmen, ohne sie je gesehen zu haben – traditionell unmöglich –, und von da aus lag die Möglichkeit nicht mehr fern, die Bande auch jenseits der Todesgrenze aufrechtzuerhalten oder gar zu knüpfen.²⁵⁹ Dadurch wurde der Orden einerseits außerordentlich flexibel, auch was seine systematische Verbreitung in den urbanen Zentren betraf, andererseits konnten sich Organisationsformen etablieren, die ohne die

²⁵⁶ Jonker 2002, 30.

²⁵⁷ Die Auseinandersetzung darüber, was Erneuerung bzw. „Reform“ heißt, zieht sich durch die Geschichte bis heute. Während der Begründer des Wahhabismus, Ibn Abd al-Wahhab, seine Erneuerungsbewegung im 18. Jahrhundert auf die Praxis der *Salaf* (der ersten islamischen Gelehrten generationen) und gegen alle „Neuerungen“ (*bida'*) richtete, führen über seinen Zeitgenossen auf dem indischen Subkontinent, den Naqschbandi-Scheich Waliullah ad-Dihlawi (1703 – 1763), direkte Linien zu den orthodox-puristischen „Deobandis“ wie auch zu den stärker durch Volksislam und Heiligenverehrung geprägten „Barelwis“ mit ähnlichen Zielen (und vereint im Widerstand gegen die Kolonisation durch die Briten); vgl. Ghadban 2011, 85 – 99. Das „Darul Uloom“ in der nordindischen Stadt Deoband (Uttar Pradesh) ist nach der ägyptischen Al-Azhar-Universität das zweitbedeutendste Zentrum islamischer Gelehrsamkeit weltweit. Die Barelwis sind ebenfalls sunnitisch-orthodox, in wichtigen Lehrstücken jedoch in Opposition zur Deoband-Bewegung. Der Name (auch: Barelvi) geht auf die nordindische Stadt Bareilly zurück – gar nicht so sehr weit von Deoband entfernt –, wo die Bewegung im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm. Beide Strömungen sind insbesondere in Britannien stark vertreten.

²⁵⁸ Kurde aus dem heutigen Nordirak, der sich in Indien in den Naqschbandi-Sufismus einweihen ließ und diesen dann nach Damaskus und von da aus weit ins Osmanische Reich brachte.

²⁵⁹ Vgl. Jonker 2002, 44.

Anwesenheit des Meisters dennoch den absoluten Gehorsam sicherstellten – eine für den späteren Übergang zu den Laiengemeinschaften entscheidende Weichenstellung.

4.1.2 Süleyman Efendi (1888 – 1959) in seiner Zeit, die Süleyman-Gemeinschaft

Süleyman Hilmi Tunahan wurde 1888 im rumänisch-bulgarischen Grenzgebiet geboren, als der Zusammenbruch des Osmanischen Reichs auf dem Balkan fortgeschritten war. Seine erste Unterweisung erhielt er von seinem Vater, einem Naqschbandi-Scheich. Er studierte in Istanbul und lehrte an den bedeutenden osmanischen Medresen die islamischen Wissenschaften. Die Gründung der Republik 1923 hatte verheerende Folgen für das religiöse Establishment. Die Traditionsschulen wurden aufgelöst, die Sufiorden 1925 verboten, die Tekken (Zentren der Sufibruderschaften) geschlossen, die Moscheen unter Staatsaufsicht gestellt und das religiöse Personal entlassen. In dieser Situation erwies sich die Naqschbandiyya als vergleichsweise widerstandsfähiger als viele andere Orden, da sie mit ihrer Fokussierung auf die Befolgung der Scharia und den schweigenden *Dhikr* von der Zerstörung äußerer Strukturen nicht so schwer getroffen wurde. Die Praxis konnte im Stillen weitergehen, die Strukturen der Bruderschaft blieben weitgehend intakt. Die Khalidiyya wurde durch die brachiale Marginalisierung weiter politisiert und brachte die wichtigsten Gegner des laizistischen türkischen Staates hervor.²⁶⁰ Ihr Einfluss auf die türkische Gesellschaft und Politik kann kaum überschätzt werden. Ihre Ideen haben praktisch alle politisch relevanten sozialen Bewegungen in der heutigen Türkei mitgeprägt. In den 1960er Jahren kristallisierte sich der Widerstand der Religiösen im Naqschbandi-Umfeld der İskenderpaşa Moschee im konservativen Istanbul Stadtteil Fatih. Hier laufen die Fäden des türkischen Islamismus zusammen, über Jahrzehnte zusammengehalten und gezogen von dem Naqschbandi-Khalidi Scheich Mehmed Zahid Kotku (1897 – 1980), dem Lehrer Necmettin Erbakans.²⁶¹ Bis heute gehören türkische Spitzenpolitiker zu dieser Gemeinschaft oder stehen ihr nahe. Nicht nur Erbakan kommt aus dem Kreis um Kotku (s. 3.3.1), auch Süleyman Demirel, Turgut Özal, Recep Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül, Abdülkadir Aksu (der erste AKP-Innenminister), Beşir Atalay (ab 2007 bzw. 2011 einige Jahre Innenminister bzw. stellvertretender Ministerpräsi-

²⁶⁰ Vgl. ebd., 58.

²⁶¹ Kotku „ist der Wegbereiter des politischen Islam in der Türkei. Zwar ist er offen für moderne Wissenschaften und Technik, doch lehnt er die westliche Kultur radikal ab. Im Stil der antikolonialen Bewegungen der Zeit fordert Kotku, dass sich die Türkei von der ‚Sklaverei‘ des Westens befreien und wirtschaftlich unabhängig werden müsse. Und er will den Sturz der Kemalisten – allerdings nicht durch eine Revolution, sondern durch Evolution. Die Muslime sollten sich bemühen, an die Spitze der ‚sozialen und politischen Institutionen zu gelangen, um die Kontrolle über die Gesellschaft zu übernehmen‘, predigt Kotku seinen Schülern“ (Rogg 2017, 65f). Vgl. Seidel u. a. 2001, 94 – 98. Siehe auch oben 3.3.1 bei Fußnote 168.

dent) oder der Chef der Saadet-Partei, Temel Karamollaoğlu, gehören dazu. Auch der AKP-Politiker Bülent Arınç hat einen Naqschbandi-Hintergrund.²⁶²

Doch zurück zu Süleyman. Er schloss sich nicht direkt der Khalidiyya an, sondern einer Linie, die anstatt auf gesellschaftliche Einmischung auf die Bewahrung des religiösen Erbes setzte. Angesichts der kemalistischen Revolution, die in seinen Kreisen als der Untergang der bisherigen (religiös-kulturellen) Welt empfunden wurde, bedeutete dies für ihn insbesondere Vermittlung von Grundkenntnissen in Bezug auf den Koran, islamische Werte wie Verhaltensregeln, Geschlechterordnung von Mann und Frau sowie das intermediäre Lehrer-Schüler-Verhältnis. Da er – zunächst relativ isoliert und mit wenig Resonanz – als Wanderlehrer auf dem Land häufig mit wenig Gebildeten oder Analphabeten zu tun hatte, entwickelte er ein neues Lehr- und Lernsystem, das auf die Alphabetisierung und die Vermittlung von zentralen Auszügen der Naqschbandi-Literatur in möglichst kurzer Zeit abzielte und bis heute erfolgreich angewendet wird. Die einzige schriftliche Hinterlassenschaft Süleyman Efendis ist eine wenige Seiten umfassende Anleitung zum schnellen und effektiven Erlernen der arabischen Schrift, die in der Türkei 1928 verboten worden war. 1936 trat er in die Nachfolge seines Meisters als die Nummer 33 in der Naqschbandi-Genealogie (gemäß der Süleyman-Gemeinschaft), womit die Reihe zugleich abgeschlossen wurde, da Süleyman Efendi keine weiteren Nachfolger einsetzte. Die Übertragungslinie kam damit zum Ende, es blieb die spirituelle Bindung aller künftigen Schüler an Süleyman. So wurde aus dem Sufiorden eine Laiengemeinschaft, in der die Verantwortung für die Weitergabe des religiös-kulturellen Erbes (in der Gestalt der Naqschbandiyya mudschaddida) auf einmal bei sehr vielen lag. Diese rückten das Studium der religiösen Wissenschaften noch mehr ins Zentrum und entwickelten ein Sendungsbewusstsein, das vor dem Hintergrund der aggressiven Religionspolitik der Türkei zu verstehen ist.²⁶³ Es orientiert sich am spätosmanischen Gesellschaftsideal einer Einheit von Religion und Gesellschaft.

Auf die Frage, ob die Süleyman-Gemeinschaft noch zum Sufismus gehört, kann man unterschiedliche Antworten hören. Die Gemeinschaft betrachtet sich als Erbe einer sufischen Tradition, die sich die Erfahrungen Ahmad Sirhindis mit der Nüchternheit der strengen Nachahmung Muhammads im Zentrum des Lebenswandels zu eigen gemacht hat. Methodische Lebensführung anstelle von Ekstase – in der Perspektive dieser Auslegung der Naqschbandiyya-Khalidiyya stellt das keinen Widerspruch zum sufischen Erbe dar, im Gegenteil. Das Gottesgedenken *Dhikr* ist Stütze und Hilfsmittel, um den

²⁶² Vgl. Seidel u. a. 2001, 95f.

²⁶³ Die Süleyman-Gemeinschaft versteht ihr Bildungsangebot als *Hizmet*, als (religiösen) Dienst an der islamischen Gemeinschaft (vgl. Jonker 2002, 184 und 202). Jonker 2002, 76, fasst die zukunftsweisende Transformation der Institution des Scheichs so zusammen: „Auf diese Weise, mit Hilfe einer tiefgreifenden Erneuerung der Ordenstradition, entwickelte Süleymans Lehrtätigkeit sich tatsächlich zu einem Schlupfloch, durch das die intermediäre, vom Staat unterdrückte Auffassung vom Glauben sich letztendlich zu retten wusste.“

rituellen Alltag und die Wahrnehmung der religiösen Pflichten zu erleichtern.²⁶⁴ Ein zentrales Gebetsritual ist der *Khatm ul-Khwajagan* (*hatmi hwajagan*), das „Siegel der Meister“, das tausende Anrufungen Gottes, Bittgebete und Koranrezitationen umfasst. Besonders wichtig sind die Suren 1, 112 und 94. Die Gebete und Anrufungen knüpfen, wenn sie eingebettet sind in ein Leben nach den Regeln der Scharia, das „Band der Liebe“ zwischen Gott und Mensch, es entsteht so etwas wie „eine Wellenlänge zu Gott“.²⁶⁵ Es wird die geistig-geistliche Kraft vermittelt und untereinander gestärkt, die das Charisma des Meisters in der Gemeinschaft lebendig erhält, die Gott näherbringt, die heilsam ist, die die Gemeinschaft zusammenhält und motiviert, gleichsam der wichtigste Kern der religiösen Kommunikation: *maneivat*, arab. *maʿnawiyyāt*, „Geist, moralische Kraft“. Im Prinzip hat jede und jeder Zugang zu den Gebetskreisen, doch längst nicht alle – „höchstens zehn Prozent der Besucher“²⁶⁶ – nehmen daran teil.

Erst ab den 1950er Jahren fand die Ausbreitung der privaten religiösen Bildungseinrichtungen in der Türkei in einem legalen Rahmen statt, wenn auch über Jahrzehnte weiterhin beargwöhnt. Nach dem Tod Süleymans wurde sein Schwiegersohn Kemal Kaçar mit der Führung betraut. Mit organisatorischer Weitsicht konsolidierte er die Bewegung. Seit den 1960er Jahren wurden 1800 Studentenwohnheime und Internate gegründet, und von Istanbul aus wurde das weltweit wachsende Netzwerk der Gemeinschaft begleitet. Übrigens gilt zwar Geschlechtertrennung und Männerdominanz, doch ist es bemerkenswert, dass die Frauen im Prinzip die gleichen Möglichkeiten der religiösen und theologischen Bildung haben wie die Männer.²⁶⁷ Ansonsten waren die Aktivitäten der Süleyman-Gemeinschaft indes auf Beharrung ausgerichtet und blieben damit dem fundamentalistischen *Tadschdid*-Verständnis Ahmad Sirhindis treu.²⁶⁸ Den Säkularisten mussten sie zwangsläufig als gegen den Staat gerichtet erscheinen, was immer wieder zu scharfen bis hin zu verzerrenden Urteilen geführt hat.

4.1.3 Die Süleyman-Gemeinschaft in Deutschland

Zu den ersten Anfängen in Deutschland gibt es differierende Aussagen. Der Turkologe Karl Binswanger weiß von der Beteiligung des Muslimbruders Yusuf Zeynelabidin zu berichten, der 1976 erster Präsident der neu gegründeten Türkischen Union Europa e. V.

²⁶⁴ Vgl. ebd., 217.

²⁶⁵ Ebd., 227; daher der Titel von Jonkers Buch: „Eine Wellenlänge zu Gott“. Ausführliche Erläuterungen zum Ritual und seiner Bedeutung ebd., 207 – 229; Dokumentation der Gebetsabfolgen verschiedener Naqschbandi-Richtungen im Vergleich dort 277f.

²⁶⁶ Ebd., 211.

²⁶⁷ Dies geht darauf zurück, dass Süleyman – ursprünglich als Notlösung mangels Schüler – seine beiden Töchter unterrichtete. Vgl. ebd., 68 – 71.

²⁶⁸ Vgl. dazu aufschlussreich auch mit Blick auf gegenwärtige pädagogische Konzepte: ebd., 179 – 206 (Kap. 6 „Der Daʿwa-Auftrag“).

(später AMGT/IGMG) und 1979 Vorsitzender des in das Umfeld der muslimbruderschaftsnahen Gruppierungen gehörenden Islamischen Zentrums Köln wurde: „Die einzige türkische Organisation, die sich der ‚Exilanten‘ annehmen wollte, war der Derrisch-Orden der Süleymanli. Es kam für den MB-Funktionär Dr. Yusuf Zeyn al-Abidin selbst überraschend, als ihn die Ordensführung in Istanbul bat, doch eine Filiale der Süleymanli im Bundesgebiet aufzuziehen. Abidin wurde für die Pioniertat ausgewählt, weil er gute Beziehungen zu MB-Sympathisanten in den Ölstaaten hatte, die der Orden über ihn um finanzielle Unterstützung anzapfen wollte. Um sich selbst – und damit die Verbindung der Süleymanli zu MB – bedeckt zu halten, tauchte Abidin bei der vereinsrechtlichen Anmeldung des ‚Islamischen Kulturzentrums Köln‘ (15.9.1973, Vereinsregister Köln, VR 6851) gar nicht erst auf.“²⁶⁹ Laut Eberhard Seidel, Claudia Dantschke und Ali Yıldırım war Zeynelabidin immerhin 18 Monate lang der erste Hauptimam (Vorsitzende) des Kölner Kulturzentrums.²⁷⁰ Vertreter des VIKZ heute weisen eine solche Darstellung zurück. Zeynelabidin sei wohl in den Kreisen damals bekannt gewesen, es sei aber nirgends belegt, dass er an der Gründung des VIKZ(-Vorläufers) beteiligt gewesen sei. Eine Nähe des VIKZ zur Muslimbruderschaft bestehe in keiner Weise, weder historisch noch gegenwärtig.

Das Islamische Kulturzentrum Köln e. V. (IKZ) war die erste islamische Organisation in Deutschland auf Bundesebene und bis zur Entstehung der DİTİB die größte. Im Jahr 1979 stellte der Verein zum ersten Mal einen Antrag auf Erlangung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.²⁷¹ Die Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen schienen gut, politische und gesellschaftliche Akteure waren positiv gestimmt. In dieser Situation startete der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), angestoßen von einzelnen linken türkischen Gewerkschaftsmitgliedern, eine Kampagne gegen das IKZ. Die Süleymanisten seien eine Sekte, ultrarechts, reaktionär, ihr „offener religiöser Terror“ und die extremistischen Absichten, einen islamischen Staat zu errichten, müssten verhindert werden. Schon damals schlug also die politische Lage in der Türkei, in der Laizisten und die damals (noch) streng kemalistisch orientierte staatliche Diyanet auf eben solche Weise gegen konservative religiöse Kräfte vorgingen, unmittelbar in Deutschland durch.²⁷² In der deutschen Öffentlichkeit wuchsen das Misstrauen und die Ablehnung,

²⁶⁹ Binswanger 1990, 141 (vgl. auch 43), allerdings ohne weiteren Beleg; s. auch oben 3.3.1 (Geschichte der IGMG) und unten 5.4.1 (Islamisches Zentrum Köln). Yusuf Zeynelabidin soll Europarepräsentant der Muslimbruderschaft und führende Kraft hinter der Etablierung von VIKZ, Milli Görüş und der Vorgängerorganisation des ZMD gewesen sein. Was damals genau vor sich ging, müsste eigens untersucht werden, was im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden konnte.

²⁷⁰ Vgl. Seidel u. a. 2001, 86. Als Zeynelabidins Nachfolger ernannte das Oberhaupt der Gesamtorganisation, Kemal Kaçar, Harun Reşit Tüylüoğlu (zu ihm auch unten 4.3).

²⁷¹ Seit dieser Zeit bestehen die Bestrebungen zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen.

²⁷² Extreme linke und extreme rechte Gruppen terrorisierten die Türkei Ende der 1970er Jahre, 1980 kam es zum Putsch. Der VIKZ stellte 1994 erneut einen Antrag auf Anerkennung als KdöR.

das Projekt der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts misslang, in vielen späteren Publikationen zum Islam in Deutschland bezog man sich auf die vom DGB verbreiteten Aussagen.²⁷³

Im Juni 1980 wurde der Verein in Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. umbenannt und zu einem zentralistisch strukturierten Dachverband der zahlreichen lokalen Islamischen Kulturzentren, die als Außenstellen der Zentrale fungierten, ausgebaut. 1986 war der VIKZ Gründungsmitglied des Islamrats, dem er bis April 1988 angehörte. Im selben Jahr bildete sich als loser Interessenzusammenschluss der größeren Organisationen der Islamische Arbeitskreis in Deutschland (IAK), aus dem sich 1994 der Zentralrat der Muslime (ZMD) bildete. Mit dabei der VIKZ, der dann auch von 1994 bis zu seinem Austritt im August 2000 der größte Mitgliedsverband des ZMD war.

Zwischen 1995 und 2000 gab es während der Amtszeit und auf Initiative des Kölner Hauptimams und deutschen VIKZ-Präsidenten Nurettin Akman eine kreative Phase der Öffnung in die Gesellschaft hinein. Akman wollte den VIKZ wirtschaftlich selbständig machen und setzte sich mit Nachdruck für die gesellschaftliche Anerkennung ein, immer mit dem Ziel der Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Unter dem Slogan „Normalisierung statt Isolierung“ stärkte er die regionalen Verantwortlichen, die Landesverbände sollten eigenständiger werden und sich öffnen, aus dem „Islamischen Bildungswerk für Frauen“ entstand 1998 die „Islamische Akademie Villa Hahnenburg“ (ISLAH) in Köln-Buchheim als Brücke zur Mehrheitsgesellschaft – mit einer Frau und einem Mann an der Spitze (Nigar Yardım und İsmail Birol)! Vielen ging das freilich zu schnell und orientierte sich an falschen Zielen. Akmans Öffnungspolitik hatte nicht wenige Gegner innerhalb der Bewegung. Die Kritik machte sich vor allem an der Außenkommunikation fest und an der Frage, welche Aufgaben Frauen übernehmen können und welche nicht, zumal in der Öffentlichkeit. Als Kemal Kaçar am 17. Juni 2000 nach vierzig Jahren an der Spitze der Gesamtorganisation starb, trat der Süleyman-Enkel Arif Ahmet Denizolgun²⁷⁴ (1955 – 2016) an seine Stelle. Der neue Chef stoppte den Öffnungsprozess sofort, in praktisch allen Bereichen wurden die neuen Entwicklungen rückgängig gemacht, alle regionalen Führungskräfte ausgewechselt, die eben erst eröffnete Islamische Akademie geschlossen. Das Kerngeschäft sei vernachlässigt worden, die Aufgabe der Organisation sei es, „die Seelen türkischer Kinder zu retten“, und nicht, mit der europäischen Gesellschaft zu kommunizieren. Daraufhin (ab 2003) setzte man auf die Einrichtung von Schülerwohnheimen. Der VIKZ trat aus dem Zentralrat aus.

²⁷³ Vgl. Jonker 2002, 91 – 100.

²⁷⁴ Anstelle von Denizolgun ist gelegentlich (falsch) Denizoglu(n) oder Denizoğlu zu lesen.

Diese drastische Wende verursachte nicht nur erneute Unruhe in der Gemeinschaft, sie sorgte auch für Enttäuschung und Ratlosigkeit bei den externen Partnern und in der Öffentlichkeit. Alle Seiten hatten mit den neuen Entwicklungen große Hoffnungen verbunden. Von „Rückzug in geschlossene Zirkel“, „Neigung zur sozialen Schließung“, „religiöser Introvertiertheit“ und Ähnlichem war häufig die Rede.

Negative Schlagzeilen machte der VIKZ in den darauffolgenden Jahren mit zwei Themen: Einmal mit dem Verdacht auf finanzielle Unregelmäßigkeiten (Steuerhinterziehung); 2005 gab es Durchsuchungen, Teile des Vorstands wurden in Untersuchungshaft genommen. Der VIKZ bestritt die Vorwürfe. Nach Zahlung einer hohen Geldsumme wurde das Verfahren gegen den Verband eingestellt.²⁷⁵ Man reagierte mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung des Verbandes, die sich in vereinsrechtlicher Hinsicht in der Selbständigkeit der bisherigen Zweigstellen niederschlug.²⁷⁶ Zum anderen mit dem Thema Schülerwohnheime, in denen Kinder und Jugendliche ab etwa zehn Jahren in der Schulbildung unterstützt und in eine konservative Religionsausübung eingeführt werden (dazu unten mehr).

Seit Beginn der Deutschen Islamkonferenz 2006 hat der VIKZ durchgehend aktiv am staatlichen Islamdialog teilgenommen. In den letzten Jahren konnte beobachtet werden, dass er sich durchaus immer wieder in einer gewissen Allianz mit DİTİB und IGMG mit der politischen Linie der Türkei solidarisierte (etwa nach der Verabschiedung der Resolution zum Genozid an den Armeniern im Bundestag und dem kurz darauf erfolgten Putschversuch in der Türkei 2016), auch wenn er sich offiziell jeder politischen Parteinahme enthält und entsprechend zurückhält.

Haupt der Süleymanlı-Gesamtorganisation ist seit 2016 Alihan Kuriş, ein Nachfahre Süleyman Hilmi Tunahans und eine angesehene Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft.

Über Hamburg und Bremen hinaus ist der VIKZ nach religionswissenschaftlicher und rechtlicher Begutachtung beispielsweise in Rheinland-Pfalz als Religionsgemeinschaft anerkannt.²⁷⁷

²⁷⁵ Der Kölner Stadt-Anzeiger vom 11.4.2008 nennt 15 Millionen Euro, www.ksta.de/das-grosse-misstrauen-13082652.

²⁷⁶ Vgl. Wunn 2007, 81.

²⁷⁷ „Der VIKZ stellt sich auch heute – wie bereits in der Begutachtung 2014 – als Religionsgemeinschaft i.S.v. Art. 7 Abs. 3 GG dar, die geeignet ist, den Religionsunterricht inhaltlich auszuformen und durchzuführen.“ Stefan Muckel, Ergänzendes Rechtsgutachten zur Eigenschaft des DİTİB-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, der Schura Rheinland-Pfalz Landesverband der Muslime, des Verbandes der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) und des Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) Bundesverbandes als Religionsgemeinschaften im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG, August 2018, 73 (<https://mwwwk.rlp.de/fileadmin/mbwwwk/Presse/Anlagen/Muckel-Ergaenzendes-Gutachten-2018-Endfassung-2018-08-13-mit-Schwaerzung-Seite31bearbeitet.pdf>).

4.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten

4.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele

Der VIKZ „ist ein im sozialen und kulturellen Bereich tätiger gemeinnütziger Verein und eine islamische Religionsgemeinschaft im Sinne des Artikels 140 GG, der seine Aktivitäten nach geltendem Recht ausübt“²⁷⁸. Ziel und Zweck der Verbandsarbeit ist „die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung von Muslimen in Deutschland“, vor allem deren Unterweisung im islamischen Glauben sunnitisch-hanafitischer Ausprägung. Der VIKZ versteht sich als „überparteilich“ und unpolitisch, mit anderen islamischen Religionsgemeinschaften gibt es eine Zusammenarbeit in gemeinsamen religiösen Belangen, wo es die Umstände erforderlich und sinnvoll erscheinen lassen.

4.2.2 Organe, Mitglieder, Landesverbände

Vorstand,²⁷⁹ Delegiertenversammlung; die Delegierten werden von den Landesverbänden entsandt und wählen die Gremien auf Bundesebene.

Dem VIKZ sind bundesweit etwa 300 selbständige Moschee- und Bildungsvereine (mit 160 eigenen Liegenschaften)²⁸⁰ angeschlossen. Die Mitgliederzahl wird mit rund 22 000 angesetzt, die der Gemeindeangehörigen (wohl die Personen, die in den Moscheegemeinden erreicht werden) mit 100 000.²⁸¹

Die Moschee- und Bildungsvereine sind weitgehend unabhängige eingetragene Vereine, die sich über einen „Fördervertrag“ an den Bundesverband binden. Nach Möglichkeit ist der Bundesverband Eigentümer der Immobilien, der sie dann an die Ortsvereine vermietet.

Die VIKZ-Vereine heißen typischerweise „Kulturverein zur Integration und Bildung“, „Kulturzentrum der Deutsch-türkischen Integration und Islamischer Bildung“, „Türkischer Integrations- und Bildungsverein“, „Verein zur Förderung der Integration und Bildung“, „Bildungs- und Kulturverein“, „Integrations- und Bildungszentrum“ oder ähnlich, häufig mit der Angabe des Ortsnamens.

²⁷⁸ www.vikz.de/index.php/ueber-uns.html.

²⁷⁹ Ali Yılmaz (Präsident), Kazım Per (Vize-Präsident), Seyfi Öğütü (Vize-Präsident), Tahsin Yazgan (Generalsekretär), Murat Can (Schatzmeister) und Memduh Şen (Vorstandsmitglied).

²⁸⁰ Vgl. Rohe 2016, 135.

²⁸¹ Zahlen sind meist schwierig zu bekommen und abzugleichen, so auch in diesem Fall. Für 1997 notiert Lemmen 125 Niederlassungen der Schwesterorganisationen in anderen europäischen sowie außereuropäischen Ländern (Lemmen 2001, 63).

Es bestehen neun VIKZ-Landesverbände. Bis auf den Landesverband „Norddeutschland“ sind diese an den alten Bundesländern orientiert, im Osten gibt es fast keine Gemeinden und daher auch keine Landesverbände.

4.2.3 Aktivitäten in Auswahl

Neben den religiösen Angeboten im engeren Sinne – Bereitstellung von Gebetsstätten, Freitagspredigten, Organisation von Pilgerreisen nach Mekka (seit 2009 durch das haus-eigene Reisebüro Econom-GmbH bzw. Hisar Europe Travel GmbH), Produktion von Halal-Lebensmitteln durch die Tuna Food GmbH,²⁸² Bestattungshilfe (der VIKZ Sterbefonds gGmbH „Cenaze“ ist eine gemeinnützige Organisation) u. Ä. – macht auch der VIKZ viele Angebote im sozialen und kulturellen Bereich.

Schon in den 1980er Jahren erkannte der VIKZ die Notwendigkeit eines Wohlfahrtsverbandes für Muslime. 1985 wurde der Islamische Wohlfahrtsverband e. V. gegründet, um als Träger sozialer Einrichtungen fungieren zu können.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf dem religiösen Bildungssektor. Die Imame für die Moscheevereine werden mit einem eigenen, traditionell ausgerichteten Curriculum ausgebildet, die Männer in Köln, die weiblichen Hodschas (Theologinnen) in Bergisch Gladbach. Die seit den 1980er Jahren bestehende reguläre Imamausbildung dauert sechs Jahre. Sie besteht aus einem Basiskurs in der lokalen Moschee, mehreren Stadien bis zu einem Theologiestudium am Kölner Ausbildungszentrum und nach Möglichkeit einem Abschlussjahr in Istanbul.²⁸³

1995 erfolgte die Gründung des Islamischen Bildungswerks e. V. in Köln mit dem Ziel, Familien- und Erwachsenenbildung für Muslime und Nichtmuslime anzubieten.²⁸⁴ In Trägerschaft des Islamischen Bildungswerks konnte Anfang 1999 die Islamische Akademie Villa Hahnenburg (ISLAH) in Köln-Buchheim (nicht Mülheim) ins Leben gerufen werden, die erste Erwachsenenbildungseinrichtung im Stil einer Akademie auf Initiative von „ehemaligen türkischen Gastarbeitern und ihren Kindern“.²⁸⁵ Das Akronym ISLAH bedeutet, als arabisches Wort gelesen, „Reform“ oder „Verbesserung“. In die Akademie wurden große Hoffnungen gesetzt, nicht zuletzt vonseiten der Dialogpartner des VIKZ

²⁸² Tuna türk., „Donau“; früher „Merkez Handels GmbH für Konsumgüter“.

²⁸³ Vgl. Jonker 2002, 124. Eine Skizze über Ablauf und Inhalte des Curriculums s. ebd., 273 – 275. S. auch Fußnote 289.

²⁸⁴ Zuerst als „Islamisches Bildungswerk für Frauen“. Nicht mit dem gleichnamigen ZMD-Mitglied (in den Räumlichkeiten der DMG/IGD) zu verwechseln.

²⁸⁵ Vgl. Yasemin Karakaşoğlu-Aydin, Vom Korankurs zur Akademie. Die Islamische Akademie Villa Hahnenburg des Verbandes Islamischer Kulturzentren, in: Günter Seufert/ Jacques Waardenburg (Hg.), Turkish Islam and Europe. Europe and Christianity as reflected in Turkish Muslim discourse & Turkish Muslim life in the diaspora, Papers of the Istanbul Workshop Oct 1996, Beirut Texte und Studien; Türkische Welten Bd. 6, Stuttgart 1999, 323 – 341, Zitat hier: 324.

in Kirchen und Gesellschaft, aber auch von den damaligen treibenden Kräften im VIKZ selbst. Doch die Tätigkeit wurde schon im Sommer 2000 eingestellt, Hintergrund ist der sofortige Stopp aller diesbezüglicher Öffnungstendenzen durch Arif Ahmet Denizolgun unmittelbar nach seinem Amtsantritt (s. o.). In der Villa firmiert heute ein als Träger der freien Jugendhilfe anerkanntes „Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e. V.“ (ZEBIT e. V.), es finden Seminare und Fachtagungen statt, ein Studentenwohnheim ist integriert.²⁸⁶

Als Hauptaufgabengebiet wird die Durchführung von Koran- und Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche betrachtet, wozu das korrekte Erlernen des Gebets, Korankunde, islamisches Recht, Ethik usw. gehören. Das besondere Profil erhält die VIKZ-Bildungsarbeit durch die Einrichtung und Unterhaltung von monoedukativen Schülerwohnheimen für Kinder und Jugendliche ab zehn bis zwölf Jahren. Der VIKZ betreibt bundesweit 25 Internate in der Trägerschaft von Ortsvereinen, vier davon für Mädchen, mit insgesamt ca. 400 Plätzen. Diese sollen Schülerinnen und Schüler (geschlechtergetrennt) bei der allgemeinen Schulbildung unterstützen und ihnen eine ebenso gründliche wie strenge religiöse Bildung angeeignet lassen. Die Jugendlichen gehen in reguläre Schulen, werden in den Wohnheimen dann aber mit Nachhilfe- und Förderunterricht sowie Freizeitaktivitäten begleitet und religiös geschult. Für die religiöse Erziehung ist ein Imam zuständig.²⁸⁷

Der VIKZ beteiligt sich mit anderen muslimischen Dachorganisationen am bundesweiten „Tag der offenen Moschee“ (TOM), der jeweils am Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober) stattfindet. Das ist deswegen insbesondere im Blick auf den VIKZ erwähnenswert, da dieser bei der Entstehung des TOM 1997 als damals größtes Mitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland maßgeblich an der Initiative beteiligt war. Sie fiel nicht zufällig in die Zeit der gesellschaftlichen Öffnung des VIKZ in den Jahren 1995 bis 2000.

4.2.4 Einzelnes

- Die Schülerwohnheime sind immer wieder Gegenstand von öffentlichen Kontroversen gewesen. Zum einen gab es in der Vergangenheit mehrfach Fälle, in denen der VIKZ Schülerwohnheime ohne Genehmigung in Betrieb genommen haben soll. Zum anderen standen und stehen über Konzept und Ausrichtung der Internate nahezu gegensätzliche Einschätzungen im Raum. Eine Studie der Turkologin Ursula Spuler-Ste-

²⁸⁶ Nach eigenen Angaben, www.villahahnenburg.de. Die Villa gehört nach wie vor dem VIKZ, die Darstellung der Geschichte auf der Homepage erwähnt die ISLAH mit keinem Wort.

²⁸⁷ Elternbeitrag etwa 150 Euro, die übrigen Kosten trägt der VIKZ. – Kritische Recherche mit Insiderinterviews: Melisa Erkurt, Süleymans Kinder, www.dasbiber.at/content/sueleymans-kinder, 6.2.2017.

gemann im Auftrag des Hessischen Sozialministeriums aus dem Jahr 2004²⁸⁸ kommt laut damaligen Presseberichten zu dem Ergebnis, die Schülerwohnheime ermöglichten dem VIKZ eine nahezu totale Einflussnahme auf die Jugendlichen zur Einübung in die traditionelle schariaorientierte Religionspraxis mit einem Ausbildungsziel, das die Integration sogar letztlich unmöglich mache. Der VIKZ rufe gewiss nicht zur Gewalt auf, versuche aber, auf dem Weg der langfristigen Indoktrination eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft herbeizuführen. Die Ausbildung²⁸⁹ lasse keinen Platz für individuelle Freiheiten zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit. Zu einer völlig anderen Einschätzung gelangt die vom VIKZ in Auftrag gegebene empirische Studie „Beten und lernen“ der Erziehungswissenschaftlerin und Migrationspädagogin Ursula Boos-Nünning von der Universität Duisburg-Essen 2010. Die Studie befasst sich unter anderem mit den Konzepten und der pädagogischen Arbeit in den Wohnheimen und stellt fest, dass die zentrale Aufgabe der Wohnheime die Bildungsarbeit sei. Die Motivation der Jugendlichen sei vor allem ein guter Schulabschluss, sie erhielten dort „einen besseren Start in ihr weiteres Leben“. Die Jugendlichen würden weder religiös noch politisch indoktriniert, es gebe zahlreiche Integrationsansätze. Allerdings hätten viele der überwiegend türkischstämmigen Schüler kaum deutsche Freunde, und Defizite gebe es u. a. bei der Vermittlung von Medienkompetenz.²⁹⁰

- Baustart für eine neue Verbandszentrale in Köln-Müngersdorf soll im Frühjahr 2019 sein, die Fertigstellung ist für 2022 geplant. Auf 16 000 Quadratmetern Nutzfläche sollen neben einer Moschee und Räumen für die Verwaltung und Tagungen sowie die Imam-Ausbildung auch Wohneinheiten für Studenten und ein Gästehaus entstehen. Zu dem mit rund 70 Millionen Euro veranschlagten Komplex werden auch ein Restaurant, eine Bibliothek und Läden für Dienstleister gehören.²⁹¹
- Der VIKZ wird nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.

4.3 Einschätzungen

Sufismus = moderater Islam: So pauschal und falsch diese Gleichung ist, so sehr spielt sie doch in die Gefühlslagen hinein und unterschwellig durchaus auch in Einschätzungen im christlich-muslimischen Dialog eine Rolle. Denn Sufismus wird mit Mystik gleichgesetzt und diese häufig als eine Art religiöses Urphänomen betrachtet, das – im Gegensatz

²⁸⁸ (Unveröffentlichtes) Gutachten zum Verband der islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) unter besonderer Berücksichtigung von Wohnheimen für Schüler und Schülerinnen in Deutschland, Marburg 2004.

²⁸⁹ Vgl. die Skizze bei Jonker 2002, 273.

²⁹⁰ Vgl. Harald Biskup, Islamverband indoktriniert Schüler nicht, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 9.7.2010, www.ksta.de/12077020.

²⁹¹ Vgl. www.ksta.de/koeln/verband-islamischer-kulturzentren-neue-hauptzentrale-in-koeln-kostet-70-millionen-euro--29914352?dmcid=nl_20180323_29914352 (23.3.2018).

zu dogmatischen Festlegungen – letztlich alle Religionen verbinde. So sucht man nicht selten eine humanistisch orientierte und friedvolle Dimension der Gemeinsamkeit in der „Spiritualität“.²⁹² Unterstützt wird eine solche Sicht vielfach durch mehr oder weniger suggestive Positionierungen, durchaus auch von Fachleuten. Der Sufismus wird dann als die Richtung des Islam beschrieben, die sich um Toleranz und Weltfrieden bemüht, keine Hierarchien kennt und das Individuum stärkt.²⁹³

Ganz so einfach ist es indessen nicht, wie wir auch in diesem Kapitel sehen konnten. Für nicht wenige sufische Richtungen, und dazu gehört die Naqschbandiyya in allen wichtigen Verzweigungen, gilt die konsequente Anwendung der islamischen Schariaregelungen im Alltag wohl nicht als Ziel und Inhalt des rechten Weges, aber doch schlicht als eine Voraussetzung, eben diesen Weg im Gehorsam gegenüber dem Meister bzw. der Linie der Meister zu gehen, an deren Anfang Muhammad steht.

Nun ist nicht jede ernsthafte Befolgung von Schariaregeln im Alltag politisch motiviert und mit unmittelbaren politischen Konsequenzen versehen, aber im Kern ist eine schariakonforme Islamausübung mit den Fragen politischer Natur konfrontiert, die sich aus der Priorität eines göttlichen Rechts gegenüber dem menschlichen Recht, die ja auch gesellschaftliche Normen betrifft, ergeben. Die Scheidung des sufischen vom politischen Islam ist daher nur bedingt möglich. Speziell die Naqschbandiyya-Khalidiyya mit ihren Verzweigungen hat durch Lehre und Praxis in weitreichendem Maße Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik in der Türkei (s. o.).

Ähnlich wie die IGMG steht der VIKZ von seiner Geschichte her ursprünglich in Spannung zum türkischen Staatsislam und hatte erst in der Diasporasituation die Möglichkeit, seine Form der konservativen Religiosität frei zu entfalten. Trotz der durchaus politischen Anteile in der Entstehung und in der grundsätzlichen Formation des Naqschbandi-Sufismus tritt der VIKZ im Vergleich zu DİTİB und IGMG deutlich weniger politisch auf und konzentriert sich stark auf seine Gemeinden und die verbandseigene religiöse Bildung. Er tritt nicht häufig ins Licht der Öffentlichkeit. Es besteht keine institutionelle Verbindung zum türkischen Staat, auch keine formale parteipolitische Türkeibindung. Der VIKZ beschäftigt keine vom türkischen Staat entsandten Imame. Die Süleyman-Gemeinschaft pflegt einen Weg mit mystischen Tendenzen, der die „durch die radikale Modernisierung der Türkei aufgetretenen gesellschaftlichen Brüche im Mutterland heilen sollte. Zumindest in ihrer ursprünglichen Ausprägung sind demnach

²⁹² Vgl. z. B. jetzt neu das Buch von Anselm Grün und Milad Karimi, *Im Herzen der Spiritualität. Wie sich Muslime und Christen begegnen können*, Freiburg i. Br. 2019.

²⁹³ So etwa Ercan Karakoyun, *Die Gülen-Bewegung. Was sie ist, was sie will*, Freiburg i. Br. 2017, 121. Der Sufi-Islam stehe „in schärfstem Widerspruch zur islamistischen Parole der Einheit von Staat und Religion“. Der „moderne, zivile Sufi-Islam“ steht für ihn dem konservativen, autoritären Staats-Islam gegenüber (122f). Bei Karakoyun hat die scharfe Abgrenzung vom „politischen Islam“ die Funktion, die Gülen-Bewegung in möglichst großer inhaltlicher Distanz zur Politik des Staatspräsidenten Erdoğan zu zeichnen (was für die Zeit bis mindestens 2013 definitiv nicht, inhaltlich aber auch darüber hinaus nicht zutreffend ist).

der VIKZ wie die konkurrierenden Gruppen als eine der Kräfte [sic] der türkeiinternen Auseinandersetzung um Laizismus versus Islamismus aufzufassen.²⁹⁴

Ralph Ghadban spricht in schärferer Diktion von der „Sufi-Variante des Islamismus“: „Sie grenzt sich von der profanen Welt ab, stärkt die religiöse Zugehörigkeit durch die Wiederbelebung der Scharia und die religiöse Erziehung. Ihr fernes Ziel ist der islamische Staat, der von selbst zustande kommen wird, wenn die Gesellschaft vorbereitet ist.“ Daher verfolge diese „Variante“ keine direkte politische Tätigkeit, sondern bevorzuge die „Missionsarbeit“.²⁹⁵

Im Naqschbandi-Sufismus wird neben der Nüchternheit auch die Zurückhaltung betont. Unpolitisch war der VIKZ allerdings nicht immer. Politisch geprägte Veranstaltungen unterschiedlicher Art fanden in der frühen Zeit statt.²⁹⁶ Anfang der 1980er Jahre gab es einen Eklat aufgrund der Äußerungen des VIKZ-Hauptimams Harun R. Tüylüoğlu, der die Unvereinbarkeit eines muslimisch gerechten Lebens mit Kontakten zur deutschen Gesellschaft postulierte.²⁹⁷ Nach heftigen Reaktionen entschuldigte sich das Oberhaupt der Gesamtorganisation in der Türkei, damals Kemal Kaçar, schriftlich. Den Imamen des VIKZ wurden politische Äußerungen untersagt.²⁹⁸

Immer wieder werden Abschottungstendenzen beklagt, eine Unterstützung der Ausbildung einer in Deutschland beheimateten Theologie und der hiesigen Imamausbildung an Universitäten ist nicht erkennbar. Es ist deutlich, dass der Fokus hingegen auf der Ausbildung einer türkisch-islamischen Identität mit stark nationaler Note liegt. Von daher passt die beobachtbare Annäherung an die (heutige) AKP-Linie bzw. an DİTİB (und Milli Görüş) ins Bild, mit der die theologischen Grundlagen ohnehin weitgehend geteilt werden. Offenbar kann sich der VIKZ in der Konvergenz der Anliegen der unterschiedlichen islamischen und national(ist)ischen Strömungen in der gegenwärtigen Türkei durchaus wiederfinden. Dabei wird der Verband innerislamisch von vielen – noch mehr von türkisch-säkularistischer Seite – als exklusive Vereinigung, ja als „Sekte“ wahrgenommen. Die Schüler- und Studentenwohnheime werden von manchen Beobachtern skeptisch bewertet, was das pädagogische Konzept und die religiöse Bildung angeht. „Integration“ steht in vielen Vereinsnamen, aber es gibt doch einige Indizien, die in der Sache Defizite anzeigen, wie beispielsweise eine nur schwache Öffnung der Heime zur Mehrheitsgesellschaft.²⁹⁹

²⁹⁴ Wunn 2007, 71.

²⁹⁵ Ghadban 2011, 152.

²⁹⁶ Vgl. Seidel u. a. 2001, 80.

²⁹⁷ Tüylüoğlu war der Nachfolger von Yusuf Zeynelabidin als Hauptimam, s. o. bei Fußnote 270.

²⁹⁸ Vgl. Yasemin Karakaşoğlu-Aydın, Vom Korankurs zur Akademie (s. Fußnote 285), 336.

²⁹⁹ Jüngst dazu: Michael Weißenborn, Integration nur ein Lippenbekenntnis, in: Stuttgarter Nachrichten vom 18.1.2019 (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt/muslimische-schuelerheime-integration-nur-ein-lippenbekenntnis.480ae6bd-e07b-4d3e-ae86-ef50b5994da1.html); ders., Koran von früh bis spät?, in: Stuttgarter Nachrichten vom 11.12.2018, 3.

5 Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD)³⁰⁰

Gründung: 1994 (e. V. 1995)

Sitz / Zentrale: Köln

Der ZMD ist ein medial und in der Öffentlichkeit sehr bekannter Verband, zugleich aber der kleinste der KRM-Dachverbände. Er zeichnet sich besonders durch seine ethnische und islamreligiöse („konfessionelle“) Vielfalt aus. So sind neben Türken und Arabern – viele Marokkaner – auch Bosnier, Albaner, Iraner, Afrikaner und selbstverständlich Deutsche darin organisiert, Sunniten ebenso wie Schiiten (!), obgleich Letztere nur einen kleinen Teil der Mitglieder ausmachen. Nach Zahlen stellen zwar wohl auch im ZMD die türkischen Muslime die Mehrheit – der größte Mitgliedsverband ist die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATİB) –, was aber nach außen nicht so in Erscheinung tritt. Der ZMD wird in der Öffentlichkeit als ein stark arabisch und von Konvertiten geprägter Verband wahrgenommen. Deutsch ist die erste Geschäftssprache. Der Vorstand und die Gremien weisen einen beträchtlichen Frauenanteil auf (etwa ein Drittel, so die Homepage).

Durch diese religiös und ethnisch breite, rechtsschulenübergreifende Aufstellung und seine vergleichsweise hervorragende Öffentlichkeitsarbeit ist der ZMD medial deutlich stärker präsent, als es seine Mitgliederzahl vermuten ließe. So vermittelt er häufig den Eindruck, für „die Muslime“ in Deutschland zu sprechen.³⁰¹ Stärker als andere Verbände wird der ZMD mit bestimmten Gesichtern assoziiert. War dies in den Anfangsjahren der erste Vorsitzende, der saudische Arzt Nadeem Elyas, so ist es in den vergangenen Jahren vor allem Aiman Mazyek, der die Politik und die öffentliche Wahrnehmung des Verbandes prägt.³⁰²

³⁰⁰ Vgl. Rohe 2016, 139f; Schirin Amir-Moazami in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 230 – 233 (hauptsächlich zu Islamische Charta und KRM); Wunn 2007, 216 – 222; Lemmen 2001, 123f; Lemmen 2002, 88 – 92; Spuler-Stegemann 2002, 107 – 110.

³⁰¹ „Zentralrat“ mag in Anlehnung an „Zentralrat der Juden“ nach offizieller Vertretung klingen. Schon als die breite Nutzung des Internets noch in den Kinderschuhen steckte, wurde die Domain „islam.de“ reserviert; die Webseite ist „ein Projekt des ZMD“.

³⁰² Aiman Mazyek ist von seiner Herkunft her mit dem Islamischen Zentrum Aachen (IZA) verbunden. Sein Vater, der Syrer Ahmad Mazyek, ist mit einer Deutschen verheiratet und gehörte zur Gründungsgeneration des IZA (s. z. B. www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/bilal-moschee-geistiges-zentrum-fuer-3000-glaeubige-1.979375). Als junger Mensch veröffentlichte Mazyek eigene Gedichte, die teilweise mit brisanten Bildern die Unterdrückung der Palästinenser durch die Juden bzw. durch Israel anklagen (Aiman A. Musaieek [sic!], Junge Islamische Lyrik, hg. von der Islamischen Jugend Aachen, 1991).

Der ZMD hat im Vergleich zu anderen Verbänden sehr eigenständige Mitglieder, kein Mitgliedsverband hat die allein dominierende Stellung. Eine Reihe von ihnen wird den Netzwerken der Muslimbruderschaft zugeordnet oder pflegt Kontakte in deren Umfeld. Aus diesen Gründen werden in diesem Kapitel ausgewählte Mitglieder in Unterkapiteln sowie die Muslimbruderschaft in einem Exkurs thematisiert.

5.1 Zur Geschichte des Verbandes

Der ZMD ging aus dem Islamischen Arbeitskreis in Deutschland (IAK) hervor, der 1988³⁰³ als ein loser, aber durchaus repräsentativer Zusammenschluss islamischer Organisationen ins Leben gerufen wurde und kein eingetragener Verein war. In Sachen Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und Erlaubnis des betäubungslosen Schächstens wollte man damals mit einer Stimme gegenüber der deutschen Öffentlichkeit sprechen. Beteiligt waren die großen türkischen Organisationen einschließlich DİTİB (VIKZ, AMGT, ATİB³⁰⁴, DİTİB), ebenso auch die arabisch geprägten Islamischen Zentren in Aachen, Hamburg und München sowie weitere Vereine. Die AMGT (Milli Görüş, die spätere IGMG) trat im September 1993 aus dem IAK aus, da sie sich für einen Verbleib im Islamrat entschieden hatte, der im Juni 1993 durch eine Änderung seiner Verfassung eine Doppelmitgliedschaft im IRD und in einem anderen Gremium ausgeschlossen hatte. Dadurch war die breite Basis nicht mehr gegeben, zumal auch die DİTİB ausschied, als sich die Festigung der Strukturen abzeichnete und im November 1994 die Umbenennung des IAK in „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ vorgenommen wurde. Am 26. März 1995 wurde der ZMD als Verein eingetragen.³⁰⁵ Damit gab es einen zweiten (Spitzen-)Dachverband neben dem Islamrat, der bereits 1986 gegründet worden war. Ein weiterer herber Verlust im Blick auf die Mitgliederzahlen war der Austritt des VIKZ im August 2000.³⁰⁶ Der VIKZ war nicht nur Gründungsmitglied, sondern seinerzeit auch die größte und bedeutendste Mitgliedsorganisation des ZMD. Weniger als die Hälfte der im ZMD zusammengeschlossenen Moscheegemeinden blieb zurück. Seither ist die Zahl der Mitglieder jedoch mehr oder weniger konstant geblieben. Der ZMD ist Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz. An der zweiten Phase nahm er nicht teil, weil er die Vorgehensweise und Zusammensetzung ablehnte.³⁰⁷ Im Hinter-

³⁰³ Vgl. Lemmen 2001, 123; Rohe 2016 und die Selbstdarstellung (<http://zentralrat.de/2594.php>): 1987.

³⁰⁴ Nach Wunn 2007, 218, kam ATİB erst 1994 dazu, zeitgleich mit dem Austritt der DİTİB.

³⁰⁵ Die Gründung erfolgte „unter saudischem Zutun“, so Grundmann 2005, 60.

³⁰⁶ S. dazu oben 4.1.3 zur Geschichte des VIKZ.

³⁰⁷ Die DIK II sei „ein unverbindlicher Debattier-Club“, <http://zentralrat.de/15833.php>, 12.4.2010. Statt IRD und ZMD nahmen die Türkische Gemeinde Deutschlands (TGD), die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e. V. (IGBD) und der Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZRMd) an der DIK II teil, vgl. Hanna Fülling, Die Deutsche Islam Konferenz – Religion, Politik und Integration, in: Materialdienst der EZW 2/2019, 45 – 53.

grund stand auch der Ausschluss des Islamrats von der DIK aufgrund eines Ermittlungsverfahrens gegen führende Mitglieder der IGMG.

Der ZMD zeigt sich gerne als Ansprechpartner für die Politik. Durch die Krise der DİTİB und die Zunahme der Zahl nichttürkischer, vor allem arabischer Muslime aufgrund der Flüchtlingszuwanderung haben sich die Gewichte zusätzlich zugunsten des ZMD verschoben. Wurde 2011 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch erhoben, dass 67,5 Prozent der Muslime in Deutschland aus der Türkei stammten, machte dieser Anteil 2015 nur noch 50,6 Prozent aus. Als zweitgrößte Herkunftsregion der Muslime in Deutschland gilt inzwischen der Nahe Osten (17,1 Prozent).³⁰⁸

Für den Koordinationsrat der Muslime bedeutet dies zusätzliche Spannungen, die ohnehin schon länger sichtbar sind. Als der ZMD-Vorsitzende Aiman Mazyek nach mehreren islamistischen Anschlägen in Paris im Januar 2015 gemeinsam mit dem Bundespräsidenten und der Kanzlerin vor dem Brandenburger Tor für Religions- und Meinungsfreiheit demonstrierte, fühlten sich die muslimischen Partner übergangen, Rivalitäten wurden offenbar.³⁰⁹

Auch im Zusammenhang der Anfang 2019 anlässlich einer Kölner Konferenz in der DİTİB-Zentrale neu aufflammenden Debatte um einen „Islam deutscher Prägung“ positionierte sich der ZMD in klarer Opposition zu DİTİB. Im Gegensatz zu der Abschlussklärung der Konferenz betonte Mazyek, er würde es „sehr bedauern, wenn die Dİtib nicht die Zeichen der Zeit erkennt und endlich alles dransetzt, sich hin zu einer deutschen Religionsgemeinschaft zu entwickeln“. Selbstverständlich gebe es einen Islam deutscher oder europäischer Prägung.³¹⁰

5.2 Zur Organisation: Strukturen, Aktivitäten, Umfeld

5.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele

Der ZMD versteht sich als „eine Religionsgemeinschaft im Rahmen der deutschen Rechtsordnung“³¹¹, zugleich als „eine Dachorganisation von derzeit 35 muslimischen Dachorganisationen“, wie es in seiner Selbstdarstellung heißt. Der ZMD schließt „klassische islamische Denkschulen (Madhahib) ein, die sich gemeinsam auf die verbindenden

³⁰⁸ Vgl. www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/20161214-studie-zahl-muslime-deutschland.html.

³⁰⁹ S. u. 5.2.8.

³¹⁰ Allerdings waren bei der Kölner Konferenz durchaus Vertreter des ZMD, zumindest von ZMD-Mitgliedern, anwesend und aktiv beteiligt. Vgl. zu dem Anlass oben 2.2.8.

³¹¹ Neu gefasste Satzung vom 13.3.2016, die eine umfangreiche Strukturreform vorsieht mit dem Ziel, die Anerkennung der Landesverbände des ZMD als Religionsgemeinschaften zu erleichtern, <http://zentralrat.de/28128.php>; daraus auch die folgenden Zitate.

und wesentlichen Elemente des Islams geeinigt haben“.³¹² Er „fördert die islamische Religion und verantwortet die allseitige Religionspflege seiner Mitgliedsorganisationen und den (sic) in ihnen organisierten natürlichen Personen“ (§ 3 Abs. 1) und möchte insofern Ansprechpartner für alle Muslime in allen islamischen Angelegenheiten sein, „wobei die [islamische] Lehre die Quelle und das Grundgesetz der Rahmen der Aktivitäten sein sollen“.³¹³ Der ZMD fühlt sich „allen Problemen und Themen der Gesamtgesellschaft gegenüber verpflichtet, das gilt auch für Deutschlands Geschichte und sein Selbstverständnis als Staat in der Welt“³¹⁴. Die Unabhängigkeit von ausländischen Regierungen, Interessengruppen, Parteien, Ideologien und Bewegungen, auch finanziell, wird betont, ebenso wird auf die Islamische Charta positiv hingewiesen.³¹⁵ Hauptsächliche Ziele sind die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts, die Einrichtung und der Ausbau islamischer Lehrstühle sowie Aus- und Weiterbildung von islamischen Gelehrten, Imamen und Lehrerinnen und Lehrern. „Der ZMD verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“ (§ 4 Abs. 1 der Satzung).

5.2.2 Organe³¹⁶

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, drei (laut Satzung zwei) Stellvertretern, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister sowie bis zu vier weiteren Vorstandsmitgliedern/Beisitzern. Vorsitzender ist Aiman Mazyek (im Mai 2016 für dritte Amtszeit gewählt), stellvertretende Vorsitzende sind 1. Nurhan Soykan³¹⁷, 2. Mohammed Khallouk (DIV)³¹⁸ und 3. Mehmet Alparslan Çelebi (ATİB). Generalsekretär ist Abdassamad El-Yazidi (davor war er hessischer ZMD-Landesvorsitzender, von 2010 bis 2013 Vorsitzender des DIV). Schatzmeister ist Hamza Wördemann (Freier Verband der Muslime, FVM), und Beisitzer sind Burhanettin Dag (IZH), Houaida Taraji (Frauenbeauftragte; stellvertretende Vorsitzende der IGD/DMG³¹⁹) und Sadiqu Al-Moullie (davor: Landesvorsitzender Niedersachsen).

Die Versammlung der Vertreter der Mitgliedsorganisationen und Landesverbände (Vertreterversammlung) ist das höchste Entscheidungsorgan des ZMD. Ihr gehören die Vertreter der Mitgliedsorganisationen und Landesverbände an. Sie entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten des ZMD (Satzung § 9).

³¹² Der ZMD hat vorwiegend sunnitische, aber auch einige schiitische Mitgliedsvereine.

³¹³ So Nadeem Elyas in der Wiedergabe bei Wunn 2007, 217.

³¹⁴ Selbstdarstellung <http://zentralrat.de/2594.php>.

³¹⁵ Offenbar als wichtiger Bestandteil bzw. Grundlage des Selbstverständnisses, s. dazu 5.2.7.

³¹⁶ Siehe auch Schaubild Struktur: <http://zentralrat.de/27576.php>.

³¹⁷ September 2010: Rechtsanwältin Nurhan Soykan Generalsekretärin und Vorstandsmitglied ZMD.

³¹⁸ Zu dem Mitgliedsverband DIV, der sich inzwischen aufgelöst hat, s. u. 5.5.

³¹⁹ Letzter Stand, im Internet nicht mehr überprüfbar.

Der „islamische Gelehrtenrat“ mit bis zu 15 Gelehrten ist für religiöse Fragen zuständig. Ihm obliegt gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen und den Landesverbänden die umfassende religiöse Betreuung der Mitglieder (Satzung § 11). Die Gelehrten werden von der Vertreterversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt.

Der Aufsichtsrat zur Beratung und Durchführung bestimmter Projekte wird mit bis zu 13 Mitgliedern besetzt. Laut Satzung (§ 12) werden bis zu acht Mitglieder des Aufsichtsrats von der Vertreterversammlung gewählt und fünf weitere ernannt. Von den zu ernennenden Mitgliedern wird jeweils ein Mitglied durch das Islamische Zentrum Aachen, das Islamische Zentrum Hamburg, das Islamische Zentrum München, das Haus des Islam (Lützelbach) sowie ein Mitglied gemeinschaftlich durch die Deutschen Muslim Ligen (mit Sitz in Hamburg und Bonn) ernannt.

Die Homepage erwähnt einen Beirat, der dem Vorstand zuarbeitet und zu dem „Personen wie z. B. Yusuf Islam [Cat Stevens; F. E.], Murad Wilfried Hofmann, Bodo Rasch oder Nadeem Elyas u. a.“ gehören.³²⁰

5.2.3 Mitglieder

Die häufig erwähnte heterogene Vielfalt unter dem Dach des ZMD weckt in besonderer Weise das Interesse dafür, welche Vereine zu den Mitgliedern des Verbandes zählen. Diesbezüglich hält sich die Organisation allerdings einigermaßen bedeckt. In den frühen Jahren hatte der ZMD längere Zeit weniger als 20 Mitglieder. Eine aktuelle Übersicht über die Mitglieder ist auf der Internetseite nicht vorhanden.³²¹ Laut Selbstdarstellung auf der Homepage ist der ZMD eine Dachorganisation „von derzeit 35 muslimischen Dachorganisationen, Gemeinden und umschließt auch Einzelmitglieder“. Im Dezember 2017 konnte über das Webarchiv folgende Liste mit dem letzten verfügbaren Stand (ca. Anfang 2017) abgerufen werden:³²²

³²⁰ Früher auch Annemarie Schimmel, Abdoldjavad Falaturi, Fatima Grimm, Muhammad Aman Herbert Hobohm (Diplomat a. D. und ehemals Geschäftsführer der König-Fahd-Akademie) u. a. – Zu dem Milieu im Umfeld der Islamischen Zentren München, Aachen und Hamburg („Treffen deutschsprachiger Muslime“), aus dem wichtige Führungspersonen des Islam in Deutschland kamen, s. sehr informativ Meining 2011, 212 – 215 („Das Netzwerk der Konvertiten“).

³²¹ Mit Datum vom 28.10.2016 heißt es an der entsprechenden Stelle: „Aufgrund der erhöhten Sicherheitsmaßnahmen setzen wir die Mitglieder Liste vorerst außer Kraft und bitten bei konkreten Fragen eine Email an unten stehende Adresse zu senden. Wir behalten uns vor, weitere Daten über Vorstände und Namen rauszunehmen und bedauern, dass wir nicht unseren Weg der Transparenz fortführen können, aber die Sicherheit unserer Mitarbeiter und Beauftragten geht vor. – Presse und Öffentlichkeit ZMD.“ Unklar ist allerdings, weshalb die Mitgliederliste sicherheitsrelevant sein soll, die kompletten Angaben zum Vorstand, zu den Spitzen der Landesverbände und zu den Ausschüssen und Beauftragten, die nach wie vor voll sichtbar sind, hingegen nicht.

³²² <http://web.archive.org/web/20160425113213/http://zentralrat.de:80/16660.php> (hier verkürzt wiedergegeben ohne Kontaktdaten).

1. Union der Islamisch Albanischen Zentren in Deutschland (UIAZD)
Vorsitzender: Laurent Ibra; Duisburg
2. Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATIB) Präsident: Herr Ihsan Öner; Köln
3. Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) [inzwischen: DMG]
Herr Samir Falah; München
4. Islamische Gemeinde Saarland e. V. (IGS)
1. Vorsitzender: Youssef Wael; Stellvertreter: Mehdi Harichane; Saarbrücken
5. Deutsch - Islamischer Vereinsverband (DIV - Rhein-Main)
Vorsitz: Abdelkarim Ahroba; Frankfurt a. M.
6. Union des Musulmans Togolais en Allemagne e. V. (UMTA)
Vorsitz: Herr Wali Traore; Eschweiler
7. Vereinigung Islamischer Gemeinden in NRW (VIG); Düsseldorf³²³
8. Freier Verband der Muslime FVM e. V.
Herr Hamza Wördemann (Vorsitzender); Duisburg
9. Deutsche Muslim-Liga Bonn e. V. (DML BONN)
Herr Bashir Ahmad Dultz; Bonn
10. Deutsche Muslim-Liga e. V.
Michael Muhammad Abduh Pfaff; Bad Neustadt an der Saale
11. Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)
Herr Ayatollah Dr. Reza Ramezani; Hamburg
12. Islamisches Zentrum Aachen e. V. (IZA) [Bilal-Moschee]
Herr Dr. Salaheddin Nakdali
13. Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)
Herr Dr. Ahmad Al-Khalifah
14. Islamisches Zentrum Dresden e. V.
Herr Ahmad Asslaoui (Stellv. Vorsitzender)
15. Islamische Gemeinschaft Braunschweig e. V. (IGB)
Vorsitz: Dr. Rafeeq Ahmed
Vorstandsprecher: Dr. Sadiqu Al-Moullie
16. Islamische Gemeinde in Erlangen e. V. (IGE)
Vorsitz: Herr Mohamed Abuelqomsan
17. Stuttgarter Moscheevereine e. V.; Leinfelden-Oberaichen
18. Haus des Islam e. V. (HDI)
Herr Muhammad Siddiq; Lützelbach
19. Islamisches Kulturcenter Halle/Saale e. V.
djamel.amelal@zentralrat.de

³²³ Stand 2015: 30 Moscheen aus NRW.

20. Islamische Gemeinde Penzberg e. V.
Benjamin Idriz; Penzberg
 21. Islamische Gemeinde Frankfurt e. V. Abubakr-Moschee
 22. Muslimische Studentenvereinigung in Deutschland e. V. (MSV); Köln³²⁴
 23. Islamische Arbeitsgemeinschaft für Sozial- und Erziehungsberufe e. V. (IASE)
Herr Dr. Ibrahim Rüschoff; Mainz
 24. Bundesverband für Islamische Tätigkeiten e. V.
Herr Metwali Mousa; Aachen
 25. Haqqani Trust e. V./Osmanische Herberge
Vorsitzender: Scheikh Hassan Dyck; Kall-Sötenich
 26. DMK-Berlin e. V.; Berlin (Mitte)
 27. Inssan e. V.; Berlin
 28. Haus des Orients e. V. HDO; Weimar
 29. Islamische Kurdische Liga e. V. (I.K.L. e. V.)
Vorsitzender: Zana Al Barzanjy; Gelsenkirchen
 30. Islamisches Zentrum Al-Nour Moschee
Vorsitzender: Daniel Abdin; Hamburg
 31. RAHMA e. V. Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familien
Vorsitzender: Hafida El Achak; Frankfurt am Main
 32. Islamisches Informations- und Begegnungszentrum e. V. (IIB e. V.)
Vorsitzender: Jaoid Darsane; Hanau
- Assoziierte Mitglieder:
1. Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland-Zentralrat e. V.
 2. Rat der Imame und Gelehrten (RIG); Frankfurt a. Main
 3. Deutsch-Islamische-Moscheestiftung Düsseldorf (DIMS); Düsseldorf
 4. Deaf-Islam e. V.; Köln
- Gründungsmitglieder:
- Union der Islamisch Albanischen Zentren in Deutschland (UIAZD)
 Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATIB)
 UMSO (aufgelöst)
 UELAM (aufgelöst)
 Bundesverband für Islamische Tätigkeiten e. V.
 Deutsche Muslim-Liga Bonn e. V. (DML BONN)
 Deutsche Muslim-Liga e. V.
 Islamische Arbeitsgemeinschaft für Sozial- und Erziehungsberufe e. V. (IASE)
 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)
 Islamische Gemeinschaft in Hamburg e. V. (IGH)

³²⁴ Im Vereinsregister eingetragen als: Muslim Studenten Vereinigung.

Islamisches Zentrum Aachen e. V. (IZA)
Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)
Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)
Muslimische Studentenvereinigung in Deutschland e. V. (MSV)
Asiye Köhler
Dr. Ayyub Axel Köhler
RA Ralf Büscher
Dr. Nadeem Elyas
Prof. Dr. Abdul Jawad Falaturi (verstorben)

Auf Nachfrage teilte der ZMD 2018 mit, der Verband habe neun Landesverbände (davon einer in Gründung, Hamburg, s. u.) „mit Stimmrecht nach Größe“ und 17 „kulturell gewachsene Mitglieder mit ausschließlichem Stimmrecht im Bund“. ³²⁵ Was „kulturell gewachsene“ Mitglieder sind, erschließt sich aus der Liste nicht. Die zahlenmäßig erhebliche Diskrepanz in den Angaben Anfang 2017 und Mitte 2018 ist ebenfalls erklärungsbedürftig. Sind auf der Grundlage der Mitgliederangaben von 2017 32 Mitglieder plus vier assoziierte Mitglieder (und wenige Einzelpersonen, die zu den Gründungsmitgliedern zählen) zu verzeichnen, so wären es 2018 nur etwas mehr als die Hälfte. ³²⁶ Etwa 300 Moscheegemeinden sollen dem ZMD angehören. Der Verband vertritt weniger als 10 Prozent der organisierten Muslime in Deutschland und weniger als 0,5 Prozent der Muslime in Deutschland. ³²⁷

5.2.4 Landesverbände

Der ZMD ist föderal auf Bundes- und Länderebene sowie auf kommunaler Ebene organisiert (§ 5 der Satzung).

Auf der Homepage werden „Landesverbände“ (Berlin, Hessen, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz) und „Zusammenschlüsse“ auf Landesebene genannt (Bayern, Neue Bundesländer, Saarland). In Hamburg ist ein Landesverband in Gründung.

³²⁵ E-Mail vom 12.7.2018.

³²⁶ 2018 werden nicht mehr als Mitglieder genannt: Islamische Gemeinde Saarland; Deutsch-Islamischer Vereinsverband (DIV – Rhein-Main) [dieser Verband wurde inzwischen aufgelöst, s. weiter unten]; Islamisches Zentrum Dresden; Islamische Gemeinschaft Braunschweig (IGB); Islamische Gemeinde in Erlangen (IGE); Stuttgarter Moscheeverein; Islamisches Kulturcenter Halle/Saale; Islamische Gemeinde Penzberg; Bundesverband für Islamische Tätigkeiten; DMK-Berlin; Inssan; Haus des Orients (HDO); Islamisches Zentrum Al-Nour Moschee; RAHMA Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familien; Islamisches Informations- und Begegnungszentrum (IIB). Auch die „Assoziierten Mitglieder“ werden nicht aufgeführt. – Auf weitere Nachfragen war vom ZMD keine Antwort zu erhalten.

³²⁷ Wenn die häufig genannte Größenordnung 15 000 bis 20 000 Personen stimmt. Diese Zahl hat sich zwischen 2016/17 und 2018 aber evtl. auch drastisch reduziert, wenn die Zahl der Mitgliedsverbände so zurückgegangen ist, wie es den erwähnten Listen zu entnehmen ist.

„Die Landesverbände sind föderale Untergliederungen des ZMD, der die allseitige Religionspflege auf Bundesebene verantwortet und dessen islamischer Gelehrtenrat die islamische Autorität innehält“ (Satzung § 5 Abs. 4). Dabei muss nicht jedes einzelne Bundesland einen eigenen Landesverband haben. Die Landesverbandsvertreter haben Rede- und Vorschlagsrecht in den Vorstandssitzungen des ZMD, der Vorstandsvorsitzende umgekehrt in den Landesverbänden.

5.2.5 Aktivitäten in Auswahl

Auch der ZMD sieht es als seine wichtigste Aufgabe an, muslimisches Leben und islamische Spiritualität in Deutschland zu fördern „und den Muslimen die Ausübung ihrer Religion zu ermöglichen und zu erleichtern“ (Selbstdarstellung im Internet). Neben dem religiösen Service wird in dem Zusammenhang ausdrücklich die „Aufklärungsarbeit in Sachen Sicherheit und Bekämpfung von Extremismus jeglicher Co[u]leur“ genannt. Es gibt Ausschüsse und Beauftragte für folgende Bereiche: Frauen und Familie; Dialog und Kirchen; Pädagogik und Religionsunterricht; Soziales; Tag der offenen Moschee (TOM)³²⁸; Zertifizierung/Islamic Financing; Medizin, Umwelt und Tierschutz; Recht; Wissenschaftliche Expertise; Flüchtlinge und Sport.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und mit Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union (EU-Kommission) wird das Präventionsprojekt gegen religiös begründeten Extremismus „5hoch4 – Jugendclub im Netz“ mit einer Laufzeit vom 1. Oktober 2017 bis Dezember 2019 gefördert.³²⁹

Das Projekt „Safer Spaces“ (www.safer-spaces.de) ist unmittelbar damit verbunden, ebenfalls gefördert vom Bundesfamilienministerium („Demokratie leben!“). Auch hier geht es um Stärkung von Respekt und Teilhabe zur Gewalt- und Extremismusprävention. Die Facebook-Seite von „Safer Spaces“ teilt (alle? jedenfalls viele) Beiträge von „5hoch4“, sodass beide Projekte eng verzahnt erscheinen.³³⁰

„Wir sind Paten“ (www.wirsindpaten.com) bringt ehrenamtliche Helferinnen und Helfer („Paten“) mit Geflüchteten zusammen. Auch dieses Projekt wird unterstützt vom Bundesfamilienministerium (Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“).

Der ZMD setzt sich immer wieder für politische Partizipation ein. 2017 wurden Muslime in einer größeren Aktion zur Bundestagswahl mit Wahlprüfsteinen, Plakaten und

³²⁸ S. dazu unten bei Fußnote 418.

³²⁹ Vgl. <https://5hoch4.com>.

³³⁰ Kritische Einordnung: <https://vunv1863.wordpress.com/2017/01/31/safer-spaces-wieder-akteur-aus-muslimbruder-kontext> (31.1.2017); <https://vunv1863.wordpress.com/2017/03/11/bin-bayya-texte-aussagen> (11.3.2017).

einer Muster-Freitagspredigt zur Beteiligung an den Wahlen und zur Wahrnehmung der demokratischen Rechte ermutigt („Meine Stimme zählt“).

Zusammen mit der Union Progressiver Juden (UpJ) und ihrem Vorsitzenden Walter Homolka führte der ZMD erstmals im August 2018 eine Bildungsreise nach Auschwitz durch, an der Geflüchtete muslimischen Glaubens und Jugendliche jüdischen Glaubens teilnahmen und gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedachten. Höhepunkt der Reise war eine interreligiöse Gedenkfeier mit anschließender Begehung des ehemaligen Vernichtungslagers. Gestaltet wurde die Feier von Rabbiner Henry Brandt, zu dem Zeitpunkt noch Vorsitzender der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, sowie dem ZMD-Vorsitzenden Aiman Mazyek. Ferner nahmen die Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Thüringen) sowie Daniel Günther (Schleswig-Holstein) teil. „Antisemitismus ist eine Sünde im Islam“, so Mazyek bei diesem eindrucksvollen und engagierten Zeichen gegen Antisemitismus, und: „Wir versprechen, dass wir uns mit unserer Kraft, mit der Kraft unseres Glaubens, gemeinsam für das ‚Nie wieder Auschwitz‘ einsetzen werden.“

Der ZMD und das Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) gaben gemeinsam den Text der im Januar 2016 veröffentlichten „Erklärung von Marrakesch“ (Marrakesh Declaration) auf Deutsch heraus. Zunächst völlig kommentarlos, wurde einer zweiten Auflage ein Vorwort vorangestellt.³³¹ Aiman Mazyek zeigte sich auf Facebook mit dem Gelehrten Abdallah ibn Bayyah, einem der Initiatoren der Deklaration und bekannten Gesicht in internationalen muslimbruderschaftsnahen Netzwerken, und lobte die „äußerst fruchtbare Zusammenarbeit“ mit der EKHN, die zur Übersetzung und Veröffentlichung der Erklärung in Deutschland geführt habe (2.6.2017). Die Marrakesch-Erklärung bekräftigt die „Charta von Medina“ des Propheten Muhammad aus der Zeit nach 622 n. Chr.

5.2.6 Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld

Die vielfältigen Beziehungen, in denen der ZMD mit Akteuren muslimbruderschaftsnaher Netzwerke steht, beginnen quasi im eigenen Haus. Sie werden im Zusammenhang

³³¹ <http://islam.de/files/pdf/u/Marrakeschdeklaration.pdf>. Das Vorwort vermeidet eine Einordnung oder gar kritische Betrachtung der Deklaration. Die Charta von Medina sei ein Bündnisvertrag, „der von Muslimen als wegweisend für die Verwirklichung einer multireligiösen Gesellschaft nach islamischen Prinzipien betrachtet wird“. Die Autoren riefen „zu einer gerechten Behandlung religiöser Minderheiten in muslimisch dominierten Ländern auf“. Die Behauptung, die Reaktionen auf die Deklaration seien „durchweg positiv“ gewesen, trifft nicht zu. Im Grunde gibt das Vorwort die Sicht der Autoren wieder. Vgl. zum Inhalt und zur Einordnung Friedmann Eißler, Erklärung von Marrakesch: Muslime bekräftigen die Charta von Medina, in: Materialdienst der EZW 3/2016, 103 – 106 (https://ezw-berlin.de/html/15_7020.php).

mit dem ZMD-Mitglied Deutsche Muslimische Gemeinschaft (früher IGD) angesprochen, das der Muslimbruderschaft zugeordnet wird (s. u. 5.4).

Mehrere ZMD-Mitgliedsorganisationen gehörten zumindest noch vor einigen Jahren direkt oder indirekt sowohl dem ZMD als auch der IGMG bzw. dem Islamrat an: die Vereinigung Islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland (VIGB, heute Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland, IGBD), die ein assoziiertes Mitglied in beiden Dachverbänden ist (so die Internetseite der Deutschen Islamkonferenz über die Verbände); der Haqqani Trust – Verein für neue deutsche Muslime e. V. (Osmanische Herberge); die IGD (heute DMG).³³² Wie weit es heute noch Doppelmitgliedschaften gibt, ist außer für den Haqqani Trust schwer zu sagen.³³³

5.2.7 Exkurs zur Islamischen Charta

Am 20. Februar 2002 veröffentlichte der ZMD die „Islamische Charta“.³³⁴ Ihre Bedeutung liegt darin, dass sie – unmittelbar nach den Anschlägen vom September 2001 – „der Mehrheitsgesellschaft eine umfassende, klar formulierte und verbindliche Antwort“ geben will, „wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten stehen“ (Vorwort). Ein vergleichbares Papier gab es bis dahin und gibt es seither hierzulande nicht. Da der Koordinationsrat der Muslime seit seiner Gründung 2007 keine neue Grundsatzerklärung abgegeben, sich aber häufig positiv auf die Charta bezogen hat, ist davon auszugehen, dass die KRM-Verbände die Position des Papiers mindestens *grosso modo* teilen.³³⁵ In der Nachfolge von Nadeem Elyas hat Aiman Mazyek regelmäßig für die Charta geworben und diese als „Wegweiser“ bezeichnet, wie Muslime ihr Muslimsein

³³² Vgl. Lemmen 2002, 90. Dort ist auch notiert, dass Mustafa Klanco vom VIGB 2001/02 ein gutes halbes Jahr lang Generalsekretär des IRD war. Spuler-Stegemann 2002, 110, erwähnt einen „Koordinierungsausschuss“ zwischen dem Islamrat und dem Zentralrat, über dessen weitere Existenz nichts Gesichertes ausfindig gemacht werden konnte.

³³³ Diesbezügliche Mailanfragen blieben unbeantwortet. Weitere Querverbindungen z. B. zwischen ZMD und IGMG/Islamrat ergeben sich in den Ausführungen zu einigen ZMD-Mitgliedern weiter unten.

³³⁴ Islamische Charta – Grundsatzerklärung des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft, <http://zentralrat.de/3035.php>. Vgl. Johannes Kandel, Islam und Demokratie (Teil 1). Die „Islamische Charta“ des Zentralrats der Muslime in Deutschland, in: Materialdienst der EZW 10/2008, 371 – 382 (http://ezw-berlin.de/downloads_informationsportale/i_mdez_w_2008_10_371-382_2008_11_418-422.pdf); Friedmann Eißler, Christian-Muslim Encounter – Recent Issues and Perspectives, in: Ala Al-Hamarneh/Jörn Thielmann (Hg.), Islam and Muslims in Germany, Muslim Minorities, Bd. 7, Leiden/Boston 2008, 161 – 182 (hier auch die Belege für die weiteren Bemerkungen); Lemmen 2002, 90 – 92.

³³⁵ Eine offizielle Anerkennung erfolgte allerdings nicht, sodass sich die anderen Verbände je nach Situation auch von Inhalten der Charta distanzieren (können).

in einer pluralistischen europäischen Gesellschaft religiös-theologisch thematisieren und auf der Grundlage des Grundgesetzes reflektieren.

Die Charta wurde in der interessierten Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen und als bahnbrechendes Signal gewürdigt. Die Notwendigkeit und hohe gesellschaftliche Relevanz einer grundsätzlichen Positionierung muslimischer Organisationen zu den Themen war und ist offenkundig. Von daher gab es viel Lob, das freilich die dezidiert kritischen Rückfragen sowohl von mehrheitsgesellschaftlicher als auch von muslimischer Seite nicht überdecken konnte. Die Kritik betraf und betrifft vor allem die folgenden Themen:

a) Verhältnisbestimmung von Frau und Mann (Art. 6; Art. 11): Die umständliche Formulierung des Artikels 6 signalisiert, dass für die Autoren Art. 3 GG (Gleichberechtigung) offenbar nicht vorbehaltlos konsensfähig war.³³⁶ Die Erlangung von „Gleichheit“ etc. wird religiös qualifiziert. Häufig wird von Muslimen die „Gleichwertigkeit“ der Frau vor Gott betont, die freilich mit von Gott gegebenen und in Koran und Sunna niedergelegten Rechten und Pflichten verbunden ist. Diese wiederum sind für Frau und Mann unterschiedlich. *Gleichwertigkeit* in diesem Sinne ist eine bewusste Vermeidung der expliziten Akzeptanz gesellschaftlicher *Gleichberechtigung* der Frau in Familie und Gesellschaft.

b) Politischer Islam, Islamismus: Die Aussagen zu den politischen Zielen des Islam in Art. 12 wurden als nicht hinreichend klar, gar als irreführend bezeichnet. In dem Artikel heißt es: „Wir zielen nicht auf Herstellung eines klerikalen ‚Gottesstaates‘ ab.“ Nadeem Elyas erklärte Ende 2001 in einem Zeitungsinterview, die Scharia könne und werde nur in einem intakten islamischen Rechtsstaat angewandt werden, den es so derzeit nirgends gebe. Dieser islamische Staat sei kein Gottesstaat und kein theokratisches System. Zieht man hinzu, dass der sunnitische Islam zu keiner Zeit einen „klerikalen Gottesstaat“ anstrebte, so betrifft die Absage in Art. 12 einen so gefassten „islamischen Staat“ gar nicht. Von daher überrascht es dann auch nicht, dass Elyas an anderer Stelle unmissverständlich darauf hinwies, dass die Pflicht, einen islamischen Staat zu errichten, islamischer Konsens sei.³³⁷ Hinsichtlich einer Abgrenzung von islamistischen Konzepten besteht Klärungsbedarf.

³³⁶ Art. 6: „Der Muslim und die Muslima sehen es als ihre Lebensaufgabe, Gott zu erkennen, Ihm zu dienen und Seinen Geboten zu folgen. Dies dient auch der Erlangung von Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit und Wohlstand.“

³³⁷ Vgl. Jürgen Schmude, Fragen an die Islamische Charta, Gastkommentar in der „Welt“ vom 28.2.2002, www.welt.de/data/2002/02/28/404494.html (2018 nicht mehr abrufbar); ferner Rainer Brunner, Die „Islamische Charta“ des Zentralrats der Muslime in Deutschland, www.gazette.de/Archiv/Gazette-September2002/Brunner04.html. – Zur Person Elyas s. Lemmen 2002, 92 (Verbindung zur Islamischen Weltliga); Grundmann 2005, 60 (Kontakte zu seinem Heimatland Saudi-Arabien); Meinung 2011, 212 (Umfeld „Treffen deutschsprachiger Muslime“). S. auch Fußnote 340.

c) Demokratie und Menschenrechte (Art. 10; Art. 13): Die vagen und damit sehr widersprüchliche Interpretationen zulassenden Formulierungen in Bezug auf das Verhältnis zur Demokratie und zu den Menschenrechten lassen viele Fragen offen. Art. 10: „Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten.“ Was bedeutet *grundsätzlich*? Welche Ausnahmen sind vorstellbar? Der im Folgenden erscheinende Begriff „Verträge“³³⁸ kommt in islamistischen Gesellschaftsentwürfen vor, die das Verhältnis der muslimischen Community (unter Bezugnahme auf die Identität der *Umma* der Muslime) zur Mehrheitsgesellschaft durch einen „Gesellschaftsvertrag“ bestimmen wollen. Art. 13: „Zwischen den im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten und dem Kernbestand der westlichen Menschenrechtserklärung besteht kein Widerspruch.“ Individualrechte werden hier als im Koran verankert und als von Gott gewährt verstanden. Mit „Kernbestand“ und „westlich“ werden zwei tiefgreifende Einschränkungen formuliert. So kommt mit der Bezugnahme auf die allgemeinen Menschenrechte – die von vornherein koordinativ („kein Widerspruch“), nicht integrativ aufgenommen werden – zugleich eine gravierende Distanzierung zum Ausdruck.³³⁹

Es gibt darüber hinaus weitere Fragen, selbst in Bezug auf den stärksten und zukunftsweisenden Artikel 11, der „das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben“, anerkennt. Dieses Bekenntnis zur – auch negativen – Religionsfreiheit und zum Glaubenswechsel ist wichtig und wertvoll. Als solches ist es selbstverständlich nicht zu kritisieren, jedoch entsteht angesichts der übereinstimmenden Urteile der islamischen Rechtsschulen zur Ahndung des Abfalls vom Islam bis hin zur Todesstrafe die Frage, wie sich die ebenso notwendige wie mutige Aussage der Charta zur überwältigenden Mehrheit der islamisch-traditionellen Stimmen (und überdies zur erschreckenden Praxis in vielen islamisch dominierten Regionen der Welt) verhält. Zudem lässt die Formulierung mit dem begründenden „Daher akzeptieren sie [die im Zentralrat vertretenen Muslime; F. E.] auch das Recht, die Religion zu wechseln ...“ den Vertragsvorbehalt erkennen, der schon in Artikel 10 zum Ausdruck kam. Der ZMD betonte in der sich daran entspinneenden Debatte, dass das islamische Recht zur Vertragstreue verpflichte – was indes den Vorrang des islamischen Rechts im

³³⁸ „In diesem Sinne gelten Visumserteilung, Aufenthaltsgenehmigung und Einbürgerung als Verträge, die von der muslimischen Minderheit einzuhalten sind.“ Vgl. auch unten bei Fußnote 413.

³³⁹ So stellte auch die EKD fest: „Doch gleichzeitig bedeutet die Formulierung ‚Kernbestand‘, dass bestimmte Bereiche der internationalen Menschenrechtserklärungen nicht als verpflichtend angesehen werden. Der Zentralrat scheint in seiner Auffassung der Position islamischer Menschenrechtserklärungen (von 1981 und 1990) zu folgen, in denen Menschenrechte als Geschenk und Gnade Gottes verstanden und an die Erfüllung religiöser Pflichten gebunden werden“ (Stellungnahme des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland zu der vom Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. vorgelegten „Islamischen Charta“, Januar 2003, www.ekd.de/islam_charta2003.html).

Verhältnis zum Staat in dieser Auffassung erneut bestätigt. Hierzu hätte es einer eindeutigen Positionierung bedurft.³⁴⁰

Substanzielle Kritik kam auch von muslimischer Seite. Ahmad von Denffer, seinerzeit selbst ein gewichtiger Vertreter des ZMD („Muslime helfen“, Islamisches Zentrum München),³⁴¹ ging mit der Charta hart ins Gericht. Sie sei unilateral ohne Konsens unter den Muslimen entstanden und verletze vitale Interessen des islamischen Selbstverständnisses, indem sie sich viel zu sehr dem Westen und dem Christentum anbiedere. Von Denffer brandmarkt jegliche Relativierung der überlegenen Vorrangstellung des Islam. In dieselbe Kerbe schlugen, teilweise noch deutlich aggressiver, nichtverbandliche muslimische Stimmen. Von liberaler türkisch-muslimischer Seite wurde die problematische Verhältnisbestimmung von Islam und Demokratie kritisiert.

5.2.8 Einzelnes

- Knapp eine Woche nach den islamistischen Anschlägen in Paris im Januar 2015 auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ und danach u. a. auf einen jüdischen Supermarkt mit weiteren Toten veranstalteten der Zentralrat und die Türkische Gemeinde zu Berlin³⁴² eine große Mahnwache für Toleranz und gegen Extremismus. Die anderen KRM-Verbände und weitere Verbände riefen mit zu der Anti-Terror-Demonstration vor dem Brandenburger Tor auf, die ein weithin sichtbares Zeichen für Toleranz, Meinungsfreiheit und ein friedliches Zusammenleben der Religionen setzen sollte.³⁴³ An der Kundgebung nahm viel Prominenz aus Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften teil, Bundes- und Bundestagspräsident waren ebenso anwesend wie

³⁴⁰ Warum diese nicht erfolgte, mag eine – hier nun durchaus eindeutige – Äußerung von Nadeem Elyas in einem Interview der großen arabischsprachigen Tageszeitung ash-Sharq al-Ausat vom 19.5.2002 erhellen. Gefragt, ob der Islam ein solches Verhalten (Art. 11 „das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben“) erlaube, antwortet er: „In der Realität, in der die Muslime in Deutschland leben ... Darum bleibt dem Muslim, der sich hier aufhält, nichts anderes übrig, als dieses Recht zu akzeptieren. Die Muslime in Deutschland und Europa im Allgemeinen, in der Diaspora, haben in diesen Ländern leider keine exekutive Instanz, und es ist ihnen daher nicht erlaubt, Strafen zu verhängen gegen denjenigen, der seine Religion wechselt oder keiner Religion mehr angehört ... Die Muslime in Deutschland und Europa müssen in dieser Angelegenheit das hiesige Gesetz akzeptieren ... Wir sagen aus vollem Herzen, dass wir es wirklich nicht gerne sehen, wenn jemand seine Religion verlässt oder ohne Religion lebt, und das werden wir auch in Deutschland nicht tun, aber wer solches tut, steht unter dem Schutz des deutschen Gesetzes“ (zit. nach Hanna N. Josua, *Die Muslime und der Islam. Wer oder was gehört zu Deutschland?*, Leipzig 2019, 81).

³⁴¹ Von Denffer, Autor und Übersetzer zahlreicher Schriften zum Islam (auch des Korans) sowie langjähriger Projektleiter von „Muslime helfen“, einem freien Hilfswerk deutschsprachiger Muslime, könne „mit Fug und Recht als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des deutschen Islam im 20. Jahrhundert“ betrachtet werden, so Stefan Meining (2011, 208; weiteres zur Person s. dort Register; s. auch unten bei Fußnote 414).

³⁴² Nicht zu verwechseln mit der breiter aufgestellten Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD).

³⁴³ Vgl. dazu Friedmann Eißler, Nein zu jeder Gewalt! Welche Koranauslegung gilt? (s. Fußnote 32).

die Parteispitzen, die Bundeskanzlerin und der französische Botschafter. Die Besucherzahlen waren längst nicht so hoch wie erwartet (und wie nachher kolportiert), vor allem waren verhältnismäßig spärlich Muslime gekommen, doch wurde die Mahnwache als ein politischer Erfolg insbesondere des ZMD wahrgenommen. Zugleich wurden Risse im KRM (vielleicht erstmals in der Öffentlichkeit so deutlich) sichtbar, die auf größere interne Verwerfungen schließen ließen.³⁴⁴ Aiman Mazyek verteidigte sein Vorgehen, das als Alleingang kritisiert worden war, indem er die anderen Verbände in die Pflicht nahm, sich stärker zu engagieren.

- Wie der Islamrat versucht der ZMD seinen Anspruch auf allgemeine Einführung islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen gerichtlich klären zu lassen. Am 9. November 2017 urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster, die beiden Dachverbände hätten einen solchen Anspruch nicht, da sie nicht alle Kriterien einer Religionsgemeinschaft erfüllten. Das Urteil wurde inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben und der Fall an das OVG Münster zurückverwiesen.³⁴⁵

5.3 Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATİB)³⁴⁶

Das ZMD-Gründungsmitglied Avrupa Türk-İslam Birliği (ATİB) ist eine Abspaltung der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF, Türk Federasyon) und damit eine Organisation aus dem Spektrum der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe“, die sich 1987 als ein stärker religiös ausgerichteter Zusammenschluss von Vereinen konstituierte und 1993 den heutigen Namen annahm. Die ATİB hat etwas über 120 Moscheevereine und „bundesweit mindestens 8000 Mitglieder“ (ufuq.de),³⁴⁷ womit sie der größte Mitgliedsverband des ZMD sein dürfte. Sie versteht sich als eine in Deutschland verortete Religionsgemeinschaft, die sich von jeglichem menschenverachtenden und rassistischen Gedankengut distanzieren und die Vielfalt bejahen. Die „ständigen Vorwürfe“, die die ATİB „fälschlicherweise in einen direkten Zusammenhang mit den sogenannten ‚Grauen Wölfen‘“ bringen, weist sie scharf zurück. Sie sieht sich als Interessenvertretung der in Deutschland lebenden Türken und

³⁴⁴ Die Kosten von rund 33 000 Euro wälzte der ZMD zum größten Teil auf den Staat (CDU und SPD) ab, die anderen Verbände beteiligten sich von vornherein nicht, wie später berichtet wurde, vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/mahnwache-cdu-spd-islamismus-muslime; www.welt.de/144444970 vom 26.7.2015. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch klar, dass die „Mahnwache“ viel stärker ein staatliches Projekt war als eine Initiative vonseiten der Muslime, auf die offenbar teilweise Druck ausgeübt werden musste, um sie für die Mitwirkung zu gewinnen.

³⁴⁵ S. dazu 3.1 sowie Eißler, OVG-Urteil (s. Fußnote 22).

³⁴⁶ ZMD-Mitgliederliste von 2017, Nr. 2. Vgl. zu ATİB Wunn 2007, 69f; Lemmen 2001, 94f; Lemmen 2002, 57f; Spuler-Stegemann 2002, 117f.

³⁴⁷ Wunn 2007, 69: 126 Vereine mit „insgesamt 25 100 Personen“. Öfters ist heute auch die Zahl 11 000 Mitglieder zu lesen.

als religiöser Kulturverein, der keine parteipolitischen Interessen vertritt, sondern sich für die Förderung von Völkerverständigung einsetzt.³⁴⁸ Ziel sei es, die kulturelle und religiöse Identität der türkischstämmigen Einwanderer in Deutschland zu pflegen und zu bewahren. Laut dem Bildungs- und Präventionsportal ufuq.de konzentriert sich die ATİB zwar „auf die Organisation der Gotteshäuser und gibt sich im Auftreten moderat. Sie bietet aber gerade dadurch für türkische Nationalisten, für die die MHP zu ‚radikal‘ ist, eine Möglichkeit, im weiteren Milieu der ‚Grauen Wölfe‘ zu verbleiben.“³⁴⁹ Von den Gewalttaten der Grauen Wölfe in den 1970er Jahren in der Türkei und der Bundesrepublik hat sich die ATİB distanziert. Zugleich wird die ATİB nach wie vor dem Spektrum der ultranationalistischen Grauen Wölfe zugerechnet.³⁵⁰

In ATİB-Moscheen werden wie bei DİTİB türkische Religionsbeauftragte der Diyanet als Imame tätig, die vom türkischen Staat gestellt werden. Der Sohn des Vereinsgründers Musa Serdar Çelebi, Mehmet Alparslan Çelebi, ließ im August 2016 wissen: „Unser Verband ATİB bezieht seit Jahren all seine Imame von der türkischen Religionsbehörde Diyanet İsleri Bakanligi [sic].“³⁵¹ „[L]aut Auskunft der türkischen Botschaft in Berlin sollen im April 2015 beim ATİB Verband 25 Imame der Diyanet beschäftigt gewesen sein“, notiert Murat Kayman in einem Blogbeitrag.³⁵² Seiner Recherche zufolge stimmt diese Zahl ziemlich genau mit der Zahl der Moscheevereine überein, die man unter dem Dach der Union der Kulturvereine im Internet findet. So lege sich die Vermutung nahe, „dass es sich bei den anderen rund 100 Vereinen [der ATİB] um Kultur- oder Jugendvereine oder sonstige nichtreligiöse Vereine handelt, die sich entsprechend der ATİB Selbstdarstellung dem Ziel der Pflege, der Bewahrung und Integration der kulturellen und religiösen ‚Identität der türkischstämmigen Einwanderer in Deutschland‘ widmen“.

³⁴⁸ Vgl. „Über uns“, ATİB-Internetseite www.atib.org/kopie-von-hakkimizda, sowie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, August 2016, mit Bezug auf eine Presseerklärung der ATİB vom Mai 2016, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/092/1809233.pdf>.

³⁴⁹ www.ufuq.de/tuerkischer-nationalismus-in-deutschland-gemeinschaft-und-identitaet-im-migrationskontext vom 19.11.2015.

³⁵⁰ Vgl. Kemal Bozay, Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland, 24.11.2017. Der Name des ATİB-Gründers Musa Serdar Çelebi wurde im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. bekannt, das die Grauen Wölfe 1981 inszeniert haben sollen. Çelebi gehörte in den 1970er Jahren zum radikalen Flügel der Grauen Wölfe und wurde wohl vom Führer der MHP, Alparslan Türkeş, nach Deutschland geschickt, um die Strukturen der Nationalisten und Rechtsextremen zu stabilisieren.

³⁵¹ Facebook-Eintrag vom 15.8.2016. Er gibt dafür auch Gründe an, u. a. den, dass eine Gelehrtentradition notwendig sei, um einer willkürlichen Koranauslegung entgegenzuwirken. „Die Imame aus der Türkei genießen eine solche Ausbildung und stellen somit ein Bollwerk gegen jeglichen Extremismus dar.“ Damit nimmt er ein in dem Umfeld häufig zu hörendes Argument auf. Vgl. <https://vunv1863.wordpress.com/2016/08/17/family-business-ii>.

³⁵² <http://murat-kayman.de/2018/04/04/grosse-erwartungen-falsche-voraussetzungen>, 4.4.2018. Kayman war bis 2017 Justiziar im DİTİB-Bundesverband und Koordinator der DİTİB-Landesverbände, dann als Ex-DİTİB-Funktionär Mitbegründer der Alhambra-Gesellschaft.

Mehmet Alparslan Çelebi war von 2004 bis 2016 ATİB-Vorstandsmitglied. Er ist seit Mai 2016 neben Nurhan Soykan und Mohammed Khallouk einer der drei Stellvertreter des ZMD-Vorsitzenden Aiman Mazyek.³⁵³

Zum gemeindeübergreifenden Projekt „Young Ummah“ (DİTİB, ATİB, IGMG) s. oben 3.3.3.5.

5.4 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) / Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG)³⁵⁴

Gründung: 9.3.1960 in München³⁵⁵ („IGD“ seit 1982, „DMG“ seit 2017/18)

Sitz / Zentrale: seit 2009/10 Köln, bis dahin München (IZM)³⁵⁶

Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) hat sich im Dezember 2017 in Deutsche Muslimische Gemeinschaft umbenannt. Da diese Bezeichnung erst langsam an Bekanntheit gewinnt,³⁵⁷ verwenden wir hier übergangsweise in der Regel das Kürzel IGD/DMG für die Gegenwart, für ältere Bezüge vorzugsweise IGD.

³⁵³ Çelebi ist hier geborener und aufgewachsener Vertreter der jüngeren Generation. Seine Haltung gegenüber „Integrations-Business“ und Extremismusprävention kommt in einer geradezu hass-erfüllten Schmähkritik in Form eines offenen Briefes an den Präventionsexperten Ahmad Mansour („Generation Allah“) zum Ausdruck, in der dieser und „Kelek, Khorchide und Co.“ als „Nutznießer eines Rechtsrucks, der Euch eine Bühne bietet, solange Ihr die Schlagwörter wie ‚deutscher Islam‘ wiederkaut“, diffamiert werden. Sie richteten einen „immensen gesellschaftlichen Schaden“ an, ja die „vermeintlich liberalen“ Muslime hätten u. a. das Schwarz-Weiß-Denken (gute/schlechte Muslime) mit NSU, PEGIDA und den Salafiten gemein (und zielten – das wird nicht explizit ausgesprochen – auf die Destabilisierung des Islam). Gebraucht wird laut Çelebi keine Islamreform (eine Forderung der „Anti-Islam-Bewegung“), sondern „mehr deutschsprachige Gelehrte im Islam, die gemäß der islamischen Gelehrten-tradition, eine von Muslimen anerkannte und respektierte Idschaza, eine Lehrerlaubnis, haben“. S. www.huffingtonpost.de/mehmet-celebi/generation-allah-ahmad-mansour_b_7646866.html (25.6.2015, aktualisiert 25.6.2016); vgl. auch Zöllner 2017, 185.

³⁵⁴ ZMD-Mitgliederliste von 2017, Nr. 3. Vgl. zur IGD/DMG Kamp/Thielmann in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 99 – 103 (Germany: Islamische Gemeinschaft in Deutschland and Islamische Zentren); Meinung 2011, passim; Pargeter 2013, 162 – 174; Kandel 2011, 150 – 165; Ramsauer 2014, 181 – 187; Grundmann 2005, 59 – 61; Lemmen 2001, 100 – 103; Lemmen 2002, 61 – 63; bei Spuler-Stegemann 2002, 115f; unter „Die Muslimbrüder“ erwähnt, mit „10 Zweigstellen im ganzen Bundesgebiet, darunter das Islamische Zentrum in Frankfurt“.

³⁵⁵ Die IGD-Internetseite gibt (bzw. gab) als Gründungsjahr 1958 an. Die erste Konferenz der unterschiedlichen muslimischen Gruppen in der Katholischen Pfarrgemeinde St. Paul in München am 26.12.1958 wird von Meinung (2011, 110 – 112) als „Geburt des politischen Islam in Deutschland“ titulierte.

³⁵⁶ Als Ibrahim El-Zayat 2002 Präsident der IGD wurde, wechselte die Zentrale (bzw. die gesamte Organisation) von München nach Köln. Die ZMD-Mitgliederliste von 2017 gibt München als Sitz der IGD an.

³⁵⁷ Eintrag im Vereinsregister nach der Vorstandsversammlung im Dezember 2018. Die 36. IGD-Jahreskonferenz („Deutsche Muslime – Zukunftsperspektiven“) wurde noch als „IGD-Jahreskonferenz“ bezeichnet (9.9.2018). Danach etablierte sich (wie zuvor schon etwa auf Twitter) der neue Name „DMG“, wobei noch längere Zeit auf die Internetseite www.igd-online.de verwiesen wurde. Inzwischen (Anfang März 2019) wird auf die noch unfertige Homepage <https://dmgonline.de> umgeleitet, wo die

Die IGD/DMG ist eine zahlenmäßig kleine, aber historisch und ideologisch höchst bedeutsame Organisation, die regelmäßig in den Fokus der Aufmerksamkeit gerät, wenn es um Bezüge von Gruppierungen in Deutschland zur weltweiten Bewegung der islamistischen Muslimbruderschaft (MB) geht.³⁵⁸ Durch ihre Geschichte ist sie unmittelbar mit den Anfängen des politischen Islam in Deutschland verbunden. Sie tritt durch große Jahreskonferenzen in Erscheinung, führt aber auch Kampagnen und Aktionen wie „Auf gute Nachbarschaft“, einen „Blutspendetag“ oder das erste deutsch-muslimische „Klimasymposium“ durch. In den Verfassungsschutzberichten verschiedener deutscher Bundesländer wird die IGD/DMG als ein Ableger der (ägyptischen) Muslimbruderschaft und als mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern in Deutschland aufgeführt.³⁵⁹ Verflechtungen mit der MB sind in den frühen Jahren vielfach zu beobachten und werden auch von niemandem bestritten. Die MB versuchte in den 1970er und 1980er Jahren in Europa Fuß zu fassen („Islamisches Erwachen“, zunehmende Politisierung). Ein Netzwerk von Moscheen und Islamischen Zentren wurde geschaffen. Die IGD ist Gründungsmitglied des ZMD sowie beispielsweise der Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE), einem Dach für muslimbruderschaftsnahe Organisationen mit Sitz in Britannien.

Die arabisch geprägte IGD/DMG ist indes eine deutsche Vereinigung mit deutschen Mitgliedern. Der Journalist Stefan Meining, der die Geschichte der IGD in einem Buch aufgearbeitet hat (s. 5.4.1), schreibt 2011: „In keinem europäischen Land hat sich bis heute auch nur eine einzige Moscheegemeinde zur Muslimbruderschaft bekannt. Das trifft auch auf die ‚Islamische Gemeinschaft in Deutschland‘ und das dazugehörige ‚Islamische Zentrum München‘ zu.“³⁶⁰ So legt die IGD/DMG Wert darauf, in keinerlei institutioneller Verbindung zur Muslimbruderschaft zu stehen. Gleichwohl ist für ihr Selbstverständnis das Konzept der „Religion des Mittelweges“ (oder „Islamverständnis der Mitte“, arabisch *Wasatiyya*) wichtig, das durch den international bekannten sunnitischen Gelehrten Yusuf al-Qaradawi popularisiert wurde.³⁶¹ Auch bekennt sie

DMG mit den Adressen Roonstraße 39, 50674 Köln (dem früheren Sitz des Islamischen Zentrums Köln), und Drontheimer Str. 32a, 13359 Berlin (Adresse des Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung, IZDB), firmiert. – Einige Ausführungen im Folgenden beziehen sich auf die Internetseite www.igd-online.de, wie sie 2018 noch zu erreichen war.

³⁵⁸ S. zur Muslimbruderschaft 5.4.2.4 und den zusammenfassenden Exkurs 5.7.

³⁵⁹ Verfassungsschutzbericht des Bundes 2017, 211: „die wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) in Deutschland“.

³⁶⁰ Der Zeitschrift „Al-Islam“ waren allerdings immer wieder Andeutungen und Informationen zu entnehmen, die Querverbindungen zur Muslimbruderschaft belegten, s. Meining 2011, 200.

³⁶¹ Yusuf al-Qaradawi, „eine Art inoffizieller Chefideologe der Muslimbruderschaft“, und der ECFR spielen eine wichtige Rolle für die IGD/DMG und die mit ihr verbundenen Moscheegemeinden. Zum Wasatiyya-Konzept s. Friedmann Eißler, Wasatiyya, ein islamischer „Mittelweg“, in: Materialdienst der EZW 5/2010, 163 – 170 (https://ezw-berlin.de/html/15_759.php); Carsten Polanz, Yusuf al-Qaradawi und sein Konzept der Mitte, in: Materialdienst der EZW 5/2010, 170 – 179 (https://ezw-berlin.de/html/15_758.php); s. auch unten bei den Fußnoten 375 und 433.

sich dazu, Teil der islamisch-reformistischen Tradition der MB zu sein.³⁶² Laut Alison Pargeter, die ein Grundlagenwerk zur Muslimbruderschaft geschrieben hat, akzeptiert der langjährige Vorsitzende der IGD, Ibrahim El-Zayat, dass die MB-Führung in Kairo als eine „spirituelle Referenz“ der IGD betrachtet wird.³⁶³ Auch die Tatsache, dass die früheren IGD-Präsidenten Said Ramadan und Ghaleb Himmat zu den prominentesten Mitgliedern der Muslimbruderschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörten, spricht für recht enge Verbindungen zwischen der IGD und der MB. Die IGD selbst betont(e) allerdings auf ihrer Internetseite in der Rubrik FAQ (Frequently Asked Questions): „Nichtsdestotrotz war und ist die IGD keine Institution, die eine organische oder organisatorische Bindung mit islamischen Bewegungen in der islamischen Welt unterhalten hat oder unterhält. Die IGD und deren Mitglieder setzen sich seit Jahren differenziert mit dem Gedankengut des Islams und den islamischen Bewegungen auseinander und interpretieren den Islam entsprechend des jeweiligen Zeit- und Raumkontext für sich neu. Aufgrund der zahlreichen Verweise auf die Muslimbruderschaft und die angeblichen Verstrickungen der IGD zu ihr in den Medien und einigen Bewertungen von Sicherheitsbehörden, betonen wir an dieser Stelle explizit und unmissverständlich, dass wir kein Teil der Muslimbruderschaft waren und sind.“³⁶⁴

Die MB hat sich in Europa als „Denkschule“ (*Madhhab*) eingeführt, nicht als islami(st)ische Organisation.³⁶⁵ Auf diese Weise kann eine ideologische Nähe zu den reformistischen Gedanken und der Philosophie der Muslimbrüder im weitesten Sinne zugestanden und zugleich jede institutionelle Verbindung mit der MB verneint werden. „Die große Mehrheit derer, die diese islamischen Organisationen [die dem engeren Umfeld der MB zugeordnet werden; F. E.] in Europa betreiben, sind jedoch Vollmitglieder der Bruderschaft, in vielen Fällen eng verstrickt mit den internationalen Netzwerken der Ikhwan durch Heirat, familiäre oder persönliche Bande.“³⁶⁶

³⁶² Vgl. Pargeter 2013, 169.

³⁶³ El-Zayat hat selbst kategorisch verneint, ein Mitglied der Bruderschaft zu sein. 2007 berichteten deutsche Medien (ARD; Die Welt vom 26.2.2007), der Oberste Führer der ägyptischen Muslimbruderschaft Mahdi Akif, der von 1984 bis 1987 Leiter des Islamischen Zentrums in München war, habe Ibrahim El-Zayat als „Führer (*ra'is*) der Muslimbrüder in Deutschland“ bezeichnet. El-Zayat veröffentlichte eine Gegendarstellung in der „Welt“ vom 10.4.2007. Weiteres zu El-Zayat s. u. 5.4.2.3.

³⁶⁴ <http://igd-online.de/faq/beziehung-zur-muslimbruederschaft> (Fehler im Original)

³⁶⁵ Ein Grund dafür war sicherlich, dass man durch die größere Flexibilität auf breitere Unterstützung über die eigene Gefolgschaft hinaus hoffte. Vgl. das Kapitel 4 in Pargeter 2013, 136 – 178 („A School of Thought“). S. dazu unten bei Fußnote 430 im Exkurs zur MB.

³⁶⁶ Pargeter 2013, 138; arab. *Ikhwan* = „(Muslim-)Brüder“. Ausführlicher zur Intransparenz der MB dort 136 – 139.

5.4.1 Zur Geschichte der IGD/DMG

Die von Stefan Meining und Ian Johnson in eigenständigen Büchern aufgearbeitete Geschichte liest sich atemberaubend wie ein Krimi.³⁶⁷ Hier nur einige Eckdaten.

Die Geschichte beginnt mit der Moscheebau-Kommission e. V. im März 1960 in München. Ursprünglich initiiert von und für muslimische Kriegsveteranen nach dem Zweiten Weltkrieg (ehemalige Wehrmachtangehörige muslimischen Glaubens, genannt „Muslimflüchtlinge“, v. a. aus den Balkanländern, dem Kaukasus und Zentralasien), kamen arabische Studenten und Akademiker in größerer Zahl hinzu, die unter der Führung von Said Ramadan, dem Vater von Tariq Ramadan und „prominenten Muslimbruder aus Ägypten“, bald die Leitung der Geschicke übernahmen.³⁶⁸ Im Februar 1962 wurde der Verein in Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland e. V. umbenannt. Nach einigem Auf und Ab wurde die Münchner Moschee (IZM) 1972 fertiggestellt und im August 1973 feierlich eröffnet.

Mit der allmählichen Ausdehnung der Tätigkeiten auf ganz Deutschland wurde eine weitere Namensänderung vorgenommen: Ab Dezember 1982 hieß der Verein Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD), damals mit 80 Mitgliedern. Es folgte die Schaffung weiterer Zentren in Stuttgart, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Münster, Marburg, Nürnberg (Islamische Gemeinde Nürnberg, früher IZ Nürnberg), Braunschweig u. a., alles im arabischen Kontext. Bis 2003 gründete die IGD zwölf Islamische Zentren, erwarb die dazugehörigen Grundstücke und Eigentum und pflegte enge Kooperation mit mehr als fünfzig Moscheegemeinden.³⁶⁹

Muhammad Mahdi Akif (auch: Mehdi Akef), der zu der paramilitärischen Geheimorganisation Nizam al-Khass („Spezialeinheit“, „Spezialapparat“) der MB gehörte, war eine Zeitlang Leiter des IZM in München (1984 – 1987), später von 2004 bis 2010 Oberster Führer (*Murschid ‘amm*) der MB in Ägypten. Trotz der wiederholten Besuche etwa Mustafa Mashours (Maschhur, Mashhur) oder Mahdi Akifs in den frühen 1980er Jahren, als die Internationale Organisation (*at-tanzim ad-dauli*) aufgebaut wurde, bestand die

³⁶⁷ Meining 2011; Ian Johnson, *Die vierte Moschee. Nazis, CIA und der islamische Fundamentalismus*, Stuttgart 2011. Dass diese auf jahrelanger gründlicher Recherche beruhenden Untersuchungen von interessierter Seite als reißerisch, wenig hilfreich, gar als populistisch abgetan werden, wird den dargestellten Fakten und Zusammenhängen nicht nur nicht gerecht, sondern zeigt, mit welchen Mitteln aus durchsichtigen Gründen Einfluss auf den Diskurs zu nehmen versucht wird.

³⁶⁸ Lemmen 2002, 63. Im November 1973 wurden die „Flüchtlinge“ endgültig abgewählt, die eine zunehmende Instrumentalisierung des Vereins durch die Muslimbruderschaft für politische Zwecke beklagten. Vier Araber (Ghaleb Himmat als Präsident) und die deutsche Muslimin Fatima Grimm bildeten nun die Vereinsführung, vgl. Meining 2011, 170; Binswanger 1990, 142 – 144.

³⁶⁹ Vgl. Kamp/Thielmann in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 100.

IGD darauf, dass sie nie ein formaler Teil der internationalen MB war. Es gab personelle Verbindungen und Kontakte, informelle Konsultationen, doch hat man sich in Europa schon sehr früh nicht als ein Teil einer Organisation verstanden, weshalb Pargeter von einer Art „Denkschule“ spricht.

Das Islamische Zentrum Köln (IZK) wurde 1978 unter dem Vorsitz des Juristen Muhammad Rassoul gegründet und war zeit seines Bestehens neben der Muslimischen Studentenvereinigung in Deutschland (Muslim Studenten Vereinigung, MSV) ein wichtiges Scharnier zwischen der IGD und der Milli-Görüş-Bewegung.³⁷⁰ Im Dezember 1979 waren die IGD-Mitglieder Ahmad und Mohammed Ali El-Mahghari auch Mitglieder des IZK. Umgekehrt gehörte der neue IZK-Vorsitzende Yusuf Zeynelabidin zu diesem Zeitpunkt schon der IGD an (er wurde im Dezember 1982 in den geschäftsführenden Ausschuss der IGD gewählt). Von Anfang an waren führende Personen aus dem Umfeld der IGMG(-Vorläufer) in wichtigen Positionen des IZK, das seinen Sitz lange in den Räumen der Islamischen Union Europa (IGMG-Vorläufer) hatte.³⁷¹ Ab März 1997 war Ibrahim El-Zayat Vorsitzender des IZK (wie ebenso schon der MSV).

1999 verlor die IGD ihren Gemeinnützigkeitsstatus aufgrund von finanziellen Unregelmäßigkeiten.³⁷² Daraufhin trennten sich frühere IGD-Zweige formal von der IGD, um als unabhängige islamische Zentren die Gemeinnützigkeit zu erhalten. So wurde die Islamische Gemeinschaft Nürnberg (seit 1984 IGD) 2005 formal unabhängig. Die IGD/DMG erscheint kaum mehr als streng hierarchische Organisation, sondern eher als ein Netzwerk islamischer Vereine.

³⁷⁰ IGMG-Selbstdarstellung von 1996, vgl. Lemmen 2002, 62; Lemmen 2001, 101; s. auch Pargeter 2013, 167; ferner Binswanger 1990, 143. Dazu auch die IGMG-Geschichte, s. o. 3.3.1. Das IZK wurde 1978 gegründet und 2001 aufgelöst. – Muhammad (Ahmad) Rassoul, arabisch genauer Muhammad Ibn Ahmad Ibn Rassoul (1929 – 2015), war ein vielgelesener deutsch-ägyptischer Autor, Übersetzer und Verleger deutschsprachiger Literatur zum Islam. In dem von ihm gegründeten „IB Verlag Islamische Bibliothek“ erschienen viele seiner Bücher (mindestens etwa 100 Titel), aber ebenso die Beiträge der Treffen deutschsprachiger Muslime (TDM) wie auch Bücher islamischer Extremisten. 1993 sorgte er mit seinem Pamphlet „Das deutsche Kalifat“ für Aufsehen, in dem er gegen Christen und den „Westen“ hetzte und ein Kalifat für Deutschland forderte. Die salafitische Koranverteilung „Lies!“ des Predigers Ibrahim Abou-Nagie ab 2011 benutzte die stark (sunnitisch-) apologetische Koranübersetzung Rassouls, die erstmals 1986 erschienen war (Al-Qurʾān Al-Karīm und seine ungefähre Bedeutung in deutscher Sprache).

³⁷¹ Binswanger 1990, 143: „Am 22.12.1979 wird ABIDIN Vorsitzender des IZ KÖLN – der Vorsitz von AMGT und IZ Köln liegt in einer Hand.“

³⁷² Die IGD reichte dagegen Klage ein, zog diese später aber wieder zurück, vgl. Die Muslimbruderschaft in Deutschland (KAS), www.kas.de/web/islamismus/die-muslimbruderschaft-in-deutschland.

5.4.2 Zur Organisation: Strukturen, Umfeld

5.4.2.1 Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele³⁷³

Die IGD setzt sich dafür ein, geeignete Rahmenbedingungen für die Religionsausübung von Muslimen in Deutschland zu schaffen, wozu geeignete einheitliche, repräsentative muslimische Strukturen aufgebaut werden sollen. Ziel ist es auch, einen europäischen *Fiqh* (islamische Rechtsfindung und -sprechung) zu entwickeln, der den Erfordernissen der Lebensweise in Europa gerecht wird. Ein wichtiges Thema ist die Herausbildung einer islamischen Identität in Europa und im deutschen Kontext, weshalb auf die deutsche Sprache Wert gelegt wird. Die soziale Integration soll zum gesellschaftlichen Frieden beitragen, und zwar „unter Beibehaltung einer entwickelten europäischen islamischen Identität“³⁷⁴.

Die werbende Grundausrichtung wird (bzw. wurde) auf der Homepage als „Mission der IGD“ bezeichnet und so beschrieben: „Wir, die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD), ... verstehen uns als deutschsprachige Gemeinschaft von Muslimen in Deutschland mit der Aufgabe, das ‚Islamverständnis der Mitte‘ bekannt zu machen. Insbesondere durch Bildungsprogramme und institutionelle Arbeit wirken wir bei der Entwicklung einer europäisch-muslimischen Identität sowie der Entfaltung und Teilnahme der Muslime in den unterschiedlichen Lebensbereichen mit. Wir treten dafür ein, dass die Muslime ihre Bürgerrechte und -pflichten im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wahrnehmen.“³⁷⁵

5.4.2.2 Mitglieder

Die IGD/DMG ist ein Zusammenschluss der Islamischen Zentren in München, Frankfurt a. M., Wuppertal, Stuttgart, Trier, Darmstadt, Köln, Erlangen, Marburg und Nürnberg. Damit verfügt die IGD über zehn Büros im Bundesgebiet.³⁷⁶

Zur Zahl der Mitglieder liegen sehr unterschiedliche Angaben vor. Sicher ist, dass die IGD/DMG zahlenmäßig kein großer Spieler ist, vermutlich unter 2000 Personen, Verfassungsschutzberichte nennen aktuell die Zahl 1041 („Personenpotenzial“). Der Ein-

³⁷³ Eine aktuelle Fassung der Satzung konnte für diese Arbeit nicht eingesehen werden (zur Satzung in der Fassung vom 13.1.2001 s. Nowar 2012, 92 – 94). Auf [igd-online](http://igd-online.de) war zuletzt zur „Geschichte“ zu lesen: „Eine umfassende Satzungsreform wurde umgesetzt, die Legislatur auf zwei Perioden beschränkt, sowie unter anderem eine verbindliche Frauenquote eingeführt.“

³⁷⁴ Nowar 2012, 94.

³⁷⁵ <http://igd-online.de/igd/vision-mission>. Die Werbung für den Islam (*Da'wa*) soll demnach das „Islamverständnis der Mitte“ (*Wasatiyya*) verbreiten, s. Fußnote 361.

³⁷⁶ So Aladdin Sarhan, Die Muslimbruderschaft in Deutschland, www.kas.de/web/islamismus/die-muslimbruderschaft-in-deutschland.

flussbereich ist allerdings viel größer, vor allem unter Muslimen mit arabischen Wurzeln sowie in bestimmten Konvertitenkreisen.³⁷⁷ Laut Melanie Kamp und Jörn Thielmann beschränkt sich der Einfluss in Deutschland allerdings trotz der großen historischen Bedeutung auf etwa 60 bis 70 Moscheen sowie einige islamische Organisationen.³⁷⁸

5.4.2.3 Die Präsidenten der IGD/DMG

- 1960 – 1968: Said Ramadan (1926 – 1995). Der Ägypter Said Ramadan wuchs im unmittelbaren Umfeld des Gründers der Muslimbruderschaft Hassan al-Banna auf („der kleine Hassan al-Banna“), heiratete dessen Tochter Wafa und entwickelte sich zu einer der wichtigsten Führungsgestalten der MB. 1958 zog er nach Genf und studierte in Köln Jura. Er konnte den saudischen König überzeugen, den Aufbau islamischer Kulturzentren in Europa zu unterstützen.³⁷⁹ 1961 gründete er das Islamische Zentrum Genf, das seit seinem Tod 1995 von seinem Sohn Hani Ramadan geleitet wird. In Deutschland war er Hauptinitiator der IGD. Ramadan war zu der Zeit Generalsekretär des Islamic General Congress of Jerusalem und Mitgründer der Islamischen Weltliga (Muslim World League, s. 5.7).³⁸⁰
- 1968 – 1973: Fazal Yazdani³⁸¹
- 1973 – 2002: Ali Ghaleb Himmat (geb. 1938). Der Syrer mit italienischem Pass war ein Vertrauter Said Ramadans und pendelte zwischen Italien, Österreich, Deutschland, der Schweiz und den USA. Er stand mit seinem Freund und Geschäftspartner, dem Muslimbruder Yussef Nada, hinter der Al-Taqwa-Bank und einem Netz von Firmen, das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ins Visier der Terrorfahnder geriet. Himmat und Nada wurden vom UNO-Sicherheitsrat auf eine Liste von Personen gesetzt, die im Verdacht standen, das Terrornetzwerk Al-Qaida zu unterstützen. Beobachtet wurden sie allerdings schon zuvor von ausländischen Nachrichtendiensten.³⁸²
- 2002 bis Anfang 2010: Ibrahim Farouk El-Zayat (geb. 1968 in Marburg). Der Sohn eines Ägypters und einer Deutschen wird häufig mit Attributen belegt, die einer gewissen mystifizierenden Wirkung nicht entbehren. Es kommt allerdings auch eine beachtliche Fülle zusammen, wenn man die aktuellen und vergangenen Funktionen

³⁷⁷ Pargeter 2013, 167: Die IGD habe nur 600 registrierte Mitglieder und zwischen 30 und 40 Islamische Zentren bzw. Gebetsstätten. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat für 2005 die Zahl 10 000 Mitglieder (vgl. www.bpb.de/themen/F9WKLB,0,0, Autor: Johannes Kandel).

³⁷⁸ Vgl. Kamp/Thielmann in Peter/Ortega (Hg.) 2014.

³⁷⁹ Vgl. Grundmann 2005, 32.

³⁸⁰ Vgl. Lorenzo Vidino, Die Eroberung Europas durch die Muslim-Bruderschaft, www.meforum.org/758/die-eroberung-europas-durch-die-muslim, Winter 2005; Kamp/Thielmann in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 100.

³⁸¹ Vgl. Meining 2011, 165 – 172.

³⁸² Vgl. ebd., 241 – 244.

des Diplom-Volkswirts auflistet.³⁸³ Er wird als Schlüsselfigur des politischen Islam in Deutschland und als geschäftstüchtiger Multifunktionär islamischer Organisationen in Europa mit besten Beziehungen auch in islamistische Netzwerke vor allem im Kontext der Muslimbruderschaft beschrieben. Der Umstand, dass die MB sich hinsichtlich ihrer Mitgliederstrukturen bedeckt hält, und die Tatsache, dass El-Zayat auch gerichtlich gegen die Behauptung vorgeht, er sei ein Muslimbruder, tragen zu dem geheimnisvollen Nimbus ebenso bei wie sein offenbar über Jahre großer Erfolg in Immobilien- und Finanzgeschäften. El-Zayats Frau Sabiha ist die Nichte des Milli-Görüş-Gründers Necmettin Erbakan und die Schwester des früheren IGMG-Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan. Eine Schwester ist mit einem Sohn von Kamal El-Helbawy verheiratet, der bis vor einigen Jahren der Führungsriege der MB angehörte und früher erster internationaler Sprecher der Organisation war. El-Zayat bildet somit *in persona* gleichsam eine Schnittstelle der beiden bedeutenden Strömungen des türkischen und des ägyptischen politischen Islam. Sein Bruder, der Orthopäde (und inzwischen außerplanmäßige Professor) Bilal El-Zayat, ist Vorsitzender der Islamischen Gemeinde Marburg. Seine Schwester Amena Shakir ist die Leiterin der Islamischen Religionspädagogischen Akademie in Wien-Liesing (IRPA).³⁸⁴ Einige Funktionen, die Ibrahim El-Zayat ausübte oder noch ausübt, seien erwähnt, um das Vernetzungspotenzial in Umrissen deutlich zu machen: Vorsitzender der Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e. V. (MSV); Mitgründer des Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO, Vorsitzender 1996 – 2002); Vorsitzender des Islamischen Zentrums Köln (1997, wahrscheinlich bis zur Auflösung des Zentrums 2000); Funktionen im NGO-Netz von „Islamic Relief“ (Birmingham, wohl im Zeitraum von 1998 bis 2017)³⁸⁵; Vorstandsmitglied des Europa-Ausschusses der

³⁸³ Relativ ausführlich zur Person El-Zayat s. z. B. Pargeter 2013, 166ff; Ramsauer 2014, 183 – 186; Meinung 2011, 247 – 250 („Das Mysterium Ibrahim El-Zayat“). Die Probleme mit dem Verfassungsschutz und die Anklage gegen El-Zayat u. a. bei Pargeter 2013, 172f. Ich stütze mich im Folgenden auf diese Darstellungen.

³⁸⁴ Am Standort des bisherigen privaten Studienganges für das Lehramt für Islamische Religion an Pfluschulen in Wien (IRPA) in der Eitnergasse in Wien befindet sich seit 2016 das Institut für Islamische Religion der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems. Amena Shakir hat am IESH in Château-Chinon eine Ausbildung genossen. Sie war, bevor sie 2002 nach Österreich kam, Leiterin der eng mit der IGD verbundenen „Deutsch-Islamischen Schule“ in München, die ab 1981 die erste staatlich anerkannte deutsch-islamische Grundschule war, bis ihr 2005 die Unterrichtsgenehmigung entzogen wurde (der Schließungsbescheid richtete sich gegen die Trägerorganisation der Schule, das Deutsch-Islamische Bildungswerk, DIBW), s. auch Fußnote 412. Amena Shakir selbst bestreitet jede Nähe zur MB und sieht sich als Verleumdungsopfer. Vgl. Alan Posener, „Unheimliche Brüder“, <https://starke-meinungen.de/blog/2019/02/01/unheimliche-brueder-vom-1.2.2019>; <https://kurier.at/chronik/wien/im-schatten-der-muslimbrueder/114.594.303>. (Die Internetseite www.irpa.ac.at ist Anfang 2019 nicht zu erreichen.)

³⁸⁵ „Islamic Relief“ ist die wohl weltweit größte muslimische Hilfsorganisation, die im Verdacht steht, heimlich den islamistischen Terrorismus zu unterstützen, vgl. Sigrid Herrmann-Marschall, Heiligenschein mit Rissen. Die Hilfsorganisation „Islamic Relief“, in: Materialdienst der EZW 11/2017, 415 – 420.

Islamischen Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization, ISESCO) bzw. dessen Vorsitzender;³⁸⁶ Repräsentant des Westeuropa-Büros der World Assembly of Muslim Youth (WAMY); Treuhänder des Institut Européen des Sciences Humaines (IESH) in Château-Chinon in Frankreich, das der Muslimbruderschaft zugeordnet wird; Vorstandsmitglied der Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE); Generalbevollmächtigter der Europäischen Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft (EMUG), die vor allem, wenn auch nicht nur, die Immobiliengeschäfte und Moscheen der IGMG verwaltet.³⁸⁷

Im Dezember 2016 wurde EDU-Invest in Dortmund gegründet, deren Hauptgesellschafterin die IGD/DMG sein soll, Geschäftsführer: Ibrahim El-Zayat.³⁸⁸ El-Zayat war laut Presseberichten auch Teilnehmer der Kölner Konferenz („II. Treffen der europäischen Muslime“) Anfang Januar 2019 in der DITIB-Zentrale, die wichtige Akteure des politischen Islam aus DITIB, Milli Görüş und Muslimbruderschaftskreisen vernetzte.³⁸⁹

- Anfang 2010 bis 2018: Samir Falah, der 2018 zum Präsidenten der Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE) gewählt wurde. Von 2012 bis Anfang 2018 war Falah Präsident des religiösen Beratungsgremiums der FIOE (Schura-Rat).
- Seit 2018: Khallad (auch: Chalid) Swaid (Vereinsregistereintrag 19.12.2018). Der syrischstämmige Diplom-Ingenieur war schon seit 2010 Stellvertreter Falahs. Er ist Manager in der Automobilindustrie. Seit 1996 in der „islamischen Arbeit“ tätig, war er in vielen verschiedenen Organisationen als leitende Kraft positioniert. Unter anderem war er langjährig beim Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO; 2002 Nachfolger von Ibrahim El-Zayat als Vorsitzender) und bei der IIFSO (International Islamic Federation of Student Organisations) aktiv sowie im Vorstand der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD). Zurzeit ist er Generalsekretär bei der „International Islamic Federation of Student Organisations“ (IIFSO).³⁹⁰

³⁸⁶ Der Name ISESCO verdeutlicht den Anspruch einer Analogie zur UNESCO. Es handelt sich um die Bildungsorganisation der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organisation of Islamic Cooperation, OIC; früher: Organisation der Islamischen Konferenz). Der Ausschuss für Europa wurde vor rund zwanzig Jahren gegründet.

³⁸⁷ Vgl. in jüngster Zeit: Volker Heyn, Islamist El-Zayat finanziert Moschee in Neuenrade, www.come-on.de/lennetal/neuenrade/islamist-el-zayat-finanziert-moschee-neuenrade-11651703.html vom 2.2.2019.

³⁸⁸ Laut Recherchen der Zeitung „Die Welt“ fördert die Dachgesellschaft „Religion, Jugend- und Altenhilfe“ sowie das „Halten und Verwalten eigenen Vermögens zur Erzielung von Einnahmen“. Die Hauptgesellschafterin der EDU-Invest sei die Deutsche Muslimische Gemeinschaft DMG, was die DMG bestreite, so die Angaben bei Volker Heyn, s. vorige Fußnote.

³⁸⁹ Vgl. dazu oben 2.2.8.

³⁹⁰ So im Vorfeld der deutschsprachigen Jahreskonferenz im September 2018 in Verantwortung des Islamischen Zentrums Al-Nour Hamburg, www.vereint-im-islam.de/khallad-swaid.

5.4.2.4 Vernetzungen, Querverbindungen, Umfeld

Für Vernetzungen, Querverbindungen und Umfeld der IGD/DMG ergeben sich aus dem Vorangehenden zumindest plausible Anhaltspunkte. Die IGD/DMG hat weit verzweigte und schwer durchschaubare Verbindungen in islamistische Szenen in Deutschland und weit darüber hinaus.

Enge Verbindungen bestehen zur Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE)³⁹¹ und zum Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO), einem maßgeblich von saudischen Sponsoren geförderten Zusammenschluss europäischer muslimischer Studenten- und Jugendorganisationen, der 1996 aus der FIOE und der World Assembly of Muslim Youth (WAMY) hervorging. Letztere steht ebenfalls der saudischen Regierung nahe.³⁹²

Ebenfalls enge Verbindungen bestehen zur Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland (MSV) und zur IGMG, s. o. 5.4.1 zur Geschichte der IGD/DMG.

Die Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD) wird aufgrund personeller Verflechtungen als Jugendorganisation der IGD/DMG betrachtet.³⁹³ Sie entstand 1994 während eines Zeltlagers des Hauses des Islam (HDI) in Lützelbach, dessen Leiter Muhammad Siddiq der erste Vorsitzende der neuen Vereinigung wurde.³⁹⁴ Eine Satzung gab man sich

³⁹¹ In diesem „Dachverband der verschiedenen Organisationen der MB in Europa“ ist die IGD seit 1989 Gründungsmitglied (Grundmann 2005, 57). In der programmatischen „Charta der Muslime in Europa“ der FIOE von 2006/2008 wird neben den Bekenntnissen zu Demokratie und Menschenrechten die Scharia, verstanden als Gottesdienst und Ethik, als unverrückbare Basis muslimischen Lebens in Europa benannt (vgl. Kandel 2011, 155).

³⁹² Die 1972 in Riad gegründete größte muslimische Jugendorganisation der Welt verbreitet die wahabitische Lesart des Islam und ist „immer wieder durch den klar antisemitischen Charakter („die Juden sind die Feinde Gottes“) vieler ihrer Schriften“ aufgefallen (Grundmann 2005, 57).

³⁹³ Julia Gerlach sieht deutliche Parallelen zur MB. „Die Idee der islamischen Erziehung, das Sendungsbewusstsein, auch die Studierzirkel auf lokaler Basis erinnern an die Muslimbruderschaft“ (Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 593, Bonn 2006, 148). Im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2017, 211: „formal unabhängige Jugendorganisation mit engen Verbindungen zur IGD“. Die MJD sieht sich als unabhängige Jugendorganisation mit dem Profil deutschsprachige Angebote, keine ethnisch-kulturelle Verengung, Verbindung von Deutschein und Muslimsein. Sie hat rund 200 zahlende Mitglieder, etwa 800 Interessierte im Umfeld. Sie wurde von 2005 bis 2018 von verschiedenen Verfassungsschutzämtern beobachtet und wird jetzt nur noch vom Bundesamt für Verfassungsschutz erwähnt. – Zur MJD und einer ihrer bekanntesten Leitungsfiguren, Fereshta Ludin, ist aufschlussreich: Meinung 2011, 231 – 240; ferner Peter/Ortega (Hg.) 2014, 104 – 107. Weitere Personen, die aus der MJD-Vorstandsarbeit hervorgegangen sind etwa Raimund Hamid Prochaska (der Ex-Ehemann von Fereshta Ludin), Imran Sagir (Geschäftsführer des Muslimischen Seelsorge Telefons), Khallad Swaid (IGD/DMG), Bilal El-Zayat, Burhan Kesici (IRD). Seit die Erwähnungen in Verfassungsschutzberichten zurückgehen, hofft man, die Gemeinnützigkeit wiederzuerlangen. Die MJD ist ein Partner der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej).

³⁹⁴ Muhammad Siddiq (Wolfgang Borgfeldt) ist Mitglied im ECFR, s. im nächsten Absatz. Das Haus des Islam war (ist?) laut Satzung mit „Muslime helfen“ (Ahmad von Denffer) verbunden, vgl. auch bei Fußnote 341.

im Jahr 2000 (Vereinsregistereintrag 6.6.2001 in Berlin). Die MJD trifft sich in „Lokalkreisen“, bundesweit über zwanzig an der Zahl. Junge Musliminnen und Muslime machen für andere Jugendliche und Studenten (in der Regel geschlechtergetrennt) deutschsprachige Angebote im Freizeitbereich, etwa Seminare, Meetings, Tagesausflüge, Camps. In diesem Umfeld entstanden auch die „Islam-Wochen“, erstmals 1986 in Darmstadt und dann in vielen deutschen Städten an Hochschulen und Universitäten durchgeführt. Der Europäische Rat für Fatwa und Forschung (ECFR) wurde 1997 von der FIOE eingerichtet und ist eine ihrer zentralen Institutionen. Die in Dublin ansässige Institution versucht, „dem islamischen Recht aus der Perspektive der MB im europäischen Kontext Wirkung zu verschaffen“³⁹⁵. Nach einem bedeutsamen personellen Wechsel an der Spitze erst Ende 2018 in Istanbul ist nicht mehr der inzwischen 92-jährige Gründer und Spiritus rector Yusuf al-Qaradawi Vorsitzender, sondern der bisherige stellvertretende Vorsitzende, der irakischstämmige Brite Abdullah ibn Yusuf al-Dschudai‘ (al-Judai; al-Jedaie; al-Godeia). Weitere bekannte Größen im Rat sind etwa Rashid al-Ghannouchi (Ennahda, Tunesien) und Ali al-Qaradaghi (Qatar), der bis vor kurzem der Stellvertreter al-Qaradawis war.³⁹⁶ Vertreter aus Deutschland sind der ehemalige Azhar-Dozent Khaled Hanafy (stellvertretender Generalsekretär), Muhammad Siddiq (Wolfgang Borgfeldt), der viele Jahre das Haus des Islam (HDI) im hessischen Lützelbach leitete, und Nihat Çiftçi Abdulquddus, Mitglied des Fatwarats der IGMG Deutschland. Mit Çiftçi Abdulquddus, Mustafa Mullaoglu und Ekrem Keleş (Akram Kalash) sitzen Türken mit am Tisch. Mullaoglu war bei der IGMG in Funktion und ist seit einigen Jahren der Mufti der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), Keleş ist ein hochrangiger Vertreter der türkischen Diyanet, er war Interimspräsident der Diyanet und ist dort Vorsitzender des Hohen Rates für Religionsangelegenheiten.³⁹⁷

Seit 2004 gibt es in Frankfurt am Main den Rat der Imame und Gelehrten e. V. (RIG).³⁹⁸ Dieser erhebt für Deutschland in ähnlicher Weise den Anspruch, ein religiös autoritatives Gremium zu bilden, wie es der ECFR auf europäischer Ebene tut. Der RIG steht

³⁹⁵ Grundmann 2005, 57. Der 32-köpfige Rat versteht sich als religiöse Autorität, die sich um die angemessene Rechtsfindung für die Muslime in einer Minderheitensituation in säkularen Gesellschaften bemüht (*fiqh al-aqalliyat*). Er erlässt Rechtsgutachten (Fatwas). Der Rat ist arabisch und nichteuropäisch dominiert (es sind Türken und Südasiaten vertreten), nicht wenige Mitglieder sind in islamischen Ländern beheimatet und haben nie in Europa gelebt. Organisatorische Verbindungen zur MB werden immer wieder bestritten, gleichwohl sind personelle und inhaltliche Überschneidungen eindeutig zu erkennen. Vgl. Pargeter 2013, 170; Meining 2011, 199f; Mathias Rohe, *Ifiāʿ* in Europa, in: Hans-Georg Ebert/Thoralf Hanstein (Hg.), Beiträge zum Islamischen Recht III, Frankfurt a. M. 2003, 33 – 53.

³⁹⁶ Ali al-Qaradaghi arbeitet auch als Generalsekretär der International Union of Muslim Scholars (IUMS) in Qatar in enger Tuchfühlung mit dem (Noch-)Vorsitzenden Yusuf al-Qaradawi.

³⁹⁷ Die sichtbare Konvergenz und Verdichtung gemeinsamer Strategien von MB, Milli Görüş und der staatlichen Diyanet (!) ist in dieser Form eine relativ junge Entwicklung und zeigt sich hier im ECFR eindrucksvoll.

³⁹⁸ Häufig mit dem Zusatz „in Deutschland“ (RIGD). – Der RIG, die MSV und das Islamische Zentrum Frankfurt haben eine Adresse: Eichenstraße 41.

organisatorisch wie auch ideologisch der IGD/DMG nahe. Vorsitzender war bis Februar 2017 der eben schon erwähnte Khaled Hanafy (seither: Taha Amer). Hanafy ist zudem Dekan des auf Initiative der IGD im Dezember 2012 gegründeten Europäischen Instituts für Humanwissenschaften (EIHW) in Frankfurt am Main sowie Vorsitzender des Fatwa-Ausschusses Deutschland (FAD). Dieses relativ neue Gremium ist ein nationaler Ableger des europäischen ECFR, es versteht sich als „ein spezialisierter Fiqh-Ausschuss, welcher dem European Council for Fatwa and Research folgt“³⁹⁹. Die Auftaktveranstaltung (bzw. „Eröffnungsfeier“) des FAD zum Thema Vereinheitlichung der Gebetszeiten fand am 12. März 2016 in Berlin statt. An der Konferenz, die teilweise in der Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) Dar-us-Salam Moschee in Berlin tagte (Imam Mohamed Taha Sabri), nahmen mehr als 600 Personen teil. Neben führenden Vertretern des ECFR war der stellvertretende Präsident der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Mustafa Dadaş, ebenso anwesend wie der Mufti der IGMG Nihat Çiftçi Abdulquddus (Nihat Abdul Quddus; Nihat Çiftçi Guddusi).⁴⁰⁰ Grußworte wurden vom ZMD und vom Islamrat überbracht.

Das Europäische Institut für Humanwissenschaften (EIHW) in Frankfurt ist eine Privat(hoch-)schule für Islamstudien, die 2013 eröffnet wurde und mit dem gleichnamigen Institut Européen des Sciences Humaines (IESH) im französischen Château-Chinon und weiteren Einrichtungen aus Frankreich und England „in einem europäischen Institutsverbund“ steht.⁴⁰¹ Dieser wird von der FIOE unterstützt. Die Imamschule will der hohen Nachfrage „vieler junger Leute und Imame in Deutschland“ nachkommen, „islamische Wissenschaften mit Bezug zum Hier und Heute zu erlernen“, so zum Beispiel die korrekte Interpretation und Anwendung der Scharianormen im Westen. Islamlehre nach den klassischen islamischen Quellen, Arabischunterricht und Koranrezitation sind Schwerpunkte des Lehrangebots.⁴⁰²

³⁹⁹ S. <https://fatwarat.de/uber-uns>; diese Seite (Fatwa-Ausschuss in Deutschland, Rubrik „Über uns“) stellt umstandslos und komplett „Die Mitglieder des European Council for Fatwa and Research“ in Bild und Wort vor. Wie sich das Verhältnis des FAD zum RIG genauer bestimmt (Konkurrenz, Kooperation, Nachfolge, Fusion?) und perspektivisch entwickelt, ließ sich im Rahmen dieser Studie nicht klären. Die Überschneidungen sind jedenfalls groß.

⁴⁰⁰ Auf Fotos von der Veranstaltung sind ferner u. a. zu sehen: Ibrahim El-Zayat, Abdassamad El-Yazidi, Ferid Heider, Abdul Adhim Kamouss, daneben auch der Schweizer Salafit Nicolas Blancho (Islamischer Zentralrat Schweiz, IZRS).

⁴⁰¹ Vgl. Aladdin Sarhan, Die Muslimbruderschaft in Deutschland, www.kas.de/web/islamismus/die-muslimbruderschaft-in-deutschland; Kamp/Thielmann in Peter/Ortega (Hg.) 2014, 102. Zur Zusammenarbeit der IGMG mit dem IESH (gemeinsame Bildungsprogramme, Stipendien, Entsendungen, Prüfungsstelle in Berlin) s. o. 3.3.3.5.

⁴⁰² Dass damit durchaus an ein Gegengewicht zu den etablierten Instituten für islamische Theologie an Universitäten gedacht ist, lässt sich vermuten, auch wenn offiziell von einer „Ergänzung“ die Rede war. Die zeitgleiche Etablierung des EIHW mit den universitären Instituten für islamische Theologie sei Zufall gewesen. Vgl. Friedmann Eißler, Private Islam-Hochschule in Frankfurt eröffnet, in: Materialdienst der EZW 2/2014, 65 – 66 (https://ezw-berlin.de/html/15_3288.php).

Zum Milieuumfeld gehört wohl auch der Deutsche Bund für den Edlen Koran e. V. (DBEK), der vor allem junge Menschen anspricht und „die Förderung der Koranlehre auf allen Ebenen bezweckt“. Der DBEK bewegt sich deutlich ins salafitische Milieu.⁴⁰³ Die 2016 entstandene Sächsische Begegnungsstätte gemeinnützige Unternehmensgesellschaft (SBS gUG) mit Sitz in Dresden wird ebenfalls dem Umfeld der IGD/DMG zugeordnet.⁴⁰⁴ Innerhalb kurzer Zeit mietete, kaufte oder pachtete die SBS unter dem Vorstand bzw. Geschäftsführer Saad Elgazar Objekte in Pirna, Leipzig, Riesa, Meißen, Görlitz, Zittau und Dresden, um „schnell und unbürokratisch dort Räumlichkeiten [zu] schaffen, wo es bislang keine entsprechenden Einrichtungen gab. Die Sächsische Begegnungsstätte organisierte Räumlichkeiten und übergab sie der jeweiligen lokalen muslimischen Gemeinde zur Selbstverwaltung. Diese Vorgehensweise war von Anfang an geplant[,] entgegen anderslautenden Darstellungen der Medien und des Verfassungsschutzes.“⁴⁰⁵ Als Standorte von SBS-Filialen werden Anfang 2019 genannt: Brandenburg/Havel, Zittau, Rastatt, Pirna, Bruchsal. Die Verantwortlichkeiten und Mietverträge seien planmäßig an die jeweils gegründeten Vereine übergeben und damit das Ziel der SBS erreicht worden. „Wir als Sächsische Begegnungsstätte haben gewissermaßen das einst gesteckte Betriebsziel erreicht und inzwischen alle Aktivitäten eingestellt.“

5.5 Deutsch-Islamischer Vereinsverband Rhein-Main e. V. (DIV)⁴⁰⁶

Der Deutsch-Islamische Vereinsverband Rhein-Main hat sich laut Vereinsregister im Oktober 2018 aufgelöst. Er hatte seinen Sitz in Frankfurt am Main und zuletzt 46 Mitgliedsvereine in Hessen und Rheinland-Pfalz, darunter viele mit nordafrikanischem, vor allem marokkanischem Hintergrund. Zu den Mitgliedern gehörten beispielsweise der Frankfurter Verein Islamische Informations- und Serviceleistungen (IIS), der „Erziehungs- und Kulturverein Darmstadt – Al-Rahma Moschee“, das Islamische Zentrum Frankfurt (IZF), die Tarik (ben Ziad oder Ziyad) Moschee, der Mainzer Arab Nil-Rhein Verein Al Nur Moschee, aber auch das Europäische Institut für Humanwissenschaften (EIHW) in Frankfurt.

Der 2004 gegründete DIV war nach seiner Selbstdarstellung ein Dachverband für die Moscheegemeinden und islamischen Kulturvereine des Rhein-Main-Gebiets. Er wollte die Interessen der Muslime in der Region vertreten und den Mitgliedsvereinen eine gemeinsame Stimme geben, er kooperierte mit Kirchen, Parteien, Universitäten und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bei Projekten zur Förderung einer wertebundenen Gesellschaft und des respektvollen Miteinanders der verschiedenen Religionen und

⁴⁰³ Vgl. www.facebook.com/pg/edlerkoran.

⁴⁰⁴ Vgl. www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/SBS_Hintergrundbeitrag.pdf.

⁴⁰⁵ www.sbs-net.de.

⁴⁰⁶ ZMD-Mitgliederliste von 2017, Nr. 5.

Kulturen in der Region. Der stellvertretende ZMD-Vorsitzende Mohammed Khallouk hatte im DIV wichtige Positionen inne.

Zuletzt war das DIV-Mitglied Arab Nil-Rhein Verein (Al Nur Moschee) aus Mainz in die Schlagzeilen geraten. Der Verein war Gründungsmitglied der Schura Rheinland-Pfalz und betrieb seit 2009 eine staatlich anerkannte und geförderte Kindertagesstätte. Über den Arbeitskreis Mainzer Muslime beim islamischen Religionsunterricht in Mainzer Schulen gab es eine weitere Schnittstelle zum Land. Nachdem zwei Gutachten für die Landesregierung dem Verein Beziehungen zum Salafismus und zur Muslimbruderschaft bescheinigt hatten, wurde ihm im Februar 2019 die Betriebserlaubnis für die erste und einzige islamische Kita in Rheinland-Pfalz entzogen. Früher hatte es schon Wirbel um Auftritte von Predigern aus dem salafitisch-wahhabitischen Spektrum in der Moschee gegeben (Muhammad Al-Arifi u. a.), die zu einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen dem Verein und der Mainzer CDU führten. Und im Herbst 2018 sorgte für Aufsehen, dass der Verein offenbar jahrelang mit der von dem kanadischen Salafiten Abu Ameena Bilal Philips in Qatar gegründeten Islamic Online University kooperierte. Im Sommer 2016 war der DIV insgesamt unter Druck geraten. Im Rahmen des staatlichen Präventionsprogramms „Demokratie leben!“ hatte er für ein Projekt gegen Radikalisierung Mittel vom Bundesfamilienministerium bekommen. Als aus dem hessischen Innenministerium verlautete, von den 46 Mitgliedsvereinen seien „etwa ein Drittel als extremistisch oder extremistisch beeinflusst zu bewerten“, wurde die Kooperation gestoppt.⁴⁰⁷

5.6 Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)⁴⁰⁸

Das Islamische Zentrum München war zwischen etwa 1970 und 1990 eines der wichtigsten Zentren des Islam in Europa, eng verknüpft mit der Entwicklung der IGD/DMG. Hier nur einige Facetten vor dem Hintergrund der geschichtlichen Bedeutung.⁴⁰⁹

Die Vorgeschichte der Moschee geht bis ins Jahr 1941 zurück, als im Verlauf des deutschen Angriffskriegs gegen die Sowjetunion muslimische Überläufer aus der Roten Armee in Freiwilligenverbände der Wehrmacht aufgenommen wurden. Nach dem Krieg ließen sich einige dieser Muslime, die nicht an die Sowjetunion ausgeliefert wurden, in Deutschland nieder, vor allem in München. Diese in unterschiedlichen (auch konkurrierenden) Fraktionen von der CIA wie auch vom bundesdeutschen Vertriebenenministerium unterstützten und für Propagandazwecke instrumentalisierten „Muslimflüchtlinge“ hatten den Wunsch nach einer würdigen Gebetsstätte. Auf dem Weg dorthin bekamen

⁴⁰⁷ Weiter hieß es: „Die extremistischen oder extremistisch beeinflussten Mitgliedsvereine sowie Funktionsträger weisen Bezüge zur Muslimbruderschaft auf“ (August 2016).

⁴⁰⁸ ZMD-Mitgliederliste von 2017, Nr. 13.

⁴⁰⁹ S. 5.4.1 Geschichte der IGD/DMG und die Literaturangaben dort, v. a. Fußnote 367.

die Flüchtlinge Konkurrenz von einer wachsenden Gruppe arabischer Studenten, die bald das Ruder übernahmen. 1973 wurde in München-Freimann die sechste eigens als Gebetsstätte gebaute Moschee in Deutschland eröffnet. Das IZM war viele Jahre der Sitz der IGD, die ja direkt aus der Moscheebau-Kommission entstanden war.⁴¹⁰ Zu den Verknüpfungen mit der ägyptischen Muslimbruderschaft wurde in dem Zusammenhang schon einiges erwähnt. Das IZM galt und gilt daher vielen als die deutsche, wenn nicht die europäische Schaltstelle der Muslimbruderschaft. Auch Beziehungen nach Saudi-Arabien wurden gepflegt, was wohl im Kontext des finanziellen Engagements der Saudis zu sehen ist.⁴¹¹

Von 1974 an wurde ein islamischer Kindergarten, ab 1981 eine staatlich anerkannte deutsch-islamische Grundschule geführt, beides die ersten Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Im September 2005 wurden beide Einrichtungen geschlossen.⁴¹² Auch ein Buchladen und ein Buchversand wurden 2005 eingestellt.

Über viele Jahre stellten diverse Publikationen aus dem IZM die grundlegende verfügbare islamische Literatur in deutscher Sprache dar. Führend gehörten die „Schriftenreihe des Islamischen Zentrums München“ sowie die Zeitschrift „Al-Islam“ dazu, eine Vierteljahresschrift (bis etwa 2005, eine Zeitlang online), die immer wieder mit erstaunlich offen islamistischen Positionierungen auffiel.⁴¹³ Langjähriger Redakteur war der Islamwissenschaftler und Autor Ahmad von Denffer, der durchaus als einer der führenden Vordenker der Muslime in Deutschland insbesondere in der Konvertitenzene bezeichnet werden kann.⁴¹⁴

⁴¹⁰ Siehe weiter oben. Seit 2008 ist das IZM formal unabhängig von der IGD (vgl. Kamp/Thielmann in Peter/Ortega [Hg.] 2014, 100) und seit 2009 auch kein eingetragener Verein mehr (Auflösung März 2009, vgl. Nowar 2012, 79).

⁴¹¹ Grundmann 2005, 60, spricht gar von einer „Doppelnutzung“ des IZM durch die Muslimbruderschaft und Saudi-Arabien, woher finanzielle Unterstützung kam (kommt?). Es ist nicht nur hier zu beobachten, dass ideologische Differenzen hinter den Zielen, die man in Europa gemeinsam verfolgen zu können glaubt, strategisch deutlich zurücktreten können.

⁴¹² Die Schließung wurde verfügt, da der Trägerverein Deutsch-Islamisches Bildungswerk e. V. (DIBW), der seit 2003 die Einrichtungen betrieb, als Tarnverein für die IGD eingeschätzt wurde (die die Einrichtungen bis 1999 führte). Der Verlust der Gemeinnützigkeit der IGD 1999 war der Schulaufsicht nicht gemeldet worden. S. auch Fußnote 384.

⁴¹³ www.igd-online.de: ab 1960 „Herausgabe der ersten deutschsprachigen muslimischen Zeitschrift Al-Islam“. In der Ausgabe vom Februar 2002 z. B. heißt es: „Langfristig können die Muslime die deutschen Familien-, Staats- und Strafgesetze nicht akzeptieren ... Die Muslime sollten eine Vereinbarung zwischen den Muslimen und dem deutschen Staat anstreben, die das Ziel hat für Muslime ein eigenes Rechtswesen zu schaffen.“ Hier klingt an, was häufig mit dem Stichwort „Gesellschaftsvertrag“ oder ähnlichen Konzepten vertraglicher Modelle, etwa auch der Übersetzung des Konzepts *Dar as-Sulh* (als Extension von *Dar al-Islam* vs. *Dar al-Harb*) als „Haus des (Gesellschafts-)Vertrages“ von muslimischer Seite zur Sprache kommt (vgl. z. B. Mustafa Cerićs Beiträge zu einem europäischen Islam; Teile der Diskussion um ein islamisches Minderheitenrecht in Europa etc.; s. Eißler/Borchard [Hg.] 2013). S. auch oben zur Islamischen Charta bei Fußnote 338.

⁴¹⁴ S. auch Fußnote 341.

Der SKD Bavaria Verlag des Ägypters Abdel Halim Hassanin Khafagy (1932 – 2013, ab 1982 IGD-Mitglied, laut bayerischem Verfassungsschutz „einer der führenden Repräsentanten der islamischen Muslimbruderschaft“⁴¹⁵) vertrieb von 1983 bis 2006 ein breites Spektrum an islamischer Literatur für ein deutschsprachiges Publikum. Ein Schwergewicht im Programm ist die fünfbandige kommentierte Koran Ausgabe und -übersetzung „Die Bedeutung des Korans“ des deutsch-arabischen Frauenkreises um Fatima Grimm (1934 – 2013), die über Jahre in der Zeitschrift Al-Islam veröffentlicht wurde und dann 1997 komplett erschien.⁴¹⁶ Darüber hinaus gehörten aber auch Yusuf al-Qaradawis „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“, das 1960 verfasst und in den 1980er Jahren von Ahmad von Denffer übersetzt worden war, sowie Schriften des türkischen antisemitischen Kreationisten Harun Yahya oder des französischen Holocaust-Leugners Roger Garaudy zum Verlagsprogramm, neben „koreanwissenschaftlich“ begründeter (bzw. bemäntelter) Bibelkritik und antichristlicher wie auch antijüdischer Polemik. Ein großer Teil dieser Schriften gehört bis heute in Internetshops und in manchen Buchläden in und um Moscheen zum Kernbestand des Angebots.

In diesem Umfeld fand sich auch der kleine Verlag und Buchversand Dar-us-Salam, der etwa bis zur Jahrtausendwende von Garching aus in der islamischen Szene äußerst aktiv war. Betreiber war der in Stuttgart gebürtige Pädagoge Tilmann Schaible, der später Ansprechpartner für staatliche Stellen in Bayern und dann in Österreich für das Thema islamischer Religionsunterricht wurde.⁴¹⁷

⁴¹⁵ Zit. nach Meining 2011, 201, der fortfährt: „Diese Behauptung kann natürlich nicht überprüft werden.“

⁴¹⁶ Fatima Grimm war in den 1970er Jahren im IZM bzw. in der IGD tätig, später dann in Hamburg (Deutsche Muslim-Liga Hamburg) eine bekannte Persönlichkeit im Umfeld des Treffens deutschsprachiger Muslime (TDM) und über Jahrzehnte eine der bedeutendsten und einflussreichsten Musliminnen in Deutschland. Sie spricht im Vorwort zu dem Koranwerk von „unserem Verlag“ und „den islamischen Zentren“, die erreicht werden sollen. Fatima Grimm ist die Autorin der berühmten Broschüre „Die Erziehung unserer Kinder“ von 1976, in der die Erziehung zum Dschihad ab etwa 15 Jahren als elementare islamische Pflicht erörtert wird. Der „Kampf für die Sache des Islam“ sei „vor allem mit dem Schwert; wo dies jedoch nicht möglich oder notwendig ist, auch mit der Feder, dem Spaten, dem Skalpell oder meinetwegen sogar mit der Nähnadel oder dem Kochlöffel“ zu führen. Der Text ist alt, die Autorin soll sich später davon distanziert haben, nichtsdestotrotz ist er leicht auffindbar (vgl. www.enfal.de/news5.htm) und war vor nicht langer Zeit durchaus auch noch in gedruckter Form erhältlich.

⁴¹⁷ Er gab beispielsweise auch die „Islamische Bildungslehre“ von Harry Harun Behr heraus, der mit Schaible im Umfeld des IZM (und der Treffens deutschsprachiger Muslime) aktiv war. Zu dem Kreis gehörte damals etwa auch der spätere Psychotherapeut Stefan Ibrahim Rüschoff. Vgl. die Dokumentation „Wie man gute und schlechte Christen für den Islam gewinnt, in: Materialdienst der EZW 8/1984, 238 – 242 (https://ezw-berlin.de/downloads/Materialdienst_08_1984.pdf); Meining 2011, 227 – 229 und 242. Das ist 35 Jahre her, die Zeit ist nicht stehen geblieben, und viele der damaligen jungen Aktivisten, die sich in einer gewissen Aufbruchsstimmung befanden, haben Wandlungen durchgemacht, die auch mit der klaren Distanzierung von islamistischen Konzepten einhergingen.

Eine wichtige Neuerung war 1985 die Durchführung eines „Tags der offenen Moschee“ (TOM), der ab Mitte der 1990er Jahre einen festen Platz im Münchener Kalender einnahm. Der ZMD führte 1997 den TOM am Tag der Deutschen Einheit ein.⁴¹⁸

5.7 Exkurs zur Muslimbruderschaft⁴¹⁹

Die 1928 von dem ägyptischen Lehrer Hassan al-Banna gegründete Muslimbruderschaft (*dscham‘iyyat al-ikhwan al-muslimin*, MB) ist die älteste und größte islamistische Bewegung weltweit. Sie entstand in erster Linie als antikoloniale Widerstandsbewegung gegen als unmoralisch empfundene Strömungen aus dem Westen und ist nach Auskunft von Experten mit Ablegern in fast 80 Ländern aktiv.⁴²⁰ Ziele des Gründers waren die Beendigung des westlichen Einflusses und die Schaffung eines soziopolitischen Systems durch eine schrittweise Reform (Bildung, Soziales) bzw. einen schrittweisen Umbau von Gesellschaft und Staat auf der Grundlage islamischer Ethik und islamischer Werte, letztlich ein islamischer Staat. Das Motto der Muslimbruderschaft lautet:

„Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unser Gesetz. Dschihad ist unser Weg. Auf dem Weg Allahs zu sterben ist unsere größte Hoffnung.“⁴²¹

Die MB ist schwer zu greifen, da sie sich strategisch bedeckt hält – Abschottung nach außen, es gibt keine vorzeigbaren „Mitgliedsausweise“, eine Zugehörigkeit wird in den seltensten Fällen öffentlich bekannt – und inhaltlich zwar einen sehr konservativen Islam vertritt, sich aber bewusst immer wieder von den Lehren der (allzu regimetreuen) traditionellen *Ulama* abgegrenzt und moderne Elemente aufgenommen hat.⁴²² Hinzu kommt

⁴¹⁸ „Wir haben damals das Datum bewusst gewählt, um das Selbstverständnis der Muslime, Teil des 1990 wiedervereinigten deutschen Staates zu sein, und die Verbundenheit mit allen Bürgern Deutschlands zum Ausdruck zu bringen“ (ZMD Selbstdarstellung); s. auch oben bei Fußnote 328; vgl. Meinung 2011, 201f.

⁴¹⁹ Pargeter 2013; Kandil 2015; Ramsauer 2014; Meinung 2011; MB in Europa: Peter/Ortega (Hg.) 2014, 89 – 94 (MB allgemein: 7 – 13). Übersichtlich und instruktiv auch: Blickpunkt Ägypten – Die Muslimbruderschaft, hg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg, August 2015.

⁴²⁰ Eindeutige regionale Schwerpunkte in Europa sind Frankreich, Deutschland, Britannien, Belgien und die Schweiz, allerdings ist die MB auch in Ländern wie Spanien, Dänemark, Schweden oder Luxemburg präsent.

⁴²¹ Auf dem Logo der MB ist der Koran abgebildet, darunter zwei gekreuzte Schwerter und die Anfangsworte von Sure 8,60: „Und haltet bereit“ (oder: „Und rüstet“, *wa-a‘iddu*). Der Vers lautet: „Und haltet für sie bereit, was ihr an Kraft und an kampfbereiten Pferden (haben) könnt, um damit den Feinden Allahs und euren Feinden Angst zu machen, sowie anderen außer ihnen, die ihr nicht kennt; Allah aber kennt sie! Und was immer ihr auf Allahs Weg ausgeben, wird euch in vollem Maß zukommen, und es wird euch kein Unrecht zugefügt.“

⁴²² Wobei es bei al-Banna selbst das Konzept des *takfir* so nicht gibt („Für-ungläubig-Erklären“, quasi Exkommunikation anderer Muslime, ganzer Gruppen oder Gesellschaften), wie es bei Extremisten

die interne Vielfalt an – teilweise kontradiktorischen – Positionen und die aufs Ganze gesehen notorisch wenig durchsetzungsfähige Organisation, sodass kaum von „der“ Muslimbruderschaft gesprochen werden kann, sondern die verschiedenen nationalen Zweige (Ägypten, Jordanien, Syrien, Kuwait usw.) und ihre lokalen Ausprägungen zu berücksichtigen sind, die zum Teil unabhängig voneinander agieren. Die MB verfolgt auch keineswegs nur politische Ziele, sondern wird vor Ort vielfach insbesondere durch ein Spektrum an wohltätigen Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Projekten wahrgenommen. Es gibt eine Frauenorganisation (*al-akhawat al-muslimat*). Ebenso wird die alte MB-Generation inzwischen deutlich kritisiert. Kritische Angehörige der jungen Generation fordern schon lange Veränderung, mehr Transparenz, mehr Offenheit und vor allem Professionalität. So changiert das Bild „der Muslimbruderschaft“ je nach individueller Sicht, nach Kontext und Gewichtung der Einzelaspekte.

Als Charakteristika der MB werden genannt: Ein Beitritt ist nicht ohne Weiteres möglich, die Hürden sind hoch, eine Aufnahme erfolgt erst, nachdem eine klar festgelegte Aufstiegshierarchie durchlaufen ist. „Bei den Muslimbrüdern gibt es zehn Stufen der Mitgliedschaft: Zu Beginn hat man nur den Status eines Sympathisanten. Bis man in die höchste Stufe kommt, braucht man fünf bis sechs Jahre. Solange wird der Gehorsam überprüft.“⁴²³ Die Verpflichtung, sich ganz in den gehorsamen Dienst der Organisation und der Umsetzung ihrer Ziele zu stellen, wird beim Eintritt in die Bruderschaft durch einen Treueschwur (*baʿa*) besiegelt. „Gleichzeitig ist es den Mitgliedern nicht erlaubt, sich öffentlich zur Bruderschaft zu bekennen“, was aus pragmatischen Gründen allerdings nicht konsequent eingehalten wird.⁴²⁴ Die MB ist dadurch keine Massenbewegung im populären Sinne, Bruder wird man nur auf persönliche Ansprache, es gibt eine strenge interne Hierarchie und ein hohes Maß an Kontrolle in den inneren Kreisen bei gleichzeitiger Undurchschaubarkeit von außen.⁴²⁵ Im Kern besteht die MB aus einzelnen Zellen, Gemeinschaften von sechs bis acht Brüdern (genannt *usra*, „Familie“), die sich regelmäßig treffen und austauschen.⁴²⁶

später zu finden ist. Es sind die ideologischen Vorarbeiten des ägyptischen Muslimbruders Sayyid Qutb, die die Basis derjenigen Gruppen bildeten, „die entweder die Herrschenden oder die Gesellschaften insgesamt zu Ungläubigen erklärten“ und die diesen Zustand mit Waffengewalt zu ändern bereit waren (Grundmann 2005, 16 und 25).

⁴²³ So Bassam Tibi im Interview 2012 (<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/723289/Die-Moslembroeder-sind-eine-totalitaere-Bewegung>). Er sagt in diesem Zusammenhang auch: „Für mich sind die Muslimbrüder eine totalitäre und keine demokratische Bewegung.“ Genauer zu den Stufen der Mitgliedschaft: Khalil al-Anani, *Inside the Muslim Brotherhood. Religion, Identity, and Politics*, Oxford 2016, 91 – 97.

⁴²⁴ Vgl. Grundmann 2005, 18.

⁴²⁵ Zur Begründung s. ebd., 19f.

⁴²⁶ Es gibt eine Reihe weiterer Formate und Übungen, wie etwa die *Katiba*, ein regelmäßiges Treffen von mehreren „Usras“, oder die *Rihla*, ein regelmäßiger Tagesausflug zur Stärkung der Gemeinschaft und des gegenseitigen Vertrauens etc. Vgl. dazu etwa al-Anani, *Inside the Muslim Brotherhood* (s. Fußnote 423), 84ff.

Regionale Gruppen wählen einen Schura-Rat (*madschlis asch-schura*), der wiederum ein neunzehnköpfiges Exekutivorgan („Politbüro“, *maktab al-irschad*) benennt. Der Oberste Führer (*al-murschid al-‘amm*) steht gleichzeitig dem ägyptischen Zweig vor. Die „Internationale Organisation“ (*at-tanzim ad-dauli*) der Muslimbrüder wurde erst 1981 offiziell gegründet.⁴²⁷ Bei der Verbreitung und Einflussnahme unter arabischstämmigen Muslimen in Europa spielt die „Islamische Weltliga“ eine wichtige Rolle (Muslim World League, *rabitat al-‘alam al-islami*, 1962 unter saudischer Ägide gegründet). Die Liga (*Rabita*) verbreitet mit vielen Milliarden ein Saudi-Arabien genehmes, rigoroses Islamverständnis durch Bildungs- und Kulturarbeit, Publikationen, Förderung von Moscheen und Wohltätigkeitsvereinen etc.⁴²⁸

Der US-Amerikaner Steve Merley erforscht und analysiert seit vielen Jahren das internationale Netzwerk der Muslimbruderschaft. Die Bruderschaft hat Merley zufolge ein klares Narrativ: „Der Westen ist im Krieg gegen den Islam.“⁴²⁹ Ein Narrativ kann identitätsprägend und letztlich handlungsleitend sein. Die MB will nicht nur das muslimische Denken, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung erneuern. Merley spricht von der „Globalen Muslimbruderschaft“ als einem Netzwerk mit mannigfaltigen internationalen Verflechtungen (www.globalmbwatch.com), aber ohne durchgreifende „Organisation“. Viele der miteinander vernetzten Akteure nennen sich nicht Muslimbrüder oder streiten gar jegliche Verbindung zur MB ab, sind jedoch untereinander und mit islamistischen Organisationen im Nahen Osten durch personale Verknüpfungen, regelmäßige Treffen, ideologische Gemeinsamkeiten, Finanzaktivitäten etc. engstens vernetzt. Die *Idee*, die viele ansprechen kann, hat Vorrang vor der „Organisation“, die ganz im Dienst der Idee steht und nicht transparent gemacht wird.⁴³⁰

Seit 2006 hat die MB ihre Zentrale in Istanbul.⁴³¹ Ein großer Sponsor der globalen MB scheint nach wie vor Qatar zu sein. Der „inoffizielle Chefideologe“ der Muslimbrüder-

⁴²⁷ Entwurf der „Allgemeinen Satzung der Internationalen Organisation der Muslimbruderschaft“ von Mustafa Mashhur. Zu der geheimnisumwitterten Organisation (Koordination, finanzielle Organisation, Berichtspflicht gegenüber der Führung etc.) vgl. Grundmann 2005, 29 – 42.

⁴²⁸ Vgl. ebd., 75 – 104. Das Verhältnis MB – Rabita ist komplex und mitunter spannungsvoll, kann aber insgesamt als pragmatisch im Blick auf die Verfolgung gemeinsamer Interessen und die Nutzung teilweise überschneidender Strukturen beschrieben werden.

⁴²⁹ Steve Merley im Interview, <https://kurier.at/politik/ausland/us-ermittler-steven-merley-ueber-das-globale-netzwerk-der-muslimbruderschaft-muslimbrueder-bauen-keine-bomben-aber/202.488.796>.

⁴³⁰ Dazu instruktiv Pargeter 2013, 136 – 178 („A School of Thought“), s. auch oben Fußnote 365. Alan Posener: „Die Muslimbruderschaft ist wie eine Schattenarmee. Niemand bestreitet ihren Einfluss auf die Vertreter des politischen Islam in ganz Europa. Und doch bekennen sich nur sehr wenige Muslime offen zur Bruderschaft. Das ist angesichts der Tatsache, dass die Organisation in Deutschland wie in den meisten anderen europäischen Ländern als antidemokratisch eingestuft wird, die offene Mitgliedschaft also nicht karriereförderlich ist, auch nicht verwunderlich“ („Unheimliche Brüder“, <https://starke-meinungen.de/blog/2019/02/01/unheimliche-brueder-vom-1.2.2019>).

⁴³¹ So die arabische Tageszeitung „Al Roya“, berichtete die „Khaleej Times“ am 24.1.2014.

schaft Yusuf al-Qaradawi hat ebenso seinen Wohnsitz in dem Golfemirat wie etwa der palästinensische Hamas-Führer Khaled Mashal (Mashaal).⁴³²

Der inzwischen 92-jährige Yusuf al-Qaradawi, oft „als einflussreichster Gelehrter des sunnitischen Islams der Gegenwart bezeichnet“, steht im Mittelpunkt eines einzigartigen Netzwerks, das sich „in der Praxis an vielen Stellen mit dem der Bruderschaft“ deckt.⁴³³ Eine Persönlichkeit mit ebenfalls enormer Reichweite (nicht nur) in MB-nahen Milieus ist der Vordenker eines europäischen Islam bzw. Islam in Europa, Tariq Ramadan, der jüngste Sohn des ersten IGD-Präsidenten Said Ramadan und Enkel des MB-Gründers Hassan al-Banna.⁴³⁴

Man kann wohl sagen, dass die MB so etwas wie den historischen und ideologischen Wurzelgrund der meisten heutigen Formen des Islamismus und des Dschihadismus bildet. Die MB selbst hat ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. Muslimbrüder bzw. muslimbruderschaftsnahe Gruppen agieren in unseren Breiten in aller Regel selbstverständlich im legalen Rahmen (sog. „legalistischer Islamismus“). Sie „bauen keine Bomben, sitzen aber mit Organisationen zusammen, die Bomben bauen und den Terrorismus finanzieren“⁴³⁵. Offiziell schwor die MB der Gewalt schon unter dem Obersten Führer Hassan al-Hudaibi in den 1960er Jahren ab.⁴³⁶ Allerdings gab und gibt es militante Akte und MB-Splittergruppen, die dem Aufruf zum Dschihad mit der Waffe in der Hand nachkommen: der „Nizam al-Khass“ schon in frühen Jahren, Terrorakte unter Nasser, Radikalisierungen ab den 1970er Jahren mit extremistischen Abspaltungen, der MB-Aufstand in Syrien (im Massaker von Hama 1982 wurde die dortige MB praktisch vernichtet), 1987 Gründung der Hamas, die aus der MB hervorging, aber z. B. auch der Anschlag in Luxor auf Touristen im Jahr 1997 mit 62 Toten. Im Kampf gegen „Besitzer“ wird Gewalt ausdrücklich gebilligt. Der antiisraelische, auch antisemitische Diskurs ist von Anfang an prominent.

⁴³² S. Fußnote 361.

⁴³³ Grundmann 2005, 70 – 74, hier: 70; zu al-Qaradawi (der selbst kein MB-Mitglied mehr, aber hoch respektiert ist): Bettina Gräf u. a. (Hg.), *Global Mufti – The Phenomenon of Yusuf al-Qaradawi*, London 2009; grundlegend und umfassend: Carsten Polanz, *Das ganze Leben als Āhād. Yusuf al-Qaradawi und der multidimensionale Einsatz auf dem Wege Allahs*, Bonner Islamstudien Bd. 38, Berlin 2016.

⁴³⁴ Grundmann 2005, 62f. „Auch wenn T. Ramadan bislang immer abgestritten hat, Mitglied der MB zu sein, so wird sein mittlerweile recht großes muslimisches Publikum zumindest inhaltlich in deren Nähe gelenkt“, so Grundmann vorsichtig. *Kritische Analysen zu Tariq Ramadan*: Ralph Ghadban, *Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas*, Berlin 2006.

⁴³⁵ Steve Merley im Interview (s. Fußnote 429).

⁴³⁶ Al-Hudaibi war von 1951 bis 1972 *Murschid*. In seinem Buch „Prediger, nicht Richter“ wandte er sich gegen die revolutionär-extremistische Ideologie Sayyid Qutbs und trug maßgeblich zu einer Deradikalisierung der Muslimbruderschaft bei. Muslim sei, wer das Glaubensbekenntnis spreche, über den Abfall vom Glauben entscheide allein Gott. Es gebe Interpretationsspielräume für die Scharia. Die paramilitärische „Spezialeinheit“ wurde abgeschafft.

Laut Verfassungsschutzberichten⁴³⁷ sieht ein „Vierjahres-Plan (2008 – 2011)“ der MB Maßnahmen auf der Grundlage einer Doppelstrategie auch in Deutschland vor: „Nach außen gibt sich die MB offen, tolerant und dialogbereit und strebt eine Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und Entscheidungsträgern an, um so Einfluss im öffentlichen Leben zu gewinnen. Ihr Ziel bleibt aber die Errichtung einer auf der Scharia basierenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung, wobei die MB für sich die Führungsrolle für alle Muslime beansprucht. Der Plan zeigt eine deutliche Abgrenzung gegenüber den USA, Israel, dem jüdischen Volk und Andersgläubigen.“⁴³⁸

In Ägypten wurde die MB mehrfach verboten, so z. B. 1954 unter Nasser, aber auch 2013 nach dem gewaltsamen Sturz des demokratisch gewählten MB-nahen Präsidenten Mohammed Mursi durch das Militär unter General Abdel Fattah al-Sisi, dessen Regierung die MB zur Terrororganisation erklärte. 2013 war die letzte große Zäsur, die die MB international in den Fokus der Aufmerksamkeit rückte. Das große politische Projekt der MB war (wieder einmal) gescheitert.⁴³⁹ Die Solidaritätsbekundungen muslimischer Communities nicht nur, aber auch in der Türkei und in Deutschland waren gleichwohl beeindruckend, vor allem was die spontane Mobilisierung großer Gruppen und die breite Koalition vieler unterschiedlicher Akteure anbetrifft (R4bia/Rabia-Bewegung). Es gibt immer wieder Indizien dafür, dass die türkische Führung die verschiedenen Strömungen (von türkischen Islamisten, Muslimbruderschaft, aber auch aus dem salafitischen Spektrum) zusammenführen und zur Unterstützung einer türkischen Vormachtstellung in der weltweiten islamischen *Umma* gewinnen will.⁴⁴⁰

⁴³⁷ Z. B. Verfassungsschutzbericht Bayern 2011, 72 (www.lfv.bayern.de/mam/anlagen/verfassungsschutzbericht_2011.pdf).

⁴³⁸ Ebd.

⁴³⁹ Die Schwächung der MB hat ihre Ursachen allerdings keineswegs nur in Repression von außen, sondern macht sich auch an internen Entwicklungen fest, die lange zurückreichen. Hasan al-Turabi trennte sich schon in den 1970er Jahren von der ägyptisch dominierten MB, 1990 brach die kuwaitische MB weg, die Trennung der palästinensischen MB (Hamas) von der ägyptischen wurde spätestens nach der Ermordung Ahmad Yassins 2004 offenbar, die Kriege in Syrien und im Jemen bringen der MB nicht die erhofften Vorteile, Libyen ist geteilt, die Golfstaaten und Saudi-Arabien sind massiv gegen die „extremistische MB“ vorgegangen, 2016 verließ der jordanische Zweig die Mutterorganisation und die tunesische Ennahda kündigte an, politische Partei zu werden und sich ebenfalls zu trennen.

⁴⁴⁰ Explizit unterstützt von Yusuf al-Qaradawi, der dazu aufruft, Erdoğan beim (Wieder-)Aufbau des Kalifats zu stärken. Auf der 4. Konferenz der Internationalen Muslimischen Gelehrten (20.8.2014) sagte al-Qaradawi: „Die gesamte Union der muslimischen Gelehrten erklärte, dass das Kalifat in Istanbul errichtet werden muss, da es die Hauptstadt des islamischen Kalifats ist. Und es sollte die Hauptstadt unserer ganzen Arbeit sein.“ Denn Istanbul verbinde Alt und Neu, Religion und Welt, Araber und Perser, die ganze *Umma*; der Mann, der die Türkei verändert habe, sei Recep Tayyip Erdoğan (so in dem Videoausschnitt www.youtube.com/watch?v=bp7v2svathQ zu sehen, dessen genaue Herkunft in diesem Rahmen nicht geklärt werden kann).

5.8 Islamisches Zentrum Hamburg e. V. (IZH)⁴⁴¹

Die Schiiten in Deutschland haben inzwischen eigene Prominenz erlangt. Einige Aspekte sollen an dieser Stelle im Zusammenhang mit dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) als dem Mittelpunkt des schiitischen Islam in Deutschland und Gründungsmitglied des ZMD wenigstens kurz zur Sprache kommen.

Gegründet wurde das IZH in den 1950er Jahren auf Initiative von iranischen Kaufleuten in Hamburg in Verbindung mit Großayatollah Boroudjerdi (Qom/Iran).⁴⁴² 1964 wurde das erste Festgebäude in der neuen repräsentativen Moschee verrichtet, die als „Blaue Moschee“ bekannt und – mit eindrucksvoller Architektur in einem der vornehmsten Viertel an der Außenalster gelegen – auch ein touristischer Anziehungspunkt ist. Von Anfang an ist die Imam-Ali-Moschee an die Theologie Qom'scher Prägung gebunden, alle leitenden Theologen werden aus der Stadt Qom an die Alster geholt. Qom, neben Nadschaf und Kerbela die traditionelle Hochburg der schiitischen Gelehrsamkeit und mit der Residenz Khomeinis gleichsam der Ursprungsort der Revolution, steht für den „bekannt autoritären Kurs ..., der in der Iranischen Revolution zum Träger der Revolutionsbewegung wurde“⁴⁴³. So war von 1965 bis 1970 das spätere Mitglied des Revolutionsrats Mohammad Hosseini Beheshti Leiter des IZH, „und auch andere leitende Köpfe der Revolution haben mehrere Jahre im IZ Hamburg verbracht“⁴⁴⁴. Mit Mohammad Mojtahed Shabestari (geb. 1936) war von 1970 bis 1978 eine Persönlichkeit Direktor, die ab 1980 eine Zeitlang im iranischen Parlament saß, sich dann aber von der Politik abwandte und einer der führenden iranischen Geistlichen wurde, der hermeneutische Grundfragen in der lebendigen Auseinandersetzung mit der modernen protestantischen Theologie und westlichen Denkern erarbeitete und über Jahrzehnte in den Diskurs

⁴⁴¹ ZMD-Mitgliederliste von 2017, Nr. 11. Vgl. zum IZH Wunn 2007, 123 – 126 (Schiiten in Deutschland, Autorin: Hamideh Mohagheghi); der Ehemann von Hamideh Mohagheghi, Djavad Mohagheghi, ist der Sohn des ersten Imams der Moschee, Mohammad Mohagheghi. Vgl. ferner Lemmen 2001, 105 – 108; Lemmen 2002, 65 – 67.

⁴⁴² 1962 wurde die „Islamisch-Iranische Gemeinde in Hamburg e. V.“ beim Amtsgericht Hamburg eingetragen; seit 1966 „Islamisches Zentrum Hamburg“.

⁴⁴³ Mohagheghi in Wunn 2007, 124. Im Iran gibt es ein enges und vielschichtiges Netz von schiitisch-theologischen Bildungseinrichtungen, die sogenannte *Hauza* (auch: *Hawzah Ilmiyya*), dort auch einfach „Seminar“ genannt. Die *Hauza*, sozusagen das schiitische Pendant zum *Madrasa*-System, besteht aus größeren und kleineren Instituten wie auch Universitäten, die der Autorität unterschiedlicher schiitischer Gelehrter unterstehen. Einige Seminare bilden einen gewissen Kern, weitere ein breiteres Umfeld, zu dem etwa auch die University of Religions and Denominations (URD) gehört, die inzwischen vielfältige Beziehungen mit wissenschaftlichen Kooperationspartnern in Deutschland pflegt (z. B. in Paderborn). Seit der islamischen Revolution 1979 ist die *Hauza* in der „heiligen Stadt“ Qom durch die Unterstützung der Machthaber privilegiert. Die Politisierung musste unweigerlich auch auf das Hamburger Zentrum durchschlagen.

⁴⁴⁴ Mohagheghi in Wunn 2007, Anm. 286.

über eine zeitgemäße Islaminterpretation einbrachte.⁴⁴⁵ Der Nachfolger Shabestaris in Hamburg war Mohammad Khatami (1978 – 1980), der spätere iranische Staatspräsident. Seit August 2018 ist Hodschatoleslam Mohammad Hadi Mofatteh Leiter des IZH und wie seine Vorgänger der ranghöchste Vertreter des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei und damit die höchste geistliche Autorität der Schiiten in Europa (ausgenommen Britannien).⁴⁴⁶

Von Anfang an war die Imam-Ali-Moschee nicht nur für Schiiten offen. Eine über Hamburg hinaus ausstrahlende Wirkung entfaltete die deutschsprachige Arbeit ab den 1970er Jahren im Bereich des interreligiösen Dialogs. Die Moschee wurde ein Treffpunkt für (schiitische und sunnitische) Muslime wie Nichtmuslime, nicht wenige Konvertiten, Christen, aber auch Nichtreligiöse. In wöchentlichen Seminaren legte der aus einer traditionsreichen indischen Mogulfamilie stammende schiitische Gelehrte Mehdi Razvi (1930 – 2013), der mit einer Deutschen verheiratet war, über mehr als zwanzig Jahre hin den Koran aus und wirkte nachhaltig prägend.⁴⁴⁷ Imam Razvi, der übrigens zur schiitischen Minderheit der Zaiditen („Fünferschiiten“) gehörte, bildete zahlreiche Imame aus, unter ihnen etwa Abu Ahmed Jakobi (Jacobi), im Vorstand der Schura Hamburg für den interreligiösen Dialog zuständig, sowie die Imamin Halima Krausen, die seine Aufgaben im IZH übernahm. Zu seinen Schülern gehörte auch (Muhammad) Sven Kalisch, der von 2004 bis 2010 Professor für Religion des Islam am Centrum für Religiöse Studien (CRS) in Münster war, der Vorgänger Mouhanad Khorchides.

Neben dem deutschsprachigen Milieu bestehen zwei weitere – mehr oder weniger klar getrennte – Milieus im Umfeld der Moschee, die „Einwanderer der ersten Stunde“ sowie die „Revolutionsflüchtlinge“, die aus nachvollziehbaren Gründen mehrheitlich kein Interesse an der regimenahe theologischen Ausrichtung der Moschee haben.⁴⁴⁸ Das IZH gibt vierteljährlich das Magazin „Al-Fadschr“ heraus („Die Morgendämmerung“); es ist Mitglied der Schura Hamburg und hat dort eine führende Position inne (staatliche Verträge mit Muslimen und Aleviten 2012).

Die Einrichtung wird vom Hamburger Verfassungsschutz beobachtet, der „seit der Publikation des ersten druckten Verfassungsschutzberichtes“ 1993 jedes Jahr über das IZH berichtet.⁴⁴⁹

⁴⁴⁵ Vgl. Friedmann Eißler, Iranischer Reformtheologe zu Gast in Berlin, in: Materialdienst der EZW 8/2012, 303 – 305 (https://ezw-berlin.de/html/15_2578.php).

⁴⁴⁶ Vgl. Friedmann Eißler, Neuer Imam im Islamischen Zentrum Hamburg, in: Materialdienst der EZW 12/2018, 464 – 465.

⁴⁴⁷ Vgl. etwa Mehdi Razvi, Entdeckungsreisen im Koran. Zwölf Lehrgespräche, unter Mitarbeit von Halima Krausen und Pia Köppel, Hamburg 2001. Zu den Dialogpartnern Razvis gehörte auch der Münsteraner Theologe Horst Georg Pöhlmann. Ein Nachruf auf Razvi: <https://de.qantara.de/inhalt/nachruf-auf-imam-seyed-mehdi-razvi-ein-visionaer-des-interreligioesen-dialogs>.

⁴⁴⁸ Vgl. Mohagheghi in Wunn 2007, 124.

⁴⁴⁹ Hamburger Verfassungsschutzbericht 2017, 54: „Durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit propagiert das IZH den Islam iranischer Prägung und strebt damit an, den ‚Export der islamischen Revolution‘ zu verwirklichen. Die Inhalte sind dabei moderat formuliert und bieten nur selten An-

Mit dem IZH in Verbindung stehende Organisationen

Die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V.“ (IGS) ist unter Koordination des IZH im März 2009 in Hamburg gegründet worden. Der Dachverband (Sitz in Hamburg, Geschäftsstelle in Berlin und Büro des Vorsitzenden an dessen Standort, Frankfurt) stellt die Vertretung der schiitischen Gemeinden auf Bundesebene dar und versteht sich als Religionsgemeinschaft. 175 Gemeinden und Vereine sind auf der Internetseite verzeichnet, womit die allermeisten (organisierten) Schiiten in Deutschland in dem Verband vertreten sein dürften.⁴⁵⁰ Erster Vorsitzender war Abbas Hosseini Ghaemmaghami, von 2004 bis 2009 Leiter des IZH.

Der Delmenhorster Verein „Islamischer Weg e. V.“ der promovierten Ingenieure Yavuz und Gürhan Özoğuz ist Gründungsmitglied der IGS und Mitglied der Schura Niedersachsen und unterhält enge Beziehungen zum IZH. Die Brüder Özoğuz betreiben das Internetportal „Muslim-Markt“, das neben einer Menge Vermittlungs- und Serviceangeboten („ein Bauchladen für alles, was Muslime gebrauchen können“) vor allem für seine (anti-westlich und antisemitisch imprägnierte) Propaganda für das iranische Regime berüchtigt ist.

Der „Islamische Weg“ stellt sich auch hinter den „Al-Quds-Tag“, eine jährliche Veranstaltung der Schiiten, genauer der „Quds-AG der Islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland“, die dem Berliner Verein „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg“ zugerechnet wird. Dieser wiederum ist Mitglied in der IGS. Jährlich protestieren zum Ende des Fastenmonats Ramadan (vor allem schiitische) islamistische Gruppen gegen Israel und fordern die Vertreibung der „Zionisten“ und die Rückeroberung Jerusalems. Dabei gehören antiisraelische Hetze sowie antisemitische Parolen und Transparente zum Repertoire. Der Al-Quds-Tag („Jerusalem-Tag“) wurde zu Beginn der iranischen Revolution 1979 von Ayatollah Khomeini eingeführt und ist im Iran offizieller Feiertag und Anlass für Massendemonstrationen. Auch in Deutschland gibt es seit Jahrzehnten Kundgebungen, die zentrale Veranstaltung findet seit 1996 in Berlin statt. Gerade in den letzten Jahren ist die maßgebliche Unterstützung des IZH für den gegen Israel und dessen Existenzrecht gerichteten Al-Quds-Tag wieder offenkundig geworden, was zu heftigen Debatten in der Hamburgischen Bürgerschaft führte.

Das „Al-Mustafa Institut“ in Berlin ist eine der weltweit über hundert Außenstellen der „Al-Mustafa International University“ mit Hauptsitz in Qom im Iran, die 1979 von

griffsflächen. Nach außen stellt sich das IZH als rein religiöse Einrichtung dar, die keine politischen Aktivitäten gestattet. Üblicherweise wird eine öffentliche Verbindung oder Identifizierung mit der iranischen Staatsführung vermieden. Dennoch ist das Staats- und Gesellschaftsverständnis des IZH vom Primat der Religion gegenüber Demokratie und Rechtsstaat geprägt.“

⁴⁵⁰ Die Schiiten kommen mehrheitlich aus Iran, Türkei, Afghanistan, Libanon, Irak und Pakistan. In Deutschland leben (nach REMID-Angaben) etwa 225 500 iranische Imamiten („Zwölferschiiten“) und türkische Schiiten. Es kommen ca. 80 000 afghanische Schiiten hinzu. 5 bis 7 Prozent der Muslime in Deutschland sind Schiiten (weltweit etwa 15 Prozent).

Ayatollah Khomeini gegründet wurde und schiitische Religionslehrer und Geistliche ausbildet. Das Berliner Institut wurde 2016 mit dem Ziel gegründet, „den in der deutschen Wissenschaftslandschaft vorhandenen Mangel an einer islamisch-schiitischen Theologieausbildung zu beheben und einen Beitrag zu religiöser und insbesondere muslimischer Vielfalt in Deutschland zu leisten“ (Pressemitteilung vom Juli 2017). Im Sommer 2017 gab es eine öffentliche Debatte um die – zuerst zugesagte, dann zurückgenommene – finanzielle Förderung eines Workshops gegen Extremismus, der im Al-Mustafa Institut stattfand und bei dem die IGS als Veranstalterin auftrat. Das Al-Mustafa Institut bestritt, vom Iran abhängig zu sein, zugleich räumte das IGS-Mitglied ein, das Curriculum für den Bachelorstudiengang „Islamische Theologie“ von der Mutteruniversität, der „Al-Mustafa International University“ in Qom, aus „wissenschaftlich-theologischen Gründen“ übernommen und teilweise an die deutschen Verhältnisse angepasst zu haben. Zum Leiter des Al-Mustafa Instituts ist Mahdi Esfahani bestellt worden, der zugleich Vorsitzender der „Stiftung für Islamische Studien e. V.“ (SIS) ist, die eine Vielzahl an Forschungs- bzw. Publikationsprojekten und damit die Wahrnehmung schiitischer Theologie in Deutschland fördert und sich für die Einrichtung einer schiitischen Professur einsetzt. Außerdem unterrichtet Esfahani an der Islamischen Akademie Deutschland im IZH wie auch in der Kulturabteilung der iranischen Botschaft in Berlin.

5.9 Einschätzungen

Der ZMD galt aufgrund seiner pluralen und „konfessionsübergreifenden“ Zusammensetzung – er ist der einzige der KRM-Verbände, in dem Sunniten und Schiiten vertreten sind – lange als unabhängiger Dialogpartner und Repräsentant muslimischer Interessen. Zu den Vorzügen gehörte, dass auf Deutschsprachigkeit Wert gelegt wurde und keine Bindungen an ausländische Organisationen erkennbar waren. Nach dem zunächst fast euphorisch gefeierten kometenhaften Aufstieg der türkischen AKP mit Wirtschaftserfolg und Europaausrichtung richtete sich nach 2001 die positive Aufmerksamkeit stärker auf die DİTİB, bis sich der Wind hier vor etwa zehn Jahren eklatant drehte. Auffallend ist beim ZMD die Diskrepanz zwischen der relativ geringen zahlenmäßigen Größe des Verbands und seiner öffentlich-medialen Präsenz. Er hat mit Aiman Mazyek ein starkes „Gesicht“ in der Öffentlichkeit und kann durch sein professionelles Auftreten breiter in die Gesellschaft wirken als andere Verbände.

Die hervorgehobenen Merkmale Unabhängigkeit und Heterogenität bedürfen allerdings eines zweiten Blicks. Es ist zu sehen, dass der ZMD über seinen größten Mitgliedsverband ATİB und deren Diyanet-Imame durchaus auch mit der Problematik eines Einflusses aus dem Ausland (Türkei) konfrontiert ist. Das schiitische Islamische Zentrum Hamburg stellt den Zentralrat ebenfalls, wenn auch in anderer Weise, vor die Frage, wie er mit dem Einfluss aus dem Ausland umgeht, in dem Fall aus dem Iran.

Hinsichtlich der Heterogenität sind unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Einerseits ist zweifellos eine Vielfalt innerhalb des ZMD vorhanden. Andererseits ist der ZMD ein „Dachverband der Dachverbände“: Die Mitgliedsverbände sind im Wesentlichen durchaus nach ethnischer Herkunft getrennt. Die Vorstellung, im ZMD lebten bunt gemischte Gemeinden eine „konfessionsübergreifende“ islamische Vielfalt, entspricht nicht der Realität. Es kann gleichwohl eine Einheit in der Vielfalt festgestellt werden, die liegt jedoch in einem konservativen Islamverständnis, wie Aiman Mazyek schon 2005 über die Verbandsgrenzen hinweg konstatierte: „Von ihrer theologischen Ausrichtung sind die Verbände und deren angeschlossene Moscheegemeinden kaum unterscheidbar – sie halten weitestgehend an den klassischen Rechtsschulen fest.“⁴⁵¹ In diesem Zusammenhang ist an die hoch problematische Positionierung des ZMD in der Islamischen Charta von 2002 zu erinnern, die unter dem Mantel einer Öffnung für die Gesellschaft Raum lässt für sehr konservative bis islamistische Interpretationen. Angesichts der erkennbaren Zusammenhänge verwundert die auffällige Dichte von Förderungen des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) im ZMD-Kontext.

Ein weiterer Aspekt liegt gewissermaßen quer dazu: Der Eindruck der Heterogenität kommt auch dadurch zustande, dass der ZMD sehr eigenständige Mitglieder hat, die in erster Linie für sich selbst stehen und sprechen und daher in gewissem Maße tatsächlich für sich zu betrachten sind. Wer denkt beim IZ Hamburg sogleich an den ZMD? Ähnliches ist nicht selten im Blick auf die IGD/DMG bzw. muslimbruderschaftsnahe Gruppierungen zu beobachten, wie etwa die Muslim Studenten Vereinigung. In dieser Hinsicht kann der ZMD geradezu als relativ loser Zusammenschluss starker Einzelmitglieder erscheinen.

Wenn es um den Anspruch auf Einführung des islamischen Religionsunterrichts geht, sind allerdings die religiös-organisatorische Autorität und die Verfasstheit als Religionsgemeinschaft unabdingbar. Wie verbindlich und „durchgreifend“ sind Entscheidungen auf der Ebene des ZMD-Dachverbands tatsächlich? Unter diesem Gesichtspunkt ist die für die Außenwirkung gelegentlich willkommene Autarkie einiger ZMD-Mitglieder eher problematisch.

Eine Einschätzung gewinnt an Klarheit, wenn nicht allein die relativ schmale Ebene des ZMD-Dachverbands mit ihrem auf die deutsche Öffentlichkeit gerichteten „Gesicht“ Aiman Mazyek fokussiert wird, sondern auch die Spannungen der dabei geäußerten Positionen zu den intern unter den Mitgliedern vorhandenen Positionen in den Blick kommen. Mazyek spricht als ZMD-Vorsitzender auch für die ATiB, auch für die IGD/DMG, auch für das IZH – mit allen Problemen sowohl bezüglich der Glaubwürdigkeit nach außen als auch der Koordinierung nach innen.

⁴⁵¹ <https://de.qantara.de/inhalt/islamische-verbände-in-deutschland-pladoyer-für-mehr-demokratie-und-transparenz> vom 17.6.2005.

Wie die Muslimbruderschaft einzuschätzen ist und welche Konsequenzen daraus für den Umgang mit ihr bzw. mit muslimbruderschaftsnahen Gruppierungen zu ziehen sind, ist auch unter Fachleuten Gegenstand von Kontroversen und in der Praxis gerade auch des christlich-islamischen Dialogs eine große Herausforderung. Je nachdem, welcher Facette man besonderes Gewicht zumisst, sieht man in der MB entweder eine Geheimorganisation gefährlicher Islamisten mit einer klaren, langfristig angelegten politischen Agenda, oder man vergleicht sie mit bürgerlich-konservativen christlichen Milieus, die durchaus auch in demokratischen politischen Parteien zu finden sind. Insbesondere seit dem sogenannten „Arabischen Frühling“ teilten viele die Einschätzung, die Muslimbruderschaft habe nicht nur längst der Gewalt abgeschworen, sondern sei auf dem besten Wege, sich zumindest mittel- und langfristig in demokratische Parteienlandschaften einzufügen.⁴⁵² In Deutschland ging die Beobachtung der Milli-Görüş-Bewegung durch die Verfassungsschutzämter zurück, Akteure aus dem Kontext muslimbruderschaftsnaher Kreise beteiligen sich in Dialogprojekten, die u. a. auch gesellschaftliche Themen wie Natur- und Klimaschutz aufgreifen. Häufiger ist von „konservativer Religiosität“ die Rede, weniger von politischem Extremismus, der freilich in der Tat akute Herausforderungen auf ganz anderen Feldern bereithält, im islamistischen Bereich etwa im Salafismus und im Dschihadismus. In Anbetracht der Radikalisierung Jugendlicher in salafitischen Milieus können Formen des „legalistischen Islamismus“ vergleichsweise moderat, wenn nicht gar harmlos erscheinen.

Entwarnung ist indessen nicht angesagt. Im Dezember 2018 erklärte der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, mittelfristig gesehen gehe von einer verstärkten Einflussnahme der MB eine „weitaus größere Gefahr für die deutsche Demokratie aus als von der radikal-islamischen Salafisten-Szene“, deren militante Protagonisten Terrorgruppierungen wie Al-Qaida oder den „Islamischen Staat“ (IS) unterstützten. Der legalistische Islamismus der MB zielt laut Verfassungsschutz darauf ab, „eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und eine Distanz zur Demokratie zu fördern“.⁴⁵³ In einer „friedlichen Transformation“⁴⁵⁴ soll der Ausbau einer islamischen Infrastruktur und letztlich ein islamisches Europa erreicht werden. Eine Konsequenz in typischer Diktion ist, dass durchaus etwa von Integration gesprochen wird, aber Wert gelegt wird auf eine (bloß) *soziale* Integration, die die muslimische Identität nicht tangieren, sondern bewahren soll.⁴⁵⁵ Eine andere Konsequenz

⁴⁵² Vgl. etwa das Buch von Muhammad Sameer Murtaza, Die ägyptische Muslimbruderschaft. Geschichte und Ideologie, Berlin 2011.

⁴⁵³ www.focus.de/politik/deutschland/zentralrat-im-blick-der-islamisten-verfassungsschuetzer-muslimbrueder-wollen-deutschland-in-islamischen-gottesstaat-verwandeln_id_10048434.html vom 11.12.2018 (Autor: Axel Spilcker); vgl. auch www.ksta.de/politik/verfassungsschuetzer-alarmiert-koelner-muslimbruderschaft-gilt-als-extrem-gefaehrlich-31716570.

⁴⁵⁴ Al-Qaradawi, zit. nach Kandel 2011, 150.

⁴⁵⁵ Integriert werden sollen die Muslime und ihre Institutionen „unter Beibehaltung einer entwickelten europäischen islamischen Identität“ (Nowar 2012, 94).

ist die, dass Islam in Europa („der“ Islam in und für Europa!) bejaht, ein „europäischer Islam“ aber abgelehnt wird.

In einem Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgericht München klagte vor einigen Jahren ein Lehramtsanwärter, der im Umfeld des Islamischen Zentrums München und für die MJD tätig war, auf Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe. Er berief sich darauf, sich „nur mit den religiösen Grundlagen der Muslimbruderschaft bzw. den mit der Verfassung in Einklang zu bringenden Teilen der Ideologie der IGD zu identifizieren“. In seinem Urteil vom Januar 2012 verwies das Gericht jedoch darauf, dass in der Ideologie der MB der Islam eine untrennbare Einheit zwischen Politik und Religion darstelle und sich auf alle Lebensbereiche beziehe und es daher problematisch erscheine, strikt zwischen den religiösen und den politischen Ansätzen der MB zu trennen. Dafür bedürfe es einer eindeutig nach außen erkennbaren Distanzierung von den der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenstehenden ideologischen Elementen der Muslimbruderschaft.⁴⁵⁶

Was heißt Muslimbruderschaft in Deutschland, was bedeutet „muslimbruderschaftsnah“? Wie groß ist die Nähe sogenannter muslimbruderschaftsnaher Strukturen hierzulande oder in Europa zur ägyptischen oder auch zur „globalen Muslimbruderschaft“ (Merley)? Interessant ist die Aussage eines ehemaligen Obersten Führers der Muslimbruderschaft über die europäischen Institutionen: „Diese Organisationen und Institutionen sind unabhängig und autonom. Wir kontrollieren sie nicht. Es sind die Brüder im Ausland, die diese Organisationen führen. Die Strukturen, die mit Qaradawi verbunden sind, sind Organisationen der Bruderschaft, die von Brüdern aus verschiedenen Ländern geleitet werden ... Diejenigen, die mit uns kooperieren, sind nicht alle Brüder ... aber wir machen normalerweise keinerlei Unterschied zwischen ihnen.“⁴⁵⁷

In diesem Sinne kann die IGD/DMG als nationale deutsche Repräsentantin der MB betrachtet oder als „wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) in Deutschland“ bezeichnet werden.⁴⁵⁸

Einerseits also klare Vernetzung, wenn nicht Zugehörigkeit, andererseits ist die MB, wie zu sehen war, eine Sammlungsbewegung, die sehr unterschiedliche Akteure eher ideell als organisatorisch und strukturell zusammenbringt. Wenig überraschend ist es überdies auch in der MB so, dass die ältere Generation stärker die Beziehungen zu den Herkunftsländern pflegte, während die jüngere sich stärker auf die innereuropäischen

⁴⁵⁶ Vgl. www.vgh.bayern.de/media/muenchen/presse/pm_2012-01-12.pdf.

⁴⁵⁷ Pargeter 2013, 177: „These organisations and institutions are independent and autonomous. We don't control them. It is the brothers abroad who lead these organisations. The structures linked to Qaradawi are organisations of the Brotherhood directed by brothers of different countries ... Those who cooperate with us are not all brothers ... but we tend not to make any distinction between them.“

⁴⁵⁸ Thema im Fokus: Die Ideologie der Muslimbruderschaft, hg. vom Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Mai 2006, 8; Verfassungsschutzbericht des Bundes 2017, 211.

und deutschen Beziehungen konzentrieren möchte. Diese und andere Faktoren relativieren den realen Einfluss immer wieder deutlich.⁴⁵⁹

Im Blick auf die IGD wurde sogar die These vertreten, sie habe seit den 1990er Jahren ihre Machtposition im islamischen Feld verloren und führe nun ein Schattendasein.⁴⁶⁰ Allerdings kann dies teilweise auch so interpretiert werden, dass die Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden dazu beiträgt, dass man sich im Blick auf die tatsächlichen Beziehungen nur sehr zurückhaltend äußert, um die Kontakte und Kooperationspartner zu schützen. Die IGD und die angegliederten und kooperierenden Zentren haben diesbezüglich die Informationspolitik im Lauf der Jahre stark eingeschränkt und vor allem im Internet angepasst. Dazu passt die jüngste Namensänderung der IGD in „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“, die dritte Änderung im Lauf der Vereinsgeschichte. Der Effekt eines neuen Namens liegt auf der Hand: „DMG“ ist zunächst neu und erst mittelbar mit der „IGD“ in Verbindung zu bringen. Was für Kenner der Materie nicht schwer nachzuvollziehen ist, bedeutet in der Öffentlichkeit zumindest eine Zeitlang mehr Spielraum. Vor allem entzieht man sich in der multimedialen Welt ein Stück weit dem unbestechlichen Gedächtnis des Internets. Durch die Zäsur ist man erst einmal raus, es gibt keine IGD-Internetseite mehr, mit sehr praktischen Folgen für die Nachvollziehbarkeit etwa von Zusammenhängen, wie sie hier dargestellt wurden. Geändert hat sich ansonsten aber allem Anschein nach nichts.

Die MB und die Milli-Görüş-Bewegung teilen viele Gemeinsamkeiten auf der Basis einer ähnlichen Ideologie. Zu einer stärkeren Vereinheitlichung auch formaler Art kommt es nicht, weil die ethnischen Unterschiede nicht einfach überwunden werden – übrigens ähnlich wie zwischen der Muslim Association of Britain (MAB) und der Jama'at-e Islami im Vereinigten Königreich. So kommt bei der IGMG ein starker türkischer Nationalismus zum Tragen. Außerdem können viele Türken der ersten und zweiten Generation kein Deutsch und kaum Englisch, was eine Kooperation mit den deutsch- und arabischsprachigen MB-Milieus grundsätzlich einschränkt(e).⁴⁶¹

Dass die MB so wenig „greifbar“ ist, macht jede Einschätzung gewissermaßen zur Gratwanderung. Dass es so ist, bedeutet jedoch nicht, dass dahinter keine Strategie stünde. Sicher ist festzuhalten, dass einzelne Kontakte oder die Nähe einiger Personen aus dem Umfeld von Moscheegemeinden zu den arabischen Muslimbruderschaften noch keinen Beweis für die *Zugehörigkeit* dieser Moscheegemeinden zur MB darstellen. Selbstverständlich sind auch nicht alle Personen, die Kontakte zu Menschen aus den MB-Netzwerken haben, allein dadurch selbst „Muslimbrüder“.⁴⁶² Doch sollten die Ideologie und ihre Verbreitung zur Kenntnis genommen werden.

⁴⁵⁹ S. dazu Pargeter 2013, 178.

⁴⁶⁰ Vgl. Nowar 2012, 14f.

⁴⁶¹ In diesem Sinne äußerte sich Ibrahim El-Zayat, zit. bei Pargeter 2013, 168. Vgl. auch oben bei Fußnote 237.

⁴⁶² Vgl. Meining 2011, 200f.

Die Konsequenz muss und sollte nicht sein, alle Kontakte abubrechen oder gar nicht erst aufzunehmen. Selbst wenn klar ist, dass extremistische Ideen in einer Gruppe geäußert werden – solange keine Anzeichen für eine praktische Umsetzung „in die Tat“ vorhanden sind, kann es Argumente dafür geben, dennoch in einem klar definierten Rahmen im Gespräch zu bleiben.

Aber: Allenthalben wird – auch in kirchlichen Stellungnahmen – betont, dass eine Infragestellung der Grundlagen unseres demokratischen Miteinanders nicht toleriert werden darf. Die Herausforderung, nicht nur darüber zu reden, sondern tatsächlich zu erheben und zu benennen, was denn die Grundlagen unseres demokratischen Miteinanders infrage stellt, muss engagiert(er als bisher) angenommen werden. Inwieweit gelten die Grundsätze einer weltweiten islamistischen Bewegung wie der MB vor Ort? Was ist Ausdruck religiöser Freiheit oder kultureller Identität, was tangiert oder attackiert die gemeinsame Grundlage? Was ist Gedankenspiel, Theoriebildung, Meinungsäußerung – und was schlägt bis an die Basis durch?

Es muss immer auch Wandlungsfähigkeit und tatsächliche historische Veränderung, wo sie feststellbar ist, zugestanden werden. Es muss dann allerdings auch gefragt werden, worin die Wandlung genau besteht bzw. wie plausibel es ist, dass sich dieser oder jener Verein völlig von seinen Wurzeln verabschiedet haben soll. Von daher ist eine differenzierte, genaue und jeweils am Einzelfall orientierte Bemühung um Klärung der Verhältnisse notwendig.

Verzeichnis der häufiger verwendeten Literatur

Weitere Literatur wird an Ort und Stelle bibliografiert. In Ausnahmefällen wurden Zitate aus älteren Publikationen vorsichtig an die neue Rechtschreibung angepasst (ss statt ß).

Referenzwerke (Grundlagen-, Überblickswerke)

- Lemmen, Thomas (2001): *Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft*, Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung Bd. 46, Baden-Baden
- Lemmen, Thomas (2002): *Islamische Vereine und Verbände in Deutschland*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/c02-02580.pdf>
- Peter, Frank/Ortega, Rafael (Hg., 2014): *Islamic Movements of Europe. Public Religion and Islamophobia in the Modern World*, London
- Rohe, Mathias (2016): *Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme*, München
- Spuler-Stegemann, Ursula (2002): *Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen*, Originalausgabe (3. Aufl.), Freiburg i. Br. u. a.
- Wunn, Ina (2007): *Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch*, Stuttgart

Weitere Sekundärliteratur

- Binswanger, Karl (1990): *Fundamentalisten-Filz – Getrennt marschieren, vereint schlagen?*, in: Nirumand, Bahman (Hg.): *Im Namen Allahs. Islamische Gruppen und der Fundamentalismus in der Bunderepublik Deutschland*, Köln, 129 – 148
- Boos-Nünning, Ursula (2010): *Beten und Lernen. Eine Untersuchung der pädagogischen Arbeit in den Wohnheimen des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)*, Kurzfassung, Duisburg-Essen 28.6.2010, <http://vikz.de/index.php/publikationen.html> (dort auch: „Erste Ergebnisse der Studie ‚Beten und Lernen‘“)
- Eißler, Friedmann (2018): *Wertschätzung und Kritik. Zur Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs*, in: *Materialdienst der EZW* 10/2018, 365 – 377
- Eißler, Friedmann/Borchard, Michael (Hg., 2013): *Islam in Europa. Zum Verhältnis von Religion und Verfassung*, EZW-Texte 227, Berlin

- Ghadban, Ralph (2011): Islam und Islamkritik. Vorträge zur Integrationsfrage, Berlin/Tübingen
- Ghadban, Ralph (2015): Die Sufi-Dimension der Gülen-Bewegung, in: Eißler, Friedmann (Hg.): Die Gülen-Bewegung (Hizmet). Herkunft, Strukturen, Ziele, Erfahrungen, EZW-Texte 238, Berlin, 74 – 80
- Gozewski, Andreas (2015): Die Türkisch-Islamische Union im Wandel, Wiesbaden
- Grundmann, Johannes (2005): Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga, HECEAS Aktuelle Debatte Bd. 2, Wiesbaden
- Jonker, Gerdien (2002): Eine Wellenlänge zu Gott. Der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ in Europa, Bielefeld
- Kandel, Johannes (2011): Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität, Freiburg i. Br. u. a.
- Kandil, Hazem (2015): Inside the Brotherhood, Cambridge, UK/Malden, MA
- Meining, Stefan (2011): Eine Moschee in Deutschland. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München
- Nowar, Nina (2012): Ramadans Erben. Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD), Hamburg
- Pargeter, Alison (2013): The Muslim Brotherhood. From Opposition to Power, London (PB-Ausgabe, Originalausgabe 2010)
- Ramsauer, Petra (2014): Muslimbrüder. Ihre geheime Strategie. Ihr globales Netzwerk, Wien u. a.
- Rogg, Inga (2017): Türkei, die unfertige Nation. Erdoğan's Traum vom Osmanischen Reich, Zürich
- Rohe, Mathias u. a. (Hg. 2014): Handbuch Christentum und Islam in Deutschland. Grundlagen, Erfahrungen und Perspektiven des Zusammenlebens, Bd. 1, hg. im Auftrag der Eugen-Biser-Stiftung, Freiburg i. Br. u. a.
- Rosenow, Kerstin/Kortmann, Matthias (2001): Die muslimischen Dachverbände und der politische Islamdiskurs in Deutschland im 21. Jahrhundert: Selbstverständnis und Strategien, in: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hg.): Politik und Islam, Wiesbaden, 47 – 86

- Rosenow-Williams, Kerstin (2013): DİTİB und IGMG als grenzüberschreitende islamische Akteure, Vortrag Hohenheim, 15./16.11.2013, www.akademie-rs.de/fileadmin/user_upload/download_archive/interreligioeser-dialog/131115_rosenow_akteure.pdf
- Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş, Berlin
- Seidel, Eberhard/Dantschke, Claudia/Yıldırım, Ali (2001): Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa, hg. von Ozan Ceyhun MdEP, 2. Aufl., Brüssel
- Yaşar, Aysun (2012): Die DİTİB zwischen der Türkei und Deutschland. Untersuchungen zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V., Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt Bd. 32, Würzburg

Abkürzungsverzeichnis

- AABF Alevitische Gemeinde Deutschland (Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu)
- AAIIL Ahmadiyya Anjuman Isha'at-i-Islam Lahore
- ADÜTDF Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland, kurz Türkische Föderation (Türk Federasyon)
- AKP Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi)
- AMGT Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa (Avrupa Milli Görüş Teşkilatı), IGMG-Vorläufer
- AMJ Ahmadiyya Muslim Jamaat
- ATİB (ATIB) Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (Avrupa Türk-İslam Birliği)
- ATİB (ATIB) Türkisch-Islamische Union in Österreich (Avusturya Türk İslam Kültür ve Sosyal Yardımlaşma Birliği), entsprechend DİTİB in Deutschland
- BDMJ Bund der Muslimischen Jugend
- BMPD Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands
- DIA Deutsche Islam Akademie
- DIB Amt für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik (Diyanet İşleri Başkanlığı)
- DİTİB (DITIB) Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyanet İşleri Türk-İslam Birliği)
- DIK Deutsche Islamkonferenz
- DIV Deutsch-Islamischer Vereinsverband Rhein-Main
- DMG Deutsche Muslimische Gemeinschaft, früher Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD)
- DMK Deutschsprachiger Muslimkreis, jetzt Deutsches Muslimisches Zentrum (DMZ)
- DML Deutsche Muslim-Liga, Hamburg/Bonn
- ECFR European Council for Fatwa and Research
- EHZ Europäisches Halal Zertifizierungsinstitut
- EIHW Europäisches Institut für Humanwissenschaften
- EMUG Europäische Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft
- FAD Fatwa-Ausschuss Deutschland
- FEMYSO Forum of European Muslim Youth and Student Organisations
- FIOE Föderation der Islamischen Organisationen in Europa
- FVM Freier Verband der Muslime
- HDI Haus des Islam, Lützelbach
- IAC Ismail Aga Gemeinschaft (Ismail Ağa Cemaati)
- IAK Islamischer Arbeitskreis in Deutschland
- IESH Institut Européen des Sciences Humaines (Europäisches Institut für Humanwissenschaften)
- IFB Islamische Föderation in Berlin
- IGBD Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (früher VIGB, Vereinigung Islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland)
- IGBW Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg
- IGD Islamische Gemeinschaft in Deutschland, jetzt Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)
- IGGÖ (auch: IGGiÖ) Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
- IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüş
- IGS Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands
- IHH Internationale Humanitäre Hilfsorganisation
- IIFSO International Islamic Federation of Student Organizations
- IKZ Islamisches Kulturzentrum Köln (Vorläufer des VIKZ)
- IRD (IR) Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland [IRD gelegentlich auch für: Islamic Relief Deutschland]
- IRH Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
- IRPA Islamische Religionspädagogische Akademie, Wien-Liesing
- IRU Islamischer Religionsunterricht
- ISESCO Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization
- IUMS International Union of Muslim Scholars

- IZA Islamisches Zentrum Aachen
 IZDB Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung, Berlin
 IZF Islamisches Zentrum Frankfurt
 IZH Islamisches Zentrum Hamburg
 IZK Islamisches Zentrum Köln
 IZM Islamisches Zentrum München
 IZRS Islamischer Zentralrat Schweiz (Nicolas Blanco)
 KRM Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (anfangs und gelegentlich auch: Koordinierungsrat ...)
 LIB Liberal-Islamischer Bund
 MB Muslimbruderschaft
 MG-NRW Muslimische Gemeinschaft NRW (Neugründung)
 MHP Partei der nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi)
 MJD Muslimische Jugend in Deutschland
 MSP Nationale Heilspartei (Milli Selamet Partisi)
 MSV Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (häufig auch: Muslimische Studentenvereinigung in Deutschland)
 MuTeS Muslimisches Seelsorge Telefon
 NBS Neuköllner Begegnungsstätte (Dar-us-Salam Moschee)
 OIC Organisation of Islamic Cooperation (Organisation für Islamische Zusammenarbeit, früher: Organisation of the Islamic Conference)
 RIG(D) Rat der Imame und Gelehrten (in Deutschland)
 RP Wohlfahrtspartei (Refah Partisi)
 SBS Sächsische Begegnungsstätte gemeinnützige Unternehmensgesellschaft
 SIS Stiftung für Islamische Studien
 SP Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi)
 TDM Treffen deutschsprachiger Muslime
 TOM Tag der offenen Moschee
 UETD Union Europäisch-Türkischer Demokraten, jetzt Union Internationaler Demokraten (UID)
 UID Union Internationaler Demokraten, früher Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD)
 UIKZ Union Islamischer Kulturzentren (in Österreich), entsprechend VIKZ in Deutschland
 VIGB Vereinigung Islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland s. IGBD
 VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren
 WAMY World Assembly of Muslim Youth
 ZMD Zentralrat der Muslime in Deutschland
 ZRMD Zentralrat der Marokkaner in Deutschland

Register

Das Register strebt keine Vollständigkeit an, sondern ist als Hilfestellung gedacht, um Zusammenhänge und Querbezüge leichter nachvollziehen zu können. Es werden in einigen Fällen auch Stellen aufgeführt, an denen das Stichwort nicht explizit, aber dem Sinn nach vorkommt.

Der arabische Artikel al-/El- wird für die alphabetische Einordnung nicht beachtet.

Hervorgehobene Stellen sind fett ausgezeichnet.

- Abdullah, Muhammad Salim (Herbert Krawinkel) 57f, 81
- Abdulqadir as-Sufi al-Murabit (Ian Dallas) 62
- Abou-Nagie, Ibrahim 52, 129
- Adil Düzen* („gerechte Ordnung“) 71ff, **75**, 80
- Ahmadiyya (Lahore) 58
- Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) 8, 25, 37, 40, 94, 101
- Akif, Muhammad Mahdi (auch: Mehdi Akef) 127f
- Akman, Nurettin 100
- AKP 3, 43, 45ff, 64, 66, **71**, 81, 84, 96, 107, 149
- Alawiyya[-Orden] 57, 62
- Alboğa (Alboga), Bekir 17, 31, 36, 47f
- Aleviten, alevitisch 15f, 29, 50, 60, 80, 147
- Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) 8
- Alhambra-Gesellschaft 4, 124
- Altuğ (Altug), Zekeriya 47, 50
- Amer, Taha 136
- AMGT 58, 68f, 81, 99, 110, 129
- Anerkennung (auch staatliche) **14ff**, **17f**, 24, 27, 65
- Antisemitismus, antisemitisch **18**, 49, 51, 65f, 73f, 80, 85, 87ff, 118, 134, 140, 144, 148
- Arab Nil-Rhein Verein Al Nur Moschee, Mainz 137f
- Armenienresolution (2.6.2016) 3, 46f, 101
- Assimilation 3, 24, 43
- Ateş (Ates), Seyran 50
- ATİB (ATIB) (Avrupa Türk-İslam Birliği) 16, 33, 44ff, 83, 109f, 112, 114f, **123ff**, 149f
- ATİB (ATIB) (Österreich) 33
- El-Attar, Issam 68
- al-Banna, Hassan 67, 131, 141, 144
- Barelwi 95
- BDMJ 38, 42
- Beck, Volker 15, 48
- Bund der Muslimischen Jugend s. BDMJ
- Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands (BMPPD) 62
- Charta (Verfassung) von Medina **23f**, 118
- Çelebi (Celebi), Mehmet Alparslan 112, 124f
- Çelebi (Celebi), Musa Serdar 124
- Cerić (Ceric), Mustafa 25, 139
- Damar, Hasan 67
- Dar al-Harb* („Haus des Krieges“, nicht-islamisches Gebiet) 25, 139
- Dar al-Islam* („Haus des Islam“, islamisches Gebiet) 25, 139
- Dar as-Sulh* („Haus des Friedens“, „Haus des Gesellschaftsvertrags“) 25, 139
- Demokratie, freiheitlich-demokratische Grundordnung 7, **13ff**, 17, 19, 21f, 51, 65, 85, 117ff, 121f, 134, 151, 154
- Denffer, Ahmad von 122, 134, 139f
- Denizolgun, Arif Ahmet 100, 104
- Deobandi 95
- Deutsche Bischofskonferenz (DBK) 48, 57
- Deutsche Islam Akademie (DIA) 4, 42
- Deutsche Islamkonferenz (DIK) 3, 18f, 27, 58, 60, 73, 101, 110
- Deutsche Muslim Liga, Muslim-Ligen 8, 113, 114f, 140
- Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG), früher Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) 82, 112, 114f, 119, **125ff**, 138ff, 150, 152, **153**
- Deutscher Bund für den Edlen Koran (DBEK) 137
- Dhikr* (Gottesgedenken), auch: „stiller Dhikr“ 93, 96f
- Dhimmi* 24, 88
- Dialog 3ff, **11f**, 23, 36, 38, 47f, 53, 55f, 86, 117f, 151

- DİTİB (DITIB) 3f, 7, 16, 21, 27f, **31ff**, 63, 66, 69, 73, 82f, 99, 101, 106f, 110f, 124f, 133, 149
- Diyanet = Diyanet İşleri Başkanlığı (DİB, DİB; Amt für religiöse Angelegenheiten der türkischen Republik) **31ff**, 63, 84, 99, 124, 135f, 149
- Dschihad, Dschihadismus 12, 141, 144, 151
- Dyck, Hassan 8, 115
- Elyas, Nadeem 109, 112f, 116, 119f, 122
- Erbakan, Necmettin 58, 64, 66, **67ff**, 74f, 79, 81f, 85, 87ff, 92, 96, 132
- Erbakan, Mehmet Sabri 71f, 82, 132
- Erbakan Vakfı (Erbakan Stiftung) 64
- Erdoğan (Erdogan), Recep Tayyip 3, 33, 42f, 45ff, 53f, **71**, 82, 84, 87f, 96, 145
- Erklärung von Marrakesch (Marrakesh Declaration) 24, 118
- Esfahani, Mahdi 149
- Euro-Islam s. Reform(-Islam)
- Europäische Moscheebau und -unterstützungs Gemeinschaft (EMUG) (Avrupa Cami Yapma ve Yaşatma Birliği) 70, 79, 82, 133
- Europäisches Institut für Humanwissenschaften (EIHW) 82, **136**, 137
- European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung) 44f, 67, 72, 126, 134, **135**, 136
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 6, 12, 27, 121
- Falaturi, Abdoldjavad 113, 116
- Fatwa (Rechtsgutachten) 50, 135
- Fatwa-Ausschuss Deutschland (FAD, Ableger des ECFR) 44, 82, **136**
- fiqh*, auch: *fiqh al-aqalliyat* 72, 130, 135f
- Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE) 126, 133ff
- Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF, kurz Türk Federasyonu oder Türkische Föderation) 45, 123
- Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO) 132ff
- Frau, Frauen, Rolle der Frau 8, 50, 98, 109, 120, 130, 140, 142
- Gesellschaftsvertrag 121, 139
- Gewalt **20**, 21, 45, 117, 144
- Gezi-Park-Demonstrationen 3
- al-Ghannouchi, Rashid 135
- Granada 62
- Graue Wölfe (Ülkücü- / „Idealisten“-Bewegung) 33, 45f, 68, 123f
- Grimm, Fatima 113, 128, 140
- Gül, Abdullah 71, 87, 96
- Gülen, Fethullah 3, 47f, 61, 92
- Gülen-Bewegung (Hizmet) 4, 8, 42, 47f, 55, 71, 92, 106
- halal / helal* 63, 80, 103
- Hamas 3, 82f, 144f
- Hanafy, Khaled 135f
- Haqqani Trust – Verein für neue deutsche Muslime e. V. (Osmanische Herberge) 8, 115, 119
- Haus des Islam (HDI) 8, 67, 113f, 134f
- Hauza (Hawza, theologisches Bildungssystem Iran) 146
- El-Helbawy, Kamal 132
- Himmat, Ali Ghaleb 127f, **131**
- Hizmet* („Dienst“) 92, 99
- Hizmet s. Gülen-Bewegung
- Hobohm, Muhammad Aman Herbert 58, 113
- Hofmann, Murad Wilfried 113
- al-Hudaibi, Hassan 144
- Ibn Abd al-Wahhab, Muhammad 95
- Ibn Bayyah, Abdallah 118
- Ibn Rushd-Goethe-Moschee (Seyran Ateş) 50
- Identität 12, 15, 19, 24, 32, 44, 71, 74, 79, 85f, 107, 121, 124f, 130, 143, 151, 154
- IGBD 41, 110, 115, 119
- Imamausbildung 78, 91, 103, 107, 136
- Imame 16f, **21**, 32, 36, 48f, 63, 107, 112, 124, 149
- Imaminnen, weibliche Islamgelehrte 36, 50, 103, 147
- Institut Européen des Sciences Humaines (IESH, „Europäisches Institut für Humanwissenschaften“) 82, 132f, 136
- Integration 11ff, 19, 24, 27, 33, 53f, 86, 105, 107, 125, 130, 151
- Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB), Berlin 126
- International Union of Muslim Scholars (IUMS) 135, 145
- Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH) 82f
- İskenderpaşa (Iskenderpascha) Moschee, Istanbul 67, **96**

- Islam-Wochen 135
- Islamic Relief 132
- IslamiQ (Internetmagazin) 80
- Islamische Akademie Villa Hahnenburg (ISLAH) (VIKZ) 100, **103f**
- Islamische Bibliothek (IB Verlag Islamische Bibliothek) 129
- Islamische Charta (ZMD, 2002) 25, 112, **119ff**, 139, 150
- Islamische Föderation in Berlin (IFB) 57, 61, 63
- Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland s. IGBD
- Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) 8, **148**, 149
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) s. Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)
- Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (Görüş) (IGMG) 17, 44, 46, 57f, 60f, 63, **64ff**, 101, 106, 110, 119, 125, 129, 132ff, 136, 153, s. auch Milli Görüş
- Islamische Religionspädagogische Akademie (IRPA), Wien-Liesing (Amena Shakir) 132
- Islamische Weltliga (Muslim World League, auch: World Muslim League, „Rabita“) 131, 143
- Islamische Zeitung 62
- Islamischer Arbeitskreis in Deutschland (IAK) 70, 100, 110
- Islamischer Religionsunterricht (IRU) 14ff, 28, 35, 37, **39ff**, 57ff, **63**, 99, 110, 112, 123, 138, 140, 150
- Islamischer Staat (IS), Terrororganisation 12, 52, 151
- Islamischer Weg (Delmenhorst) 148
- Islamisches Kulturzentrum Köln (IKZ) (Vorläufer des VIKZ) 91, 99
- Islamisches Zentrum Aachen (IZA) 68, 109f, 113ff
- Islamisches Zentrum Frankfurt (IZF) 125, 128, 135, 137
- Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) 17, 110, 112ff, **146ff**, 149f
- Islamisches Zentrum Köln (IZK) 68, 81, 99, 126, 129, 132
- Islamisches Zentrum München (IZM) 67, 110, 113f, 116, 122, 126ff, **138ff**, 152
- Islamismus (auch: legalistischer Islamismus; auch: Postislamismus) 18, **21**, 24f, 67, 72, 85, 92, 96, 106f, 120, 132, 134, 144, 150f
- Islamkritik 12f, **22**, 24
- Islamophobie s. Muslimfeindlichkeit
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD, IR) 15, 39, 44, **57ff**, 81, 100, 110f, 119, 123, 136
- Ismail Aga Gemeinschaft (Ismail Ağa Cemaati, IAC) 8, 64
- Jama'at-un Nur 57, **61**, 92
- Juden, jüdisch 13, 18, 24, 38, 48, 51, 53, 74, 87ff, 109, 118, 122, 134, 140, 145
- Kaçar (Kacar), Kemal 98ff, 107
- Kalifat 12, 25, 68, 129, 145
- Kalisch, Sven 147
- Kaplan, Cemaleddin (Kalifatsstaat, Hilafet Devleti) 68
- Karamollaoğlu (Karamollaoglu), Temel 80, 97
- El-Karrouch, Kaddour 62
- Kayman, Murat 124
- Keleş (Keles), Ekrem (arab. Akram Kalash) 135
- Kemalismus, kemalistisch 31f, 67, 84, **96f**, 99, s. auch Laizismus
- Kesici, Burhan 60, 84f, 134
- Khafagy, Abdel Halim Hassanin 140
- Khalidiyya (Khalid al-Baghdadi) 93, **95ff**, 106
- Khallouk, Mohammed 112, 125, 138
- Khamenei, Ali 147
- Khatami, Mohammad 147
- Khatm ul-Khwajagan* (*hatmi hwajagan*) 98
- Khomeini, Ruhollah Musawi 146, 148f
- Khorchide, Mouhanad 25, 29, 44, **49f**, 125, 147
- Konsulatsunterricht 32
- Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (auch: Koordinierungsrat) s. KRM
- Kopftuch 12, 19, 24, 67, 78f, 87
- Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) 14f, **17**, 21, 54f, 59f, 99f
- Kotku, Mehmed Zahid (Naqschbandi-Scheich) 67, 92, **96**
- Krausen, Halima 147
- KRM 4, **27ff**, 31f, 46, 50, 111, 119, 122f
- Laizismus 7, 14, **26**, 31ff, 53f, 66, 84, 91, 107, s. auch Kemalismus
- Liberal-Islamischer Bund (LIB) 8
- Ludin, Fereshta 134
- madhhab* (Rechtsschule, „Denkschule“) 111, 127, 129, 143, 150
- Mansour, Ahmad 125

Marrakesch-Erklärung (Marrakesh Declaration)
 s. Erklärung von Marrakesch
 Märtyrer(tum) 52, 141
 Mashhur (Mashour, Maschhur), Mustafa 128,
 143
 al-Maududi, Abu-l A'Yla 67
 Mazyek, Aiman A. 29, 109, 111f, 118f, 123,
 125, 149f
 Medina, Charta von (Verfassung von Medina)
23f, 118
 Menschenrechte 7, 24, 71, 119, 121, 134
 Merley, Steve 143f, 152
 MHP 45, 124
 Milli Gazete (Tageszeitung) 66, 73, **80**, 82
 Milli Görüş (Görüs) (auch: -Bewegung) 18, 21,
 33, 44, 54, 57, 63ff, **73ff**, 84, 92, 99, 107,
 129, 132f, 135, 151, 153, s. auch Islamische
 Gemeinschaft Milli Görüş
 Mohagheghi, Mohammad 146
 Moscheebau 15, 42f, 128
 Moscheesteuer 19f
 Mullaoglu (Mullaoglu), Mustafa 135
 Murabitun 61f
 Muslim-Markt 148
 Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland
 (MSV), häufig auch: Muslimische Studenten-
 vereinigung in Deutschland 115f, 129, 132,
 134, 150
 Muslim World League s. Islamische Weltliga
 Muslimbruderschaft (MB) 3, 18, 21, 44f, 54,
 67f, 75, 81f, 84, 92, 99, 110, 118, 126ff,
 132ff, 138f, **141ff**, 150, **151f**
 Muslimfeindlichkeit (auch: Islamophobie)
 6, 12, **22**, 45
 Muslimische Gemeinschaft NRW (MG-NRW,
 Neugründung) 4, 50
 Muslimische Jugend in Deutschland
 (MJD) 133, **134f**, 152
 Muslimischer Sozialer Bund (Cenaze Vakfi) 44, 81
 Muslimisches Seelsorge Telefon (MuTeS) 134
 Al-Mustafa Institut, Berlin 148f
 Nada, Yussef 131
 Naqschbandi[-Orden], Naqschbandiyya (auch:
 Baha'uddin Naqschband) 64, 67, 71, 91,
92ff, 106f
 Nationalismus, nationalistisch 45, 49, 54, 67ff,
 75, 124, 153
 Neutralität (Staat) 7, **13f**, 16f, 20f, 54
 Nurcu(luk) 60f, 68, 71, 92
 Nursi, Said (Bediüzzaman) 61, 92
 Ögütlü (Ögütlü), Seyfi 102
 Özal, Turgut 96
 Özdemir, Cem 15, 46
 Özdoğan, Hasan (Hassan Özdoğan) 44, 81
 Özoguz (Özoguz), Yavuz und Gürhan 148
 Organisation of Islamic Cooperation (OIC) 133
 Osmanen Germania Box-Club (auch kurz Os-
 manen Germania, OGBC) 45
 Osmanische Herberge (Kall-Sötenich) 8, 115
 Osmanisches Reich, osmanisch, neo-osma-
 nisch 3, 38, 60, 75, 88, 96f
 PLURAL Publications 79
 Prävention (Gewalt-, Radikalisierungspräven-
 tion) 5, 39, 42, 46, 52f, 117, 125, 138
 al-Qaradaghi, Ali 135
 al-Qaradawi, Yusuf 126f, 135, 140, **144**, 151f
 Qom (Iran) 146, 148f
 Al-Quds-Tag 148
 Qutb, Sayyid 67, 142, 144
 R4bia/Rabia-Bewegung 44, **82**, 145
 Ramadan, Hani 131
 Ramadan, Said 127f, **131**, 144
 Ramadan, Tariq 128, 144
 Rassoul, Muhammad Ahmad 129
 Rat der Imame und Gelehrten (RIG, auch:
 RIGD) 115, **135f**
 Razvi, Mehdi 147
 Rechtsextremismus 45, 124
 Refah Partisi (RP) s. Wohlfahrtspartei
 Reform, Reform-Islam, Euro-Islam, „deutscher
 Islam“ 17, 21, **24f**, 45, 49, 54, 85, **94f**, 103,
 111, 125, 127, 130, 141, 152
 Religionsfreiheit 6f, **13ff**, 17ff, 23, 26, 111, **121**
 Religionsunterricht, islamischer s. Islamischer
 Religionsunterricht
 Rieger, Andreas Abu Bakr 61f
 Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit)
 64, **71**, 73, 80, 88
 Sächsische Begegnungsstätte gemeinnützige
 Unternehmensgesellschaft (SBS gUG) 137
 Säkularismus s. Laizismus
 Säkularität (Trennung von Religion und Staat als
 Voraussetzung für Religionsfreiheit), säkular
 4, **13**, 21, 25, **26**, 33, 72, 85

- Salafismus, Salaf 12, 18, 21, 25, 52f, 95, 125, 129, 136ff, 145, 151
- Schaible, Tilmann 140
- Scharia 19f, 25, 66, 85, 94, 96, 98, 105f, 107, 120, 122, 134, 136, 144f
- Scheich ul-Islam (Şeyhülislâm) 59f
- Schiiten, schiitisch 8, 18, 26, 50f, 94, 109, 112, **146ff**
- Schimmel, Annemarie 113
- Schura 15, 38, **40**, 83, 101, 133, 138, 143, 147f
- Shabestari, Mohammad Mojtahed 146
- Siddiq, Muhammad (Wolfgang Borgfeldt) 67f, 114, 134f
- as-Sirhindi, Ahmad al-Faruqi **93ff**, 97f
- Sivas 80
- SKD Bavaria Verlag 140
- Sohbet* 93
- Stiftung für Islamische Studien (SIS) 149
- Sufismus, Sufiorden 8, 57, 62, **92ff**, 105f
- Süleyman Efendi s. Tunahan, Süleyman Hilmi
- Süleyman-Gemeinschaft s. VIKZ
- Tadschdid* (Erneuerung) 93f, 98
- Tag der offenen Moschee (TOM) 29, **104**, 117, 141
- Taqiyya* 26
- Theologie, islamische (islamisch-theologische Lehreinrichtungen an Universitäten) 3, 15ff, 25, 39, 49f, 107, 136
- Toleranz 23, 94, 106, 122, 145, 154
- Treffen deutschsprachiger Muslime (TDM) 113, 129, 140
- Tugendpartei (Fazilet Partisi) 71
- Tunahan, Süleyman Hilmi 91, **96ff**
- Türkei 3f, 12, 16, 31ff, 64ff, 83, 84, 87, 96f, 101, 145
- Türkeş (Türkesh), Alparslan 124
- Türkisch-Islamische Synthese 31f
- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion s. DİTİB
- Türkische Gemeinde zu Berlin (≠ Türkische Gemeinde in Deutschland) 122
- Tüylüoğlu (Tüylüoğlu), Harun Reşit 99, 107
- Üçüncü (Ücücü), Oğuz 58, 72f, 82
- Umma* (weltweite Gemeinschaft der Muslime) 66, 71, 121, 145
- UniDay (IGMG) 83
- Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) s. Union Internationaler Demokraten
- Union Internationaler Demokraten (UID), früher UETD **43f**, 45ff, 53, 81f
- Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) s. VIKZ
- Verband der Islamischen Kulturzentren s. VIKZ
- Vereinigung Islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland (VIGB), heute: Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland s. IGBD
- Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa s. AMGT
- Verfassungsschutz 12, 23, **26**, 44, 65, 126, 134, 144, 147, 151
- VIKZ 33f, 40f, 57f, 67, 73, **91ff**, 110
- Vogel, Pierre 12, 52
- Wahhabismus 95, 134, 138
- Wasatiyya* (Religion oder Islamverständnis des „Mittelweges“) 126, 130
- Weimar Institut für geistes- und zeitgeschichtliche Fragen **61f**
- Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) 68f
- World Assembly of Muslim Youth (WAMY) 133f
- (World) Islamic Call Society 81
- Yahya, Harun 140
- Yardım, Nigar 100
- El-Yazidi, Abdassamad 112, 136
- Yeneroğlu (Yeneroglu), Mustafa 72f, 81
- Yoldaş (Yoldas), Mustafa 50, 83
- Young Ummah 46, 83, 125
- Yüksel, Ali 58, 60
- Yumakoğulları (Yumakogullari), Osman 69, 81
- El-Zayat, Bilal 132, 134
- El-Zayat, Ibrahim Farouk 72, 79, 81, 125, 127, 129, **131ff**, 136, 153
- Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Stiftung 57
- Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) 15, 29, 39, 45, 58f, 73, 99f, **109ff**, 138, 141, 146
- Zeynelabidin, Emel 67, 79
- Zeynelabidin, Yusuf (Zeyn el-Abidin, Zeynel Abidin) 67f, 81, 83, 98f, 107, 129

Der Autor

Dr. theol. Friedmann Eißler, Studium der evangelischen Theologie und der Islamkunde in Tübingen und Jerusalem, Pfarrer der württembergischen Landeskirche, wissenschaftlicher Referent der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) mit dem Schwerpunkt Islam und interreligiöser Dialog. Vielfältige Publikationen zum Islam in Deutschland (Aleviten, Gülen-Bewegung), zum Themenfeld Religion und Politik und zu religionstheologischen Fragestellungen.

Dieser EZW-Text kann in Studienkreisen, bei Seminaren, Tagungen und dergleichen verwendet werden. Die EZW-Texte können einzeln oder in größerer Menge bei der EZW, Auguststraße 80 in 10117 Berlin, angefordert werden. Ein Verzeichnis lieferbarer Titel mit Online-Bestellmöglichkeit finden Sie auf der Internetseite www.ezw-berlin.de. Es besteht auch die Möglichkeit, die EZW-Texte im Abonnement zu beziehen. Auf Wunsch wird gern ein Prospekt zugesandt.

EZW-Spendenkonto:
Evangelische Bank eG
IBAN DE37 5206 0410 0106 4028 10
BIC GENODEF1EK1

IMPRESSUM

Friedmann Eißler
Islamische Verbände in Deutschland
Akteure, Hintergründe, Zusammenhänge
EZW-Texte 260

Berlin 2019

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Telefon (030) 2 83 95-211, Fax (030) 2 83 95-212
Internet: www.ezw-berlin.de
E-Mail: info@ezw-berlin.de

Gesamtherstellung:
verbum GmbH, verbum-berlin.de

